

Stenographisches Protokoll

89. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode Donnerstag, 6. und Montag, 10. Dezember 1973

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974

Beratungsgruppe XIV: Wissenschaft und Forschung

Beratungsgruppe VI: Unterricht und Kunst

Inhalt

Personalien

Krankmeldung (S. 8657)

Ordnungsruf (S. 8787)

Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung (S. 8771)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 d. B.)

Beratungsgruppe XIV: Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung

Spezialberichterstatter: Maderthaner (S. 8658)

Redner: Dr. Blenk (S. 8659), Radinger (S. 8665), Dr. Mock (S. 8669), Dr. Scrinzi (S. 8674), Dr. Kaufmann (S. 8679), Dr. Heinz Fischer (S. 8683), Dr. Ermacora (S. 8687), Dr. Stix (S. 8692), Dr. Bauer (S. 8695), Wille (S. 8699), Bundesminister Dr. Hertha Firnberg (S. 8703) und Dr. Gruber (S. 8712)

Annahme der Beratungsgruppe XII (S. 8716)

Beratungsgruppe VI: Kapitel 12: Unterricht
Kapitel 13: Kunst, Kapitel 71: Bundestheater

Spezialberichterstatter: Kunststätten (S. 8716)

Redner: Peter (S. 8718), Dr. Gruber (S. 8723), Dr. Schnell (S. 8730), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 8736), Edith Dobesberger (S. 8739), Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 8741), Lona Murowatz (S. 8746), Harwalik (S. 8749), Lukas (S. 8753), Dr. Frauscher (S. 8755), Luptowitz (S. 8759), Ing. Schmitzer (S. 8761), Bundesminister Dr. Sinowatz (S. 8765 und S. 8790), Ofenböck (S. 8769), Dr. Kerstnig (S. 8774), Dr. Kaufmann (S. 8777), Zeillinger (S. 8781), Regensburger (S. 8787) und Dr. Eduard Moser (S. 8793)

Annahme der Beratungsgruppe VI (S. 8797)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

972: Tierversuchsgesetz (S. 8657)

Anfragen der Abgeordneten

Egg, Kurt Maier, Treichl, Wuganigg und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Ölversorgung in Österreich (1518/J)

Kraft, Breiteneder und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Ausgaben von Arbeitsmarktförderungsmitteln im Innviertel und Mühlviertel (1519/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Dr. Maleta, Dritter Präsident Probst.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 86. Sitzung vom 3. und 4. Dezember sowie der 87. Sitzung vom 4. Dezember 1973 sind in der Kanzlei aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet ist der Abgeordnete Horr.

Einlauf

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage: Bundesgesetz betreffend Versuche an lebenden Tieren (Tierversuchsgesetz)

(972 der Beilagen), eingelangt ist. Ich werde diese Regierungsvorlage gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der nächsten Sitzung zuweisen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 und Zu 880 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XIV

Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

8658

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 6. Dezember 1973

Präsident

Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 und Zu 880 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 der Beilagen).

Wir kommen zunächst zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XIV.

Spezialberichterstatte ist der Herr Abgeordnete Maderthaner. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte **Maderthaner:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 14 „Wissenschaft und Forschung“ einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 in seiner Sitzung am 14. November 1973 in Verhandlung genommen.

In dem von der Bundesregierung vorgelegten Bundesvoranschlag 1974 ist für das Wissenschafts- und Forschungsbudget ein Gesamtausgabenrahmen von 4.837,179.000 S vorgesehen. Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1973 von 4.000,604.000 S ergibt dies eine Steigerung um 836,575.000 S, das sind 20,91 Prozent.

Hievon entfallen auf den Personalaufwand 2.008,695.000 S (1973: 1.722,781.000 S) und auf den Sachaufwand 2.828,484.000 S (1973: 2.277,823.000 S). Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1973 ist im Personalaufwand eine 16,60prozentige Steigerung, im Sachaufwand eine Erhöhung von 24,17 Prozent zu verzeichnen.

Der Anteil des Wissenschafts- und Forschungsbudgets am Gesamtbudget des Bundes beträgt 3,03 Prozent, wogegen der Anteil am Gesamtbudget 1973 2,88 Prozent betrug.

Unter Berücksichtigung der Kompetenzübertragungen auf Grund des Bundesministeriengesetzes, BGBl. Nr. 389/1973, beziehungsweise der Budgetumschichtungen beträgt jedoch der fiktive Anteil am Gesamtbudget im Jahre 1973 bereits 2,93 Prozent.

Die um 285,914.000 S erhöhten Ansätze auf dem Personalsektor halten sich zwar in einem notwendigen Rahmen und sind zu einem Teil durch die allgemeine Gehaltsregelung bedingt, dienen aber auch zu einem wesentlichen Teil einer echten Personalvermehrung im Dienste der Forschung und Wissenschaft im Gesamtausmaß von 561 Dienstposten, um den dringenden Bedarf, insbesondere der Hochschulen, befriedigen zu können. So konnten zum Beispiel auf dem wissenschaftlichen Hochschulsektor 47 neue Lehrkanzeln, davon 13 durch Umwandlung von Extraordinariaten, und 100 neue außerordentliche Professorendienst-

posten gemäß § 10 a Hochschulorganisationsgesetz dienstpostenmäßig vorgesehen und auch veranschlagt werden.

Bei den Kunsthochschulen konnte dienstpostenplanmäßig ein Zuwachs von 46 Lehrkanzeln, das sind 5 Ordinariate, 13 Extraordinariate und 28 Umwandlungen von Extraordinariaten, erzielt werden. Bei den Bundeslehrern an Hochschulen, im wissenschaftlichen und Bibliotheksdienst ist ein Zuwachs von 26 Dienstposten und im Bereiche des nichtwissenschaftlichen Personals ein solcher von 233 Dienstposten zu verzeichnen.

Der Forschungsbereich der Ressortkredite, das sind die Ansätze

- 1/1413 — Expertengutachten und Auftragsforschung,
- 1/1414 — Wissenschaftliche Forschung,
- 1/1415 — Gewerbliche Forschung,
- 1/1416 — Forschungseinrichtungen,
- 1/1417 — Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute,
- 1/1418 — Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation und
- 1/1419 — Forschungsunternehmen,

steigt von 474,839.000 S im Jahre 1973 auf 635,144.000 S für das Jahr 1974, was einer Steigerung von 33,76 Prozent gleichkommt. Auch bei Berücksichtigung der Umschichtung der Zuschüsse für die Studiengesellschaft für Atomenergie in Seibersdorf von den Krediten des Bundesministeriums für Finanzen zu den hierortlichen Ressortkrediten ergibt sich noch immer eine 15,10prozentige Steigerung, die weit über den Richtsätzen einer 10prozentigen Steigerungsrate des langfristigen Investitionsprogramms liegt.

Gegenüber dem Jahre 1973 wurde für die Projekte „Institut für angewandte Systemanalyse“ und „Blockheizwerk Innsbruck“ neu vorgesorgt. Auffallend ist auch die Erhöhung der Kredite für Bezugsvorschüsse um 83,90 Prozent, die unter anderem für die Erfüllung von Berufungszusagen bestimmt sind.

Für die Fortsetzung des Neubaues des Allgemeinen Krankenhauses in Wien wurde eine Aufstockung der Budgetmittel auf 290,000.000 S, was einer Steigerung um 66,86 Prozent gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr gleichkommt, erzielt. An Baukostenzuschüsse für Studentenheime konnte der Kredit um 25 Prozent auf 45,000.000 S aufgestockt werden; für Sozialversicherungsaufwendungen für Studierende konnte erstmalig beim finanzgesetzlichen Ansatz 1/14107 eine unter die gesetzlichen Verpflichtungen fallende Budgetpost von 5,000.000 S erreicht werden.

Maderthaner

Die Sachaufwandskredite der wissenschaftlichen Hochschulen erfuhren eine Steigerung von 14,13 Prozent auf 1.090.276.000 S und dienen vor allem den dringend notwendigen Aufwendungen für Unterrichts- und Forschungserfordernisse des Lehrbetriebes.

Die Kredite der Kunsthochschulen steigen um 23,55 Prozent auf 87.281.000 S. Ein Teil dieser Kredite dient der neueröffneten Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz.

Die Steigerung der Kredite für Bibliotheken um 13,58 Prozent bringt einen Ausgabenrahmen von 54.394.000 S mit sich.

Die Sachaufwandsansätze der Museen und des Bundesdenkmalamtes erfahren eine Steigerung von 20,79 Prozent beziehungsweise 24,02 Prozent.

Das Kreditvolumen beträgt 39.033.000 S beziehungsweise 45.854.000 S. Bei den Musealkrediten ist auch erstmalig das vom Bundesministerium für Bauten und Technik überstellte Technische Museum enthalten.

Die Mittel für den Hochschulbau sind in der ordentlichen Gebarung in gleicher Höhe wie im Jahre 1973 mit 418.000.000 S veranschlagt. In der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlags sind jedoch zusätzlich für Hochschulbauten 132.000.000 S vorgesehen.

Schließlich sind im Konjunkturbelebungsprogramm des Konjunkturausgleich-Voranschlags für das Kapitel 14 „Wissenschaft und Forschung“ 150.394.000 S veranschlagt.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Blenk, Dr. Scrinzi, Radinger, Dr. Ermacora, Dr. Kaufmann, Blecha, Suppan, Dr. Bauer und Wuganigg.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg beantwortete eingehend die an sie gerichteten Fragen.

Bei der Abstimmung am 22. November 1973 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze des Kapitels 14 unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages der Abgeordneten Doktor Scrinzi und Wielandner angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 14: „Wissenschaft und Forschung“ einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag des Bundesvoranschlags für das Jahr 1974 (880 der Beilagen) mit den dem Ausschußbericht angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Blenk.

Abgeordneter Dr. **Blenk** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! „Der Ausbau unserer wissenschaftlichen Einrichtungen wird auch im Jahre 1974 verstärkt fortgesetzt.“ So hieß es in der Budgetrede des Finanzministers zum vorliegenden Bundesbudget. Dann weiter: „Der Gesamtaufwand für Wissenschaft und Forschung erfährt gegenüber 1973 eine Steigerung von 29,3 Prozent.“

Abgesichts der Tatsache, daß das Gesamtbudget um 15,5 Prozent anwuchs, würde das scheinbar auch für heuer die Qualifizierung zu einem „Renommierkapitel“ rechtfertigen.

Vorweg aber dazu folgendes: Der Herr Finanzminister hat auch in dieser Passage seiner als Budgetrede deklarierten Regierungserklärung die Tatsachen gedreht. Er hat Ungleiches mit Ungleichem verglichen. Da er leider nicht angegeben hat, welche Vergleichsbasen er dafür herangezogen hat, bleibt uns nur die schlichte Feststellung, daß auch in diesem Falle mit den Zahlen manipuliert, ich muß sagen, getäuscht wurde.

Sei's darum: Die tatsächliche Steigerung im ordentlichen Budget mit ihren 20,9 Prozent liegt immer noch beträchtlich über der Zuwachsquote des Gesamtbudgets. Inwieweit dies allerdings echte Steigerungen sind, inwieweit durch Schwerpunktverlagerungen die erwarteten Effekte zum Teil ins Gegenteil verkehrt werden, das, Hohes Haus, bleibt noch zu untersuchen.

Ich möchte mich zunächst mit dem Problem der Hochschulen befassen. Es ist bekannt, daß der Zustrom zu den Universitäten Ausmaße annimmt, die, vom Standpunkt der Situation an den Schulen, schon besorgniserregend sind.

Im Wintersemester 1972/73 ist die Zahl der Studierenden gegenüber dem Vorjahr um 12,1 Prozent angestiegen. Innerhalb von drei Jahren ergibt das eine Zunahme der Studentenzahl von sage und schreibe 29 Prozent. Daß dem nur sehr ungenügende Korrelate gegenüberstehen — beispielsweise hat die Anzahl der Professoren nur um 17 Prozent zugenommen, der Ausbau der Studienplätze liegt ebenfalls weit unter den notwendigen Bedarfswerten —, ist bekannt und wird im übrigen auch durch das vorliegende Budget bestätigt.

Was ist die Folge dieser Situation? Eine Anspannung im gesamten Hochschulbereich, eine kaum überschaubare, langfristige Problematik, die die Frage zwangsläufig in

Dr. Blenk

den Mittelpunkt stellt: Was kann und was wird nun geschehen, um den Problemen tatsächlich an den Leib zu rücken, um wenigstens die Mindestvoraussetzungen dafür zu schaffen, daß die allgemein akzeptierten Parolen, wie „Bildungsfreiheit“, „Chancengleichheit im Bildungsbereich“, „akademische Freiheit“ und so weiter zum Tragen kommen?

Die Grundproblematik ist nicht nur eine österreichische allein, das wissen wir. Wir haben in unseren Nachbarländern ähnliche Verhältnisse. Die Frau Bundesminister hat ja bei früherer Gelegenheit auch darauf hingewiesen, daß sie die Verhältnisse in den vergleichbaren Nachbarstaaten bestmöglich studiert habe.

Tatsache ist aber, daß die Vermehrung der Studienplätze offenbar weder finanziell noch personell, noch im zeitlichen Ablauf der Nachfrage zu folgen vermag. Tatsache ist weiter, daß daher Überlegungen angestellt werden müssen, wie man verhindern kann, daß etwa die Studienplätze nicht auf Dauer rationiert bleiben oder werden.

Ich stelle nun die Frage in den Raum: Wird die Lösung darin liegen, daß etwa zwischen Matura und Studienaufnahme eine wie immer geartete Aufnahmeprüfung nach Kenntnissen und Studienfähigkeiten eingeschaltet wird? Es ist mir klar, daß das sehr problematisch ist, aber ich möchte doch darauf verweisen, daß im Ausland solche Lösungen zum Teil diskutiert, zum Teil schon praktiziert werden.

Oder: Wird man nicht im Zuge der Neuordnung des hochschulrechtlichen Rahmens und der Studiengesetze vorrangig Bedacht darauf zu nehmen haben, daß die Studienzeiten verkürzt werden, damit es zu einem raschen Umschlag und damit das vieldiskutierte Problem der Kurzstudien zum Tragen kommt? Es ist doch alarmierend, Hohes Haus, wenn man hört, daß sage und schreibe nur rund 2 Prozent der Studierenden in Österreich ihre Studien in der vorgesehenen Mindeststudienzeit absolvieren und daß an den technisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten rund 50 Prozent der Studierenden ihr Studium mit einem Mehr von mindestens fünf Studiensemestern über der Mindeststudienzeit abschließen.

Was kann also getan werden, um eventuell zu Regelstudienzeiten zu kommen? Ich glaube nicht, Hohes Haus und Frau Bundesminister, daß diese Frage und die eventuellen Maßnahmen unbedingt zu einer „Verschulung“ des Studiums führen müssen, wobei man durchaus Beispiele zitieren könnte — ich denke an die sehr renommierten Schweizer Universitäten, an die ETH in Zürich oder die Handelshochschule in St. Gallen —, bei denen

man feststellen kann, daß diese sogenannte Verschulung durchaus kein von Haus aus verworfliches akademisches Phänomen ist.

Eine weitere Frage, die sich hier stellt und die wir ernsthaft behandeln und beantworten müssen, ist, inwieweit die Gesellschaft von heute und inwieweit speziell die Wirtschaft überhaupt noch bereit sind, ein Mehr an Bildung geziemend zu honorieren. Es ist eine Tatsache, daß gehobene Positionen — von gewissen Bereichen abgesehen — heute nur mehr zum Teil auf Grund der Vorbildung erreicht werden. Primär und wesentlich werden sie durch Leistung erreicht und vor allem behauptet.

Je mehr das Studium — auch das müssen wir meiner Meinung nach überlegen — bei steigenden Studentenzahlen an Exklusivität verliert, je stärker sich vor allem das Vakuum zwischen den Volksschulen und den Hochschulen mit neuen Ausbildungsgängen füllt, umso weniger wird uns wahrscheinlich die Zukunft zeigen, daß die Hochschulbildung allein oder auch nur wesentlich Karrieregarantie sein wird.

Um diese Tatsachen werden wir bei einer zukunftsgerichteten Konzeption des Hochschulproblems nicht herumkommen.

Was aber geschieht, Frau Bundesminister, in Ihrem Bereich? Schon vor einem Jahr haben Sie auf Grund einer Anfrage mitgeteilt, daß man dabei sei, Prognosen über den Akademikerbedarf zu erstellen, daß man Untersuchungen darüber anstelle, wo die Ursachen dafür lägen, daß die Studienzeiten so stark überzogen wird. Sie haben erklärt, daß man Untersuchungen über eine sinnvolle und forcierte Begabtenförderung anstelle.

Vorgelegt wurde bis heute leider nichts Konkretes. All das aber geht doch in die Richtung und führt zu der Frage, wie man angesichts dieser Situation die schon zitierte „Gleichheit der Bildungschancen“ und die oft zitierte „akademische Freiheit“ realisieren und erfüllen kann. Es stellt sich aber auch die Frage, wie man verhindern kann — um das ganz offen zu sagen —, daß wir auch bei uns eines Tages mangels entsprechender Vorsorgen von einem akademischen Proletariat sprechen müssen.

„Hie Humboldt, hie Arbeitsmarkt“ — so hat kürzlich der Präsident der deutschen Bundesanstalt für Arbeit das Problem umrissen.

Es besteht doch weitgehend Einigkeit darüber, daß viel überlebtes „Bildungsgut“ durch manche Studiengänge geschleppt wird. Dies ist eine Tatsache, der man bei der Neuordnung der Studiengesetze — wie ich glaube —, auch auf das Risiko einer manchmal

Dr. Blenk

vielleicht revolutionär wirkenden Änderung hin, in erhöhtem Maße wird Rechnung tragen müssen.

Wir werden vielleicht nicht umhinkönnen, Frau Bundesminister, Hohes Haus, daß wir bald auch das immer noch im Vordergrund stehende hehre Humboldtsche Bildungsideal durch gewisse zusätzliche praxisnahe Ausbildung anzureichern gezwungen sein werden. Wäre es wirklich angesichts der immer schwieriger und undurchschaubarer werdenden Entwicklung so abwegig, wenn sich eines Tages auch die Berufsproblematik des Akademikers, der nach Neigung und Eignung einen ihm entsprechenden Arbeitsplatz ausfüllt, auf die jedes Berufsanfängers reduzieren würde, nämlich auf die Frage: Wie entwickeln sich Angebots- und Nachfragestrukturen auf den für mich in Frage kommenden Arbeitsmärkten?

Als Antwort auf diese Frage werden immer wieder Prognosen verlangt. Ich teile, Frau Bundesminister, Ihre mir bekannte Skepsis gegen solche Voraussagen. Ich bin davon überzeugt, daß sie immer problematisch bleiben. Diese Fragen sind nämlich immer nur mit Rücksicht auf die Prämissen, auf denen sie aufbauen, zu verstehen und zu interpretieren. So bleibt wahrscheinlich die grundsätzliche Frage unbeantwortet, wie sich beispielsweise — das ist eine zweifellos sehr gravierende Entwicklungstatsache — das Angebot an Absolventen einer bestimmten Fachrichtung von sich aus zu einer Nachfrage-schaffung verhält oder ob sich ein feststellbarer gesellschaftlicher Zukunftsbedarf in bestimmten Berufsbereichen auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich niederschlagen wird.

Vor allem aber können solche Prognosen — und damit wird das Ganze für die Berufsentscheidung des einzelnen natürlich schon etwas problematischer — zwar arbeitsmarktpolitisch interessant sein, aber die Frage nach der individuellen Berufschance werden sie nie beantworten können. Also bleibt die Frage zu stellen: Was hat die Bundesregierung angesichts dieser zweifellos vorhandenen Problematik tatsächlich getan, um diese Probleme anzugehen?

Die Bemühungen um eine Umstrukturierung des Universitätsorganisationsbereiches, die sich im derzeit behandelten UOG niederschlagen, können wir in dieser Richtung verstehen. Ich möchte nicht in die nähere Analyse dieses sehr komplexen Bereiches eintreten, sondern will hier nur ganz pauschal vermerken, daß auch in diesem UOG wesentliche Probleme, die ich hier angeschnitten habe, ungelöst bleiben.

Wir werden uns daher heute, Hohes Haus, darauf beschränken müssen, zu untersuchen,

welche Ansätze das gegenständliche Budget für diese ganze Problemstellung bietet.

Ich habe schon eingangs erwähnt, daß das Budgetkapitel Wissenschaft und Forschung noch vor wenigen Jahren als „Renommierkapitel“ herausgestellt wurde. Ich glaube, daß wir nach Durchsicht dieses Budgets diese Feststellung nicht nur in Zweifel ziehen, sondern ganz klar als unberechtigt abtun müssen.

Begründung: Es wurde für den ganzen Bereich, der etwa mit dem Bildungsproblem umschrieben ist, früher immer wieder das „Kulturbudget“ als Maßstab, als Vergleichsbasis, genommen. Das würde bedeuten, daß wir bei der heutigen Ministerialstruktur die Budgetmittel für die beiden Ressorts Wissenschaft und Forschung sowie Unterricht und Kunst heranziehen. Was ergibt sich beim Vergleich dieser Werte?

Ich habe schon vor zwei Jahren darauf hingewiesen, daß in den Jahren 1965 bis 1969 der Zuwachs des Kulturbudgets jeweils 0,4 bis meistens 0,6 Prozent ausgemacht hat. Seit dem Jahre 1971, einschließlich der beiden letzten Budgetjahre, beträgt der Zuwachs des Kulturbudgets genau die Hälfte der damaligen Durchschnittswerte, nämlich durchschnittlich genau 0,3 Prozent. Kultur oder Bildung als Budgetschwerpunkt? Das ist, glaube ich, damit klar widerlegt.

Was bringt nun das vorliegende Wissenschaftsbudget? Die Gesamtansätze des ordentlichen Budgets — das haben wir schon gesagt — liegen mit mehr als 20 Prozent respektabel über dem Wert des Budgets 1973:

Allerdings ist die Gewichtung — sehr bescheiden gesagt — unterschiedlich. Doch zum Thema Hochschule muß man klar herausstellen: Die Misere an den Hochschulen, sowohl im personellen Bereich als auch im Anlagenbereich wie vor allem auch im Sach- und Verwaltungsaufwandsbereich, wird sich zum Teil noch verschärfen!

Glaubt die Frau Bundesminister nicht, daß das Nachholproblem bei den Investitionen, bei den Anlagen und Einrichtungen noch weiter verschärft wird, wenn wir feststellen müssen, daß die gesamten Anlagen der Hochschulen einen Steigerungsquotienten von sage und schreibe 5,9 Prozent ausweisen? Ein Koeffizient, der also bei weitem nicht einmal die Inflationsrate deckt! Bereits die Gesamtausgaben für Hochschulen liegen wesentlich unter dem Kapitalzuwachs. Sie liegen aber auch noch wesentlich unter der Steigerungsquote des gesamten Budgets.

Die Frau Bundesminister kann sich damit trösten — das wird sie aber, wie ich hoffe, nicht beruhigen —, daß der Personalauf-

Dr. Blenk

wand ihres eigenen Ministeriums dagegen um fast 30 Prozent und der Sachaufwand für ihr Ministerium um gute 85 Prozent gestiegen ist.

Den Hochschulen allerdings wird das nur wenig Sorgen abnehmen. Die Hochschulen, Hohes Haus, stehen ausgerechnet in dem Jahr, in dem die große Reform der Hochschulen beschlossen werden soll, vor einem wahrlich deprimierenden finanziellen Angebot.

Nicht nur daß sich das Verhältnis Studenten zu Assistenten und Professoren laufend rapide verschlechtert, nicht nur daß die Steigerungen des Hochschulbudgets weit — wie schon erwähnt — unter dem Zuwachs des gesamten Budgetkapitels und auch des Gesamtbudgets liegen: besonders eindrucksvoll wird diese Feststellung, wenn wir den Aufwand pro Studenten vergleichen. Wir wissen alle, daß der Zustrom zu den Universitäten ja in einem gewaltigen Ausmaße zunimmt.

Ich möchte Ihnen hier drei Zahlen nennen, die demonstrieren, in welchem Maße sich hier die — ich muß schon sagen — Aushungerung der Universitäten dartut. Die Ausgaben des Hochschulbudgets betrugen zu konstanten Preisen pro Studenten, auf die Basis der Lebenshaltungskostenindizes reduziert: 1967 36.000 S, 1970 42.500 S und auf der Basis der derzeit behandelten Budgets für 1974 31.000 S! Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß die tatsächlichen realen Leistungen pro Studierenden in der Zeit von 1967 auf 1974 um 14 Prozent gesunken sind. Ich möchte nur darauf verweisen, daß die Sachaufwendungen ein noch weniger erfreuliches Bild ergeben.

Dabei ist sowohl im Bereiche der Aufwendungen als auch der Anlagen zu vermerken, daß die Hauptsteigerungen nicht im Bereiche der sogenannten Ermessenskredite sind — also dessen, was tatsächlich, ich möchte sagen, getan wird, ohne daß es getan werden muß —, sondern daß die Hauptsteigerungen im Rahmen der vorgeschriebenen gesetzlichen Verpflichtungen liegen.

Wenn wir beispielsweise feststellen, daß die Ansätze für alle Hochschuleinrichtungen an den Universitäten in Linz, in Salzburg, in Klagenfurt, in Innsbruck nominell gleichbleiben wie das vergangene Jahr, dann ist das de facto eine beträchtliche Minderdotierung, Frau Bundesminister, gegenüber dem Vorjahr. Das alles zum Thema „Renommierkapitel“.

Als besonderes Sorgenkind möchte ich hier auf Innsbruck verweisen, auf jenes Innsbruck, das mit den Hauptsorgen schon lange vertröstet wird. Die Universität Innsbruck hat bei einer ganzen Reihe von maßgeblichen Bauvorhaben, so bei den Theoretischen Instituten

der Medizinischen Fakultät, bei den Sportstätten, im Rahmen der Philosophischen und Juridischen Fakultät, echte Nachholbedarfe, die durch Verzögerungen zum Teil bereits zu einer Erschwerung bis Unmöglichkeit der Studienbetriebs führen.

So ist zum Beispiel an der Philosophischen und Juridischen Fakultät der Universität Innsbruck die Zahl der Studenten in den letzten Jahren um 200 Prozent gestiegen. Der Raumzuwachs hat um ein Drittel zugenommen. Wenn wie heute international betrachtet einen Raumstandard von etwa 15 bis 20 Quadratmeter pro Studenten in diesem Bereiche vorgesehen haben, dann stellen wir fest, daß er zum Beispiel in Innsbruck nicht einmal 4,5 Quadratmeter beträgt.

Ich frage Sie, Frau Bundesminister: Wie soll diese bedrückende Situation durch ein zahlenmäßiges Gleichbleiben und damit durch ein faktisches und praktisches Absinken der Investitionsziffern behoben werden?

Ich frage weiter: Was ist aus dem langfristigen Hochschulbauprogramm geworden, das wir hier vor zwei Jahren vorgelegt bekommen haben und das wir schon damals aus Gründen mangelnder Vorschau und aus Gründen mangelnder echter Grundlagen sehr stark kritisiert haben? Was ist daraus geworden? Wesentlich neue Entwicklungsgedanken sind darin nicht enthalten gewesen und sind offenbar bis heute nicht kreierte worden.

Ein schlechthin — ich muß hier dieses Wort sagen — katastrophales Bild bietet der Bereich der Hochschuleaufwendungen.

Gegenüber den Voranschlagsziffern 1973 einschließlich der hier mitzuberücksichtigenden Nachtragsbudgetierungen ergibt sich eine Steigerung von sage und schreibe 1,5 Prozent, oder, anders gesagt, für 1974 wird der Sach- und Verwaltungsaufwand für unsere Hochschulen nicht nur nicht ausgeweitet, sondern natürlicher- und zwangsläufigerweise respektabel eingeschränkt werden müssen.

Demgegenüber nochmals: Der Verwaltungsaufwand für das Ministerium steigt um 85,3 Prozent!

Ist das alles das Ergebnis mangelnder Bedarfsplanung, das Ergebnis mangelnder Bau- und Entwicklungskonzepte, das Ergebnis mangelnder Vorstellungen über die Bewältigung der Bildungsexplosion auf Hochschulboden, das Ergebnis mangelnder Vorschau bezüglich des vertretbaren Weges für eine Regelung und Lenkung des Hochschulzustromes? Oder müssen wir einfach feststellen, daß es dieser Regierung sowohl an der Bereitschaft mangelt, annähernd genügende Mittel für Wissenschaft und Forschung, vor allem für die Hoch-

Dr. Blenk

schulen, zur Verfügung zu stellen, als auch an der Fähigkeit, über bloße Beschreibungen und statistische Erfassungen hinausgehende Hochschulkonzepte zu entwickeln?

In diesem Zusammenhang, Frau Bundesminister, eine spezielle Feststellung: Wir haben bei der Beratung über die Schaffung der außerordentlichen Hochschulprofessoren neuen Typs unter anderem die Frage gestellt, ob durch die Schaffung dieses neuen Professorentyps gesichert sei, daß die Zahl der Assistenten nicht zu deren Lasten verkürzt würde. Sie haben damals ausdrücklich erklärt: Selbstverständlich wird dadurch in der Assistentenzahl keinerlei Beschränkung Platz greifen.

Nun wurden im vergangenen Jahr erstmalig 150 außerordentliche Professoren neuen Typs bestellt. Für das kommende Jahr sind 100 weitere Ernennungen vorgesehen. Im Budgetausschuß haben Sie auf die konkrete Frage, wie sich das auswirke, ganz dezidiert erklärt: Dort, wo diese neuen Hochschulprofessoren keine neuen Arbeitsbereiche und Aufgaben übernehmen, werden selbstverständlich keine neuen Assistenten bestellt werden.

Das heißt, Frau Bundesminister: Ein ausdrückliches Versprechen, eine ausdrückliche Zusage soll zum Nachteil der Studenten und der Universitäten gebrochen werden.

Ich halte zusammenfassend für den Hochschulbereich fest: Bei rapid steigenden Studentenzahlen, bei mangelnder Vorsorge für eine soziale Besserstellung der Studenten im Bereich der Studienförderung, der Studentenhilfe und so weiter — bei zusagewidriger Stagnation der Assistentenposten, bei unzureichender dienst- und besoldungsrechtlicher Regelung für die Hochschullehrer —, bei weitum stagnierenden und damit praktisch rückläufigen Aufwendungen für Investitionen, bei rückläufigen Finanzansätzen für den ganzen Sach- und Verwaltungsaufwand der Hochschulen — bei immer noch mangelnden Konzepten und Vorstellungen über den tatsächlichen Ausbau der Hochschulen und die Bewältigung der wachsenden Spannung zwischen Ausbildungsstätten und Ausbildungsinteressen —, bei all diesen Situationen beruhigt die Frau Bundesminister alle Besorgten mit der leider nicht erstmalig gehörten Feststellung: Das Jahr 1974 wird schwerpunktmäßig den Arbeiten für die Hochschulkonzeption gewidmet sein!

Wir hören es gerne. Wir hören es schon lange. Wir hören es aber bisher leider — ich hoffe nicht für immer — ohne sichtbare positive Ergebnisse.

Ein Wort noch zu den Bibliotheken, die zweifellos das wissenschaftliche Informationszentrum, wenn ich so sagen darf, unserer

Hochschulen darstellen. Die Sorgen unserer Hohen Schulen zu diesem Thema sind bekannt. Der Nachholbedarf für die buchmäßige Ausstattung der Bibliotheken ist groß.

Wie sieht aber hier das Budget aus? Ich stelle fest: Stagnation bis Rückgang! Die Einrichtungserfordernisse mit 4 Millionen Schilling bleiben gegenüber dem Vorjahr gleich und liegen damit nota bene 30 Prozent unter den entsprechenden Ansätzen des Jahres 1972. Das ist nämlich interessant: Immer wenn man einen Zweijahresvergleich vornimmt, sehen die Dinge besonders bedrückend aus.

Die Position „sonstige Druckwerke“, aus der alle Buchanschaffungen bestritten werden müssen, weist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von nicht ganz 7 Prozent und, verglichen mit dem Jahre 1972, eine Steigerung von sage und schreibe nicht ganz 2 Prozent auf. Ich kann nur sagen: Bildungsschwerpunkt, wie ihn die Sozialisten verstehen.

Nun zum zweiten Thema: zur Forschungsförderung. Vorweg ein paar Gedanken zur Forschungspolitik dieser Regierung.

Die Vorstellungen der Regierung wurden in einer leider bis heute noch nicht im Parlament behandelten österreichischen Forschungskonzeption vor etwa eineinhalb Jahren der Öffentlichkeit vorgestellt. Darin hat sich die Bundesregierung dazu bekannt, bis 1980 eine durchschnittliche jährliche Steigerung der Ausgaben des Bundes für die Forschung von rund 20 Prozent vorzunehmen. Nur so, wurde gesagt, sei es möglich, die notwendige Erhöhung des gesamten Forschungsetats auf die vielzitierten 1,5 Prozent des Bruttonationalproduktes zu erreichen.

Inzwischen haben sich einige neue Entwicklungen angebahnt, die höchster Beachtung wert sind. Die Frau Bundesminister hat letztlich und erstmalig bei den Hochschulwochen in Alpbach angekündigt, daß sie ein Forschungsorganisationsgesetz schaffen wolle, das der wachsenden Bedeutung der außeruniversitären Forschung Rechnung tragen und die Struktur der wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen einer „demokratischen Öffnung“ zuführen solle, daß sie also „demokratisieren“ wolle.

Grundsätzlich ist der Gedanke einer Koordination und einer Kooperation im Forschungsbereich zweifellos notwendig, er ist zu begrüßen. Denn es ist unbestritten, daß die Forschung immer mehr zu einem gesellschaftlichen und vor allem zu einem wirtschaftlichen Angelpunkt des Geschehens wird: zu der — wie das erst kürzlich einmal geschrieben wurde — sechsten Macht im Staate.

8664

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 6. Dezember 1973

Dr. Blenk

Allerdings, Frau Bundesminister: Der geistige Nährboden, auf dem Sie diese Forschungsorganisation demokratisieren wollen, der ist schon aller Beachtung und kritischen Kontrolle wert.

Sie haben damals in einer Ihnen vielleicht gar nicht bewußten Offenheit den Habermas-Schüler Joachim Hirsch als geistigen Kern oder Vater oder Konzipienten zitiert. Jenen Joachim Hirsch, Frau Bundesminister, der in dem Büchlein, das ich mir daraufhin sehr genau angeschaut habe, die Demokratisierung der Forschung durch eine „Politisierung der Basis“ angehen will, durch den politischen Marsch durch die Institutionen, durch Reformvorstellungen, die „nur im Zusammenhang“ — wie er selber schreibt — „mit Strategien zur Veränderung der Produktionsverhältnisse sinnvoll diskutierbar“ sind. Jenen Joachim Hirsch, der meinte, daß die Struktur der wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen überhaupt nur in einer sozialistischen Gesellschaft realisierbar, voll durchzuführen sei.

Bereits heute, Frau Bundesminister, möchte ich Sie warnen, diesem Konzept zu folgen. Denn dort wurde erstmalig, für mich zumindest, direkt offenbar, was diese Regierung unter Demokratisierung versteht.

Was aber sind die Fakten des Budgets? Den erwähnten Zielstellungen der Forschungskonzeption wird jedenfalls im vorliegenden Budget nicht Rechnung getragen.

Zunächst ist festzustellen, daß das oft gehörte Problem, daß der Vorwurf der „Aushungerung der universitären Forschung“ nicht widerlegt wird. Die Forschungserfordernisse an den Hochschulen liegen mit 10,9 Prozent bereits unterdurchschnittlich unter dem Budget 1973, gegenüber 1972 sinken sie sogar um ein weiteres Prozent ab.

Im Bereich der außeruniversitären Forschung wiederum wird eine höchst inkonsequente Budgetpolitik betrieben. Ich verweise darauf, daß zum Beispiel die Ausgaben für das technische Versuchswesen und für die allgemeine Bauforschung überhaupt unverändert bleiben, daß aber eine besonders interessante Entwicklung bei den Forschungsförderungsfonds festzustellen ist.

Der gewerbliche Forschungsförderungsfonds sieht einen Ansatz von 165 Millionen Schilling vor. Das ist eine Steigerung von 7 Prozent. Der wissenschaftliche Forschungsförderungsfonds sieht mit 127 Millionen eine Steigerung von gar nur 5½ Prozent vor.

Wenn die Erläuternden Bemerkungen dazu meinen, daß damit ein Schritt auf dem Wege zu den Vorstellungen des Forschungsrates gegangen sei — der sieht nämlich für das kom-

mende Jahr 500 Millionen vor, allein für den gewerblichen Forschungsförderungsfonds —, dann kann ich nur sagen: Mitnichten, denn diese 7 Prozent beziehungsweise 5½ Prozent vermögen nicht einmal die Inflationsrate zu egalisieren!

Besonders interessant ist, daß ein Teil dieser Mittel im Konjunkturausgleich-Vorschlag aufscheint. Minister Androsch hat zu dieser Dreiteilung des Budgets gemeint, sie habe den Vorteil, daß das Budget „rasch, flexibel und gezielt als konjunkturpolitisches Instrument eingesetzt werden“ könne.

Wenn dem so ist, Frau Bundesminister, dann muß ich sagen, daß es kaum einen Bereich im gesamten Budget gibt, der sich für konjunkturpolitische Maßnahmen weniger eignen würde als die Forschung, denn die Forschung ist ja letztlich jener Bereich, der tatsächlich primär nur Kapazitäts- und erst ganz am Rande, wenn überhaupt, Einkommenseffekte aufweist. Das heißt: Die Benützung der Forschungsausgaben zu Konjunkturpolitik führt zu einer eindeutigen Verschlechterung des Forschungsklimas, des Forschungswillens, weil gerade bei der Forschung zwangsläufig immer längerfristige Aspekte im Vordergrund stehen, weil die Forschung eben keine willkürlichen Schwankungen verträgt, weil die Forschung wie kein anderer Bereich eben unabdingbar von der Kontinuität lebt.

Was soll das also, wenn man gewisse Mittel in diesen Eventualbereich hineintut, noch dazu wenn man feststellen muß, daß sie nicht in der Stabilisierungsquote enthalten sind, sondern daß sie im Konjunkturbelebungsprogramm aufscheinen?

Meine Frage ist daher — und das ist eine allgemeine Feststellung, die nicht nur für dieses Kapitel gilt —: Ist diese Dreiteilung wirklich das, was wir von Anfang an angenommen haben, nämlich ein finanzpolitischer Trick, oder ist es in diesem Fall sogar eine echte Sachtäuschung?

Ich möchte noch ein paar Worte zum Reaktorzentrum Seibersdorf, zur SGAE, sagen, weil sich dort die mangelnde Kontinuität besonders nachteilig auswirkt.

Trotz der verwirrenden und für mich kaum herauszuschälenden ständig wechselnden Budgeteinordnung ergibt sich jedenfalls, daß das vorliegende Budget zwar insgesamt für Seibersdorf — jetzt ohne die Nachtragsbudgetierung des letzten Jahres — einen Zuwachs von rund 13 Prozent vorsieht, gegenüber den Budgetwerten 1972 jedoch einen Rückgang von fast 2 Prozent. Das ist weniger als Stagnation!

Dr. Blenk

Wenn die SGAE, also das Reaktorzentrum Seibersdorf, in einer besorgten Resolution darauf hinweist, daß die Fortführung der kontinuierlichen Tätigkeit überhaupt in Frage gestellt sei, dann möge das, Frau Bundesminister, sehr ernst genommen werden. Sie haben sicherlich auch jene Resolution bekommen, in der es hieß, daß die Mindestmittel für Seibersdorf im nächsten Jahr mit 153 Millionen Schilling auszuweisen sind; das Budget weist 120 Millionen aus.

Es wird darauf hingewiesen, daß das schwerwiegende Folgen für die Durchführung der laufenden Arbeiten haben müßte und daß überhaupt der Erfolg der kommenden Jahre in Frage gestellt sei.

Wie gedenken Sie, Frau Bundesminister, auf diesen Notschrei zu reagieren? Ich werde den Verdacht nicht los, daß hier Forschungspolitik in einer sehr einseitigen Form betrieben wird.

Was ich damit meine? — Die wissenschaftlich sicher anerkannten, aber immerhin parteipolitisch eindeutig zuzurechnenden Institute — ich nenne die „Ludwig Boltzmann-Gesellschaft“, das „Ford-Institut“ — haben in den letzten zwei Jahren einen Finanzierungszuwachs von 36 beziehungsweise 42 Prozent erfahren, das bedeutende Kernenergiezentrum in Seibersdorf hingegen, das seit langem traurigen Versuchen einer politischen Verunsicherung ausgesetzt ist, erfährt trotz zentraler Bedeutung und ständig steigender Aufgabenstellung in derselben Zeit eine Kürzung der Budgetmittel!

Ist das, Frau Bundesminister, die von Ihnen angekündigte Politik der „demokratischen Öffnung“, der „Demokratisierung“ durch die Habermas'sche „Politisierung der Basis“? Ich möchte Sie hier noch einmal in aller Form und in aller Öffentlichkeit vor solchen Konzepten und vor solchen Vorgangsweisen warnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich komme zum Schluß, Hohes Haus. Das gegenständliche Budgetkapitel ist von einem früher scheinbaren Renommierkapitel zu einem teilweise beängstigenden gesellschaftspolitischen Instrument geworden, zu einem sowohl die Probleme der Hochschulen als auch die Probleme der Forschung nur ungenügend erkennenden, geschweige denn lösenden Instrument.

Diesem Kapitel, das im Hochschulbereich kein Konzept erkennen läßt, das die Probleme nur scheinbar angeht, das in der Forschung einen gefährlichen, offenbar gesellschafts- und parteipolitischen Trend erkennen läßt, diesem Kapitel wird daher von meiner Fraktion die Zustimmung versagt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Radinger.

Abgeordneter Radinger (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein sehr geschätzter Herr Vorredner hat eingangs seiner Ausführungen die generelle Steigerungsquote des Kapitels Wissenschaft und Forschung hervorgehoben, und er hat im Budgetausschuß so wie die Redner der anderen Fraktionen dieses Kapitel als einen Schwerpunkt bezeichnet. Wenn nun der Sprecher der Österreichischen Volkspartei eine höhere Dotierung einzelner Ansätze forderte, so gehört das eben zur üblichen Verhaltensweise der Österreichischen Volkspartei, die ja schon oft von uns aufgezeigt wurde, nämlich die Gesamtausgaben des Budgets als zu hoch und daher inflationsfördernd zu qualifizieren, Detailposten jedoch, die in ihrer Gesamtheit eben das Budget ergeben, als unzureichend dotiert zu bezeichnen.

Wie wenig berechtigt die ablehnende Haltung der Volkspartei zum vorliegenden Wissenschaftsbudget ist, werde ich später an Hand von Zahlenvergleichen noch darlegen, die allerdings etwas anders aussehen als die von meinem Vorredner gebrachten. Sie werden den Nachweis erbringen, daß von dieser Regierung den Problemen von Wissenschaft und Forschung sowie von Bildung nicht nur die größte Bedeutung zugemessen wurde und wird, sondern daß auch mehr Mittel diesen Problemen zugewendet werden als von früheren Regierungen, besonders aber auch als von der ÖVP-Alleinregierung; aber den damaligen Budgets haben die Damen und Herren Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei trotz ihrer wesentlich geringeren Dotierung bekanntlich zugestimmt.

Im übrigen, meine Damen und Herren, erlaube ich mir, Sie daran zu erinnern, wie groß die Differenzen waren, die zwischen dem Begehren, den Anträgen und den Vorstellungen der ÖVP-Unterrichtsminister, ist gleich Wissenschaftsminister, auf der einen Seite und der Freigiebigkeit der ÖVP-Finanzminister auf der anderen Seite bestanden. Durch dieses Manko werden wir heute noch belastet, da wir sowohl für den Nachholbedarf aus der Vergangenheit als auch für den Steigerungsbedarf der Gegenwart aufkommen müssen. Ich möchte sagen: Aus den ungehörten oder nicht beantworteten Hilferufen der ÖVP-Ressortminister an die ÖVP-Finanzminister sind Unkenrufe der ÖVP-Abgeordneten geworden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun einiges aus der legislativen Tätigkeit dieses Ressorts anführen, wobei klarerweise der Anspruch auf Vollständigkeit nicht erhoben wird.

8666

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 6. Dezember 1973

Radinger

Es wurden eine Reihe von Studienverordnungen für die geistes- und naturwissenschaftlichen Studienrichtungen erlassen, eine Reihe von solchen befinden sich im Begutachtungsverfahren.

Das medizinische Studiengesetz wurde im Parlament verabschiedet.

Das Gesetz über Tierversuche ist heute hier im Hause eingelangt.

Das juristische Studiengesetz liegt im Begutachtungsverfahren.

Schließlich wäre auch ein neues Hochschülerschaftsgesetz zu erwähnen.

Eine Reihe von Erhebungen — vorbereitende Maßnahmen — dienen der inneren und äußeren Organisation des wissenschaftlichen Bibliothekswesens und der Koordinierung der Bibliothekssysteme.

Aber auch in finanzieller Hinsicht sind die Bibliotheken nicht so im argen, wie das mein Herr Vorredner bezeichnet hat. Er hat auch vom Nachholbedarf gesprochen. Wenn er „Nachholbedarf“ sagt, dann meint er offensichtlich einen solchen aus der Zeit, in der eben seine Partei für diese Dinge verantwortlich war.

Schließlich, meine Damen und Herren, wäre — glaube ich — wohl das wesentlichste Gesetz zu erwähnen, das uns derzeit beschäftigt, nämlich die UOG, das die Neuordnung der Hochschulstruktur bringen wird. Es wird derzeit in einem Unterausschuß vorberaten. Diesem Unterausschuß liegen zur Beratung vor: die Regierungsvorlage, ein Antrag Dr. Scrinzi und ein nur für einen Teilbereich des Problems abgestimmter Antrag Dr. König.

Es wäre, da die Vorbereitungen im Unterausschuß eben erst begonnen haben, derzeit verfrüht, Prognosen zu stellen, wie diese Beratungen verlaufen werden. Die Sozialisten haben ebenso wie die anderen Fraktionen ihre grundsätzlichen Vorstellungen dazu dargelegt.

Ich muß sagen: Wir sind froh darüber, daß die von uns gemeinsam erarbeiteten Terminvorschläge für die nächsten Sitzungen von der Präsidialkonferenz akzeptiert wurden. Wir hoffen auch, daß der Bedeutung und dem Umfang der Materie entsprechend bei der Terminplanung dem weiterhin Rechnung getragen wird. Da alle Fraktionssprecher im Unterausschuß ihr Interesse an einer zügigen Behandlung dieser Materie bekundet haben, ist nur zu hoffen und zu erwarten, daß die für die Neuordnung an unseren Hochschulen so wichtige parlamentarische Beratung auch in angemessener Zeit zum Abschluß gebracht wird.

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung — das kann man heute schon sagen — hat mit der Vorlage des UOG hier im Haus die erste Etappe eines sehr langen, äußerst dornenvollen Weges zurückgelegt. Die Frau Bundesminister hat durch Initiative, durch Geduld und Ausdauer einen wesentlichen aktiven Anteil daran, daß diese Regierungsvorlage nun im Hause liegt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte heute auch den Arbeiten der Abteilung Planung und Statistik im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung den gebührenden Respekt erweisen und sie als grundlegend bezeichnen, weil sie eine organische, auf konkreten und umfassenden Planungsunterlagen und statistischen Unterlagen basierende Entwicklung unseres Hochschulwesens erst ermöglichen. Über die von dieser Abteilung durchgeführten Arbeiten gibt der Arbeitsbericht des Bundesministeriums Aufschluß. Darüber hinaus auch der Hochschulbericht, der ein Gesamtbild der gegenwärtigen Hochschulsituation gibt. Dieser Hochschulbericht mit seiner Sammlung von Daten ist die Entscheidungs- und Beurteilungshilfe für die Lösung von Problemen der weiteren Hochschulreform. Das eine ist klar: Ohne genaue Übersicht über die gegenwärtige Lage, ohne Schätzung des zu erwartenden Bedarfes und der zu erwartenden Studentenzahlen sowie anderer Größen und Werte ist ein planmäßiges ökonomisches Arbeiten für die Zukunft nicht möglich.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Blenk meint, daß überhaupt keine Ergebnisse auf dem Sektor zu verzeichnen sind, so irrt er. Es liegen zweifellos Arbeiten vor, die gut verwendbar sind. Wir meinen, daß erst nach dem Erkennen der Tatsachen über das Wollen das Handeln folgen kann, das Handeln, dem allerdings klarerweise gewisse Grenzen durch technische, personelle, aber auch finanzielle Möglichkeiten gesetzt sind.

Das Ansteigen der Zahl der Studierenden erleichtert nicht die personellen und raummäßigen Schwierigkeiten an den Hochschulen. Das ist verständlich. Es ist uns auch nicht unbekannt, daß trotz verstärkter Anstrengungen und Leistungen auf dem Gebiet der Bauten, der Einrichtungen, der Ausstattungen und trotz noch nie dagewesener Personalvermehrung die Arbeitsbedingungen in manchen Fällen nicht ideal sind. Das ist klar.

Es wäre jedoch für alle, die an den österreichischen Zuständen Kritik üben, sehr lehrreich, die Verhältnisse in anderen europäischen Ländern kennenzulernen und zum Vergleich heranzuziehen. Es geistert bei uns

Radinger

immer das Problem des Numerus clausus im Raum. Ich möchte dazu sagen, daß es bei uns trotz aller Schwierigkeiten eben noch keinen Numerus clausus gibt, durch den doch nur auf sehr ungerechte Weise und nach keineswegs objektiven Kriterien nicht ein Ausleseverfahren, sondern ein weitgehend von Zufällen, vielleicht auch von Willkür bestimmtes Ausscheidungsverfahren ins Rollen kommt.

Ich möchte darauf hinweisen, daß die Frau Bundesminister bei ihrer Rede vor der Beratenden Versammlung des Europarates im vergangenen Jahr auf das Problem des Numerus clausus hingewiesen hat. Sie hat damals gesagt — wenn ich zitieren darf —, daß Österreich die Einführung des Numerus clausus vermeiden konnte, aber daß es von diesen Problemen nicht unberührt bleibt, daß die Einführung des Numerus clausus in einem Land seine Wirkungen auch auf die meisten anderen, im besonderen aber auf die benachbarten Länder hat. Sie hat weiters gesagt, daß der Numerus clausus durch eine im Grunde höchst wünschenswerte Mobilität von jenen Staaten, die bereits Beschränkungsmaßnahmen ergriffen haben, exportiert und in jene Länder, die keine Beschränkungen festgelegt haben, importiert wird. Sie hat darauf hingewiesen, daß ein kleines Land wie Österreich mit stark steigendem Zugang zu den Hochschulen den Numerus clausus in einem anderen Land nicht negieren kann. Sie hat schließlich die Konsequenz daran geknüpft, daß dieses Land, um seinen Verpflichtungen gegenüber den eigenen Staatsbürgern nachzukommen, auf Beschränkungsmaßnahmen reagieren muß, um den Studienwerbern des eigenen Landes ausreichend Plätze zu sichern.

Ich möchte dazu sagen: Wenn in einem Nachbarland für zehn Studienrichtungen der Numerus clausus in Geltung ist und von dieser Maßnahme zirka 70.000 Studierende betroffen sind, von denen ein Großteil nach Österreich strebt oder drängt, dann halten wir es für recht und billig, daß ausländische Studienwerber in einem solchen Fall in Österreich nicht besser behandelt werden als in den eigenen Ländern, noch dazu, wenn diese Länder reicher und wirtschaftlich wesentlich stärker sind als wir.

Ich kann aus meiner eigenen Erfahrung sagen, daß die Auffassung der Frau Bundesminister, wie ich sie aufgezeigt habe und wie sie sie vor der Beratenden Versammlung des Europarates dargelegt hat, von den Delegierten der Mitgliedstaaten voll und ganz verstanden wurde und daß man auch die von ihr daran geknüpften Konsequenzen gebilligt hat.

Meine Damen und Herren! Teure Studienplätze auf Kosten österreichischer Steuerzah-

ler zugunsten von Ausländern der österreichischen Jugend zu entziehen, wäre für alle Österreicher unzumutbar und wird daher mit Recht von der Frau Minister abgelehnt.

Was nun die Verknappung der Studienplätze betrifft, so hat mein Vorredner eine Reihe von Möglichkeiten aufgezeigt und angedeutet, wie man diesem Problem Herr werden könnte: Verkürzung der Studiendauer — etwas, das man sich zweifellos gründlich überlegen muß und worüber man reden muß —, Sichtung und Lichtung des Lehrgutes, soweit es veraltet und antiquiert ist.

Ich glaube, daß hier Möglichkeiten auch anderer Art noch bestehen, um zumindest partiell Erleichterungen zu schaffen.

Die Zahlen jedenfalls, die Herr Dr. Blenk angegeben hat, und zwar die Aufwendungen pro Student, stimmen nach meinen Unterlagen nicht. Ich finde, daß wir im Jahre 1970 pro Student 37.000 S aufgewendet haben — ich glaube, das war die Zahl, die er gesagt hat —, während es heute 53.000 S sind.

Meine Damen und Herren! Zur sogenannten Studenten- oder Akademikerschwemme, die immer wieder als Angstgespenst im Raume schwebt, auch ein paar Worte.

Nach Abzug der außerordentlichen Hörer, der Gasthörer und der ausländischen Studierenden werden wir im laufenden Studienjahr über 63.000 ordentliche Hörer zählen.

Interessant ist folgendes: daß die Zuwachsraten — ich betone das — bei den Studenten derzeit sinkend sind. Und was die Studentenquote in Österreich betrifft, liegt unser Land unter dem internationalen Vergleich. Es gibt in Schweden, das in diesem Zusammenhang immer wieder als abschreckendes Beispiel angeführt wird, bei ungefähr gleicher Einwohnerzahl derzeit rund 120.000 Studierende. Im übrigen hat der Rektor der Technischen Hochschule Wien, Herr Professor Paschke, bei seinem letzten Gespräch mit Bildungsjournalisten ausdrücklich erklärt, daß wir einen Mangel besonders an Diplomingenieuren haben, und eine Untersuchung der Bundeswirtschaftskammer hat ergeben, daß in Österreich ein Akademikerbedarf besteht.

Meine Damen und Herren! Wenn nachweisbar der Hauptanteil der Studierenden von den AHS gestellt wird — das ist nicht nur heute, sondern das war seit eh und je —, so müssen wir der Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen an berufsbildenden höheren Schulen von diesem Gesichtspunkt aus besonderes Interesse zuwenden. Der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst hat Zahlen bekanntgegeben, die nachweisen, daß in den Jahren 1970 bis 1973 doppelt soviel Ausbil-

Radinger

dungsplätze an berufsbildenden höheren Schulen geschaffen wurden wie in den vergleichbaren Jahren 1967 bis 1970. Das ist eine sich vollziehende Strukturänderung im höheren Schulwesen, die gefördert wird und deswegen begrüßt werden muß, weil dadurch eine bessere Ausgewogenheit zwischen allgemeinbildendem und berufsbildendem Schulwesen erreicht werden kann und weil ja bekanntlich bei den BHS-Maturanten, also bei den Maturanten von berufsbildenden höheren Schulen, der Zug zur Hochschule im wesentlich geringeren Maß als zwingend angesehen wird als für Abgänger von allgemeinbildenden höheren Schulen.

Über die Qualität der Ausbildung, aber auch der Allgemeinbildung, die an den berufsbildenden Schulen vermittelt wird, glaube ich, sind wir alle bestens informiert.

Nun möchte ich doch einiges zu den Zahlen des Personal- und Sachaufwandes bei diesem Budgetkapitel sagen. Wir vermerken mit Befriedigung, daß ein Zuwachs an Lehrkanzeln von 906 im Jahre 1970 auf 1095 im Jahre 1974 zu verzeichnen ist, während die Zahl der außerordentlichen Professoren — das ist schon von meinem Vorredner erwähnt worden — 1973 auf 1974 von 150 auf 250 gestiegen ist, was einer ganz großartigen Steigerung entspricht.

Natürlich ist eines interessant: Unverständlich ist es an der Wiener Medizinischen Fakultät noch immer Fälle, daß Bewerbungsansuchen um Posten als außerordentliche Professoren an das Ministerium nicht weitergeleitet werden, obwohl die Dienstposten vorhanden wären und besetzt werden könnten. Derzeit gibt es an der Wiener Medizinischen Fakultät 34 Ansuchen, die seit längerem dort unerledigt liegen und offensichtlich — ich weiß nicht, in welcher Absicht — auch noch länger liegenbleiben werden. Die dafür Verantwortlichen, meine Damen und Herren, können unserer Meinung nach nicht wollen, daß jene Kollegen, die mit ihnen und für sie arbeiten, in ihrer wissenschaftlichen Laufbahn benachteiligt werden.

Ich möchte aber noch eine andere markante Zahl nennen: das ist die der Assistenten. Es muß, glaube ich, hervorgehoben werden, daß seit 1970 mehr als 1000 Assistentenposten geschaffen wurden. Das ist eine Zahl, die so großartig ist, daß man sie wirklich hier erwähnen muß. Dadurch wurde eine außerordentliche Stärkung des Mittelbaues, aber auch eine Entlastung der Professoren erreicht.

Meine Damen und Herren! Zum ersten Mal überschreitet der Anteil des Wissenschaftsbudgets am Gesamtbudget die 3-Prozent-Marke. Die Steigerungsraten von Unterricht

und Kunst sowie Wissenschaft und Forschung, also die Steigerungsraten der beiden bildungspolitisch primär relevanten Ressorts zusammen, betragen, verglichen mit den entsprechenden Zahlen von 1970, mehr als 65 Prozent, wodurch — ich möchte das wiederum sagen — eindeutig die Bedeutung dokumentiert wird, die in den Jahren seither diesen Problemen von der Regierung und von den Ressorts aus zugemessen wird.

Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben werden 1974 um rund 15 Prozent über dem Niveau von 1973, aber um rund 83 Prozent über dem von 1970 liegen. Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben insgesamt am Bruttonationalprodukt konnte somit auf rund 0,9 Prozent gesteigert werden, sodaß auch hier Voraussetzungen wesentlicher Art für die Durchführung der Forschungsaufgaben geschaffen wurden. Von den rund 5,4 Milliarden Schilling, die 1974 insgesamt für Forschungs- und Entwicklungsausgaben verwendet werden, werden mehr als 50 Prozent vom Bund allein getragen. Und was die hochschulrelevante Förderung von Wissenschaft und Forschung betrifft, so erfährt sie gegenüber 1973 eine Steigerung von mehr als 42 Prozent und gegenüber 1970 eine solche von 287 Prozent. Ich weiß nicht, ob das Zahlen sind, die gegen dieses Budget sprechen.

Einige Details aus dieser Förderung von Wissenschaft und Forschung bezogen auf 1970: Beim Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung beträgt die Steigerung 183 Prozent, bei der Akademie der Wissenschaften 227 Prozent, bei den Beiträgen für CERN 268 Prozent und bei sonstigen Forschungsaufgaben insgesamt 483 Prozent.

Meine Damen und Herren! Bei aller Bescheidenheit — Bescheidenheit deswegen, weil auch wir der Überzeugung sind, daß man Forschungs- und Entwicklungsaufgaben und -ausgaben nie hoch genug dotieren kann — wollen wir diese Zahlen trotzdem herausstellen, weil sich in ihnen der außerordentlich beachtliche Erfolg spiegelt, der vom Ressort erzielt werden konnte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, daß dieser Erfolg doch letzten Endes nicht nur der österreichischen Wissenschaft und Forschung, sondern auch unserer wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung zugute kommt und daß damit eine vielleicht im Augenblick nicht exakt meßbare, aber doch wesentliche Grundlage für eine künftige Gesellschaftskultur und Sozialpolitik geschaffen wird.

Die Entwicklung des Wissenschaftsbudgets hinsichtlich seines Anteils am Gesamtbudget zeigt eine Steigerung von 2,17 Prozent im Jahre 1966 über 2,32 Prozent im Jahre 1970

Radinger

auf 3,03 Prozent im vorliegenden Budget. Seit 1970 beträgt die Steigerungsrate im Personalaufwand über 78 Prozent — das sind nicht nur Beamte, wie Herr Dr. Blenk es dargestellt hat, sondern das sind doch in erster Linie Professoren und Assistenten —, jene im Sachaufwand mehr als 88 Prozent. Das sind also Steigerungsraten, die weit über der Expansion des Gesamtbudgets liegen. Und das Budget der wissenschaftlichen Hochschulen, einschließlich hochschulischer Einrichtungen, hat sich von 1,8 Milliarden im Jahre 1970 auf 3,6 Milliarden in diesem Jahre verdoppelt.

Was nun die Bauten betrifft, erscheint es mir doch erwähnenswert, daß derzeit Bauvorhaben in einem Gesamtvolumen von 2,5 Milliarden Schilling verwirklicht werden, während die in Planung befindlichen Bauten ein Volumen von rund 3 Milliarden ausmachen. Die im Arbeitsbericht 1972 des Ministeriums auf den Seiten 12 bis 17 aufgezählten, nach Bau- oder Planungsstadium detaillierten Bau- und Planungsvorhaben wurden planmäßig fortgesetzt. Für den Ausbau der Hochschulen und wissenschaftlichen Anstalten — ich glaube, das können wir sagen — wurde noch nie so viel getan wie in dieser Zeit. Schließlich und endlich hat die Frau Bundesminister für alle Skeptiker im Budgetausschuß klargestellt, daß die Finanzierung bei praktisch allen großen Hochschulbauten sichergestellt ist, daß Bautempo und Baufortschritt nur von den technischen Möglichkeiten, nicht aber von finanziellen Schwierigkeiten bestimmt sind.

Ich darf auch erwähnen, daß die Ausgaben für Studentenheime beachtlich angestiegen sind und vermehrt wurden. Bezogen auf 1970 verzeichnen wir eine Steigerung um mehr als 70 Prozent.

Und etwas sehr, sehr Wesentliches: Der gesamte Sozialaufwand für Studierende beträgt in diesem Budget mehr als eine halbe Milliarde Schilling.

Wir sind objektiv genug, um zu erkennen und auch zuzugeben, daß die von uns angeführten Steigerungsraten nicht in allen Sparten diese Höhen erreichen können, so wünschenswert dies auch wäre.

Wenn der Sprecher der Freiheitlichen Partei im Budgetausschuß einen konkreten Antrag auf höhere Dotierung für Studentenheime, für Bibliotheken, für das Denkmalwesen und für die Museen eingebracht hat, so möchte ich dazu sagen, daß auch in meiner Fraktion Überlegungen waren, die in diese Richtung gingen und die uns zu dem Entschlusse führten, gemeinsam mit der Frau Bundesminister für eine solche Erhöhung zu wirken.

Ich möchte aber, meine Damen und Herren, doch noch einmal auf die Ausführungen der Frau Bundesminister im Europarat zurückkommen, wo sie die Problematik der Hochschulen, das Anwachsen der Studentenzahlen, die Verknappung der Studienplätze aufgezeigt und darauf hingewiesen hat, daß innerhalb eines dreiviertel Jahrhunderts sich die Zahl der Studierenden voraussichtlich verdacht und daß analoge Relationen eben für alle Länder in Europa gelten. Sie hat dann gesagt: Es scheint mir dies das Dilemma unserer Zeit zu sein: ungeheure Finanzforderungen für den weiteren Ausbau an Raum, Personal und wissenschaftlichen Einrichtungen für Lehre und Forschung, die an die Leistungsgrenze von Staat und Gesellschaft zu gehen drohen; zugleich aber die objektive Notwendigkeit von Investitionen auf diesem Sektor angesichts der zentralen Bedeutung von Wissenschaft und Forschung in der modernen Industriegesellschaft.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir uns bewußt sein müssen, daß die gewaltigen Aufwendungen, die unseren Hochschulen, den Studierenden, der Forschung und Wissenschaft zugute kommen, hier in diesem Lande nur möglich sind durch den Fleiß, das Schaffen und die Tüchtigkeit aller Österreicher, die am Wirtschaftsprozeß beteiligt sind.

Ich glaube abschließend sagen zu dürfen, daß das Budget 1974 für Wissenschaft und Forschung wiederum zeigt — wie das ja seit 1971 der Fall ist —, wie sehr die Regierung und im besonderen die Ressortleiterin diesem Kapitel Aufmerksamkeit und Förderung zukommen lassen.

Meine Fraktion anerkennt die so erfolgreichen Anstrengungen um die Förderung dieses Kapitels, um eine permanente Verbesserung der Dotierung dieses so bedeutenden Kapitels und wird ihm selbstverständlich ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Mock.

Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich nur kurz auf meinen Vorredner, den Herrn Abgeordneten Radinger, eingehe, der sich so intensiv mit der Zeit der ÖVP-Alleinregierung beschäftigt hat, so kann ich einmal mehr feststellen, daß das alte und andauernd gleichbleibende Rezept der sozialistischen Alleinregierung hier wieder zur Anwendung kam, indem man so viel von der Zukunft gesprochen hat und immer noch spricht, jedoch mit den Schwierigkeiten der Gegenwart nicht fertig wird und sich dabei auf die Vergangenheit

Dr. Mock

ausredet. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich glaube, das ist kein Rezept für eine Regierungspolitik, sondern jede Regierung muß mit den Problemen ihrer Zeit fertig werden, sie hat die Verantwortung für die Lösung der Probleme ihrer Gegenwart, die sie eben bewältigen muß.

Schon der Abgeordnete Blenk hat darauf verwiesen, daß heute die Frage eines Akademikerüberschusses immer aktueller wird. Die sorgenvollen Kommentare werden zahlreicher. Auf einen Teil dieser Problematik ist ja auch der Herr Abgeordnete Radinger eingegangen. Wenn wir nur die österreichischen Ziffern nehmen, so zeigt sich sehr klar, daß man sich zu Recht mit diesem Problem besonders auseinandersetzt. Wir haben rund 70.000 Studierende an den österreichischen Hochschulen. Die Einführung eines Numerus clausus wird auch unter diesem Aspekt immer stärker diskutiert. Wenn ich allein die Ziffern der Wiener Universität hernehme, so sehe ich, daß derzeit 27.500 Studenten inskribiert sind; das sind um 20 Prozent mehr als im vergangenen akademischen Jahr. Wenn man noch zum Beispiel hinzufügt, daß für 1980 mit ungefähr 90.000 Studenten gerechnet wird, dann unterstreicht das alles die Berechtigung der Diskussion, die Berechtigung der Auseinandersetzung im akademischen Raum und im politischen Raum mit der Frage eines möglichen oder wahrscheinlichen Akademikerüberschusses.

Wenn man sich die Situation im Ausland ansieht, so ist dort ein ähnlicher Trend festzustellen. In Deutschland muß man im Jahre 1981 mit einem Angebot von 2,1 Millionen Absolventen der Hochschulen rechnen, während es jetzt ungefähr knapp über 1 Million sind. Die Arbeitsmarktpagnosen sehen einen deutlichen Rückgang von Arbeitsstellen für Akademiker vor, wobei natürlich am schwersten solche Bereiche wie Soziologie und Politologie betroffen sind. In Holland haben wir die gleiche Entwicklung. Die Arbeitslosigkeit der Akademiker ist im Steigen begriffen. In Schweden eine ähnliche Situation.

Ich möchte hier das unterstreichen, was der Herr Abgeordnete Radinger gesagt hat, als er meinte, daß es selbstverständlich unsere Pflicht ist — ich glaube, die Frau Bundesminister hat so auch in Straßburg agiert —, nicht einfach die Auffangstelle für die Studenten jener viel stärker industrialisierten und reicheren Länder zu sein und zu bleiben, die wegen des Numerus clausus in ihren Ländern nicht mehr unterkommen, und daß wir naturgemäß auch in Österreich gewisse Beschränkungen einführen müssen, um die Studienplätze primär unseren Studenten zu sichern.

Ansonsten hat die Frau Bundesminister zu dieser Problematik ebenso wie ihre Mitarbeiter nichts anderes übrig als die Feststellung: Was Österreich anbelangt, so sind wir am Ende Europas — bitte, zu der Bemerkung, Frau Bundesminister, möchte ich noch hinzufügen, daß man zu dieser Feststellung vielleicht auf Grund einer Beurteilung der Politik der sozialistischen Bundesregierung kommt, denn sonst fühle ich mich in Österreich nicht „am Ende Europas“ (*Beifall bei der ÖVP*), das möchte ich hier nur so einstreuen —, und bei uns ist die Gefahr eines Akademikerüberschusses nicht gegeben.

Nein, Frau Bundesminister, so leicht können wir uns das auch nicht machen. Es ist sicherlich keine unmittelbare Gefahr eines globalen Akademikerüberschusses gegeben. Aber sektoral, bei einzelnen Wissensgebieten, sind wir sehr nahe daran beziehungsweise sind wir bereits in einem Zeitpunkt, in dem ein Akademikerüberschuß durchaus vorhanden ist.

Ich glaube, wenn sich die Feststellungen häufen, daß das, was an Erweiterungsbauten im Hochschulbereich geleistet wird, immer mehr in bezug auf die Nachfrage auseinanderklafft, so kann es einmal Ihnen oder Ihrem Nachfolger passieren, daß er entgegen seiner Auffassung gezwungen sein wird, den Numerus clausus einzuführen. Aber die Verantwortung dafür ist heute schon festzunageln. Das möchte ich sehr deutlich sagen.

Die Österreichische Volkspartei hat sich in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit der Lehrenden und der Lernenden immer gegen die Einführung eines Numerus clausus ausgesprochen und auch eine Bildungspolitik betrieben, die diesen Numerus clausus nie notwendig gemacht hat. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Wenn er in Zukunft jemals notwendig werden sollte, dann wissen wir, wo die Verantwortung dafür liegt.

Meine Damen und Herren! Die Verantwortung sowie die Entwicklung bauen sich ja auf den grundsätzlichen hochschulpolitischen Konzeptionen auf. Wie heißt es im SPÖ-Hochschulkonzept: „Erstens ist das Ausmaß der Bildungseinrichtungen langfristig der Summe der subjektiven Nachfrage ... anzupassen ...“ Das heißt, wir haben unsere Bildungsstruktur so auszubauen, daß jeder genau das studieren kann, was ihm gerade einfällt. Wenn Zehntausende einen bestimmten Wissensbereich wählen, dann muß man eben dort ausbauen, ganz gleich, ob ein Absolvent dieses Bereiches gefragt ist oder nicht. Diesen Standpunkt lehnen wir ab.

Im Bildungskonzept der Österreichischen Volkspartei vom Jahre 1970 heißt es sehr klar, daß neben dem Gesichtspunkt des Bil-

Dr. Mock

dungsinteresses auch der Gesichtspunkt des gesellschaftlichen Bedarfes eine sehr entscheidende Rolle spielt. Es heißt hier, daß der von der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung abgeleitete Bildungsbedarf ebenso für den Ausbau der Universitätsstruktur entscheidend ist. Da ist ein wichtiger Unterschied in der bildungspolitischen Konzeption zwischen unseren beiden Parteien. *(Ruf bei der ÖVP: Der Androsch hat sich ja dazu bekannt!)* Ja, der Androsch hat sich dazu bekannt; aber wir wissen ja, was von den einzelnen sozialistischen Programmen und Konzepten zu halten ist.

Es gibt auch ein sogenanntes Hochschul- ausbaukonzept der Frau Bundesminister. Darin können Sie auf Seite 6 lesen *(Unruhe)* — ich bitte hier um etwas Aufmerksamkeit, weil es doch interessant ist —: „Der Bedarf ist bestimmt durch die individuelle Nachfrage einerseits und durch die gesellschaftliche Nachfrage nach ausgebildeten Akademikern bestimmter Kategorien andererseits.“

Es wäre vielleicht ganz interessant, zu wissen, Frau Bundesminister, was nun stimmt: das, was im Ministerratsvortrag und im Beschluß, im Ausbauprogramm steht, oder das, was im sozialistischen Konzept steht. Das würde ja nur zeigen, daß dieses Konzept genauso wenig Wert hat wie viele andere Konzepte, die man inzwischen in den letzten drei Jahren in die Tischiade gelegt hat, so wie man auch auf die 1400 Experten vergessen hat. Der Zwischenruf des Kollegen Gruber trifft also vollkommen zu, er findet sich auch hier schriftlich. Vielleicht können Sie uns sagen, was stimmt: das, was im Konzept steht, das ja bildungspolitische Richtlinie ist, oder das, was jetzt getan wird.

Es ist in dem Zusammenhang überhaupt interessant, meine Damen und Herren, wenn man den bildungspolitischen Hintergrund hinter dieser verschiedenen Auffassung betrachtet. Hier identifiziert sich eine sozialistische Bildungspolitik mit dem Humboldtschen Bildungsbegriff, bei dem es nur um die reine Bildung ging, bei dem man ja keinen Bezug zum Beruf, zur Arbeit herstellen durfte und wie gesagt sich jeder nur der reinen Bildung widmen sollte. Hier identifiziert sich sozialistische Bildungspolitik mit einem extremen Altliberalismus individualistischer Prägung, nach dem sozusagen eigentlich keine Planung notwendig sein dürfte, die sich nach dem Bedarf ausrichtet, Herr Präsident Schnell *(Abg. Dr. Schnell: Treten Sie für eine staatliche Lenkung ein?)* — ich komme auf Ihren Zwischenruf zurück —, und wo man sonst immer von der Sozialgebundenheit spricht, der Sozialgebundenheit des Eigentums und

dergleichen mehr. Hier gibt es keine gesellschaftliche oder soziale Gebundenheit der Bildung. Alles das findet sich hier nicht, das schlägt in das andere Extrem um!

Warum, meine Damen und Herren? Man kann das ja Gott sei Dank auch in programmatisch versierten Aufsätzen und Kommentaren sozialistischer Bildungspolitiker in Deutschland nachlesen: Weil man natürlich mit einem Überschuß von Akademikern in bestimmten Bereichen auch ein gewisses revolutionäres Potential zur Umwandlung der Gesellschaft in einem bestimmten historischen Zeitpunkt sehr gut benützen kann.

Und ich sage Ihnen auf Ihren Zwischenruf folgendes, Herr Präsident Schnell: Wir brauchen Bildungsplanung und wir brauchen gleichzeitig einen entsprechenden Ueberhang an freien Bildungsmöglichkeiten. Das ist der Weg, den eine Partei der Mitte auch in der Hochschulpolitik einschlägt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube nun, meine Damen und Herren, daß es sehr wichtig sein wird, stärker als bisher sich zu bemühen, diese Entwicklung in den Griff zu bekommen.

Eine zentrale Aufgabe ist natürlich die langfristige Hochschulplanung. Frau Bundesminister — ich habe es ja vorhin erwähnt —, Sie hatten seinerzeit ein sogenanntes längerfristiges Entwicklungsprogramm für den Hochschulbau vorgelegt. Damit hat sich ja im vergangenen Jahr der Herr Abgeordnete Blenk schon ausführlich beschäftigt.

Es heißt hier, daß dieses Programm in einem höchstens zweijährigen Abstand fortgeschrieben und auf seine Erfolge überprüft wird. Dieses Programm geht — wenn ich auch das hier zitieren kann — von einem Projektsprogramm aus, Stand 1. August 1971. Wir sind im Spätherbst oder fast im Winter 1973. Wo wurde die Fortschreibung durchgeführt, wo wurde sie vorgelegt? Auch da wäre ich dankbar, wenn Sie uns irgendeine Auskunft geben könnten. Ich zumindest habe in dieser Richtung nichts registriert.

Das nur zu dieser sehr relativen Hochschulplanung, die ja unter vielen anderen Fehlern, finanzielle Bedarfsdeckung et cetera, leidet, was der Kollege Blenk schon behandelt hat.

Ein zweiter Punkt, um diese Entwicklung in den Griff zu bekommen, ist der forcierte Ausbau der Bildungs- und der Studentenberatung. Frau Bundesminister, Sie haben ja hier einen löblichen Brauch eingeführt oder fortgeführt, um mich zu korrigieren, nach dem Hochschulbericht 1969 einen Arbeitsbericht des Ministeriums vorzulegen.

Dr. Mock

Ich habe mir, meine Damen und Herren, im ersten Arbeitsbericht angesehen, wie hier die Studentenberatung behandelt wird, von der bei verschiedensten Gelegenheiten soviel gesprochen wird. Es findet sich nichts drinnen.

Ich habe mir den zweiten Arbeitsbericht angesehen. Hier ist festgehalten, daß die Studentenberatungsdienste in Salzburg seit dem 1. März 1970, in Linz seit dem 1. Mai 1970 und in Wien seit dem 10. Oktober 1970 eingerichtet sind. Also genau jene Entscheidungen, die noch in der Zeit der ÖVP-Regierung getroffen wurden.

Und ich habe mir Ihren dritten Bericht angesehen, und daraus entnehme ich, daß es jetzt statt drei von der ÖVP eingerichteten Beratungsstellen vier gibt. Also von einer Priorität für Beratungsstellen kann überhaupt nicht die Rede sein; gar nicht davon zu reden, daß ja bisher ein Antrag der Abgeordneten König, Gruber und Genossen nicht behandelt wurde, der sich mit diesem Thema befaßt.

Ich glaube daher, daß der Ausbau der Bildungsberatungsstellen eine sehr zentrale Frage einer positiven oder negativen Entwicklung unseres universitären Systems ist.

Ich möchte mich abschließend nur ganz kurz noch speziell mit der bildungswissenschaftlichen Hochschule in Klagenfurt befassen. Diese bildungswissenschaftliche Hochschule war wegen ihrer neuen Konzeption sehr diskutiert, die Meinungen waren verschieden. Letztlich hat der Nationalrat am 21. Jänner 1970 ein Gesetz über die Errichtung der bildungswissenschaftlichen Hochschule in Klagenfurt beschlossen. Schon im Dezember 1969 wurde ein Vertrag zwischen dem Bund und dem Lande Kärnten beziehungsweise dem Hochschulfonds über die Finanzierung des Ausbaues und wichtiger Einrichtungen dieser Hochschule abgeschlossen.

Sie hatten, Frau Bundesminister, als Sie Ihr Amt angetreten haben, ein Gesetz über die neue Hochschule mit klaren Bestimmungen, Sie hatten den wichtigsten Teil der Finanzierung sichergestellt. Es lag nun an Ihnen, den Auftrag des Nationalrates im Rahmen dieser Bestimmungen des Gesetzes durchzuführen und zu realisieren.

Es war dies ein sehr fortschrittliches Konzept. Sie hatten große Mobilität in den Strukturen und Sie hatten den Auftrag erhalten, innerhalb von drei Jahren sicherzustellen, daß die Hochschule selbst das endgültige Strukturkonzept fertigstellt. Es war das erste Mal der Versuch, eine bildungswissenschaftliche Hochschule im Rahmen einer Vorbereitungsphase von drei Jahren arbeiten zu lassen. Der Auf-

trag ging dahin, für die folgenden sieben Jahre ein endgültiges Strukturkonzept sicherzustellen.

Ich habe bisher nirgends registrieren können, obwohl Sie durch Verordnung festgelegt haben, daß man in die zweite Phase eingetreten ist, daß es so ein abgeschlossenes Konzept für die endgültige Struktur der Hochschule gibt. Sie haben zwar in dieser Broschüre „Die Vollendung der Aufbaustufe der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt“ eine ganze Reihe von zukünftigen Grunddisziplinen, Fachdisziplinen und Studienrichtungen festgehalten, aber von einem abgeschlossenen Konzept bis zum Jahre 1980 ist hier nicht die Rede.

Ich möchte allerdings hinzufügen, Frau Bundesminister, daß die Ausführungen bezüglich der Bibliothek dieser Hochschule von einem beachtenswerten Niveau sind und, wer immer der Verfasser war, man dazu nur gratulieren kann. Ich würde mir wünschen, daß die Qualität für die restlichen Ausführungen ebenso hoch wäre wie jene Aussagen über die zukünftige Entwicklung der Bibliothek und der Teilbibliotheken an der Hochschule für Bildungswissenschaften. Das ist leider nicht der Fall. Sie sind also der Intention und dem Auftrag des Gesetzes in dieser Richtung nicht oder nur sehr unvollkommen nachgekommen.

Ich habe nun vorhin auch erwähnt, daß diese Hochschule eine sehr bewegliche Struktur hatte. Sie hat einen sehr starken Auftrag in Richtung von Innovationen, der Erprobung neuer universitärer Strukturelemente. Ich wäre nun interessiert zu erfahren, Frau Bundesminister, welche Studienordnungen — mit Ausnahme der Studienordnung Erziehungs- und Unterrichtswissenschaften — Sie erlassen haben, um dem innovatorischen Auftrag, daß Klagenfurt eine neue Konzeption haben soll, nachzukommen.

Bezüglich der Studienrichtung Erziehungs- und Unterrichtswissenschaft, die ich erwähnt habe und die die einzige Studienrichtung mit innovatorischem Charakter ist, wäre ich interessiert zu wissen, wie es mit der Realität dieses Berufsbildes steht. Das heißt: Welche Möglichkeiten sind von Ihnen für Absolventen dieser Studienrichtung in den kommenden Jahren vorgesehen? Wo sollen sie tätig sein? Gibt es in der Schulverwaltung Dienstposten? Wie sieht es damit aus? Ich wäre interessiert, welche Maßnahmen Sie im Bereich der Ausbildung der Lehrer an allgemeinbildenden höheren Schulen getroffen haben, um dort dem Auftrag der Innovation, der Reform nachzukommen? Wie unterscheidet sich die Ausbildung der Lehrer für allgemeinbildende höhere

Dr. Mock

Schulen an der Hochschule in Klagenfurt von der übrigen Ausbildung? Haben Sie die Chance einer neuen mobilen Hochschulstruktur benützt, um dort von vornherein eine Reform, eine Verbesserung sicherzustellen? Auch das wäre ein interessanter Punkt.

Als vorletzten Punkt — wenn Sie mir diese Reihe von Fragen erlauben —: Wieso kommt es zur Einrichtung einer Studienrichtung Philosophie, Pädagogik und Psychologie, wo in Österreich ohnehin schon ein Überangebot an Absolventen besteht? Geschah das aus dem Grund — wie man es gelegentlich lesen konnte —, um sozusagen für die Absolventen der neuen Studienrichtung Erziehungs- und Unterrichtswissenschaft ein Netz zu spannen? Gelegentlich konnte man lesen, meine Damen und Herren, man hat die Studienrichtung Philosophie, Pädagogik und Psychologie nur eingeführt, damit jemand, der Erziehungs- und Unterrichtswissenschaft abvolviert hat, nicht unterkommt, hier die entsprechende Qualifikation durch ein Kurzstudium erhält, im Lehrbereich tätig zu sein. Also wenn es nur deswegen gemacht wurde, um als Seil, als Netz unter der neuen Studienrichtung zu dienen, dann frage ich mich, warum Sie ein Netz gespannt haben, das ohnehin schon überfüllt und am Zerreißen ist, weil wir zu viele Absolventen des Lehramtes Philosophie, Pädagogik und Psychologie haben.

Was die Verwaltung anbelangt, möchte ich mich hier wirklich nicht zu sehr verbreiten. Meine Damen und Herren! Einer neuen Hochschule mit einer so starken Mobilität kann man nicht so viel zumuten wie einer alten mit gefestigter Struktur.

Wenn ich daran denke, daß in Klagenfurt innerhalb von drei Jahren fünf Rektoratsleiter tätig waren, so können Sie sich vorstellen, wie es um die Verwaltung, die Administration, den inneren Kern, um den sich Lehre und Forschung herumranken soll, tatsächlich steht. Sie, Frau Bundesminister, haben zwar meinem Wissen, meiner Information nach im Finanzausschuß erklärt, es waren nie fünf Rektoratsdirektoren tätig — das ist schon richtig; sie haben alle nicht den Titel Rektoratsdirektor gehabt, sie waren Sekretäre oder geschäftsführende Beamte des Rektorates —, aber es waren fünf Verantwortliche für die Administration an der Hochschule in Klagenfurt, und damit kann man nur eine schlechte Administration sicherstellen.

Das ist nicht Schuld der Betroffenen, sondern eben jener, die nicht für eine Stabilität in dieser Richtung vorgesorgt haben. Und wenn Sie den letzten Rektoratsleiter nicht in den letzten Monaten überredet hätten zu blei-

ben, hätten wir jetzt schon den sechsten Rektoratsleiter. So kann man eine neue Hochschule jedenfalls nicht aufbauen.

Wie steht es auch, Frau Bundesminister, mit dem Auftrag des ersten Berichtes des Wissenschaftlichen Beirates, daß die Hochschule ein Konzept für die Kooperation und die Integration in die restliche universitäre Struktur Österreichs erarbeiten soll? Auch hier wäre ich interessiert, eine Antwort zu erhalten.

Wenn wir betrachten, meine Damen und Herren, wie unbefriedigend die Entwicklung der Bildungswissenschaftlichen Hochschule in Klagenfurt seitens der Ressortverantwortlichen sichergestellt wird, dann kann ich nur sagen — da wir ja viele Strukturelemente von der Hochschule in Klagenfurt auch in den Diskussionsprozeß um das neue Universitäts-Organisationsgesetz einbringen werden —, daß größter Realismus und — bei aller Kooperationsbereitschaft, die notwendig ist und die mit Recht vom Kollegen Blenk als unserem Sprecher in diesen Fragen immer wieder hervorgehoben wird — auch gewisse Skepsis bei der Diskussion des Universitäts-Organisationsgesetzes notwendig sind.

Wir werden — wie ich hier schon erwähnt habe — in einem kooperativen Geist im Unterausschuß mitarbeiten. Wir werden aber, Frau Bundesminister, auch verlangen, daß wir anläßlich der Behandlung dieses Strukturgesetzes eine politisch verbindliche Aussage über die Finanzierung, über die langfristige Finanzierung dieser Reform von Ihnen erhalten. Was hat es für einen Sinn zu reformieren, wenn ich nicht weiß, was die Reform kostet und wie ich die Reform langfristig finanziere? Über diese Frage werden Sie nicht hinwegkommen. Und ich habe ja gesagt, was die Reform selbst kostet.

Wir haben wiederholt die Forderung nach einem betriebswirtschaftlich organisatorischen Gutachten aufgestellt. Was sind die Kosten und die organisatorischen Auswirkungen des derzeitigen Regierungsentwurfes für ein Universitäts-Organisationsgesetz?

Ich weiß nicht, ob ich mich richtig erinnere — Frau Bundesminister, ich möchte Sie nicht falsch zitieren —, daß Sie einmal einen diesbezüglichen Bericht zugesagt haben. Wir werden ihn jedenfalls verlangen. Denn daß wir wissen, was so etwas kostet, sind wir sowohl uns selbst, die wir darüber entscheiden, als auch dem Steuerzahler schuldig. Das möchte ich hier sehr unterstreichen.

Man wird auch über einen Durchführungsplan reden müssen. Denn, meine Damen und Herren, hier ein Gesetz zu beschließen, ist die

Dr. Mock

eine Sache, aber es draußen zu realisieren, in der Realität der Forschung und Lehre — und eine Organisationsreform ist immer ein schwieriges, belastendes Problem —, ist die zweite Aufgabe. Hier müssen sehr klare Vorstellungen auch im zuständigen Ministerium sein. Die reformierte Universität wird auch in Zukunft nach unserer Auffassung die Hauptaufgabe haben, Lehre und Forschung zu betreiben.

Was die Mitbestimmung anbelangt, haben wir uns nicht nur den Worten, sondern auch der Tat nach dazu bekannt und sie praktiziert. Die Bildungswissenschaftliche Hochschule in Klagenfurt ist ein Beispiel für sehr moderne Mitbestimmungsmöglichkeiten. Ich möchte nicht die vielzitierten Studienkommissionen erwähnen, sondern verweise auf das Kunsthochschul-Organisationsgesetz. Was wir abgelehnt haben, ist eine undifferenzierte Mitbestimmung, die undifferenzierte Drittelparität, das heißt eine Hochschulreform à la Berlin. Das haben wir immer abgelehnt und werden wir auch in Zukunft ablehnen.

Ein letzter zentraler Punkt ist in dem Zusammenhang: Wir werden auf die Verwaltungsreform immer wieder dringen und Sie daran erinnern. Frau Bundesminister! Eine Verwaltungsreform ist nicht sichergestellt, wenn Sie in einem Ihrer ersten Entwürfe oder im Diskussionsentwurf verkünden, daß der Akademische Senat zum Management der Universität wird — da bekommt man zwar sympathische Artikel und Kommentare in den Zeitungen —, sondern eine Verwaltungsreform ist dann sichergestellt, wenn nachweislich die Verwaltungsarbeit für das wissenschaftliche Personal reduziert wird, wenn Sie nachweislich dem nichtwissenschaftlichen Personal an den Universitäten die Möglichkeit der Weiterbildung geben. Sie verlangen ja als Bildungspolitiker auch von den Menschen ständige Weiterbildung. Geben Sie auch diesen Beamten die Möglichkeit, sich ständig weiterzubilden, unter anderem in neuen Verwaltungstechniken.

Eine Verwaltungsreform ist dann sichergestellt, wenn neue Verwaltungstechniken zur Anwendung kommen. Ohne eine solche substantielle Verwaltungsreform — nicht nur dem Worte nach — sehen wir keine Chance für eine vernünftige organisatorische Reform unserer Universitäten.

Ich komme zurück auf das, was hier zu den finanziellen Ansätzen in diesem Budget vom Abgeordneten Blenk genannt wurde und sehr klar und sehr profiliert analysiert worden ist. — Frau Bundesminister, machen Sie von der Regierungsbank keine Bemerkungen, Sie haben ja die Möglichkeit dann zu antworten,

aber das war mein Eindruck. Wenn ich die Stimmen der Professoren und Studenten höre, so unterstützen sie alles das, was der Kollege Blenk hier gesagt hat. Das möchte ich auch in Erinnerung rufen.

Frau Bundesminister! Ich möchte in meiner Kritik durchaus ausgewogen sein. Es gibt Regierungsmitglieder, von denen man nicht weiß, was sie eigentlich wollen. Es gibt andere — ich möchte keine Landesverteidigungsdebatte vom Zaun brechen —, von denen man weiß, daß sie nichts mehr wollen. Ich gestehe Ihnen zu, daß Sie etwas wollen, nur ist mir die Differenz zwischen Wollen und Können — finanziell und in der Politik — zu groß, und daher könnte ich nie einer solchen Politik meine Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn die Freiheitliche Partei dem in Behandlung stehenden Haushaltskapitel ihre Zustimmung gibt, so durchaus nicht, weil sie der Auffassung wäre, daß die großen Probleme, die uns auf dem Gebiet der Hochschul- und Forschungspolitik gestellt sind, mit diesem Kapitel gelöst wären. Wir halten sie kurzfristig überhaupt nicht für lösbar. Auch die vorliegenden Ansätze des Voranschlages sind nicht geeignet, eine solche Lösung in der wünschenswerten Zeit herbeizuführen.

Aber es kann in einer gewissen kritischen Distanz nicht bestritten werden, daß in diesem Haushaltskapitel etwas gelungen ist, was man dem gesamten Voranschlag sonst nicht nachsagen kann, nämlich in einem wichtigen Gebiet doch eine gewisse Schwerpunktsetzung zu erreichen. Wenn wir zustimmen, so deswegen, weil wir das doch als einen Fortschritt anerkennen, wobei wir uns streckenweise durchaus bei der Strukturanalyse der Verteilung der beträchtlich erhöhten Mittel manchem anschließen könnten, was von Vorrednern gesagt wurde und was ich nicht wiederholen möchte.

Ich bringe als eine Forderung, die wir von hier aus immer wiederholen werden, neuerlich unseren Standpunkt in Erinnerung, daß wir meinen, die mittelfristigen großen Investitionsvorhaben, die uns auf dem Gebiet der Hochschul- und Forschungspolitik gestellt sind, werden wir im Rahmen der ordentlichen Haushalte nicht sicherstellen können. Wir appellieren daher neuerlich an Sie, Frau Bundesminister, und an den nicht anwesenden Finanzminister, der durch permanente Abwesenheit ohnedies demonstriert, daß ihm die Argumentationen der Abgeordneten zu seinem

Dr. Scrinzi

vorgelegten Budget nicht sonderlich berühren — wir werden nicht müde werden, darauf hinzuweisen —, daß wir andere Wege zur Finanzierung unserer Hohen Schulen suchen müssen.

Ich kann den Einwand auf meinen Vorschlag, dem Gedanken der Hochschulanleihe näherzutreten, seitens der Frau Bundesminister nicht anerkennen, daß dafür dem Finanzminister keine Zustimmung abzugewinnen war. Natürlich ist mir klar, daß Hochschulen nie Betriebe sein werden, welche Anleihen, die wir dort investieren, von sich aus zurückzahlen können. Aber ich bin fest davon überzeugt, daß diese Investitionen eines Tages in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sich durchaus als Investitionen amortisieren und auch verzinsen werden. Denn der Investitionsanteil für Bildung und Ausbildung in einem modernen Industriestaat beträgt nach amerikanischen Schätzungen etwa 25 Prozent vom Endpreis des erzielten Produktes. Je mehr wir durch Verbesserung der akademischen Berufsausbildung, durch konkrete Forschungsergebnisse, durch Verbesserung der Lizenz- und Patentbilanzen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Einsparungen und auf der anderen Seite Einnahmen erzielen, umso eher wird von dort her die Forderung zu rechtfertigen sein, jenseits und außerhalb des Budgets Investitionsmöglichkeiten zu suchen.

Die Grundfragen der Finanzierung unserer Hohen Schulen bleiben also trotz des Bemühens, im Rahmen des ordentlichen Haushaltes den Aufwand fühlbar zu erhöhen, nach wie vor ungelöst.

Vor diesem Dilemma aber — das sage ich ganz offen — würde jede Regierung und würde jeder Wissenschafts- und Hochschulminister stehen, weil wir uns ja nicht nur in einem Prozeß der sehr raschen Entwicklung der Wissenschaft, der Forschung, in einem Prozeß der Anwendung neuer didaktischer Methoden befinden, was alles von vornherein zugleich natürlich Kostensteigerungen bedeutet, sondern jeder Versuch, wenigstens in diesem Prozeß finanziell einigermaßen Paroli zu bieten, durch die explosiv sich vermehrenden Zahlen der Studierenden unterlaufen wird. Das ist ein Faktum, das in allen Ländern, auch in sehr finanz- und wirtschaftsstarken, unerhörte finanzielle, daneben aber auch echte gesellschaftspolitische Probleme aufwirft.

Dabei möchte ich mich in diesem Zusammenhang dem heute schon von meinen Vorrednern erörterten Problem zuwenden: Wie kann man diese eben genannte Frage lösen, wie kann man diese etwas unscharf als Bildungsexplosion bezeichnete Entwicklung einigermaßen in den Griff bekommen, wie können

wir in die Lage versetzt werden, bei wachsenden Hörerzahlen sozusagen ein entsprechendes Hochschulservicé zu bieten?

Auf dem Sektor der Raumfrage kann gesagt werden, daß im Laufe der letzten Jahre eine geringe Entspannung eingetreten, eine befriedigende Lösung aber bei weitem noch nicht erreicht ist. Wir haben immer noch überfüllte Lehrsäle, wir haben immer noch bestimmte Kurse und Praktika, wo wir nicht genügend Plätze zur Verfügung stellen können und dadurch unter Umständen ein sehr schmerzlicher Verlust von Studienzeiten eintritt. Denn wenn die früher erwähnte Tatsache, daß nur 2 Prozent der Studierenden ihr Ausbildungsziel in der gesetzlich vorgesehenen Mindestzeit erreichen, zur Kenntnis genommen werden muß, kommt hier das Problem zum Vorschein, daß Angebot und Nachfrage nicht in einem einigermaßen erträglichen Verhältnis zueinander stehen.

Wir haben zwar mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß dort, wo die neuen Studienordnungen bereits praktiziert werden können, sich die Effizienz der Ausbildung etwas verbessert hat — es sollen etwa 6 Prozent der Studierenden in dieser neuen Studienrichtung sein, die in der kürzestmöglichen Zeit ihr Ausbildungsziel erreichen —, aber diese Zahl ist immer noch erschreckend niedrig.

Meine Kritik kann sich hier durchaus den Ausführungen des Dr. Mock anschließen, weil auch ich meine, daß eines neu überdacht werden muß: Kann in der gegebenen Situation, besonders solange die Bereitschaft nicht besteht, durch Sonderfinanzierungen einen entscheidenden Schritt nach vorne zu tun, ein gesellschaftspolitisches Bildungsziel darin bestehen, daß allein die subjektive Nachfrage, der subjektive Bildungswille ausschlaggebend für die Strukturentwicklung an unseren Hohen Schulen ist? Auch wenn anerkannt werden muß oder sich vorausberechnen läßt — und das ist sowohl in der OECD-Studie geschehen, ergibt sich aber auch aus einschlägigen eigenen Untersuchungen des Wissenschaftsministeriums —, daß derartigen Bildungszielen kein adäquates Angebot von Ausbildungszielen gegenübersteht, die dann in praktikable akademische Berufe umgesetzt werden können.

Ich glaube, wir sind noch weit davon entfernt, das theoretisch durchaus positive Ziel eines Bildungsmaximums, wo sich quasi jeder Bürger einer Gesellschaft letzten Endes eine akademische Bildung aneignen könnte, wenn er die intellektuellen und charakterlichen Voraussetzungen dazu hat, zu verwirklichen. Wir müssen hier den Mut haben, die Dinge beim

Dr. Scrinzi

Namen zu nennen: Es wird jedenfalls in absehbarer Zeit nicht angehen zu bestreiten, daß wir uns zu Lenkungsmaßnahmen werden entschließen müssen.

Wie brisant natürlich jede Lenkungsmaßnahme auf diesem Gebiet ist, ist uns allen klar. Aber ich sehe vorerst noch keine Möglichkeit, diese Quadratur in befriedigender Weise zu lösen. Ich weiß nicht, ob es gut ist, hier ohne Rücksicht auf gesellschaftlichen Bedarf uferlos Studierende nur nach ihrem subjektiven Bedürfnis zu jeder Studienrichtung zuzulassen, auch wenn sich keine Chance bietet, später in einem konkreten akademischen Beruf auch existenzsichernd zu sein, und solche Entwicklungen dann noch durch eine völlig ungezielte Studienförderung anzurufen. Man sollte den Mut haben zu sagen, daß das einfach nicht vertretbar ist.

Welche Möglichkeiten zeichnen sich ab, dieses Problem wenigstens halbwegs in den Griff zu bekommen? Eine, zumindest vom freiheitlichen Standpunkt, welcher die Leistungsgesellschaft bejaht, sichere Möglichkeit wäre das Anheben der Qualifikationserfordernisse. Wir bewegen uns hier natürlich in diametralem Gegensatz zu sehr starken, vor allem von sozialistischer Seite kommenden, gesellschaftspolitischen Tendenzen, im Schulbereich die Ausbildungsqualifikationen zu senken beziehungsweise überhaupt zu beseitigen, wobei man durchaus diskutieren kann, daß die Qualifikation im Rahmen der Pflichtschule ihre Probleme hat. Aber angesichts der ständig steigenden Zahlen von Maturanten, die sich vor den Toren der zu kleinen Hochschulen stauen, muß tatsächlich überlegt werden — und es ist ja auch schon hier in diesem Haus diskutiert worden —, ob die Matura mit der Funktion, einen bestimmten Ausbildungsabschluß zu markieren, in Zukunft ausreichend sein wird, um einen unbeschränkten Anspruch auf Hochschulstudien zu begründen, oder ob man hier nicht zusätzliche Qualifikationskriterien vorschalten muß.

Die zweite, schon viel problematischere Möglichkeit ist die Lenkung von Förderungsmaßnahmen. Ich glaube, daß, nur um einen theoretisch begründeten allgemeinen Bildungsanspruch zu unterstützen, es nicht vertretbar ist, öffentliche Mittel, Steuermittel in die Ausbildung — und Hochschulstudium ist ja heute sehr viel mehr, wie es ja auch schon gesagt wurde, als zur Zeit Humboldts, in der das akademische Bildungsideal erstmals formuliert wurde; Hochschulstudium ist ja in erster Linie auch konkrete Berufsausbildung — für akademische Berufe zu investieren, für die die Gesellschaft und die Öffentlichkeit keinen Bedarf haben; nicht nur, daß der Bedarf nicht

gegeben ist, sondern man setzt damit den solchermaßen Ausgebildeten später dem Risiko aus, sich weit unter dem Wert seiner erlangten akademischen Ausbildung verkaufen zu müssen.

Ich glaube, die österreichische Mentalität ist nicht mit der schwedischen vergleichbar, wo man eben ohne große Schwierigkeiten — wenn die Berichte darüber stimmen — einen Diplomingenieur, einen Informatiker als Kraftfahrzeuglenker oder als Mechaniker in einen Betrieb verkaufen kann. Das, glaube ich, würde in Österreich zweifellos zu revolutionärer Unruhe führen, die wir uns in dieser Richtung zumindest nicht wünschen.

Eine Möglichkeit, diesen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, stellt zweifellos eine verstärkte Berufsberatung dar — da stimme ich mit meinem Vorredner überein —, eine Berufsberatung, die aber schon weit vor der Matura einsetzen sollte, die schon an der kritischen Schwelle der Pflichtschule einsetzen und sich bemühen müßte, viel stärker als bisher den Strom der Absolventen von Pflichtschulen in die berufsbildenden höheren Schulen zu lenken, weil hier sowohl der OECD-Bericht wie Untersuchungen der Industriellenvereinigung und der Bundeshandelskammer nachweisen, daß wir in diesem Bereich ein echtes Defizit haben.

Es sollte sogar ins Auge gefaßt werden, daß, da weit über Österreich hinaus ein globales Defizit besteht, man Absolventen von österreichischen berufsbildenden höheren Schulen — und sie haben einen guten internationalen Ruf — später auch sehr breitgestreut in der ganzen Welt unterbringen kann. Hier können wir, vor allem dann, wenn wir unsere Entwicklungshilfe auf einem Gebiet verstärken wollen, wo wir sie tatsächlich verstärken können, nämlich unser Know-how stärker anbieten, weil sich auf diesem Gebiet tatsächlich diese Absolventen — wie auch die bisherigen Erfahrungen in den wenigen Unternehmungen, die wir in den Entwicklungsländern haben, lehren — sehr, sehr bewähren.

Das ist eine Maßnahme, die keineswegs den allgemeinen Bildungsanspruch des einzelnen einschränken will, sondern die es offenläßt, daß er auf dem Boden eines absolvierten und dann einkommenssichernden berufsbildenden Studiums der mittleren Klasse gar nicht gehindert ist, in einem Zweitstudium als außerordentlicher Hörer oder in einem akademischen Kurzstudium doch noch zu versuchen, dieses Traumziel seiner Bildung, wenn er es gehabt hat, auch zu verwirklichen. Die Forcierung der Kurzstudien wird auf manchen Gebieten zweifellos auch eine Erleichterung

Dr. Scrinzi

bringen, aber die dort realisierbaren Möglichkeiten werden die großen Probleme bei weitem nicht lösen.

Und schließlich würde uns als letzter und nicht erstrebenswerter Ausweg der Numerus clausus bleiben, dessen Problematik wir studieren können, denn er läuft ja, so wie er etwa in der Bundesrepublik praktiziert wird, darauf hinaus, a posteriori Qualifikationsanforderungen zu stellen, von denen wir meinen, es wäre sehr viel besser, sie a priori zu erheben, weil man dann zweifellos Härten und soziale Ungerechtigkeit viel besser vermeiden kann.

Meine Damen und Herren! Wenn es also eine freiheitliche Zustimmung zu diesem Kapitel gibt, so erfolgt sie in dem Bewußtsein, daß damit der Konfrontation und der Auseinandersetzung mit den Fragen, wie sollen nun die Strukturen der Hochschulen im Jahre 1974 geändert werden, nicht ausgewichen werden wird und daß damit die Auseinandersetzung nicht überflüssig ist. *(Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.)*

Nach wie vor geben wir uns hier einem gewissen Optimismus hin, der sich aus der Tradition gerade des Ausschusses und des ganzen Parlaments in allen Fragen unserer Hohen Schulen ableiten läßt. Denn wenn ich von dem Hochschülerschaftsgesetz des heurigen Jahres — oder haben wir es schon im Herbst vergangenen Jahres beschlossen — absehe, haben wir ja die Weichen der Hochschulpolitik in den vergangenen Jahren immer gemeinsam und einstimmig zu stellen vermocht. Ich würde es begrüßen, wenn das auch bei der entscheidenden Frage der neuen Struktur und der neuen Verfassung unserer Hochschulen gelingen sollte.

Ich bin mir darüber im klaren, daß die nunmehr in Behandlung stehende Regierungsvorlage gegenüber dem Ministerialentwurf die Diskussionsmöglichkeiten beträchtlich erweitert hat, daß die Bundesregierung und die Frau Bundesminister die von allen Seiten kommende Kritik zumindest zum Teil in ihrer Regierungsvorlage zu berücksichtigen versucht haben, aber ich muß ganz offen sagen, daß es noch eine ganze Reihe von harten Kernen gibt, wo die Bundesregierung und die sozialistische Mehrheit dieses Hauses sich wird entschließen müssen, auch den Vorstellungen mindestens meiner Partei entgegenzukommen.

Ich bedauere es, daß es bisher nicht möglich war, auch den Standort der Österreichischen Volkspartei in diesen Fragen klar einschätzen zu können. Ich erinnere mich daran, daß es hier im vergangenen Jahr ein Zwischenrufduell zwischen den Kollegen Dr. Blenk und

Dr. Fischer zur Frage der Standortfestsetzung der Österreichischen Volkspartei gegeben hat. Damals haben Sie, Kollege Blenk, und auch andere Sprecher gemeint, der Meinungsbildungsprozeß in der Österreichischen Volkspartei sei noch im Gange, was damals durchaus verständlich war. Die Dinge waren ja noch nicht gänzlich — auf keiner Seite — ausgereift. Es wurde aber dann in Kürze eine solche Standortfestsetzung in Aussicht gestellt. Ich weiß nicht, ob sie innerparteilich inzwischen gewonnen ist, wenn ich von den allgemeinen Grundsätzen, Kollege Mock, die Sie hier mit dem Hinweis auf Ihr Konzept andeuten, absehe. Diese sind mir durchaus bekannt. Aber es kommt ja jetzt konkret darauf an, wie stellt sich die Opposition zu den konkreten Vorstellungen der Regierungspartei, die im UOG enthalten sind.

Ich würde es begrüßen, wenn wir möglichst bald in die Lage kämen zu übersehen, wo hier mit einem koordinierten Vorgehen der beiden Oppositionsparteien zu rechnen ist und wo die Standpunkte der ÖVP und der FPÖ differenziert sind. Ich habe zuweilen den Eindruck — soweit ich es bisher verfolgen kann —, daß wir bei der Institutsstruktur und Institutsverfassung andere Vorstellungen haben als die Österreichische Volkspartei.

Ich deponiere noch einmal, welches die allgemeinen Maximen für unsere Haltung in der nun in Gang befindlichen Beratung im Unterausschuß und später im Ausschuß sein werden: Weiterhin muß die Lehrfreiheit gewährleistet bleiben, wobei ich durchaus den Standpunkt vertrete, daß die Vielfalt der Meinungen, wie sie auch schon das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz postuliert, gesichert werden muß, allerdings nicht um den Preis, daß sie über den außeruniversitären Eingriff verwirklicht wird.

Auch die Forschungsfreiheit muß in Zukunft gewahrt werden, wobei wir in unserem eigenen Entwurf sehr konkrete Vorstellungen entwickelt haben, wie die Forschungsorganisation verbessert werden sollte. Wir haben auch einen, wie mir scheint, inzwischen vom Ministerium übernommenen Gedanken entwickelt, daß es notwendig werden wird, bei der immer stärker anwachsenden außeruniversitären Forschung sich durch ein Forschungs-Organisationsgesetz die Möglichkeiten zu schaffen, eine bessere Koordinierung nicht nur innerhalb der universitären Forschung, sondern auch zwischen der universitären und außeruniversitären Forschung zu sichern. Wir werden uns sehr vehement gegen alle Versuche, die Autonomie der Hochschulen einzuschränken, zur Wehr setzen. Wir glauben, daß Forschungs- und Lehrfreiheit nur in einem gesicherten autonomen Raum verwirklicht werden kann.

Dr. Scrinzi

Darf ich mich bei dieser Gelegenheit gleich mit der Kritik des Kollegen Dr. Mock an der Situation in Klagenfurt auseinandersetzen. Sie haben manche Dinge, Kollege Dr. Mock, durchaus zu recht kritisiert. Aber wir dürfen nicht Gefahr laufen, zugleich, weil es — Geburtsschwierigkeiten kann man nicht mehr sagen — immerhin noch beachtliche Kinderkrankheiten gibt, nunmehr die Forderung nach dem ministeriellen Eingriff zu erheben. Das wäre falsch. Denn ich glaube, wir müssen davon ausgehen, daß die Hochschule Klagenfurt ein Experiment war, als solches von vornherein angelegt war und aus dem Stadium des Experiments noch nicht herausgekommen ist.

Das bedingt selbstverständlich eine Menge von Schwierigkeiten, von Entwicklungsproblemen. Ich will nicht die eine oder die andere Seite in Schutz nehmen oder kritisieren. Ich möchte sagen: Fehler sind auf beiden Seiten geschehen; zum Teil waren es Fehler der Artikulation und der Koordination, von denen ich das Bundesministerium nicht ganz freisprechen kann; andere Fehler sind auch im autonomen Bereich dieser jungen Hochschule gesetzt worden. Es war gar nicht einfach, die mit sehr vielen Vorstellungen von Erneuerungen und Reformen behafteten Pioniere dieser Hochschule einmal im Rahmen Klagenfurt selber zu koordinieren. Es war notwendig geworden, dieses Experiment noch im Bereich der bestehenden Organisationsformen, von denen die Klagenfurter Hochschule nur bedingt befreit ist, einzupassen und dergleichen mehr.

Ich glaube, wir sollten ihnen jetzt, gerade nachdem mit dem heurigen Herbst der praktische Studienbetrieb, und zwar erfolgversprechend für den Start, was die Hörerzahlen anlangt, begonnen hat, eine gewisse Atempause geben. Wir sollten sie in ihrem eigenen Raum einmal versuchen lassen, selber die schwierigsten Fragen abzugleichen.

Was die Ausbildungsziele und die Frage, wo man diese kommenden Absolventen — Dissertanten haben wir ja schon — dann einsetzen und verwenden kann, anlangt, sehe ich hier keine so großen Schwierigkeiten. Denn gerade wir, die Förderer der Hochschule im Landesbereich, haben immer gesagt: Eines der Ziele dieser Hochschule muß es sein, das bestehende Defizit an Lehrern für allgemeinbildende und berufsbildende höhere Schulen zu decken. Ich gebe zu: Auf dem Sektor Psychologie besteht kein solches Defizit, das Gegenteil ist der Fall. Ich frage mich aber, ob es möglich gewesen wäre, eine Bildungswissenschaftliche Hochschule zu etablieren und eine wichtige Studienrichtung beziehungsweise Fachrichtung einfach von vornherein auszuklammern.

Die Frage wird sein, ob man die Studienrichtungen dort stärker mit reinen Forschungsarbeiten belasten soll und ob die Hörerzahl eher klein bleiben wird; das wird sich bei einer vernünftigen Berufsberatung ohnedies von selber ergeben. Wir sehen ja schon jetzt die Struktur der Hörer, die sich durchaus ein bißchen mit dem Blick auf den akademischen Markt für Studienrichtungen entschließen.

Ich glaube, um das Gesamtziel dieser Hochschule zu verwirklichen, war es notwendig, eine Universalität im Sinne früherer philosophischer Fakultäten zu gewährleisten, weil man auch dort, wo man Psychologie nicht als späteren konkreten akademischen Lehrberuf anzielt, die Möglichkeit haben muß, solche Vorlesungen mitzubelegen, um das eigene Fach zu komplettieren.

Die berufliche Unterbringungsmöglichkeit würde ich zum Beispiel dadurch gewährleistet sehen, daß die zunehmend wachsenden Pädagogischen Akademien einen Bedarf an Leuten haben, die mit neuen pädagogisch-didaktischen Konzepten und Vorstellungen die Lehrer der Pflichtschulen weiterbilden können.

Darüber hinaus wird es ja notwendig werden, allen Lehrern an berufsbildenden und allgemeinbildenden höheren Schulen die Gelegenheit zu geben, in postgraduate Studien neuere Erkenntnisse auf dem Gebiete der Didaktik zu erwerben. Damit ist also durchaus eine von der Frage der Investitionen her gesehen vertretbare konkrete Zielsetzung dieser Hochschule gegeben.

Meine Bitte: Geben Sie dieser Hochschule jetzt einmal eine gewisse Atempause! Wir werden die ersten sein, die hart kritisieren, wenn diese Atempause nicht vernünftig und zielführend genutzt werden sollte.

Damit komme ich nun wiederum zur Frage UOG, zum dritten Schwerpunkt unserer Vorstellungen davon, wie sich diese Reform vollziehen müßte, wenn sie unsere Zustimmung finden soll, und das ist die Frage der Mitbestimmung.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß unter dem Eindruck einer jetzt langsam schon der Vergangenheit angehörenden revolutionären Situation leider die ganze Hochschulreform zu stark in das Schlaglicht der Mitbestimmungsproblematik geraten ist. Wir halten die Mitbestimmungsproblematik für eine unter vielen, die es zu lösen gibt, keineswegs aber — das ist der differente Standpunkt, den meine Partei in dieser Frage von allem Anfang an eingenommen hat — für die zentrale Problematik.

Hier werden wir ähnlich wie bei dem hinter uns liegenden Thema der Strafrechtsreform

Dr. Scrinzi

darauf drängen, daß die Regierung bei ihrer Regierungserklärung bleibt, daß die Mitbestimmung nach dem Prinzip einer nach Qualifikation gestuften Mitwirkung verwirklicht werden soll. Wenn das der Rahmen ist, in dem sich die Diskussionen abspielen, sehe ich durchaus die Möglichkeit, daß wir uns treffen können.

Wir sind nach wie vor der Meinung — hier entfernt sich der Entwurf ganz beträchtlich von unseren Vorstellungen —, daß statt Schwächung der Autonomie und Schwächung der Universitätsspitze vor allem die Universitätsspitze gestärkt werden müßte.

Wir sind der Auffassung, daß man die Rektoratsverfassung beibehalten kann, daß aber die Rektoratsverfassung im herkömmlichen Sinne nicht geeignet ist, die großen Managements- und Führungsfragen der Hochschulen befriedigend zu lösen. Die Rektoratsverfassung enthält zu viele Elemente des Zufalles, als daß wir glauben sollten, es könnte die neue Hochschulführung diese Verfassung in der alten Form übernehmen.

Besser aber wird die Universitätsführung nicht dadurch, daß man durch die Unterstellung des Universitätsdirektors direkt unter das Ministerium die Führungsspitze schwächt und glaubt, sozusagen auf der unteren Ebene damit ein besseres Management via Ministerialbürokratie — denn darauf läuft das letzten Endes hinaus — garantieren zu können. Wir sind der Ansicht, es sollte unmittelbar die Universitätsspitze in Richtung eines modernen Managements reformiert werden.

Der fünfte Grundsatz, den wir verfolgen und der sich zumindest mit der Tendenz der Regierungsvorlage in mancher Richtung trifft, ist die bessere Integrierung der Hohen Schulen in die moderne Gesellschaft, dies nicht — ich sage das, um ja kein Mißverständnis aufkommen zu lassen — in der Richtung, daß wir einen verstärkten parteipolitischen Einfluß in den Hochschulen wollen — diesen wollen wir nicht! —, sondern wir wollen die stärkere Integration der Hohen Schulen insgesamt in unsere Gesellschaft, in unser öffentliches Leben. Das läßt sich durchaus verwirklichen, ohne daß die tragenden Grundsätze der Lehr- und Forschungsfreiheit verletzt werden müßten.

Meine Damen und Herren! Ich schließe meine Ausführungen mit einem Bekenntnis: Wir halten die Universitätsreform für notwendig, meinen aber, daß die Universitätsreform keine Reform gegen die Universität sein kann, sondern eine Reform mit der Universität werden muß. Sosehr wir den Grundsatz anerkennen, daß die Universität nicht nur das Insge-

samt von Ordinarien, sondern auch das Insgesamt von Professoren, Dozenten, Assistenten und Studierenden ist, so sehr sind wir davon überzeugt, daß nach wie vor die Professoren die verantwortlichen Träger der Universität sein müssen. Ich kann mir eben nicht vorstellen, daß eine Reform, die mit Mehrheit durchgesetzt wird und damit zwar formalgesetzlich verpflichtend wirkt, dann, wenn sie nicht von der inneren Zustimmung der wesentlichen Elemente — das sind, ich wiederhole, die Hochschulprofessoren! — insgesamt getragen wird, zielführend sein kann.

Mein Appell an Sie, Frau Bundesminister, geht also dahin: Versuchen wir, miteinander eine Universitätsreform durchzuführen, die eine Reform für die Universität und mit der Universität ist! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Kaufmann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kaufmann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir behandeln hier das Kapitel Wissenschaft und Forschung, also einen Bereich, der vor der Ära Kreisky eine Einheit mit dem Unterrichtsministerium gebildet hat.

Wenn man nun die Entwicklung betrachtet, die das neue Ministerium genommen hat, wenn man die Entwicklung der einzelnen Detailbereiche studiert, wird der Eindruck verstärkt, daß einige dieser Detailbereiche, die nicht so unmittelbar mit Wissenschaft und Forschung zu umschreiben sind, in die Rolle von Außensternern, in die Rolle eines Aschenbrödels gedrängt sind. Ich denke hier im speziellen an drei Detailbereiche: an die Kunsthochschulen, an die Bundesmuseen und an den sogenannten Denkmalschutz. Mit diesen drei Detailbereichen möchte ich mich jetzt befassen.

Beginnen wir mit den Kunsthochschulen. Schon die Ansätze im Budget 1974 sind keineswegs so eindrucksvoll, wie man es eigentlich bei einem Kapitel erwarten könnte, das als Renommierkapitel ausgegeben wird. So beträgt das Gesamtbudget der Kunsthochschulen im Jahr 1974 etwas über 220 Millionen, während es heuer, also im Jahr 1973, 200 Millionen waren. Zieht man die Inflationsrate ab, bleibt eine Steigerung über, die man nur als dürftig bezeichnen kann.

Dazu kommt noch, daß wir seit heuer eine neue Kunsthochschule in Linz hinzubekommen haben. Die Frau Bundesminister versicherte damals bei den einschlägigen Verhandlungen im Ausschuß im Hinblick auf die Befürchtungen der Rektoren der anderen Kunsthochschulen, daß diese neue Kunsthochschule keines-

8680

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 6. Dezember 1973

Dr. Kaufmann

wegs auf Kosten der alten gehen werde, sondern daß das Ministerium dafür zusätzliche Mittel freimachen werde.

Frau Bundesminister! Wenn man die Ansätze für 1974 sieht, hat man nicht unbedingt den Eindruck, daß hier den Worten auch die Taten gefolgt sind. Unter Einrechnung der Inflationsrate und der Kosten für diese neue Kunsthochschule hat man eher den Eindruck, daß man die Kunsthochschulen zwingt, den Riemen noch enger um den ohnehin schon schmalen Bauch zu legen.

Ich will jetzt hier nicht gegen die neue Kunsthochschule in Linz polemisieren, schließlich haben wir sie gemeinsam beschlossen, und ich bekenne mich auch zu ihrer Funktion. Ich möchte das ganz klar sagen. Aber wenn man sich im Ministerium schon zur Gründung neuer Institute entschließt, dann nicht mit halben Mitteln und nicht auf Kosten anderer und damit aller. Hier fehlt das Konzept, hier fehlt nämlich die Abwägung der Notwendigkeiten und Möglichkeiten.

In diesem Zusammenhang, Hohes Haus, soll auch einmal ganz klar ausgesprochen werden, daß die Kunsthochschulen von dieser Regierung stiefmütterlich behandelt werden, daß sie zurückgesetzt und vernachlässigt werden. Es ist doppelt bedauerlich, wenn man weiß, daß diese Kunsthochschulen es sind, die den Ruf Österreichs als Kulturgroßmacht im Ausland mitbegründet haben und auch noch immer mitbegründen. Heute noch — um nur ein einziges Beispiel zu nennen — gilt es in der ganzen Welt als Auszeichnung, an einer österreichischen Musikhochschule studiert zu haben.

Und was tut diese Regierung für unsere Musikhochschulen? Sie tut nichts dazu, diese Hochschulen repräsentativ auszubauen! Keine einzige unserer drei Musikhochschulen in Wien, Salzburg und Graz ist räumlich saniert.

Der einzige Zubau der letzten Jahre betraf das Mozarteum in Salzburg, und selbst da hat man auf Pläne zurückgegriffen, die noch aus den frühen sechziger Jahren stammten, mit der Auflage, daß diese Pläne überhaupt nicht oder nur kaum verändert werden dürfen, so als ob sich in diesen letzten Jahren an unseren Hochschulen nichts verändert hätte.

In Graz ist die Musikhochschule auf acht Räumlichkeiten aufgeteilt, die über die ganze Stadt verstreut sind. Räume sind baufällig und müssen geschlossen werden. Der Unterricht ist bedroht. Die Verhandlungen über einen Neubau kommen nicht zustande beziehungsweise werden hinausgezögert und führen zu keinem zielführenden Abschluß, bis jetzt der Baustopp und die finanzielle Situation neue Schwierigkeiten bereiten.

Die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien hat in einer Stellungnahme wörtlich erklärt, „sie befinde sich in einer Situation räumlicher Beengtheit, die eine ordnungsgemäße Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen nicht mehr zuläßt“.

Man befürchtet einen Numerus clausus, der ausschließlich auf die nicht gelöste Raumfrage zurückzuführen ist.

Noch einige konkrete Beispiele: Ein weiteres Problem unserer Kunsthochschulen bilden die fehlenden Dienstposten. Auch hier besteht eine krasse Benachteiligung gegenüber den wissenschaftlichen Hochschulen. Noch immer deckt sich bei einem wesentlichen Teil der Professoren Funktion und dienstrechtliche Stellung nicht, was einer Diskriminierung der Professoren an diesen Hochschulen gleichkommt.

Das Verhältnis ordentliche Professoren — außerordentliche Professoren — Assistenten ist wesentlich ungünstiger als an den wissenschaftlichen Hochschulen. Diese Liste der Bedrängnisse läßt sich fortsetzen.

Die Kunsthochschulen werden in den Budgetüberschreitungsgesetzen nie oder nur in einem völlig unzureichenden Ausmaß berücksichtigt. Das ist besonders gravierend, da die Kunsthochschulen ohnehin schon unterdotiert sind. Gerade diese Kunsthochschulen wären auf solche zusätzliche Mittel angewiesen.

Vordringlich erscheint weiters — auch diese Frage ist nach wie vor offen — die Schaffung eines Kunsthochschul-Studiengesetzes und der entsprechenden Studienordnungen. Derzeit gibt es praktisch überhaupt keinerlei gesetzliche Grundlagen für den Lehrbetrieb an den Kunsthochschulen. Das Kunsthochschul-Organisationsgesetz regelt ja nur die Organisation.

Die Folgen der Unterdotierung sind eine fortschreitende Verschuldung im Verwaltungsaufwand. Wie ich höre, beträgt die Verschuldung zurzeit in Graz etwa eine halbe Million, in Wien soll es knapp 1 Million sein.

Durch die für 1974 vorgesehene Zusammenlegung von Verwaltungsaufwand und Unterrichtserfordernissen befürchten die Kunsthochschulen — ich vermute zu Recht —, daß ihre Schulden etwa so aus der Welt geschafft werden könnten, daß die Rückzahlungen dann auf Kosten der Unterrichtserfordernisse gehen. Ich frage Sie, Frau Bundesminister, ob Sie dafür sorgen werden, daß zumindest diese Befürchtungen nicht zutreffen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Misere der Kunsthochschulen schließt sich — damit komme ich zum zweiten Detailbereich — die viel zu geringe Berücksichtigung

Dr. Kaufmann

unserer Bundesmuseen an. Ich greife hier insbesondere drei Kunstmuseen heraus: das Museum des 20. Jahrhunderts, die Graphische Sammlung Albertina und das Museum für angewandte Kunst.

Die finanzielle Situation dieser Institute ist zum Teil katastrophal. Eine alarmierende Tatsache, wenn man weiß, daß es sich hier um internationale Spitzeninstitute handelt, die mit den kärglichsten Beträgen abgespeist werden.

Erst vor kurzem hatten die Mitglieder des Wissenschaftsausschusses Gelegenheit, auf Einladung der Frau Bundesminister die Graphische Sammlung Albertina und die dort gezeigte ganz hervorragende Ausstellung „Wiener Aquarelle des 19. Jahrhunderts“ zu besuchen und die großartigen Leistungen dieses Instituts zu bewundern, die nur noch als umso großartiger zu bewerten sind, wenn man eben weiß, in welcher finanziellen Lage diese Institute sind.

Wie katastrophal die Lage wirklich ist, sollen einige Pressestimmen illustrieren, die sich des Problems annehmen. Sie gehen zurück auf Äußerungen der verantwortlichen Institutsleiter, die in ihrer Bedrängnis keine andere Möglichkeit mehr gesehen haben als die Flucht in die Öffentlichkeit.

Ich möchte hier nur einige der markantesten Stellen zitieren:

Etwa den Direktor des Wiener Museums des 20. Jahrhunderts, der bei einer Pressekonferenz sagt: „Wir sind Stiefkinder des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung.“

„Das Ausstellungsbudget betrug 1971 1.079.506 Schilling, wurde 1972 um 44.000 Schilling „erhöht“, um 1973 wieder gesenkt zu werden. Das ist ein Rückblick.

Oder etwa schreibt in der „Illustrierten Kronen-Zeitung“ der Kulturredakteur Karlheinz Roschitz unter dem Titel „Die verzettelten Millionen...“:

„Unbegreiflich! Eine Museumstragödie, die unweigerlich in die Kulturkatastrophe führen wird.“

Oder im Wiener „Kurier“, der eine Äußerung von Direktor Schmeller wiedergibt, heißt es:

„Im heurigen Jahr hätte eine Cornelius-Kolig-Ausstellung im Zwanzgerhaus stattfinden sollen. Sie mußte auf nächstes Jahr verschoben werden. Dafür muß nächstes Jahr wieder etwas anderes verschoben werden. Die Schwitters-Ausstellung ist überdies budgetmäßig nicht zur Gänze im heurigen Jahr zu bewältigen, stellt also bereits eine Belastung für 1974 dar. Auf die Frage, wieviel Geld er

brauchen würde, um laufend internationale Ausstellungen bringen zu können, sagte Doktor Schneller: „Mindestens 1,8 bis 2 Millionen Schilling.“

Ähnliche Klagen hat im heurigen Jahr der Direktor der weltberühmten Albertina, Hofrat Koschatzky, der mit 416.000 S auskommen mußte, geführt.

Frau Bundesminister! Meine konkrete Frage daher an Sie: Wie soll das im nächsten Jahr weitergehen? Sie haben zwar, wie ich dem Budgetentwurf entnehme, die Förderungsbeträge aufgestockt, aber trotz einer Anfrage im Budgetausschuß war bisher nicht zu erfahren, wie diese Beträge für das nächste Jahr aufgeteilt werden sollen und wieviel das „Zwanzgerhaus“, die Albertina und die einzelnen Museen bekommen werden. Sie haben die Beantwortung dieser Frage bis zur heutigen Debatte zugesagt. Sie ist nicht erfolgt! Vielleicht sind Sie aber schon heute in der Lage, eine Angabe über die Aufteilung dieser Mittel für das nächste Jahr zu geben.

In diesem Zusammenhang erhebt sich eine andere Frage: Was sollen die schönsten Kunstberichte des Unterrichtsministers, was sollen Kulturerhebungen zum Zweck einer koordinierten Kulturförderung, wenn so wichtige kulturelle Institute davon ausgeschlossen sind und praktisch unberücksichtigt bleiben (*Zustimmung bei der ÖVP*), nur weil sie zu einem Ministerium ressortieren, das offenbar für diesen Bereich ein etwas zu kleines Herz hat. Meine Damen und Herren! Auf diese Weise werden wir niemals zu dem umfassenden kulturpolitischen Konzept kommen, von dem der Herr Unterrichtsminister immer spricht.

Ich möchte Sie, Frau Bundesminister, weiters fragen, ob Sie bereit sind, einmal eine Generalsanierung der Bundesmuseen vorzunehmen, etwa durch die Schaffung — so könnte ich mir das vorstellen — einer Clearingstelle, einer Koordinierungsstelle für Ausstellungen und Ankäufe. Auf diese Weise könnte auch das private Mäzenatentum erschlossen und gewonnen werden. Allerdings wäre Voraussetzung, daß der Herr Finanzminister endlich zu einer kulturfreundlicheren Haltung kommt und sich entschließt, hier entsprechende Steuerbegünstigungen zu gewähren. Das ist eine alte Forderung unserer Fraktion!

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Nun zum letzten Detailbereich, an dem diese Regierung ohne Verständnis für die Problematik vorbeigeht, dem sogenannten Denkmalschutz. Ein Wort — ich möchte das gleich zu Beginn sagen —, das ich für nicht sehr glücklich halte, weil damit falsche oder überhaupt keine Vorstellungen geweckt werden.

Dr. Kaufmann

Der sogenannte Denkmalschutz — bleiben wir nun einmal dabei — hat überhaupt nichts mit dem Schutz von Verstaubtem oder mit dem Schutz veralteter Strukturen zu tun. Denkmalschutz ist auch nicht, wie manchmal angenommen wird, die Grille irgendwelcher spintisierender „Schöngeister“, für die man Millionen und Millionen aufbringen muß. Denkmalschutz ist heute einfach wohlverständener Umweltschutz, Sicherung eines menschenwürdigen Lebensraumes und wesentlicher Teil einer Humanpolitik, die bei der Sozialpolitik nicht beginnt und bei der Gesundheitspolitik nicht endet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es kann für uns nicht gleichgültig sein, in welcher Umgebung wir leben, ob diese Umgebung barbarisch oder menschlich, trostlos oder lebendig, organisch gegliedert oder herzlos konstruiert ist. Ein Staat, der sein Bauerbe vergeuden, der das, was er an Werken übernommen hat, verramschen, verschleudern und verkommen läßt — sei es aus Bequemlichkeit oder auch aus Unverstand —, beschneidet seinen Bürgern nicht nur das, was wir heute Lebensqualität nennen, sondern er ist auch im Begriff, seinen Anspruch zu verspielen, Kulturation und Kulturstaat zu sein. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Hier steht im wahrsten Sinne des Wortes der Zeiger der Uhr 5 Minuten vor 12. Jeder Tag, den wir zuwarten, bringt uns dem Verfall näher. Was einmal zerstört ist, kann nie wieder hervorgebracht werden. „Alles Gold wird eines Tages nicht ausreichen,“ — wie einmal Hazelius sagte — „das Verlorene wiederzubringen“.

Dr. Erwin Thalhammer, der Präsident des Denkmalamtes, hat die Situation im heurigen Jahr einmal so umrissen:

„Es ist zwar noch nie so viel renoviert worden, aber gleichzeitig haben sich die neuralgischen Zonen sprunghaft vermehrt. Wohin Sie schauen: Überall werden durch Abgase Fassaden rascher verbraucht, Steindekorationen, Säulen, Figuren zerbröseln, als ob sie aus Sand wären. Plötzlich ist alles akut: Die Karlskirche und die Votivkirche hatten bereits höchste Alarmstufe, die Fassaden des Kunsthistorischen und Naturhistorischen sind gefährdet.“

Was Thalhammer für Wien formuliert, gilt für ganz Österreich, gilt für unsere Landeshauptstädte und auch für die vielen Baudenkmäler draußen auf dem Lande.

Es ist unfassbar, wenn man angesichts dieser Situation zur Kenntnis nehmen muß, daß im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung für das Jahr 1973 nur 20 Millionen für diese Zwecke vorgesehen waren und daß

es 1974, also im nächsten Jahr, nur wenige Millionen mehr sein werden. Was ist denn das anders als der berühmte „Tropfen auf den heißen Stein“?

Im Vergleich dazu wendet Bayern für den Denkmalschutz 90 Millionen Schilling im Jahr auf, Holland sogar 250 Millionen.

Kulturation Österreich? Meine Damen und Herren, wer möchte das noch angesichts der Tatsache, daß das Jahr 1975 zum Jahr des europäischen Denkmalschutzes erklärt wurde, glauben! Etwas über 20 Millionen sind für die Erhaltung unserer Kulturdenkmäler und 10 Milliarden für die UNO-City vorgesehen. Ich will hier in keine billige Polemik verfallen, aber die Relation ist einfach erschreckend. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dazu kommt, daß das geltende Denkmalschutzgesetz, das aus dem Jahr 1923 stammt, also 50 Jahre alt ist, einfach nicht mehr ausreicht. Es gibt keinen Ensembleschutz. Ganze Orte, Plätze, Straßenzüge und Gruppendenkmäler können verschandelt werden. Die Fragen der Restaurierung und Finanzierung sind ungeklärt.

Eine Novellierung zum Denkmalschutzgesetz befindet sich in Vorbereitung. Das Begutachtungsverfahren ist längst abgeschlossen. Vor Jahresfrist hat man uns diese Novelle versprochen. Frau Bundesminister! Wir warten noch immer darauf, ganz abgesehen davon, daß der Entwurf zu dieser Novelle wiederum an der eigentlichen Problematik vorbeiging und die neuralgischen Punkte teilweise unberücksichtigt ließ. Es ist zu hoffen, daß man die Stellungnahmen entsprechend berücksichtigt und daß man uns dann einen Entwurf vorlegt, der, wenn auch spät, aber doch noch zu einem brauchbaren Gesetz führen kann.

Frau Bundesminister! Ihnen ist in diesem Zusammenhang der Vorwurf zu machen, daß Sie bisher bestenfalls administriert haben, und das nicht einmal zufriedenstellend. Es wurde aber nichts, rein gar nichts getan, diesen Denkmalschutz zu einem nationalen Anliegen zu machen, Initiativen aufzugreifen und zu fördern, die unkonventionell und zielführend sind.

Was soll man zum Beispiel, um auf die Administration sprechen zu kommen, davon halten, wenn man hört, daß es zwischen erster und zweiter Instanz kaum eine Zusammenarbeit gibt, daß schlechte Kontakte bestehen, daß das Denkmalamt dadurch verunsichert wird, daß die zweite Instanz wieder Beschlüsse oder Entscheidungen aufhebt, die das Denkmalamt schon getroffen hat?

Frau Bundesminister! Warum greifen Sie Vorschläge, wie etwa die des Aktionskomitees

Dr. Kaufmann

SOS für Wien, die auf die Bildung eines Nationalfonds abzielen, nicht auf? Das ist doch eine schöne Anregung! Wäre hier nicht die Chance gegeben, eine Reihe nichtstaatlicher Institutionen zur Mitarbeit und zur Mitfinanzierung heranzuziehen? — Proklamationen zum Denkmalschutzjahr 1975 allein sind zu wenig!

Noch einmal — und damit komme ich zum Schluß —: Wenn Sie, Frau Bundesminister, schon im Bereich Ihres Ministeriums die Kunsthochschulen, die Museen und den Denkmalschutz haben, dann doch nicht als Stiefkinder! Versuchen Sie, Frau Bundesminister, auch ein Kulturminister zu sein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Heinz Fischer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Heinz Fischer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! In der Rede meines Vorredners, des Kollegen Kaufmann, war — abgesehen von seiner Polemik — sicherlich der eine oder der andere Satz, dem man hinsichtlich der Probleme des Denkmalschutzes hätte zustimmen können. Aber was nicht geht, das ist, daß solche Sätze von einem Vertreter der ÖVP gesprochen werden, einer Partei, auf die mit voller Wucht all das fällt, was Sie ausgesprochen haben, weil eben all das, was geschehen hätte sollen, unter Ihrer Regierungszeit nicht geschehen ist. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Reden Sie nicht von der Vergangenheit! — Abg. Doktor Kohlmaier: „Ausredenpartei“!)*

Das ist die eine Feststellung. Das zweite, was nicht geht, Hohes Haus, das ist, daß man diese Sätze gegen eine Frau Bundesminister spricht, die wiederum zum Unterschied von ihren Vorgängern das Problem des Denkmalschutzes unter anderem so in Angriff nimmt, daß jenes Gesetz, das Sie nicht ins Parlament gebracht haben, jetzt ins Parlament kommen wird, nämlich eine Regierungsvorlage für ein modernes Denkmalschutzgesetz. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Das müßte doch dem Kollegen Kaufmann zu denken geben, wenn er zu diesem an sich wichtigen und interessanten Problem spricht. Ich glaube, daß meine Fraktionskollegen noch näher darauf eingehen werden. Ich habe mir vorgenommen, mich einem anderen Bereich dieses Ressorts zu widmen, nämlich dem Hochschulektor, über den die Kollegen Mock, Scrinzi und Blenk gesprochen haben.

Hohes Haus! Der Hochschulektor ist zweifellos ein eminent politischer Teilbereich des Wissenschaftsressorts und der Innenpolitik schlechthin. Ich glaube, daß man die Diskussion über diesen Sektor auf zweierlei Art

führen kann: Man könnte, obwohl es ein eminent politischer Bereich ist, eine Diskussion über die Entwicklung der Hochschulen führen, die sich von anderen Gesichtspunkten leiten läßt als nur von der Frage, ob man Angehöriger der Regierungspartei oder der Opposition ist, denn es sind nicht nur Probleme der SPÖ oder Probleme der FPÖ oder solche der ÖVP, vor denen wir stehen, sondern es sind das Probleme, die es in ganz Europa gibt, vor denen man in ganz Europa steht und die daher erfordern, daß man sie von einer Warte aus behandelt, die über die Parteigrenzen, welche ich gar nicht verniedlichen will, hinausreicht.

Oder, Hohes Haus, man führt eine echt politische Debatte. Aber zu dieser politischen Debatte fehlen Ihnen ja offensichtlich die grundsätzlichen Argumente und die Kraft, denn so geht es sicher nicht, daß Kollege Dr. Blenk etwa seine Rede sehr gekünstelt damit abschließt, daß das Budgetkapitel Wissenschaft — wenn ich das richtig mitgeschrieben habe — zu einem „beängstigenden gesellschaftspolitischen Instrument“ geworden sei.

Kollege Blenk, was wollen Sie denn mit einer solchen Aussage sagen? Ist vielleicht die „Beängstigung“, die Sie empfinden, umso größer, je größer die Budgetmittel sind, die hier zur Verfügung stehen, oder wollen Sie nur irgendwo das Wort „beängstigendes gesellschaftspolitisches Instrument“ unterbringen? Es hat jedenfalls in dem Zusammenhang überhaupt keinen Sinn und es ergibt sich daraus nichts.

Was den Kollegen Dr. Mock betrifft: Einer seiner Kernsätze war, die ÖVP habe eine Bildungspolitik gemacht, die den Numerus clausus überflüssig gemacht habe. Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Bei den Studentenzahlen, die es in Ihrer Zeit gegeben hat, war sicher ein Numerus clausus überflüssig, denn es hat damals einen Numerus socialis gegeben, wenn ich das etwas frei sagen darf *(Zustimmung bei der SPÖ — ironische Heiterkeit bei der ÖVP)*, und es kann doch überhaupt keinen Zweifel geben — und ich werde dann noch einige Zahlen bringen —, wie sich die soziale Struktur der Studenten in Österreich verändert hat. Das sind ja Fakten, an denen man nicht vorbeigehen kann.

Voriges Jahr, meine Damen und Herren, ist die Budgetdebatte im Zeichen eines Zwischenfalles gestanden, der sich wenige Tage vorher an der Universität ereignet hatte. Die Zeit, die seither vergangen ist, hat bewiesen, daß es eben wirklich nur ein Zwischenfall war, ein einmaliger Zwischenfall — Gott sei Dank —, und daß sich die österreichischen

Dr. Heinz Fischer

Hochschulen erfreulich friktionsfrei entwickelt haben: aus einer Reihe von Ursachen — ich will sie gar nicht alle aufzählen —, es ist sicher auch Verdienst aller beteiligten Gruppen an den Hochschulen und nicht zuletzt das Verdienst einer Ressortführung, die die Probleme der Hochschulen so nimmt, wie sie sind, und die Sachprobleme der Reihe nach einer Lösung zuführt.

Ich glaube aber, daß sich die Entwicklung an unseren Hochschulen nicht nur friktionsfrei vollzieht, sondern daß es eine Reihe positiver Aspekte gibt, die man doch einmal zusammenfassend darstellen kann.

Zu diesen positiven Aspekten — darüber ist in den bisherigen Diskussionsbeiträgen wenig geredet worden — gehört erstens die reibungslose, systematische und erfolgreiche Reform der Studienordnungen.

Wenn ich daran denke, daß die letzten Studienordnungen so wichtige und große waren wie die geistes- und naturwissenschaftliche und die medizinische (*Abg. Dr. Gruber: Sie meinen „Studiengesetz“!*) — Studiengesetz, danke vielmals! —, wenn ich weiters daran denke, daß das einzige wichtige ausständige Studiengesetz, von einigen kleineren abgesehen, das juristische Studiengesetz ist, und wenn ich dem hinzufüge, daß der Entwurf für ein juristisches Studiengesetz ja bereits vorliegt und von allen Seiten eine im wesentlichen positive Aufnahme gefunden hat, so wird man doch sagen können, daß dieser Prozeß der Reform der Studiengesetze in Österreich wirklich erfolgreich vorangeschritten ist und vor dem Abschluß steht.

Der zweite erfreuliche Aspekt — und damit komme ich gleich auf die Zwischenrufe zurück, die vorhin gemacht wurden — betrifft die bemerkenswerte soziale Entwicklung und die Veränderungen, die es auf diesem Sektor gegeben hat: die Abschaffung der Hochschulsteuern — einstimmig vom Parlament beschlossen —, der forcierte Ausbau von Studentenheimen, die — Sie sagen „ungenügend“ — aber doch imponierende Tatsache, daß wir am nächsten Budget ja eine Viertelmilliarde Schilling für Studienbeihilfen haben — erinnern Sie sich, mit welchen Beträgen wir vor einigen Jahren begonnen haben —, das wäre schon der dritte Punkt; die Krankenversicherung für Studierende, die Schülerfreifahrten; alle jene Maßnahmen, die dazu führen, daß im nächsten Budget insgesamt netto, wenn ich so sagen darf, an unmittelbaren Zuwendungen 311 Millionen Schilling an sozialen Förderungsmaßnahmen enthalten sind; wenn ich's brutto rechne, wenn ich auch Aufwendungen für Studentenheime et cetera dazunehme, kommen wir auf über eine halbe Milliarde,

eine Steigerung von 94,4 Prozent gegenüber dem Jahre 1970.

Der dritte positive Aspekt der Entwicklung an unseren Hochschulen sind beachtliche, wenn auch unserer Meinung noch immer nicht genügende Veränderungen in der inneren Struktur der Hochschulen: die Einrichtung der Studienkommissionen, die gleichfalls hier in diesem Hohen Haus einhellig begrüßt wurde — wir sind, Frau Bundesminister, wirklich interessiert an dem Bericht, der ja in diesem Zusammenhang erarbeitet wird, wie sich das aus der Sicht der Hochschulen selbst entwickelt hat, wobei uns niemand hindern wird, uns dann unsere eigene Meinung darüber zu bilden —, die Ausschreibung der Dienstposten an den Hochschulen, wo wir auf diesem Sektor weiter sind als im übrigen öffentlichen Dienst, denn das Gesetz über die allgemeine Postenausschreibung liegt ja noch im Verfassungsausschuß; dann etwas sehr Wichtiges: die Verkürzung der Vakanzen bei der Besetzung von Lehrkanzeln. Im Jahre 1970 war rund ein Viertel aller Lehrkanzeln unbesetzt. Dieser Prozentsatz konnte jetzt nahezu auf die Hälfte herabgedrückt werden.

Das sind doch alles Einzelaspekte, die man nicht unter den Tisch fallenlassen kann, wenn man eine faire Darstellung dieses Bereiches geben soll, und das sind übrigens Einzelaspekte, mit denen wir uns noch nicht zufriedengeben, sondern die ja im UOG eine Zusammenfassung und Krönung, wenn Sie so wollen, finden sollen.

Ich halte es nicht für sinnvoll, jetzt an dieser Stelle eine UOG-Debatte zu führen. Dazu sind wir ja in einem Ausschuß. Aber da das UOG im Vorjahr vom Standpunkt des Parlaments aus noch Zukunftsmusik war, ist es doch angebracht festzustellen, wie froh wir sind, daß dieses große Gesetz trotz mancher Widerstände und Schwierigkeiten nunmehr als geschlossenes Konzept im Parlament zur Diskussion steht.

Ich füge hinzu — bezugnehmend auf das, was Kollege Scrinzi gesagt hat —: Wir wollen sehr konzentriert arbeiten, wir wollen nicht wieder mit allen Problemen bei Adam und Eva anfangen, sondern wir wollen das, was an Material vorliegt, verwenden und darauf aufbauen. Wir wollen das, was in den bisherigen Diskussionen außer Streit gestanden ist — das ist gar nicht so wenig; ich gebe Ihnen recht, daß die Mitbestimmungsfrage vielleicht sogar ungebührlich stark im Vordergrund gestanden ist —, möglichst auch im Parlament außer Streit gestellt lassen.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn es bei dieser Materie zu einer einvernehmlichen Verabschiedung kommen könnte. Ich weiß schon,

Dr. Heinz Fischer

daß das nicht leicht sein wird, ich weiß, daß die Auffassungen divergieren, aber ich stütze meinen Optimismus nicht zuletzt darauf, daß die große Oppositionspartei, Kollege Doktor Blenk, entgegen mehrfachen Ankündigungen ein ernsthaftes Gesamtkonzept dem UOG ja nach wie vor nicht entgegengesetzt hat, sodaß ich annehmen muß, daß es also keinen geschlossenen Gegenstandspunkt der ÖVP, sondern nur abweichende Auffassungen zu der einen oder anderen Sachfrage gibt.

Wenn es wahr ist, was Kollege Blenk im Wissenschaftsausschuß in so einer Nebenbemerkung angekündigt hat, daß die ÖVP ein Mitbestimmungsmodell in petto hat, mit dem alle Beteiligten einverstanden sind, dann kann es uns nur recht sein, wenn dieser „Stein der Weisen“ vom Kollegen Blenk gefunden wird. Ich erlaube mir nur daran so lange zu zweifeln, solange ich nicht dieses Mitbestimmungsmodell und die Zustimmung von Professoren, Assistenten, Studenten und sonstigen Betroffenen wirklich schwarz auf weiß vor mir habe. Ich glaube nicht an Wunderlösungen, aber ich glaube an eine sachliche Arbeit im Ausschuß, die in absehbarer Zeit zu einem Ergebnis führen wird und eigentlich auch führen muß.

Hohes Haus! Der vierte Aspekt, mit dem man sich beschäftigen muß — und damit komme ich zu einem Bereich, wo positive Aspekte und Probleme einander die Waage halten —, ist natürlich der stark steigende Zustrom zu den Hochschulen, ein Zustrom inländischer und ausländischer Hörer.

Wir hatten im Jahre 1970 ungefähr 53.000 Hörer, wir halten jetzt bei 73.500. Ich finde positiv daran, daß auch durch diese Zahl ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)* Bitte? *(Abg. Dr. Gruber: Die ausländischen Hörer steigen nicht an!)* Nein, die Gesamtzahl ist von 53.000 auf 73.500 gestiegen. *(Abg. Dr. Gruber: Weil Sie gesagt haben: Eine zunehmende Steigerung bei den Ausländern!)* Wir sind ja mit dem Ausmaß an ausländischen Studenten, das wir in Österreich haben, zufrieden. *(Abg. Dr. Gruber: Das war nur eine kleine Berichtigung!)* Gut.

Positiv daran finde ich, daß diese deutliche Steigerung inländischer Studierender doch zeigt — anders kann man es ja nicht interpretieren —, daß das Potential an Studierwilligen in der Vergangenheit eben nicht voll ausgeschöpft war und daß wir jetzt Maßnahmen gefunden und gesetzt haben, die uns in die Lage versetzen, dieses Potential in vollem Umfang auszuschöpfen, daß also der Zugang zu der höchsten Bildungsstufe, die unser Bildungssystem kennt, verbreitert wurde.

Die Probleme, die daraus entstehen, kennen wir alle. Es ist das Problem der Raumnot, das vor allem deshalb schwierig ist, meine Damen und Herren — und das muß man auch einmal sagen —, weil ja der Schlüssel zur Lösung dieses Problems nicht nur beim Wissenschaftsministerium liegt, sondern weil die gesamte Baupolitik — und die muß eben wiederum an der gesamten Konjunkturpolitik orientiert sein — Grenzen setzt und Grenzen absteckt, denen das Wissenschaftsministerium unterworfen ist und über die sich das Wissenschaftsministerium, so wie die anderen Ressorts, ja nicht einseitig und nur nach eigenem Gutdünken hinwegsetzen kann. Aber immerhin ist die Nettoraumfläche an den Hochschulen seit 1970 um mehr als 60.000 Quadratmeter angewachsen, und das ist ja keine Kleinigkeit, wenn man das einmal festhält und hinzufügt, welche weiteren Projekte es auf diesem Sektor gibt.

Der zweite Komplex: Verhältnis Professoren — Studierende. Es ist richtig, wenn ich eine reine Prozentrechnung mache: Wie war das Verhältnis der Studenten zu den Ordinarien, zu den ordentlichen Professoren im Jahre 1970, und wie ist es heute?, daß sich dieses Verhältnis nicht verbessert hat.

Nur eines muß man hinzufügen: Wir haben mit der Einrichtung des außerordentlichen Hochschullehrers neuen Typs einen vollwertigen Hochschullehrer zusätzlich zur Verfügung. Die Zahl der Dienstposten für die außerordentlichen Professoren neuen Typs wird im nächsten Jahr um die 250 liegen, sodaß natürlich von dieser Seite her eine enorme Entlastung eintreten wird.

Man müßte ferner — weil Sie auch zum Problem des Verwaltungsaufwandes, das hier angeschnitten wurde, Stellung genommen haben — hinzufügen oder in Erinnerung rufen, wie denn die Alarmmeldungen vor dem Sommer gelaute haben: Hochschulen, die im Herbst gar nicht mehr aufsperrten werden und die das Licht und die Energie — und ich weiß nicht, was alles — nicht zur Verfügung haben werden. Ohne die Situation zu verharmlosen, soll doch festgestellt werden, daß diese Propezeiungen — Gott sei Dank — unrecht behalten haben und daß die Ankündigung der Frau Bundesminister, die sich nicht zuletzt auf die Erwartung eines Budgetüberschreitungsgesetzes gestützt hat, in Erfüllung gegangen ist.

So werden wir auch in Zukunft eher auf das vertrauen, was wir an sachlichen Informationen aus dem Ministerium erhalten.

Vor allem machen es sich jene zu leicht, meine Damen und Herren, die beim Verwaltungsaufwand, bei der Forschung, bei den Ge-

Dr. Heinz Fischer

hålttern, bei all diesen Bereichen als ihr Ceterum censeo nach mehr Geld rufen, dann aber den Schlußstrich ziehen und addieren, wobei sie mit ebenso großer Beredsamkeit feststellen, daß das Gesamtbudget zu hoch sei und daß das Gesamtdefizit zu hoch sei. So leicht darf man es sich nicht machen!

Hingegen erscheint mir überlegenswert, ob es nicht die eine oder andere flankierende Maßnahme unabhängig vom finanziellen Mehraufwand gibt, die uns helfen kann. Wir wissen doch, daß es an den amerikanischen Hochschulen ein System des echten Sommersemesters, also einen Drei-Semester-Turnus, gibt. Das funktioniert! Das ist an der Harvard-Universität ein vollwertiges Semester. Da auch die Frau Bundesminister schon Überlegungen in dieser Richtung angestellt und angekündigt hat, wäre vielleicht wirklich zu überlegen, ob nicht der Raumgewinn, der auf diese Art erzielt werden kann, ein so beachtlicher ist, daß er die Personalprobleme, die dadurch entstehen und die man natürlich nicht übersehen darf, jedenfalls aufwiegt.

Auch ein Hochschullehrer-Dienstrechtsgesetz erscheint aus einer Reihe von Gründen notwendig, die ich jetzt nicht aufzählen will, weil das sonst zu weit führen würde, ein Gesetz, das insbesondere auch die Stellung der Assistenten betreffen muß, weil ja die Vermehrung der Assistenten und Professoren nicht nur quantitative Veränderungen, sondern auch qualitative Veränderungen an den Hochschulen mit sich gebracht hat.

Damit komme ich schon zum Schluß mit folgender Überlegung, meine Damen und Herren: Wir wollen ein UOG, weil wir glauben, daß die Struktur der Hochschulen reformiert gehört. Wir drängen die Frau Bundesminister, das rechtswissenschaftliche Studiengesetz vorzulegen. Es wird das Denkmalschutzgesetz urgirt. Es wird das Tierversuchsgesetz urgirt. Wir wollen über ein Hochschullehrer-Dienstrechtsgesetz verhandeln.

Wir tun aber so — und wenn ich wir sage, meine ich eigentlich nur die Opposition —, als wäre jeder Termin, der hier vereinbart wird, ein ungeheures Zugeständnis an die Regierungspartei, eine Gnade für die sozialistische Fraktion des betreffenden Ausschusses oder für die Frau Minister.

So einfach ist das nicht. Wenn man sich ein bestimmtes legislatives Programm vornimmt — und die Damen und Herren der Opposition gehören zu jenen, die dann immer noch zusätzliche Wünsche in allen Bereichen der Politik anmelden —, dann muß man auch gemeinsam die Kraft, die Energie und den Willen haben, diese Termine so zu sichern, daß die Arbeit auch tatsächlich bewerkstelligt wer-

den kann. Denn einfach nur neue gesetzliche Regelungen urgieren, inklusive Denkmalschutzgesetz, gleichzeitig aber ... (Abg. Doktor Gruber: Das ist ja noch gar nicht da!) Urgiert ist es wohl worden, und es wird auch kommen, Kollege Gruber!

Es ist ja nicht damit getan, Vorlagen zu urgieren und dann in oft selbst verursachte Schwierigkeiten zu kommen, die mit der Terminknappheit zusammenhängen. Übrigens, weil Sie sagen, was nicht da ist: Zahlreiche Berichte sind zum Beispiel da. Und wo sind die Termine für diese Forschungsberichte? (Abg. Dr. Gruber: Haben wir es abgelehnt?) Kollege Gruber, seien Sie vorsichtig! Wenn wir die zusätzlichen Termine vorschlagen werden, ob Sie dann nicht den Kalender zücken, die Stirne in Falten legen und sagen werden: Bitte da geht es nicht und dort geht es nicht, und da kann ich nicht! Ich will heute gar nicht polemisieren, ich will nur das Problem darlegen, das sich im nächsten Jahr genauso stellen wird, wie es sich in der Vergangenheit gestellt hat.

So darf ich zusammenfassend und abschließend eines sagen: Ich habe die Ausführungen der oppositionellen Redner — eigentlich müßte ich genauer sagen: jener oppositionellen Redner, die das Hochschulbudget ablehnen — sehr genau verfolgt. Sie haben sich redlich bemüht, Teilaspekte zu finden, wo ihrer Meinung nach zuwenig Geld da ist oder wo ihrer Meinung nach andere Punkte Anlaß zur Kritik geben, wobei ich dieses Recht der Kritik am wenigsten dem Kollegen Doktor Mock einräume, weil er ja alle seine guten Vorsätze in einer zwar kurzen, aber immerhin über mehr als ein Jahr sich erstreckenden Tätigkeit als Minister hätte erfüllen können. (Abg. Dr. Gruber: Es war nur ein Dreivierteljahr!) Es war nur ein Dreivierteljahr, gut.

Diesen kritischen Gesichtspunkten steht jedenfalls gegenüber, daß im Bereich der Hochschulen — Sie können dabei die finanziellen Seiten, die personellen Seiten, die baulichen Seiten oder was immer Sie wollen nehmen — seit 1970 beachtliche Fortschritte erzielt wurden und daß wir allen Grund zu der Annahme haben, daß auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode Fortschritte gleicher Art und gleichen Ausmaßes erzielt werden. Diese Überlegung gibt, wenn wir die Bilanz und die Summe ziehen, die Gewähr, daß das Regierungsprogramm im Hochschulbereich erfüllt werden wird, daß wir neue, reformierte Hochschulen in Österreich haben werden und daß die Bilanz des Hochschul- und Wissenschaftsressorts jedenfalls positiv sein wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Ermacora. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Ermacora** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Frau Bundesminister! Die sehr sachlich gehaltenen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Fischer verpflichten natürlich, nicht in Polemik zu verfallen. Ich möchte allerdings sagen: Sie haben uns vorgestern Zensuren erteilt, wie man zum Tatsächlichen erwidert. Heute haben Sie auch wieder mit Zensuren begonnen. Ich möchte aber darauf nicht weiter eingehen, sondern möchte einzelne Argumente, die Sie hier sachlich vorgetragen haben, behandeln.

Sie sagten zunächst, daß vor der Regierungszeit der SPÖ eine soziale Struktur den Zugang zu den Universitäten verhindert oder erschwert hätte. Ich möchte Ihnen aus meiner eigenen Erfahrung sagen, daß seit 1945 die Möglichkeit der Taxenbefreiungen bestanden hat. Ich selbst bin in den Genuß solcher Taxenbefreiungen gekommen und weiß, daß man gänzlich taxenfrei oder doch mit solchen Ermäßigungen studieren konnte, daß die soziale Struktur oder der soziale Hintergrund von dieser Seite her überhaupt keine Problematik gewesen ist.

Ich möchte weiter hinzufügen, daß das Studienbeihilfengesetz doch in der Zeit der großen Koalition beschlossen wurde und daß dieses Gesetz zusätzlich zu den früheren Taxenbefreiungen eine Möglichkeit der finanziellen Unterstützung des Studierenden für sein Studium geboten hat.

Was nun die Reform der Studiengesetze angeht, so wurde die Initiative durch das Allgemeine Hochschulstudiengesetz ergriffen. Das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz hat den Prozeß eingeleitet. Diesen Prozeß setzen Sie hier nun fort. Aber etwa die Gesetze über das sozialwissenschaftliche Studium sind von einer Regierung vorgelegt worden, die nicht die SPÖ-Alleinregierung gewesen ist.

Auch das Problem der Studienkommissionen ist nicht durch Sie initiiert worden. Es ist Bundesminister Mock gewesen, der die Studienkommissionen initiiert und Empfehlungen, diese einzurichten, an die Fakultäten und Universitäten weitergegeben hat. Allerdings wurde dieser Prozeß der Errichtung von Studienkommissionen heute auf gesetzlich fundiertere Grundlage gestellt.

Was nun die Ausschreibung der Dienstposten angeht, meine Damen und Herren, so war das unsere oder meine Initiative in dem Ausschuß, der sich mit der Novelle des Hochschul-Organisationsgesetzes befaßt hat. Ich kann mich sehr gut erinnern, wie der Herr

Abgeordnete Dr. Fischer gesagt hat: Wenn Sie das so wollen, dann greifen wir halt dem Ausschreibungsgesetz vor! Es ist also nicht unbedingt Ihr Einfall gewesen, die Dienstpostenausschreibung in das Hochschul-Organisationsgesetz zu stellen.

Hier muß ich eine kritische Anmerkung anbringen. Die Dienstpostenausschreibung ist für die außerordentlichen Professoren neuen Typs noch immer ein Problem. Wenn ich nicht wüßte, inzwischen durch parlamentarische Erfahrung klug geworden, daß es sinnlos ist, hier noch einmal die Entschließung vorzulegen, die wir voriges Jahr vorgetragen haben — ich verweise auf das Parlamentsprotokoll der 59. Sitzung vom 18. Dezember vergangenen Jahres, Seite 5523, wo wir das Problem der außerordentlichen Professoren und die Ausschreibung der Dienstposten für außerordentliche Professoren in die Form einer Entschließung gekleidet haben —, wenn ich nicht wüßte, daß eine solche Wiederholung sinnlos wäre, so würde ich das noch einmal begehren. Ich möchte aber immerhin herausstellen, daß in bezug auf die Dienstpostenausschreibung auf diesem Sachgebiet den Vorstellungen der Oppositionspartei, die sie im Unterausschuß auch geäußert hat, nicht entsprochen wurde.

Ich habe nicht die Absicht, eine UOG-Debatte zu führen, und möchte etwas später erklären, warum ich mich im Moment hiezu nicht in der Lage fühle. Ich möchte aber etwas herausstellen, Herr Dr. Fischer: Es wird aus dem Entwurf, den die Frau Bundesminister uns über das UOG vorgelegt hat, eine Struktur der Universität ganz deutlich, die ich als die sogenannte Gruppenuniversität bezeichnen möchte.

Aus den Ausführungen des Herrn Doktor Scrinzi habe ich insbesondere im Budgetausschuß zum Kapitel Wissenschaft den Eindruck gewonnen, als würde er eine Universitätsstruktur befürworten, die ich, etwas abgekürzt, als die „Unternehmeruniversität“, die Universität als Unternehmen, anspreche.

Ich bin fest überzeugt, daß meine Klubfreunde ein Konzept vorlegen werden, das ich mit dem Titel „Arbeitsplatzuniversität“ bezeichnen möchte und von dem eine ganze Reihe von Konsequenzen ableitbar sind, die Ihnen zeigen könnten, daß im Laufe der letzten Monate sehr intensiv von diesem Gesichtspunkt her an einer Universitätsstruktur gearbeitet wurde.

Was nun den Zugang zu den Bildungsstufen, und zwar zur höchsten Bildungsstufe, betrifft, so bin ich überzeugt, im Sinne des Klubs der OVP zu sprechen, daß man selbstverständlich auch dafür ist, daß dieser Zugang

Dr. Ermacora

zur höchsten Bildungsstufe ein möglichst allgemeiner sein soll. Allerdings möchte ich für meine Person hinzufügen: Dadurch sollen Leistungskriterien nicht vermindert werden.

Wenn Sie in diesem Zusammenhang von der Trimesterproblematik sprechen, möchte ich nur auf eines grundsätzlich hinweisen — die Raumfrage ist sicherlich geklärt und gegeben durch den möglicherweise leerstehenden Raum, der in den Sommerferien zur Verfügung stünde —: Ein ganz entscheidendes Problem ist aber das Personalproblem. Entweder Sie erhöhen überhaupt das Personal an den Hochschulen, oder aber Sie setzen die derzeitig freien Lehrkräfte so ein, daß ihnen praktisch kaum mehr eine echte Forschungszeit bliebe. Es ist heute nicht mehr so wie in der klassischen Universität. Der akademische Lehrer, gleichgültig, ob er nun Universitätsassistent oder Universitätsprofessor ist, findet grundsätzlich während des Semesterbetriebes kaum Zeit zur wissenschaftlichen Arbeit, wenn er den Lehrbetrieb und vor allem die Verwaltungstätigkeit gestalten will.

Wie wollen Sie die Trimesterlösung einführen, wenn Sie nicht entweder entscheidend im Personalaufwand beim Budget steigen oder aber wenn Sie nicht den akademischen Lehrer eben nur zum Lehrer — ich würde fast sagen — degradieren, weil die Lehre und Forschung für den akademischen Lehrer einfach ein Berufs- und Lebensproblem ist! Wie wollen Sie diese Frage lösen? Ich glaube, daß diese Frage vorweg abgeklärt werden müßte.

Was nun Ihre Bemerkung über den Verwaltungsaufwand anlangt, so, glaube ich, konnte die große Oppositionspartei im Sommer dieses Jahres mit Recht auf Grund der damaligen Situation und des Eindrucks, der an den Hochschulen vorherrschte, an die Frau Bundesminister eine dringliche Anfrage richten, um auf diese Situation, die tatsächlich bestanden hat, hinzuweisen. Ich würde hinzufügen, daß man offenbar im Lichte der Praxis der Frau Bundesminister, mit einem Zusatzbudget zu arbeiten, dazukommen wird und sich wird abfinden müssen, daß der Verwaltungsaufwand in zwei Etappen geliefert oder bezahlt wird. Wenn das das Prinzip sein sollte, so wird sich die Hochschule darin fügen müssen. Aber, Frau Bundesminister, ob das vom Standpunkt einer guten Budgetpolitik der richtige Vorgang ist, würde ich bezweifeln.

Immerhin möchte ich sagen: Wenn das das System sein sollte, wird sich die Hochschule einfügen und wird wissen müssen, daß eben am Ende des Jahres, wenn das 1. oder 2. Budgetüberschreitungsgesetz beschlossen wird, die Schulden dann doch bezahlt werden. Dabei verstehe ich unter Schulden nicht das, wie Sie,

Frau Bundesminister, es im Innsbrucker Fall gemeint haben, nämlich Schulden im Sinne des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, sondern es sind — wenn ich es so sagen darf — ausständige Rechnungen; vielleicht sind es auch Schulden im Sinne des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches. Aber das ist eine Sache der Verwaltungspraxis, und das wird sich einspielen.

Ich glaube aber, hier vom Standpunkt des Parlaments sagen zu sollen: Es sollte nicht zum System werden, daß Budgetüberschreitungsgesetze das Problem des Verwaltungsaufwandes lösen, es sei denn, Frau Bundesminister, Sie hätten damit eine erzieherische Funktion im Hintergrund Ihrer Gedanken, nämlich die erzieherische Funktion: die Hochschulen sollen sich etwas kurzhalten und sollen eben durch die Zuteilung der Zuweisung des Verwaltungsaufwandes nicht so sehr über die Stränge schlagen.

Meine Damen und Herren! Frau Bundesminister! Wenn man den Ausführungen des Herrn Dr. Fischer folgt, wird es vielleicht doch relativ schwierig sein, in der Öffentlichkeit, zumindest in der Öffentlichkeit, die sich nicht so intensiv mit den Problemen beschäftigt, deutlich zu machen, warum die große Oppositionspartei dieses Budget ablehnt, das doch gewiß eine materielle Substanziierung hat, die gegenüber anderen Budgets nach meiner Meinung respektabel ist.

Die Opposition ist verpflichtet, das nun etwas deutlicher zu machen: Ich darf hervorheben, daß die bisherigen Steigerungsraten in den Forschungsförderungsfonds zwischen 20 und 30 Prozent gelegen sind. Sie liegen heute im Wissenschaftsförderungsfonds bei 5 Prozent und bei dem anderen Förderungsfonds bei 6 Prozent. Der Verwaltungsaufwand ist um 10 Prozent höher budgetiert, aber er ist in Wahrheit unterbudgetiert, wenn Sie bedenken, daß dieser Verwaltungsaufwand mit den Teuerungen, die wir in diesem Staate erleben, maß- und Schritt halten muß. Diese 10 Prozent, die nun ein Mehr an Verwaltungsaufwand darstellen, werden möglicherweise nicht ausreichen, den Verwaltungsaufwand, in dem diesmal Betriebs- und Verwaltungsaufwand zusammengelegt sind, wirklich zu tragen.

Was die Anlagen an den Hochschulen angeht, so sind es 6 Prozent mehr, und was die Baufolge angeht, so habe ich darüber noch am Ende meiner Darstellung eine kurze Bemerkung zu machen.

Die These von der differenzierten Oppositionspolitik muß man wohl richtig verstehen. Ich habe während der letzten Budgetdebatte Ihnen mehrmals den Satz vorgelegt, daß es

Dr. Ermacora

nicht allein auf das Geld ankommt, das man im Budget ausweist, sondern auf die Politik, die man mit diesem Geld betreibt. Das ist nun eine Frage, auf die man etwas näher eingehen muß.

Wo liegt die Schwerpunktbildung? Was ist die Schwerpunktbildung? Gerade um diese Schwerpunktbildung geht es! Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß die Frage der Hochschulorganisation und der Hochschulstruktur an sich schon vorüber ist. Das ist ein Problem, über das man sich so oder so einigen wird; die einen werden dagegen stimmen, die anderen werden dafür stimmen. Sie, Frau Bundesminister, haben deutlich gemacht, welches Ihre Zielsetzungen sind — zumindest in diesem Regierungsentwurf, vielleicht werden wir dann noch weitere Zielsetzungen erfahren, die im Unterausschuß vorgetragen werden. Deshalb möchte ich darauf gar nicht mehr zu sprechen kommen.

Ich möchte vielmehr vorausschauend das Problem behandeln, wo der nächste politische Schwerpunkt Ihrer Hochschulpolitik liegen wird. Das ist in der Forschung, das ist auf der Ebene der Forschungspolitik. Auf der Ebene der Forschungspolitik haben wir kein anderes Gremium, als uns hier in diesem Haus bei dieser Debatte auseinanderzusetzen. Ich möchte, bevor ich meine Bemerkungen zur Forschungspolitik mache, die ich schon im vorigen Jahr anklingen ließ, vorausschicken — allgemein bekannt —, daß die Forschungspolitik nach Ihrer politischen Konstruktion und Meinung ein Teil sozialistischer Gesellschaftspolitik ist. Das wurde vom SPO-Hochschulprogramm im Jahre 1970 ganz deutlich herausgestellt.

Frau Bundesminister! Sie haben diese These wiederholt abgewandelt, Sie haben sie sehr unmißverständlich in der Alpbacher Rede zum Ausdruck gebracht, und man hat — hier greife ich auf die jüngst erschienene Untersuchung des Instituts für Empirische Sozialforschung Gesellschaft m. b. H., das ist das IFES-Institut, Herr Direktor Blecha, „Forschungsbewußtsein in Österreich“ zurück — diese gesellschaftspolitische Relevanz der Forschung ganz deutlich herausgearbeitet.

Darüber gibt es gar keine Debatte. (Abg. Blecha: Das steht sogar im OECD-Bericht drinnen!) Ja, bittel! Aber diese Forschungspolitik ist nun nicht nur eine Gesellschaftspolitik an und für sich, sondern eine sozialdemokratische oder sozialistische Gesellschaftspolitik, in deren Dienst Sie die Forschungspolitik stellen. Das ist meine Behauptung.

Hier greife ich wiederum auf den sehr interessanten Aufsatz, den Herr Präsident Benya in

der Zeitschrift „Die Republik“ dargestellt hat. Es ist dies ein Aufsatz, der in den Punkten über die Position des Parlamentarismus von Herrn Minister Kirchschräger vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik wiederholt wurde, wonach man der Opposition das Recht gibt, ihre Bedenken zum Ausdruck zu bringen.

Wenn man nun erkennt, daß die Forschungspolitik ein so eminentes Anliegen der sozialistischen Regierung ist, so werden Sie verstehen, daß man das besondere Augenmerk eben gerade auf diesen Schwerpunkt Ihrer Politik legen müssen.

Der Forschungsbetrieb wickelt sich in Österreich auf zwei Ebenen ab: auf der einen Seite ist es die Universität, auf der anderen Seite sind es die außeruniversitären Einrichtungen.

Ich möchte an Hand der Schrift, die vom IFES-Institut herausgegeben worden ist und der ich sehr viele Bedenken entgegensetzen möchte, hervorheben, daß auf Seite 21 das Problem der Forschung an Hochschulen herausgestellt wird. Das stellen Sie nach meiner Behauptung und These so in den Raum, ohne daß es so ohne weiteres erwiesen ist. Die Hochschulen und Universitäten werden allerdings eher als faktische, denn als ideale Zentren der Forschung gesehen — in den Naturwissenschaften fast genauso wie in den Geisteswissenschaften —, die Forschungseffizienz der Hochschulen wird hingegen stark angezweifelt, insbesondere in den Naturwissenschaften, wo man der betrieblichen und außeruniversitären Forschung weit mehr Wirksamkeit zubilligt. Das ist eine Behauptung, die Sie aus diesen Zahlen, die hier zu finden sind, ziehen.

Ich ziehe also daraus den Schluß, daß die Gesellschaftspolitik der sozialistischen Regierung den Forschungsbetrieb an den Universitäten eher geringgeschätzt, hingegen die außeruniversitäre Forschung als besonders gestaltungswürdig ansieht.

Ich möchte — weil ich hier Ihre Bedenken höre — gleich sagen, daß Hochschulaufwand nicht identisch ist mit dem Forschungsaufwand an den Hochschulen. Hierüber darf man sich keiner Täuschung hingeben.

Nun steht der außeruniversitäre Forschungsbereich im Mittelpunkt der eigentlichen Forschungspolitik. Ich werde versuchen, Ihnen das so darzustellen, daß ich glaubwürdig erscheine.

Wir haben Berichte über die Frage der Verwendung der Mittel in Bezug auf die Forschung, wir haben Berichte nach dem § 24 Abs. 3 des Forschungsförderungsgesetzes, und zwar die Berichte des Forschungsförderungs-

8690

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 6. Dezember 1973

Dr. Ermacora

fonds an das Bundesministerium selbst. Wir haben die Broschüre, die aus Ihrem Ministerium kommt und die sich mit den Forschungsfinanzierungsaktionen befaßt. Wir haben Berichte des Forschungsfonds der gewerblichen Wirtschaft. Wir haben Berichte der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft. Wir haben Berichte der Akademie der Wissenschaften. Wir haben aber keine Berichte des IFES-Instituts; zumindest ist mir ein solcher Bericht noch nicht unter die Augen gekommen. Es wäre doch sehr interessant, auch solche Berichte zu erhalten, da besonders Ihr Institut, Herr Blecha, doch erhebliche Aufträge erhalten hat. Wir haben auch keine Berichte des sogenannten Ford-Instituts. Auch dieses bekommt, wie wir ja im Budgetausschuß gehört haben, erhebliche Aufträge.

Es werden also erhebliche Gelder ausgeschüttet. Wir bekommen darüber Berichte, aber nicht immer Berichte von jenen Instituten, die gesellschaftspolitisch und parteipolitisch für Sie besonders interessant sind.

In diesem Zusammenhang darf ich zwei politische Probleme aufwerfen. Da ist einmal das Problem der Forschungsaufträge. Frau Bundesminister! Schon im letzten Jahr haben wir hier die Probleme behandelt. Ich darf wiederum auf die sehr interessante Quelle, IFES-Institut, Seite 36: „Forschungsbewußtsein in Österreich“, verweisen. Da ist eine für mich ungemein interessante Feststellung, die man über die Forschungsaufträge in dieser Klarheit noch nicht bekommen konnte:

„Der Forschungsaufwand muß aus irgendwelchen Quellen fließen. Hiebei kommen prinzipiell drei Verfahren in Frage:

Subventionierung der Forschung — ohne direkte Beeinflussung der wissenschaftlichen Arbeit.“ — Bitte, diesen Satz „ohne ... Beeinflussung der wissenschaftlichen Arbeit“ deute ich in einem Umkehrschluß so, daß es andere wissenschaftliche Arbeiten geben kann, die unter Beeinflussung stehen. Unter welcher Beeinflussung? Ist das die Beeinflussung des Ministeriums, ist das die Beeinflussung irgendwelcher Gremien? Ich weiß es nicht.

Und dann sprechen Sie von der „Auftragsforschung, verbunden mit Förderung von öffentlicher Hand.

Keine Förderung: Rein kommerziell finanzierte Forschung.“

Also diese drei Arten der Forschung sind hier anerkannt, und in diesen drei Arten der Forschung liegt das politische Problem.

Herr Dr. Fischer hat mir früher gesagt: Substanziieren Sie doch das irgendwie politisch. — Jetzt subanziiere ich es. In dieser

Vorstellung von der Subventionierung der Forschung, die unter einer direkten Beeinflussung — ich weiß nicht, ob des Staates, einer politischen Partei oder einer Gesellschaft; das ist gleichgültig — stehen kann, liegt das politische Problem. Wenn Sie nun soundso viele Millionen Schilling als Forschungsvergaben ausschütten, so ist mit diesen vielen Millionen Schilling das politische Problem verknüpft. Wenn hier solche Unklarheit besteht, wie sie tatsächlich besteht — wir bekommen gar keine Berichte von den politisch interessanten Instituten, Frau Bundesminister —, dann werden Sie verstehen, daß man auf diese Punkte besonders aufmerksam machen muß und daß von diesen Punkten her eine politische Frage ausgeht, wobei es sicherlich zur differenzierten Oppositionspolitik gehört, daß sie aufgeworfen wird.

Das zweite Problem. Es gibt eine Fülle von außeruniversitären Forschungseinrichtungen, brav und bieder arbeitend, emsig arbeitend oder nicht brav arbeitend. In diesem Kranz von Forschungseinrichtungen, die nach meiner Meinung, wenn sie sich erhalten können, geradezu der Ausdruck des freien Staates sind, gibt es welche, in die verpackt Ausbildungsstätten Ihrer Eliten stehen.

Das ist eine politische Behauptung, die ich aufstelle. Ich könnte Ihnen Namen nennen. Die Frau Bundesminister hat im Budgetausschuß etwas verärgert noch am Ende der Diskussion, als ich sie gefragt habe: Wer arbeitet denn dort mit?, geantwortet: Es sind junge Herren, die dort mitarbeiten! Die Frau Bundesminister hat dann etwas vorwurfsvoll gesagt: Jetzt will er gar das auch noch wissen! Es sind junge Herren!

Frau Bundesminister! Es sind keine Massen, die Sie dort ausbilden. Es sind kleine Kader, die für politische Aktionen — ich würde durchaus sagen: für politische Staatsaktionen — ausgebildet werden. Ich kenne eine ganze Reihe junger Herren, die diese Funktionen ausüben. Dieses Faktum wird in einem Kunterbunt der Aufträge und in einer Unüberschaubarkeit dieser Problematik verborgen.

Sie werden mir das natürlich nicht zugeben, aber ich könnte Ihnen an Hand einer ganz genauen Skizze dieser Fragen dieses Problem herausstellen. Das, finde ich, ist die zweite wesentlich politische Frage, die mit dem Problem der Forschungspolitik zusammenhängt.

Dann kommt noch ein drittes hinzu: Beim ganzen Forschungsbetrieb mangelt es an Koordination und Kooperation. Frau Bundesminister! Ich habe das im letzten Jahr ebenfalls zu Ihrem Mißfallen geäußert. Aber ich bin in der Zwischenzeit nicht ganz allein mit dieser Problematik. Es existiert eine von Ihnen her-

Dr. Ermacora

ausgegebene Schrift — interessant ist, daß Sie überall ein schönes Vorwort schreiben, Frau Bundesminister, und Ihr Bild anbringen; ich habe nichts dagegen und will nur hervorheben, daß Sie das kennen mußten —, in der Maßnahmen zur Kooperation und Koordination in der Forschung, also genau dieses Problem, behandelt werden, die hier im vorigen Jahr von der Oppositionspartei vorgetragen wurden. Ich verweise auf die Seite 20, wo die Arbeitsgruppe empfiehlt, daß die „Auftragsforschung auf ministerieller Ebene besser zu koordinieren“ sei, daß die „Koordinationsfunktion“ für die Forschungsförderung „zu voller Wirksamkeit zu bringen“ sei, daß man „sich stärker des Wissenschaftsforums bedienen“ sollte, daß dieses „Wissenschaftsforum“ ein konkretes „Verfahren“ annehmen sollte und daß man „steuerliche Begünstigungen zur Forschungsfinanzierung“ vornehmen sollte.

Ich möchte weiter auf Seite 25 verweisen, wo über die Koordination innerhalb der Hochschulen geredet wird, und möchte schließlich auf Seite 28 hinweisen, wonach die eingehende Diskussion zu dem Schluß geführt hat, daß die „entscheidende Voraussetzung einer Koordination“ bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen „fehlt“.

Frau Bundesminister! Das ist genau das, was ich im Vorjahr unter Protest der etwas erregten Regierungsfraktion ausgeführt habe. Das wird jetzt in diesem Papier bestätigt, das Sie, mit Ihrem Vorwort und Ihrem Bild versehen, unterzeichnet haben.

Hier taucht nun ein weiteres Problem auf, das bisher noch nicht politisch in Erscheinung getreten ist. Die Hauptfrage ist nun, nachdem man koordiniert und kooperiert: Welches Forschungsvorhaben ist Ihnen wichtig? Da sehe ich wieder, Herr Abgeordneter Blecha — verzeihen Sie, daß ich Sie im Zusammenhang mit dem Forschungsbewußtsein zitiere —, auf Seite 36 das Problem von der „Subventionierung der Forschung“ und die Frage der Wichtigkeit der Forschungsvorhaben. Das ist ein entscheidendes Problem, Frau Bundesminister, und zwar ist es ein Problem, das dorthin führt, worüber Sie in Alpbach das erste Mal eine hochinteressante Aussage getroffen haben (*Widerspruch der Frau Bundesminister Dr. Hertha Firnberg*) — bitte, ich revidiere diese Bemerkung und sage: in diesem Zusammenhang zum ersten Mal diese interessante Ausführung gemacht haben.

Frau Bundesminister! Sie wissen, daß ich Sie persönlich besonders schätze, als Politikerin und als Personalchefin — wenn Sie so wollen —, weil ich ja Ihrem Personalstand zugehöre. Bitte mir also das zu vergeben.

Ich möchte aber doch deutlich herausheben: Die Forschungsaufträge, Frau Bundesminister, haben Sie im Griff, im politischen Griff. Was Sie aber nicht im politischen Griff haben, Frau Bundesminister, das sind die Forschungsvorhaben und Forschungsgelder, die Sie im Wege des Wissenschaftsförderungsgesetzes vergeben haben. Und hier liegt das politische Problem, Frau Bundesminister. Ich verstehe in diesem Sinn Ihre Alpbacher Erklärung, die ich vielleicht noch einmal zum besten geben darf.

Sie sagten in Alpbach: „Aber wir werden“ — den Demokratisierungsprozeß der Forschung — „in Angriff nehmen müssen.“ „Das ‚Universitäts-Organisationsgesetz‘ wird durch ein ‚Forschungsorganisationsgesetz‘ ergänzt werden müssen, das der wachsenden Bedeutung der außeruniversitären Forschung Rechnung trägt, die Struktur der außeruniversitären wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen demokratisiert und“ — jetzt kommt der wichtige Satz — „die Gremien der aus öffentlichen Mitteln finanzierten wissenschaftlichen Förderungseinrichtungen einer demokratischen Öffnung zuführt.“

Frau Bundesminister! Ich hatte Sie im Ausschuß gefragt, wie Sie das verstehen. Sie sagten dann nach meiner Notiz — bitte, ich gebe zu, daß Sie sagen könnten, ich habe das falsch mitstenographiert —: Eine stärkere Einbindung in die Gesamtprobleme der Gesellschaft, ihre innere Demokratisierung — das wird nicht schwierig sein — und Demokratisierung nach außen. Die großen wichtigen Kräfte sollen rechtzeitig informiert werden. Dies ist notwendig, weil Forschung so erhebliche Mittel erfordert.

Frau Bundesminister! Damit bin ich beim dritten wesentlich politischen Punkt; ich hoffe, ich habe ihn differenziert. Es geht mir nur darum, wie Sie diese Struktur demokratisieren wollen. Ich darf darauf aufmerksam machen — Sie wissen ja —, daß im Anhang zu den Berichten des Fonds die Organe aufgezählt sind: ein Präsidium; eine Delegiertenversammlung, vertreten aus allen Bereichen der Hochschule: Akademie der Wissenschaften, Bundesministerien, Vertreter des Forschungsförderungsfonds; dann das Kuratorium mit einem Präsidium, Hochschulvertreter, Vertreter der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Bundesministerien, Forschungsförderung der gewerblichen Wirtschaft und des Sekretariats des Fonds.

Wir haben hier also eine breite Streuung. Es würde mich freuen, Frau Bundesminister, wenn diese breite Streuung auch im Bundesministerium bei der Koordination, und zwar einer organisierten Koordination der For-

Dr. Ermacora

schungsaufträge vorherrschen würde. Ich würde mich freuen, wenn wir ein solches Kollegialorgan an Ihrer Seite hätten.

Das sind die zwei wesentlichen Probleme, die ich in bezug auf diese Differenzierung herausstellen möchte.

Ich möchte nur noch anfügen, daß es darüber hinaus die Mittel und Anlagen gibt, und möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie im Ausschuß nach meiner Meinung keine voll befriedigenden Antworten hinsichtlich der Bausituation gegeben haben. Die Antworten, die Sie gegeben haben, werden von Universitätskreisen in Zweifel gestellt.

Frau Bundesminister! Ich glaube, durch diesen Beitrag, von dem ich annehme, daß er keineswegs polemisch gewesen ist, Ihnen differenziert genug auf einem Sektor deutlich gemacht zu haben, warum die Oppositionspartei dieses Wissenschaftsbudget ablehnen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Stix. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Zustimmung, die die freiheitliche Fraktion diesem Kapitel des Budgets 1974 gibt, wurde uns nicht zuletzt deswegen leichter gemacht, weil der Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Scrinzi und Genossen zur Beratungsgruppe XIV im Ausschuß angenommen wurde. Dieser Antrag brachte eine Erhöhung der finanzgesetzlichen Ansätze um 30 Millionen Schilling.

Wir begrüßen das, weil darin besonders zwei Schwerpunkte gesetzt wurden. Der eine Schwerpunkt zielt auf die Errichtung von mehr Studentenheimen. Es wurden zusätzliche 6 Millionen Schilling dafür angesetzt. Wir glauben nämlich, daß die Förderung der Erbauung von Studentenheimen die beste Art der Studienförderung ist, die überhaupt denkbar erscheint.

Die übrigen Positionen beziehen sich auf einen Bereich, den ich als eine Art Schutz unserer geistigen Umwelt bezeichnen möchte. Es geht um die Aufstockung der Finanzansätze für die Bibliotheken, für die Museen und für den Denkmalschutz.

Gerade in unserer heutigen Zeit, die eine große geistige Umbruchszeit ist — daran zweifelt wohl niemand mehr —, ist es wichtig, mehr zu tun für Bewahrungswertes, um auf diese Weise eine Umwelt zu erhalten, in der Geist und Seele Anhaltspunkte finden.

Ich möchte in meinen weiteren Ausführungen einige Anmerkungen zur Forschungspolitik machen. Da ist zunächst eine Frage zu stellen. Sie bezieht sich auf den

sogenannten Forschungsblock. Es gibt in der österreichischen Forschungskonzeption eine sehr interessante Anregung, die ich mit der Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitiere. Es heißt darin auf Seite 45/46 folgendermaßen:

„Ausgaben des Bundes für Forschung und Entwicklung verteilen sich auf fast alle Ressorts. Sie werden nach Beschlußfassung über das jeweilige Bundesfinanzierungsgesetz nachträglich im sogenannten ‚Bundesbudget Forschung‘ erfaßt.“

„Um die politischen Kräfte auch jährlich mit den notwendigen Budgetausgaben für Forschung und Entwicklung zu konfrontieren, wird vorgeschlagen, nach französischem Vorbild bereits in der Phase der Budgetvorbereitung jene Budgetansätze, die ausschließlich der Forschung und Entwicklung dienen, als ‚Forschungsblock‘ zusammenzufassen und in der Schlußphase der Budgetverhandlungen auf Regierungsebene nochmals zu behandeln. Diese Vorgangsweise würde selbst wieder ein wichtiges Instrument für die Forschungskoordination darstellen.“

Sehr geehrte Frau Bundesminister! Meine Frage zielt nun darauf ab, inwieweit dieser Anregung aus dem Forschungskonzept bereits Rechnung getragen wurde. Mir ist nicht bekannt, daß der Forschungsblock in der Entstehungsphase unter maßgeblichem Einfluß Ihres Ministeriums zustande kommt. Es ist mir nicht bekannt — oder vielleicht täusche ich mich —, ob der Forschungsblock als Ganzes Gegenstand der Beratungen um das Budget in den Ausschüssen bildet; möglicherweise geschieht derartiges auf Beamtenebene. Ich hätte nun sehr gerne gehört, inwieweit diese Anregung aus der Forschungskonzeption verwirklicht wurde. Wir halten diese Anregung für nützlich, und wir möchten sie gerne verwirklicht sehen.

Im übrigen ist ein wesentliches Element unserer freiheitlichen Zustimmung zum Kapitel 14 der Umstand, daß tatsächlich Schwerpunkte in Richtung Wissenschaft und Forschung gesetzt wurden. Ich möchte mich nicht verbreitern, sondern nur zur Untermauerung einige Zahlen noch einmal wiederholen, die schon genannt wurden. Im Kapitel 14 sind die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung von 3,5 Milliarden Schilling im Jahre 1973 auf 4,3 Milliarden im Jahre 1974 erhöht worden, auf die Förderung von Wissenschaft und Forschung entfiel 1973 1 Milliarde, jetzt sind es 1,4 Milliarden. Der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung wurde von 120,6 auf rund 127,4 Millionen aufgestockt, und schließlich erhielt auch — wiederum nur als Beispiel

Dr. Stix

erwähnt — der Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft rund 165,2 statt 154,4 Millionen im Vorjahr.

Daß es dennoch eine ganz beträchtliche Spanne zwischen Soll und Haben, zwischen dem, was ist, und dem, was wünschenswert erscheint, gibt, beweist die Tatsache, daß die Anforderungen für den Fonds 500 Millionen Schilling betragen. Von dieser Traumzahl sind wir weit, weit entfernt.

Wie auch ganz allgemein festgestellt werden muß, liegt Österreich im internationalen Vergleich nach wie vor im Hintertreffen. Wir haben zwar in den letzten Jahren ständig jenen Anteil am Bruttonationalprodukt vergrößert, der für Forschung aufgewendet wird. 1971 betrug dieser Prozentsatz 0,67, 1972 0,74, 1973 0,81; für 1974 werden wir ihn erst später kennen. Aber wenn man sich überlegt, daß für kleinere Industrieländer ein Satz von 1,5 Prozent normal ist, wenn man sich weiters überlegt, daß wir diesen Satz ja auch anstreben, aber erst für den Beginn der achtziger Jahre, dann müssen wir leider eingestehen, daß noch erhebliche Anstrengungen erforderlich sind, bis wir jenen durchschnittlichen Standard entwickelter kleiner Industriestaaten erreicht haben werden.

Was wir für die Forschung brauchen, ist zweierlei. Wir brauchen bessere materielle Voraussetzungen, aber auch bessere immaterielle Voraussetzungen. Zu den immateriellen Voraussetzungen gehört vor allem eine Stärkung des Forschungsbewußtseins. Die schon hier zitierte IFES-Studie gibt beachtliche Hinweise.

Mir scheint aber für das Forschungsbewußtsein einer Gesellschaft am meisten die Bereitschaft auszusagen, die in dieser Gesellschaft vorhanden ist, dafür Geld auszugeben; die Bereitschaft, Geld auszugeben, als Gradmesser der Wertschätzung, die die Forschung realistischerweise genießt. Und da ist es bestürzend, daß auf Grund dieser Studie ermittelt wurde, daß immerhin nur 51 Prozent aller Österreicher verstärkte Aufwendungen der öffentlichen Hand für die Forschungsförderung befürworten. Es fehlt also noch auch an den immateriellen Voraussetzungen.

Es kann gar nicht genügend Öffentlichkeitsarbeit, um es mit einem Slogan zu sagen, Public Relations geleistet werden, um das Forschungsbewußtsein in unserem Land zu stärken, wissen doch wir alle, daß die Forschung das in der modernen Zivilisation schlechterdings wichtigste Element für Produktivität ist und daß die Forschung für unsere Selbstbehauptung im internationalen Wettbewerb auf allen Ebenen eine ausschlaggebende Rolle spielt, vom Lebensstandard bis

zur Landesverteidigung, von der Gesundheit des einzelnen Menschen bis zur Erhaltung unserer Umwelt.

Das zweite Erfordernis ist ein materielles: wesentlich gesteigerte Forschungsausgaben. Diese sind auf der einen Seite unabweisbar, auf der anderen Seite aber werfen sie Probleme auf, über die ich jetzt einiges sagen möchte.

Das wichtigste Problem besteht darin, daß dort, wo große Geldmittel disponiert werden, auch große Fehlleitungen möglich sind. Ich rede gar nicht von beabsichtigten Fehlleitungen, sondern von Fehlleitungen, die erstens aus mangelnder Koordination und die zweitens aus einem Überwuchern eines gewissen bürokratischen Apparates erfolgen.

Ich darf hier ein Zitat aus dem OECD-Prüfungsbericht bringen, das meines Erachtens sehr treffend die hier genannte Problematik aufzeigt.

Ich zitiere: „Es ist gemeinhin eine Schwäche aller zur Verwirklichung umfassender gesellschaftlicher Zielsetzungen errichteten Institutionen, daß sie die Tendenz entwickeln, viel komplizierter zu werden und viel mehr Personal an sich zu ziehen, als notwendig wäre. Wenn keine Kontrollmechanismen eingebaut werden, kann es vorkommen, daß die schöpferischen Wissenschaftler und Ingenieure, die Leute, die Neues hervorbringen, die Manager und die Spezialisten für die Produktion ... einen zu kleinen Teil des gesamten Betriebes und seiner Kosten ausmachen, während der administrative Apparat das übrige verschlingt. Angesichts dieser Sachlage müssen die Forschungs- und Entwicklungsausgaben eines Landes ständig kontrolliert werden.“

Um eine solche Kontrolle zu gewährleisten, ist eine gut durchdachte Organisation in der Forschung notwendig. Daran fehlt es in Österreich.

Es hat schon mein Herr Vorredner einiges darüber gesagt, und ich kann mich jetzt entgegen meiner ursprünglichen Absicht in dieser Frage etwas kürzer halten. Es läuft alles darauf hinaus, daß in diesem Zusammenhang die wichtigste Forderung ist, ein modernes Forschungsorganisationsgesetz zu schaffen. Gegenwärtig ist die Struktur der gesamten österreichischen Forschung viel zu komplex, läßt sich kaum vergleichen. Die Koordination ist lückenhaft.

Ich verkenne keineswegs die Bedeutung der geschaffenen Institutionen, wie Wissenschaftsforum, Forschungsrat und das interministerielle Forschungskoordinationskomitee. Aber wir wissen doch auch, wie wenig das

Dr. Stix

Wissenschaftsforum zusammentritt und wie wenig konkret die Arbeit des Wissenschaftsforums ist. Wir wissen ferner, daß im großen Bereich der außeruniversitären Forschung die Koordination praktisch überhaupt nicht vorhanden ist. Es gibt keine Koordination mit den Gebietskörperschaften, bei jenen Forschungsaufwendungen und Forschungsförderungsmaßnahmen, die die Bundesländer oder große Gemeinden, wie vor allem die Städte, betreiben.

Ein weiteres Erschwernis ist die unterschiedliche Rechtskonstruktion der verschiedenen Forschungseinrichtungen und Forschungsträger. Auch hier ist die Vergleichbarkeit sehr schwierig.

Als letzter gravierender Punkt ist die nicht vergleichbare Personalstruktur zu erwähnen. Es wird unvermeidlich sein, auch für den Bereich der außeruniversitären Forschung ein eigenes Personalgesetz zu schaffen, um die Austauschbarkeit des wissenschaftlichen Personals zu erleichtern, um mehr Anreize zu schaffen und um gesicherte, prospektive Laufbahnen zu ermöglichen.

Erlauben Sie mir, an diesem Punkt meiner Ausführungen etwas vom Thema abzuweichen und auf die Aufgabe der Demokratisierung zu sprechen zu kommen, von der die Frau Bundesminister auch in Alpbach gesprochen hat. Demokratisierung der Wissenschaft ist ein Schlagwort. Es wird durchaus verschieden interpretiert, von ganz links bis rechts.

Ich meine, daß, ganz gleichgültig, welchen Standpunkt zur Demokratisierung der Wissenschaft man einnimmt, zwei Elemente in dieser Forderung enthalten sind, die auf jeden Fall Gültigkeit besitzen. Das eine ist das Element der inneren Demokratisierung, worunter ich nur verstehen kann, daß man dem akademischen Mittelbau mehr Möglichkeit gibt, an den Forschungsarbeiten, an der Gestaltung der Forschungsarbeiten mitzuwirken.

Das zweite Element ist die Demokratisierung von außen, und das hängt mit der Kontrolle der umfangreichen Mittel zusammen, die die öffentliche Hand in die Forschung steckt.

Ich erinnere noch einmal an das Zitat aus dem OECD-Prüfungsbericht: Die verstärkte Kontrolle der wissenschaftlichen Tätigkeit ist in den Bereichen notwendig, wo im großem Umfang öffentliche Mittel aufgewendet werden. — Um das alles zu gewährleisten, ist noch sehr viel Arbeit zu leisten, und ich wiederhole daher noch einmal die schon in den Raum gestellte Forderung nach einem eigenen Forschungsorganisationsgesetz.

Nun möchte ich auf einen Schwerpunkt kommen, einen Schwerpunkt, den auch die österreichische Forschungskonzeption nennt: die sogenannte wirtschaftsbezogene Forschung und Entwicklung. Und ich darf dazu wiederum aus der österreichischen Forschungskonzeption ein kurzes Zitat, Seiten 27 und 28, bringen. Dort steht:

„Die wirtschaftsorientierte Forschung leistet einen unentbehrlichen Beitrag zu einem funktionsfähigen Innovationssystem, das auf die Hervorbringung neuer, besserer und billiger Werkstoffe, Energiequellen, Produkte“ und so weiter „orientiert ist ...“

Es sind hier im Rahmen der wirtschaftsbezogenen Forschung ausdrücklich auch die Energiequellen genannt. Auf diese möchte ich jetzt eingehen.

Es ist bekannt, daß es beachtliche Forschungsanstrengungen auf dem Gebiet der konventionellen Energiequellen gibt. Das gilt für Öl, das gilt für Erdgas, das gilt neuerdings in verstärktem Maße — glücklicherweise in verstärktem Maße — wieder für unsere einheimische Kohle. Aber es geschieht so gut wie gar nichts auf dem Gebiet unkonventioneller Energiequellen, wenn ich jetzt einmal den Atomsektor auslasse. Auf dem Gebiet unkonventioneller Energiequellen, etwa Geothermie oder Sonnenenergie, geschieht in Österreich nichts. Angesichts der Energiekrise, die wir mitmachen und von der ich glaube, daß sie keine vorübergehende Erscheinung ist, sondern daß sie uns in den nächsten Jahren in unterschiedlicher Intensität immer wieder begleiten wird, angesichts dieser Energiekrise erhebe ich die Forderung, daß auch in Österreich begonnen wird, hinsichtlich unkonventioneller Energiequellen die Forschungsarbeit aufzunehmen.

Lassen Sie mich aus der UNESCO-Studie von diesem Jahr über Erdwärme, über Geothermie nur einen Satz zitieren. Er lautet: Die wirtschaftliche Nutzung der geothermischen Energie ist nicht länger bloß ein Traum, sondern eine feststehende Tatsache. — So in der UNESCO-Studie zu lesen.

Wenn wir einen Blick gar nicht ins ferne Ausland, sondern in unsere Nachbarschaft nach Italien tun, so sehen wir dort, daß etwa in Larderello heute bereits eine Leistung von 330 Megawatt, also 330.000 Kilowatt, an elektrischer Energieerzeugung in geothermischen Anlagen erbracht wird.

Wir wissen, daß andere Länder auf diesem Gebiet sehr viel tun. Nur in Österreich geschieht nichts. Es gibt in Österreich keine energiewirtschaftliche Nutzung der Erdwärme, aber auch nicht einmal eine Forschung auf diesem

Dr. Stix

Gebiet. Dabei haben wir Gebiete mit relativ rezentem Vulkanismus entlang der Südostabdachung der Alpen, Oststeiermark, mittleres und südliches Burgenland und Verwerfungszonen, die unter anderem durch das Vorhandensein von Thermalquellen ausgewiesen sind. Das sind theoretische Möglichkeiten, die praktisch bisher außer acht gelassen wurden.

Um die Möglichkeiten einer praktischen Nutzung von geothermischer Energie in Österreich feststellen zu können, sind sowohl geologische wie technologische Forschungsarbeiten in großem Ausmaß nötig. Dazu gehört eine erhebliche personelle Verstärkung der Geologischen Bundesanstalt und vor allem auch ihre Beauftragung mit der genauen Aufnahme geothermischer Hoffungsgebiete in Österreich.

Aber auch die Sonnenenergie ist ein Kapitel, das in Österreich größtenteils vernachlässigt wird, obwohl in aller Welt und speziell in den westlichen Industrieländern neuerdings große Anstrengungen auf diesem Gebiet unternommen werden.

Ich möchte nur ein Mißgeschick, das eigentlich für die österreichische Wissenschaftspolitik blamabel ist, erwähnen. Bekanntlich fand im Juli dieses Jahres in Paris der große UNESCO-Kongreß über Sonnenenergie statt, ein UNESCO-Kongreß unter der Patronanz der französischen Regierung. Daran haben insgesamt 800 Wissenschaftler aus allen Teilen der Welt teilgenommen. Nur Österreich war durch keinen einzigen wissenschaftlichen Vertreter auf dieser UNESCO-Tagung in Paris präsent.

Ich bin darüber deswegen genau informiert, weil im Zuge der Erstellung des freiheitlichen Energiekonzeptes, das bereits als Entwurf vorliegt, die Freiheitliche Partei auf eigene Kosten einen Ingenieur dort hingeschickt hat, damit wenigstens ein Beobachter für Österreich bei dieser ungeheuer interessanten und aufschlußreichen Tagung anwesend ist.

Ich möchte, um die Bedeutung der Sonnenenergie als einer vor der Tür stehenden Energiequelle zu belegen, nur darauf hinweisen, daß in den USA 1972 auf Grund der Energiebotschaft des Präsidenten Nixon an den US-Kongreß ein eigener Arbeitskreis für Sonnenenergie ins Leben gerufen wurde. Dieser hat inzwischen umfangreiche Empfehlungen vorgelegt. Und eine der Schlußfolgerungen lautet, daß es im Jahr 2000 möglich sein wird, 20 Prozent des dann zu erwartenden Energiebedarfes der USA aus Sonnenenergie zu decken. Diese 20 Prozent des Jahres 2000 sind genau soviel wie der gesamte Energiebedarf der USA des Jahres 1970. In den kommenden

15 Jahren sollen 3 Milliarden Dollar in die Erforschung der Solartechnologie investiert werden.

Angesichts dieser weltweiten Entwicklung bliebe es mehr als unverständlich, bliebe es eine Sünde sondergleichen, wenn Österreich auf diesem Gebiet so untätig bleibt, wie es derzeit der Fall ist. Das Mindeste, was zu geschehen hätte, wäre eine Beauftragung der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, sich mit den Grundlagen der Sonnenenergie zu beschäftigen. Darüber hinaus ist aber auch eine umfangreiche technologische Forschung erforderlich.

Ich möchte daher abschließend noch einmal den Appell an Sie, sehr geehrte Frau Bundesminister, richten, dafür Sorge zu tragen, daß auch hinsichtlich der Nutzung unkonventioneller Energiequellen endlich mit der einschlägigen Forschungsarbeit in Österreich begonnen wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Bauer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Bauer (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte bei meinem Vorredner anknüpfen, der sich mit der Sonnenenergie befaßt hat. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)* Ich möchte, seinen Satz darüber abwandelnd, sagen: Wenn man von der Sonne spricht, darf man sich in Österreich nicht mit der baulichen Situation an den Hohen Schulen befassen, so wie ich das jetzt leider zu tun habe. Denn die Situation an den hohen Schulen Österreichs, insbesondere an den Wiener Hochschulen, ist alles andere als erfreulich. Lassen Sie mich besonders mit der Situation in Wien befassen.

Wenn man weiß, daß sich allein an der Wiener Universität in den letzten Jahren geradezu eine Hörerexplosion abgezeichnet hat und wenn man dem Hochschulbericht 1972 Glauben schenkt — und es besteht überhaupt kein Zweifel daran, daß er stimmt und daß die Zahlenangaben in Ordnung und korrekt sind —, so waren im Wintersemester nicht weniger als über 25.000 Studierende allein an der Universität Wien inskribiert. Daß das natürlich ein Mitschbringen von eminentem Raumbedarf und von Raumproblemen bedeutet, liegt auf der Hand, wobei die wohl brennendsten Probleme an der Universität Wien, an der Hochschule für Welthandel und — mein Freund Dr. Kaufmann hat darauf schon dankenswerterweise hingewiesen — an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst vorliegen.

Ganz kurz zur Universität Wien. Dort ist die Raumnot bereits so stark ausgeprägt, daß das Verhältnis inskribierte Hörer aller Lehr-

Dr. Bauer

veranstaltungen — wobei man darunter Vorlesungen verstehen kann — zu Hörsaalplätzen für diese Vorlesungen rund 2 : 1 ist, das heißt, daß eigentlich nur die Hälfte aller Studierenden überhaupt einen Vorlesungsplatz bekommen kann. Wenn man, so wie einige von uns, aber auch von Ihnen, meine Damen und Herren, Kinder als Studierende an den Hohen Schulen hat, so weiß man um diese Malaise auch aus eigener Erfahrung bestens Bescheid, kann sich allerdings mit dieser Situation nicht befreunden und schon gar nicht abfinden.

Ich möchte nicht ein privates Gespräch, das ich vor einigen Wochen geführt habe, hier zum Gegenstand dieser parlamentarischen Debatte machen, ich möchte nur darauf verweisen, daß jemand, der es wissen muß und den ich besonders schätze, mir einmal in einem Gespräch sehr betrübt zum Ausdruck gebracht hat: Eigentlich wäre es notwendig — wobei an ein bestimmtes Institut gedacht war, aber diese Meinung kann man auf viele Institute umlegen —, was die Universität Wien betrifft, da und dort feuer- und baupolizeiliche Sperren vorzunehmen. So ernst ist die Lage im Bereich der Wiener Universität.

Diese unmögliche Raumsituation ist natürlich die Ursache auch zahlreicher Studienverzögerungen. Das liegt nicht nur bei den Studierenden, von denen vielleicht der eine oder andere, der die Dinge nicht genau kennt, meint, die Studierenden lassen sich Zeit. Nein, sie sind gezwungen, das Studium zu verlängern, weil sie eben da und dort auf Grund der Raumsituation gar nicht zum Studium kommen.

Wenn hier manchmal durchgeklungen ist, es stünde die Gefahr eines Numerus clausus im Raum, so muß man leider sagen, es gibt ja schon so etwas wie einen De facto-Numerus clausus; denn die Studenten werden durch die Raumsituation ja fast aus den Hörsälen hinausgetrieben, wo kein Platz für sie ist, und müssen oft — das ist für bestimmte Studienrichtungen gerade Parlamentariern nicht gleichgültig und kann nicht gleichgültig sein — semesterlang auf Laborplätze warten.

Wenn man sich das vor Augen hält, dann ist es klar, daß man ein helles Ohr und Verständnis für die Wünsche und Forderungen nicht nur der Professoren, der Assistenten, sondern vor allem auch der studierenden Jugend hat. Sie versteht es einfach nicht und kann es nicht verstehen, daß in der jetzigen Situation — wenn ich den Schottenring 11, Frau Bundesminister, hier nennen darf, wo die philosophische Fakultät errichtet werden soll, die ja jetzt nicht sehr berühmt im Hauptgebäude untergebracht ist — noch Bauhütten auf diesem Grund stehen, daß man also nicht weiß, wann dort mit dem Bau begonnen wird.

Ähnlich ist die Situation auf der Heiligenstädter Lände. Ich habe mir vor einigen Tagen das Gelände selbst angesehen und habe gehofft, daß dort schon Baumaschinen rattern und Bauhütten stehen, denn wir haben ja seinerzeit gehört, nachdem die Entscheidung rund um das Zoologische Institut gefallen war — die Bevölkerung hat den Neubau dieses Institutes im Bereich des Sternwartegeländes abgelehnt —, daß die dafür zuständigen Behörden möglichst rasch möglichst aktiv werden und, nachdem die Entscheidung über den Ort, an dem der Neubau entstehen wird, gefallen war — das ist eben die Heiligenstädter Lände, ehemaliger Sportplatz — daß sich dort etwas rührt. Meine Damen und Herren! Es rührt sich überhaupt nichts! Es ist, mit Verlaub gesagt, eine Gsetten. Das müssen Sie sich einmal anschauen!

Und ähnlich ist die Situation ganz in der Nähe von hier. Man könnte direkt jeden einladen, sich dort einmal hinzubegeben und sich das anzuschauen: in der Helferstorfer Straße. In der Helferstorfer Straße stand ein uraltes Gebäude, das von einem österreichischen Gummikonzern als Bürogebäude verwendet wurde. Es ist dann in den Besitz, in das Eigentum der Republik gekommen und wurde demoliert. Selbstverständlich, es mußte weggerissen werden. Es sollte der Neubau für die Juristen hinkommen. Es ist auch eine Riesenbaugrube ausgehoben worden. Die Baugrube ist wunderschön mit starken Betonpfählen umzäunt, damit die umliegenden Gassen nicht in diese Baugrube hineinrutschen, und bis jetzt finden Sie außer zwei, drei Arbeitern, die dort gelegentlich offenbar herumirren — denn anders kann man das nicht bezeichnen —, nichts. Es tut sich also dort überhaupt nichts. Man hört, daß die Arbeiten aus Geldmangel eingestellt werden müssen. Wenn man das jetzt zu dem Wunsch der Bundesregierung, Milliardenbeträge für ein fragwürdiges UN-City-Projekt aufzuwenden, in Relation setzt, dann fragt man sich, wo hier die Setzung von Prioritäten bleibt, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber nicht nur bei den Juristen ist die Situation sehr angespannt, sondern auch bei den Medizinerinnen, die unter sehr schwierigen Umständen ihre Studien zu absolvieren haben. Wenn man an den immer wieder auch in den vergangenen Jahren angekündigten Ausbau der Universität denkt und wenn man in Erinnerung rufen darf, daß sich die Gründe des Allgemeinen Krankenhauses noch immer im Eigentum der Gemeinde Wien zu befinden scheinen — ich formuliere sehr vorsichtig, denn es laufen ja angeblich schon jahrelang Gespräche über Abtausch von Gründen und ähnliches —, dann fragt man sich: Wie wird

Dr. Bauer

die Erweiterung der Universität vor sich gehen? Stimmt das, daß es fix und fertige Planungen geben soll, die einen sehr tiefen Eingriff auch in die Struktur eines Bezirkes, den ich hier zu vertreten habe, bedeuten?

Meine Damen und Herren! Ich bedauere nur, daß Professor Dr. Gisel, der auch auf dem Alsergrund zu Hause ist, nicht hier ist, denn der könnte diese Dinge bestätigen. Ich hoffe nur, daß er dann mit mir gemeinsam die Auffassung vertritt, die ich dem Hause hier unterbreite. Wenn man weiß, daß ein Monsterprojekt vorliegen soll, das für die Bevölkerung dieses Gebietes Nachteile, nämlich Absiedlung bringt, dann kann man doch die Dinge nicht einfach unausgesprochen lassen, dann muß man sich als Mandatar dieses Bezirkes auch um die Interessen der Bevölkerung kümmern und sich fragen, wie das weitergehen wird, wobei man selbstverständlich Verständnis für die Belange der Professoren, für die Belange der Universität hat.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich das Gebiet des Allgemeinen Krankenhauses ansehen, finden Sie dort doch nur zwei echt schutzbedürftige kleine Territorien, wenn ich so sagen darf: Das eine ist der Erste Hof, und das zweite ist — man möge mir die folgende Bezeichnung jetzt nicht nachtragen; es heißt wirklich so — der „Narrenturm“. Rundherum finden Sie Gebäude, die mehrere 100 Jahre alt sind und weggerissen gehören. Sie werden aber jetzt noch, obwohl Pläne für den Ausbau der Universität auf diesem Gebiet vorzuliegen scheinen, von der Gemeinde Wien mit enormen Kosten adaptiert, damit man dort, solange das Allgemeine Krankenhaus noch nicht auf das neue Gelände übersiedeln kann, den Spitalsbetrieb und auch den Vorlesungsbetrieb für Studierende aufrechterhalten kann.

Man ist also äußerst interessiert daran, zu erfahren, wie es dort weitergehen wird. Mit Ausnahme von Ankündigungen, daß da und dort Pläne vorhanden sind, erfährt man konkret doch nicht allzu viel. Man ist — ich sage es noch einmal — auch im Interesse der Bevölkerung dieses Bezirkes besorgt.

Diese Besorgnis wird auch noch durch eine ganz merkwürdige Einstellung verstärkt, die Experten — ich weiß nicht, ob auch die Frau Bundesminister diese Auffassung vertritt — haben. Wir haben in diesem Bezirk einen einzigen Sportplatz, der im Augenblick der Jugend dieses Bezirkes nicht zur Verfügung steht, weil er für universitäre Zwecke verwendet wird. Wenn Sie dort vorbeigehen und hineinschauen, dann finden Sie, weil ja jetzt glücklicherweise schon draußen auf der Schmelz Sportstätten errichtet sind, in die der gesamte Sportbetrieb der Universität verlegt

wird, auf diesem Sportplatz, Frau Bundesminister, eigentlich nicht jene Auslastung, die ein solcher Sportplatz ohne Zweifel vertragen würde.

Würden wir diesen Sportplatz erhalten, dann hätte die gesamte Jugend des 9. Bezirkes einen Sportplatz und würde nicht weiß Gott wie weit bis zu einer Sportstätte mit der Straßenbahn fahren müssen, was ja für Kinder von sechs bis vierzehn Jahren wenig angenehm ist und den Eltern große Sorgen bringt.

Aber auch hier gilt: Die Dinge sind eben nicht so transparent, wie es der Herr Bundeskanzler da und dort immer wieder gern ankündigt, was Handlungen seiner Regierung betrifft.

Ein weiteres Problem: Hochschule für Welthandel. Die Hochschule platzt aus allen Nähten! Es gab ein Projekt — meine Damen und Herren, schmunzeln Sie jetzt nicht darüber; Sie werden sich fragen, woher ich das wieder habe, aber bitte reden Sie doch mit den betroffenen Leuten draußen im Bezirk —, Teile des Währinger Parks für Zwecke der Hochschule zu verbauen. Das ist einfach unfassbar in einer Zeit, in der auch Sie, meine Damen und Herren von der Linken dieses Hauses, immer mehr die Bedeutung von Grünflächen erkennen. Kollege Dr. Reinhart schüttelt den Kopf. Ich nehme an, daß er, der er jetzt nickt, nun auch die Bedeutung der Grünflächen erkennt.

Die Hochschule für Welthandel soll auf den Gründen des Franz-Josef-Bahnhofes erbaut werden. Es ist sicherlich notwendig, daß man für einen möglichst raschen Baubeginn sorgt. Wenn wir verlangen, daß der Bau — die Pläne sind vorhanden, und die entsprechenden Kommissionen, die die baupolizeiliche Genehmigung erteilen sollen, dürften nicht ad Kalendas Graecas angesetzt werden — sofort in Angriff genommen wird, dann möge uns da die linke Seite dieses Hauses nicht Lizitationspolitik unterstellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum letzten Punkt, zur Hochschule für Musik und darstellende Kunst. Freund Dr. Kaufmann, du hast das als Grazer Kulturpolitiker in dankenswerter Weise erwähnt, mir das ein bißchen vorweggenommen, aber ich möchte es hier wiederholen und ergänzen, weil ich die Detailangaben habe. Diese Hochschule ist derzeit über zahlreiche Gebäude in Wien zerstreut.

Etwas Ähnliches ist übrigens auch bei manchen Instituten der Universität der Fall, wobei mir die Bemühungen, Frau Bundesminister, die Sie hier in der letzten Zeit an den Tag gelegt haben, durchaus bekannt sind, ich schätze sie. Es ist ja einfach untragbar, auch

Dr. Bauer

vom Standpunkt einer vernünftigen Verwaltung, daß man um teures Geld Wohnungen anmietet — stellen Sie sich das vor: vom Versorgen dieser Wohnungen mit Telefon, vom Adaptieren angefangen bis zum Säubern, welche Probleme! —, statt irgendwo ein Gebäude zu kaufen, es niederzureißen, etwas Neues zu bauen und auf lange Sicht dort Stellen unterzubringen, die man jetzt irgendwo disloziert unterbringen muß. Denn diese Disloziertheit wirft doch unerhörte Probleme auf, nicht nur für die Studierenden, sondern auch für die Professoren und die gesamte Verwaltung.

Noch einmal ganz kurz zur Musikhochschule: Lothringer Straße, Seilerstätte, Johannesgasse, Metternichgasse, Schloß Schönbrunn und Penzinger Straße! Man wundert sich da, daß es überhaupt noch Musikstudenten in dieser Stadt gibt, von der man Gott sei Dank noch immer hört, daß sie in aller Welt den Ruf einer Musikstadt hat.

Ich bin überzeugt, daß mein Freund Professor Ermacora die Situation an der Universität Innsbruck erwähnt hätte, wenn er mehr Zeit gehabt hätte; er hat sich sehr an die Zeit gehalten, die auch ich nicht überschreiten möchte. Dort würde für 1974 bereits eine Summe von 110 Millionen Schilling benötigt werden, um die bereits begonnenen Bauten zu vollenden, um die geplanten Neubauten in Angriff nehmen zu können und um die für eine Ad hoc-Lösung, die nur der Aufrechterhaltung des Studienbetriebes dienen kann, notwendigen Anmietungen vorzunehmen. Auch in Innsbruck muß man leider noch immer mit Anmietungen vorgehen, die dem Ressort sicherlich große finanzielle Belastungen auferlegen.

Aber es ist im Detail vielleicht auch nicht uninteressant, sich vor Augen zu halten, daß es durch die verzögerte Bereitstellung finanzieller Mittel im Budgetjahr 1973 bereits bisher bei den jetzt laufenden Vorhaben zu einer Verzögerung von sechs Monaten gekommen ist.

Wenn man sich ansieht, daß zum Beispiel für den Beginn des Neubaues der Philosophischen Fakultät im ersten Baujahr rund 30 Millionen Schilling gebraucht würden, die die Bundesregierung flüssigmachen muß, und das in Relation zur budgetären, zur finanziellen Lage des Bundes setzt, dann wirft sich ja geradezu von selbst die Frage auf, ob man unter diesen Auspizien überhaupt die Möglichkeit hat, diese Beträge flüssigzumachen.

Das waren nur einige der Dinge, die man hier, glaube ich, sagen muß, um vor allem den Eindruck zum Verschwinden zu bringen — nicht zu verwischen —, zum Verschwinden

zu bringen, daß da jetzt alles geschieht und immer alles geschehen wird. Den Eindruck, daß in der Vergangenheit unter dem bösen Hurdes, unter den noch böseren Piffel und Drimmel und Kolb und unter dem ganz bösen Mock überhaupt nichts geschehen ist, in der österreichischen Öffentlichkeit zu erwecken — das wird auch bei stärksten Versuchen Ihrerseits nicht gelingen. Dem wird kein Erfolg beschieden sein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Frau Bundesminister! Erlauben Sie mir noch eine ganz kurze Bemerkung zu einem Problem, das vor allem die Studierenden dieser Stadt, weniger des ganzen Landes, berührt. Das ist das Problem der Freifahrten für Studenten. Ich weiß schon, daß man bei bestimmten Demonstrationen da und dort Emotionen anheizen kann. Auf diesem Gebiet haben die Sozialisten weit bessere Erfahrungen als wir! *(Abg. Ing. Hobl: Beim Löschen, nicht beim Anheizen!)* Kollege Hobl ist wieder da! Er ist wieder da!

Ich stelle auch fest, daß die Studierenden, die beim Herrn Bundesminister für Finanzen demonstriert haben, es aus Gründen der Courtoisie — das respektiere ich besonders, Frau Bundesminister — unterlassen haben, bei Ihnen zu demonstrieren, denn Sie befinden sich ja, so hört man es immer wieder, in einem ausgezeichneten und durch keinerlei politische Differenzen getrübbten Verhältnis zu den Studierenden. Nun möchte ich, Frau Bundesminister, eines hier sagen dürfen ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schnell.)* Ich meine das „Verhältnis“ jetzt nicht in dem Sinn, Herr Präsident Schnell, wie Sie es meinen. *(Heiterkeit.)*

Ich möchte jetzt ganz deutlich sagen: Es war zu Beginn dieses Semesters nicht für Hunderte, sondern für Tausende Studierende ein echtes Problem, zu Streckenkarten zu kommen. Ich habe etwas hier mit und darf Ihnen das vielleicht vorlesen, weil es kein Ruhmesblatt für den Herrn Bundesminister für Finanzen ist. Lassen Sie sich das einmal vor Augen führen:

„Das Finanzministerium hatte mit allen großen Verkehrsträgern, so auch mit den Wiener Stadtwerken — Verkehrsbetrieben, Verträge abgeschlossen, nach denen die Studenten ihre Freikarte nicht zunächst aus eigenen Mitteln vorfinanzieren mußten und am Ende des Studienjahres im Wege einer Schulfahrtbeihilfe zurückerstattet erhielten, sondern sofort die Karte von dem jeweiligen Verkehrsträger erhielten, der eine entsprechende Abrechnung mit dem Bund durchführte. Die Bestätigung der Notwendigkeit der vom Studenten angegebenen Fahrtstrecken erfolgte auf Grund der Inskription durch die

Dr. Bauer

Rektorate der Hochschulen (relativ unbürokratisch, da lediglich überprüft wurde, ob der Student auch Lehrveranstaltungen in dem angegebenen Hochschulgebäude inskribiert hatte), mit dem bestätigten Ansuchen erhielt der Student kurzfristig bei den Stadtwerken seine Strecken- oder Netzkarte.“ Und jetzt kommt es:

„Auf Grund angeblicher Mißbräuche (siehe Astronomie-Institut)“ — bei Professor Meurers haben nämlich 1400 Leute inskribiert, ich sage es ganz offen, weil die bürokratischen Schikanen derart gewesen sind, daß nur die Inskription bei der Astronomie es den Studenten möglich gemacht hat, zu Karten für Lehrveranstaltungen zu kommen, die sie besuchen und die an weit auseinanderliegenden Orten abgehalten werden; auf Grund dieser angeblichen Mißbräuche hat sich im Sommer 1973 irgendein Bürokrat im Finanzministerium gewehrt, ich möchte gar nicht annehmen, daß es der Herr Bundesminister selber war, das würde mich wundern, denn er war einmal gemeinsam mit mir Studentenvertreter — „wehrte sich im Sommer 1973 das Finanzministerium, diese Regelung zu verlängern. Zunächst sollte jeder Student, der eine Netzkarte benötigte, diese aus eigener Tasche bezahlen (150 S pro Monat Aufzahlung zwischen Strecken- und Netzkarte; und das bei 1300 S Höchststipendium für in Wien wohnende Studenten!). Die Ansuchen um Rückerstattung dieses Betrages hätten am Ende des Jahres beim zuständigen Wohnsitzfinanzamt eingebracht werden müssen.“ — Da soll mir jetzt noch einmal jemand sagen, daß das eine moderne und fortschrittliche Verwaltung ist, die Sie praktizieren. — „(Man bedenke, wie ein — durchaus tüchtiger — Finanzbeamter zum Beispiel in Gmünd oder Wr. Neustadt prüfen soll, ob an Hand der Inskription das Ansuchen um Rückerstattung einer Netzkarte gerechtfertigt ist, und wie die ohnehin überlasteten Beamten der Finanzämter im Sommer den Ansturm von 40.000 Studenten allein im Raume Wien hätten bewältigen sollen.)“

Erst nach den Protestaktionen der Studentenschaft, der Hochschülerschaft, für die in der breitesten Öffentlichkeit größtes Verständnis gefunden wurde, aber mit einer unglaublichen Verspätung, mit einer Verspätung, die bewirkte, daß wochenlang keine entsprechenden Formulare an den Hochschulen auflagen, wurde diese Angelegenheit in einer Weise gelöst, die man sich hätte ersparen können, hätte man vorher unbürokratisch gehandelt. Jetzt bekommt zwar ein Teil der Studenten die Netzkarte vorfinanziert, muß dafür jedoch teilweise Bestätigungen von einzelnen Hochschulinstituten vorweisen und beibringen.

„Der Verwaltungsaufwand“ — Frau Bundesminister, dafür können Sie nichts, ich möchte es aber trotzdem hier sagen, weil ich die Auffassung vertrete, daß das durch ein Einschreiten Ihrer Person für die Zukunft abgestellt werden kann — „ist wesentlich vergrößert, und es ist klar, daß die Ersparung durch Abstellung eventueller Mißstände bei weitem durch den bürokratischen Aufwand verzehrt wird. Außerdem erhalten“ — das ist nur so eine Pikanterie am Rande, die zwar betrüblich ist, die man aber auch sagen muß — „Studenten mit Doppelstudium z. B. keine Netzkarte.“ Das ist aber ein solches Detailproblem, daß ich mich darüber nicht weiter verbreiten möchte.

Frau Bundesminister! Mein Ersuchen an Sie geht dahin, sich diese Dinge doch anzusehen und vielleicht aus eigenem heraus, auch wenn Sie ressortmäßig in erster Linie gar nicht für diese Dinge verantwortlich sind, Mittel und Wege zu suchen, um für die Zukunft Regelungen zu finden, die den Studierenden die unangenehmen Gedanken nehmen müssen, es ist kaum irgend jemand da, der einem hilft, man ist mehr oder weniger hilflos bürokratischen Schikanen ausgeliefert.

Meine Damen und Herren! Ich komme schon zum Schluß, ich habe meine Redezeit nicht überzogen. Ich weiß, daß die Frau Bundesminister eine Rosenfreundin ist. Sie möge entschuldigen, daß ich ihr heute keine Rosenblätter gestreut habe, sondern einige Dornen aus dem Ressort, das sie verwaltet, aufzeigen mußte. Ich habe bei der Frau Bundesminister immer den Eindruck: je kultivierter ihre Antwort, umso verschleierte ihre Aussage. Ich hoffe aber doch, daß auf einige Dinge, die ich heute hier angebracht habe, eine sehr klare Antwort kommen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Wille.

Abgeordneter Wille (SPO): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Frau Bundesminister! *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Warum nicht, meine Herren? Man schenkt ja keine Rosenblätter, man schenkt Rosen, da sind Dornen auch dabei.

Abgeordneter Wille (fortsetzend): Bevor ich einige konkrete Fragen hinsichtlich dreier mir wichtig erscheinender Forschungsinstitute der wirtschaftsbezogenen Forschung behandle, möchte ich eine Einleitung dazu abgeben und vorerst einige Worte zu den Ausführungen meines Vorredners, des Abgeordneten Bauer, sagen.

Wir haben heute schon gehört, daß es eine Raumnot an den Universitäten gibt; und wir sagen ja dazu. Wir haben heute aber auch schon sehr drastisch an einigen Beispielen ge-

8700

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 6. Dezember 1973

Wille

sehen, daß es eine Not in der Forschung gibt; wir sagen ja dazu. Wir haben auch bereits in einer sehr respektablen Rede des Abgeordneten Kaufmann gehört, daß es eine Not des Denkmalschutzes gibt; wir sagen ja dazu. Wir haben aber zudem heute bereits erfahren, daß wir für dieses Kapitel Wissenschaft und Forschung 21 Prozent mehr ausgeben als vor einem Jahr. Nun bitten wir Sie, daß Sie die Grenzen des Budgets und die Grenzen der Expansion sehen.

Vor wenigen Wochen hat die Frau Bundesminister Firnberg ein Universitätsinstitut eröffnet, für das noch der Kaiser den Grundstein gelegt hat. Ich glaube, mehr kann man auch von einem sozialistischen Minister nicht erwarten. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Wenn der Herr Abgeordnete Bauer sagt: Meine Damen und Herren, in dieser Straße in Wien tut sich nichts!, dann stimmt es vielleicht für die eine Straße. Abgeordneter Bauer, darf ich Sie aber einladen, das Budget und die Regierungsarbeit zu sehen, denn dann können Sie mit großer Überzeugung diesem Budget die Zustimmung geben.

Nun zu meinen eigentlichen Ausführungen. Dieses Kapitel des Budgets hat Gesamtausgaben von 4,8 Milliarden Schilling veranschlagt, wie gesagt, um rund 21 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Davon werden für die Forschung 2,7 Milliarden Schilling ausgegeben, das ist die Hälfte aller Ausgaben, die die österreichische Wissenschaft und Wirtschaft dafür zur Verfügung hat. Von den 5,4 Milliarden Schilling bringen der Bund rund 50 Prozent, die Länder rund 5 Prozent, die Wirtschaft rund 44 Prozent und verschiedene Organisationen rund 1 Prozent auf. Insgesamt haben wir in der Forschungskonzeption die Auffassung vertreten, daß wir in diesem Jahrzehnt mit unseren Forschungsausgaben auf rund 1,5 Prozent des Bruttonationalprodukts kommen sollten. Wir liegen nun mit 0,9 Prozent dort, wo wir auf Grund der Forschungskonzeption heute liegen sollen.

Da erhebt sich die Frage für den Staatsbürger, für den Politiker, wie für den Wissenschaftler: Wohin kommen die rund 5 Milliarden, was wird konkret in einigen Fällen daraus?

Ich möchte dabei vor allem darauf hinweisen, daß für das wirtschaftliche Wachstum im wahren Sinne des Wortes Forschung und Entwicklung die wichtigsten Voraussetzungen sind. Wir alle wissen natürlich heute, daß Wachstum im wahren Sinne des Wortes heißen muß, daß die Zerstörung in der Rechnung in Abzug gebracht wird. Wachstum ist also lediglich der positive Teil der Expansion, nie mehr, natürlich auch nicht weniger.

So gesehen hat Forschung und Entwicklung zweifellos den entscheidenden Platz in der Gesellschaft, und wir können nicht ersehen, warum diese Gesellschaft nicht das Recht hätte, diesen großen Bereich zu politisieren.

Ich möchte aber, wie bereits angekündigt, vor allem drei Forschungsvorhaben, drei Forschungsinstitutionen besprechen und dabei vor allem auf einige sehr konkrete Aufgaben hinweisen.

Der Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft hat 1974 165 Millionen Schilling zur Verfügung, das sind 160 Prozent des Ausgabenrahmens von 1970. Seit der Gründung des Fonds sind damit 500 Millionen Schilling Risikokapital der österreichischen Wirtschaft zugeführt worden, und nicht nur das: weitere 500 Millionen Schilling sind stimuliert worden, weil dieser Fonds in der Regel nur 50 Prozent der Ausgaben bestreitet. Der Forschungsförderungsfonds allerdings hat nicht 165 Millionen, sondern 500 Millionen Schilling verlangt, sodaß ich doch veranlaßt bin, darauf hinzuweisen, daß „Zwang und Not der Forschungsplanung“, wie ein Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ heißt, zweifellos heute im gesamten Bereich der Forschung gegeben sind. In diesem Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 1. 3. 1972 heißt es aus diesem Grunde:

„Die Zahl der Forschungsmöglichkeiten, das mit den bereits vorhandenen Methoden und Kenntnissen Erforschbare, übersteigt schon 100millionenfach das wirklich Ausführbare. Forschung muß also geplant, Ziele müssen gesetzt werden; und nur eine rationale Auslese der Forschungsobjekte und Ziele kommt dafür als Methode in Frage.“

Immer mehr wird also davon gesprochen, daß die Freiheit von Wissenschaft und Forschung nicht der Planung und nicht der Zielsetzung entzogen werden kann. Es ist mir aus diesem Grunde unverständlich, warum der Herr Abgeordnete Ermacora neuerlich hier die Auffassung vertritt, daß eine Gesellschaftspolitik nicht unmittelbar ident sein müsse mit den Vorstellungen der Forschungspolitik.

Kollege Ermacora hat ferner darauf hingewiesen, daß auch aus den Untersuchungen des IFES der Eindruck hätte entstehen müssen, daß allgemein die Auffassung vertreten wird, daß man der universitären Forschung mit Mißtrauen begegnet, daß man also nur die außeruniversitäre Forschung ins Zentrum der Auseinandersetzungen stellen will.

Darf ich dazu sagen, daß das die allgemeine Auffassung der Befragten ist und daß in der Studie die Auffassung der Befragten wiedergegeben wird. Ich möchte gar nicht darauf ein-

Wille

gehen, wie schwierig es oft für uns ist, in der Wirtschaft für die universitäre Forschung Vertrauen zu erwecken, weil hier eine ganz andere Zielvorstellung immer wieder vorgegeben ist.

Ich komme noch einmal auf den Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, einer konservativen Zeitung zurück, in der es unter anderem in bezug auf die wirtschaftsbezogene und die universitäre Forschung heißt:

„Damit bleibt — um wenigstens auf den wichtigsten neuen Gebieten mitmachen zu können — nichts anderes übrig, als veraltete und unproduktive Forschung zu streichen, wie das die Industrie schon lange, die Hochschule fast nie praktiziert.“

Die Einwände gegen die Forschungspolitik oder gegen Forschungsprojekte, wie sie heute in der universitären Forschung praktiziert werden, sind also nicht einmal einmalig, sondern das ist eine sehr weitverbreitete Auffassung.

Nun aber zum konkreten Beispiel. Ich gebe zu, daß die Sonnen- und die Erdenergie für uns sehr wichtige Probleme sind, wenn ich auch nicht gerade die Auffassung vertrete, daß die Sonnenenergie vor der Tür steht, denn dann hätten wir sie höchstwahrscheinlich schon eingefangen. Ich möchte auf einige praktischere Beispiele hinweisen, so auf ein Beispiel, das uns alle sehr überzeugt, und zwar auf eine hervorragende unternehmerische Leistung:

Die Gesellschaft für Fertigungstechnik und Maschinenbau in Steyr, ein weltbekanntes Unternehmen, produziert mit 1000 Beschäftigten vorwiegend Schmiedeautomaten. Kürzlich lieferte dieses Unternehmen die größte Langschmiedemaschine der Welt an die Firma Gebrüder Böhler & Co AG nach Kapfenberg.

In den letzten drei Jahren hat der Forschungsfonds dieses Unternehmen bei drei wesentlichen Forschungsvorhaben unterstützt: bei der Entwicklung von Gesenkschmiedeautomaten verschiedener Größenordnung, bei Durchlaufschmiedemaschinen verschiedener Typen und bei der Weiterentwicklung der bereits vorhandenen Schmiedeautomaten.

Durch diese Forschungsvorhaben und durch derartige Forschungsprojekte wird natürlich nicht nur einem Unternehmen gedient, sondern der österreichischen Industrie insgesamt, im besonderen der Maschinenindustrie. Aber wir können alle zudem annehmen, daß der Staat in diesen Fällen nicht nur gibt, sondern daß er auch erntet.

Weitere wesentliche Projekte, die der Forschungsfonds gefördert hat, waren die miniaturisierte Fernsehkamera der Firma Eumig,

der Citybus der Firma Steyr, die Kunststoffschweller der Firma VOEST-Alpine AG und die strahlungssicheren Schleusen der Firma Waagner-Biró AG.

Nun einige Worte zur Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie in Seibersdorf.

Kollege Blenk, ich gebe Ihnen recht: Forschungspolitik ist nicht ein Mittel der Konjunkturpolitik. Wir werden also alle bemüht sein müssen, daß unsere Forschungsinstitute bei Forschungsvorhaben kontinuierlich arbeiten können. Sie, Kollege Blenk, können sich darauf verlassen, daß gerade diese Regierung alles tun wird, um auch diesen Ihren Vorstellungen zu entsprechen.

Hier möchte ich wieder darauf hinweisen, daß die Studiengesellschaft vor allem in den letzten Jahren aus einer Studiengesellschaft für Atomenergie das österreichische Großforschungsinstitut geworden ist. Neben der Kernforschung-Reaktortechnik und Technik für Isotopenanwendung arbeiten dort sehr intensiv die Institute für Physik, Chemie, Metallurgie, Biologie und Landwirtschaft. Die 500 Beschäftigten dieses Großinstitutes sind auch sehr stark in der Ausbildungstätigkeit beschäftigt, weil nahezu ständig 70 Dissertanden und Diplomanden in Seibersdorf arbeiten.

Zudem ist sehr zu begrüßen, daß die Gesellschaft über ständig steigende Investitionen mit einer starken Zunahme der Auftragsforschung rechnet und über ständig steigende starke Investitionen auch in der Lage ist, dem zu entsprechen. (*Abg. Dr. Blenk: Die weitgehend stagnieren!*) Sie können nicht von kurzfristigen augenblicklichen Darstellungen ausgehen. Während der ganzen letzten Jahre hat die Auftragsforschung zugenommen. (*Abg. Doktor Blenk: Innerhalb von zwei Jahren hat sie stagniert!*)

Wir kennen die Problematik, daß im gegenwärtigen Augenblick gewisse Schwierigkeiten vorhanden sind. Es wird aber auch notwendig sein, daß wir uns klar werden, wieweit die österreichische Wirtschaft sich auf staatliche Institutionen verlassen kann, und daß wir auch überprüfen, wieweit die Wirtschaft selbst sich Seibersdorfs bedient und ihren Beitrag dazu leistet. (*Abg. Dr. Blenk: Das ist gar nicht die Problemstellung heute!*) Denn, Kollege Blenk, Sie wissen sehr genau, bei allem Respekt für die Arbeiten, die Seibersdorf leistet, und bei allem Respekt für die Leistungen der österreichischen Wirtschaft in der Forschung: Der Beitrag der österreichischen Wirtschaft einschließlich der Gesellschafter ist als äußerst bescheiden zu bezeichnen. (*Abg. Dr. Blenk:*

Wille

Das hat mit diesem Problem nichts zu tun!) Ich will also nicht weiter darauf eingehen, denn auch meine Zeit ist stark begrenzt.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch darauf hinweisen, um die Leistungsfähigkeit von Seibersdorf genügend zu unterstreichen: in Seibersdorf wird ein neuer Reaktortyp entwickelt, ein Reaktorbehälter aus Spannbeton mit Heliumkreislauf.

Dieser Reaktortyp wird nicht allein von der Gesellschaft Seibersdorf entwickelt, sondern acht weitere führende Unternehmen Österreichs sind daran beteiligt. Es handelt sich dabei um ein Projekt, das weltweit Beachtung findet und das auch im Wettlauf mit den Technologien anderer großer Forschungsunternehmen steht.

Weitere Vorhaben von Seibersdorf betreffen unter anderem die Müllprobleme bei der Atomforschung. Hier ist vor allem Böhler dabei, eine „atomare Kläranlage“ zu entwickeln, und Schoeller-Bleckmann ist dabei, eine „Einbettungsanlage für radioaktive Abfälle“ zu produzieren.

Alle diese Vorgänge sind für die Entwicklung der österreichischen Industrie von größter Bedeutung.

Nun möchte ich abschließend zur Frage Seibersdorf noch sagen: Wir werden alles tun, um eine kontinuierliche Arbeit in Seibersdorf zu gewährleisten. Ich bin heute auch in der Lage, im Auftrage oder über Ersuchen der Geschäftsführung und der Belegschaft von Seibersdorf den Herrn Bundesminister Androsch einzuladen, Seibersdorf zu besuchen, um sich an Ort und Stelle von den großen Leistungen dieses Instituts zu überzeugen.

Ich möchte nun im dritten Problemkreis neben den nationalen Forschungsinstituten auf das neuartige Institut Laxenburg zu sprechen kommen. Wie Sie alle wissen, arbeitet seit kurzer Zeit im Schloß Laxenburg das Internationale Institut für Angewandte Systemanalyse, das IIASA. Dieses Institut, das unter Führung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion von weiteren zehn Industrieländern gegründet worden ist, will nun auf einer völlig neuen und größeren Ebene versuchen, die globalen Probleme, die komplexen Probleme unserer Existenz lösen zu helfen.

Es geht dabei nicht nur darum, daß Großprojekte, wie Energiesysteme, wie Wassersysteme, wie das Problem der Verstädterung, in den Griff gebracht werden, sondern es geht vor allem darum, daß diese einzelnen Komponenten zu einem Gebäude zusammengefaßt werden, zu einem überschaubaren Gebäude, das allen Ernstes tatsächlich an der Existenz rührt.

Am 28. November 1973 beschloß das IIASA die Aufnahme der Akademie der Wissenschaften als erstes Mitglied neben den 12 Gründungsmitgliedern. Österreich ist also heute den achten Tag Mitglied dieses großen, neuen Instituts, was uns alle mit Stolz erfüllt.

Aber wichtig ist vor allem, daß erkannt wird, wie groß die Aufgaben in diesem Institut sind. In diesem Institut werden voraussichtlich nur rund 200 führende Wissenschaftler der industrialisierten Welt arbeiten, aber sie werden sich auf das große Hinterland ihrer Wissenschaften abstützen können, um so Probleme zu bewältigen, wie sie bereits vom M.I.T. angekündigt worden sind.

M.I.T. hat ja das erste Weltmodell erarbeitet, das uns sehr drastisch vor Augen führt, daß die Existenz der Menschheit in wenigen Jahrzehnten — man muß es leider so drastisch ausdrücken — in äußerstem Maße gefährdet sein kann.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Einführung des Berichts des Club of Rome hinweisen, in dem ein Zitat von U Thant veröffentlicht wird. In diesem Zitat heißt es — U Thant sagt 1969:

„Ich will die Zustände“ — unserer Umwelt — „nicht dramatisieren. Aber nach den Informationen, die mir als Generalsekretär der Vereinten Nationen zugehen, haben nach meiner Schätzung die Mitglieder dieses Gremiums noch etwa ein Jahrzehnt zur Verfügung, ihre alten Streitigkeiten zu vergessen und eine weltweite Zusammenarbeit zu beginnen... Wenn eine solch weltweite Partnerschaft innerhalb der nächsten zehn Jahre nicht zustande kommt, so werden, fürchte ich, die erwähnten Probleme derartige Ausmaße erreicht haben, daß ihre Bewältigung menschliche Fähigkeiten übersteigt.“

Vor wenigen Tagen war Professor Pestel in Wien. Pestel ist Mitglied des Club of Rome und einer der führenden Autoren des Berichts über die „Grenzen des Wachstums“. Er sagte vor wenigen Tagen, nämlich am 29. November, zur Weltenergiekrise: „Sie kommt Gott sei Dank zehn Jahre früher als erwartet“, und er nimmt an, daß wir sozusagen fünf vor zwölf nun ernsthaft darüber nachzudenken beginnen, wie die Menschheit auf allen diesen Gebieten: Luft, Wasser, Rohstoffe, Nahrung, Übervölkerung, auf Krisen vorbereitet werden kann oder wie diese Krisen zu verhindern sind.

Ich glaube, daß Wissenschaft und Forschung also zweifellos die zentrale gesellschaftliche Aufgabe haben. Ich glaube aber auch, daß Wissenschaft und Forschung heute ganz neue, viel wichtigere Aufgaben bekommen, als das noch vor wenigen Jahren der Fall war.

Wille

Immer wieder wird die Politisierung von Wissenschaft und Forschung kritisiert. Ich aber behaupte, daß die Politisierung von Wissenschaft und Forschung heute ernstlich in keiner Weise mehr in Frage gestellt werden kann, weil die Politisierung von Wissenschaft und Forschung einfach die Gesellschaft berechtigt, die Ziele festzulegen und eine Strategie des Überlebens, von der geredet wird, zu entwickeln. (*Abg. Dr. Blenk: Es geht ja um ganz was anderes, als Sie hier versuchen!*)

Damit, Hohes Haus, bin ich am Ende meiner Ausführungen und möchte abschließend nur noch sagen, daß es uns allen ein großes Bedürfnis ist, auf die Arbeiten des Ministeriums mit großem Lob hinzuweisen, und daß es für uns eine große Genugtuung ist, diesem Kapitel unsere Zustimmung geben zu können. Danke sehr. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Bundesminister Dr. Hertha Firnberg.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha **Firnberg**: Hohes Haus! Herr Präsident! Es ist nur natürlich, daß unter den Problemen, die bei diesem Kapitel zur Sprache kommen, an erster Stelle vom Hauptredner der Opposition das schwierige Problem der Ermittlung des Akademikerbedarfes und die Relation zu den jetzigen Studentenzahlen genannt wird. Die Angst, daß wir eine Akademikerarbeitslosigkeit in wenigen Jahren zu verzeichnen hätten, und der Zwang, wenigstens mit dem Numerus clausus sich in irgendeiner Form zu befassen, ist etwas, was alle Welt heute beschäftigt, und es ist sehr natürlich, daß auch bei uns diese Frage zur Diskussion gestellt wird.

Ich darf, um jeden Irrtum und jede Mißdeutung zu vermeiden und die notwendige Transparenz ohne jede Verschleierung, Herr Abgeordneter Dr. Bauer, zu gewährleisten, gleich meinen Grundsatz hier deponieren und folgendes sagen:

Ich glaube sehr wohl, daß Prognosen über den Bedarf von Akademikern für die Wirtschaft und für die Gesellschaft notwendig sind, obwohl ich ihre Unfehlbarkeit einigermmaßen bezweifle; aber sie werden ja auch bei uns angestellt und durchgeführt. Ich glaube aber trotz alledem an den Grundsatz, daß wir Akademiker nicht für die Wirtschaft produzieren, sondern daß wir Bildung als Lebensqualität anzusehen haben.

Das ist ein Grundsatz, den wir Sozialisten immer vertreten haben, er geht konform mit der Frage der Gleichheitschancen für jeden Menschen. Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht, das wir niemandem bestreiten

dürfen, auch dann nicht, wenn wir — wie es jetzt der Fall ist — in gewisse Schwierigkeiten kommen.

Zu meiner Überraschung muß ich feststellen, daß ich nicht ganz konform gehen kann mit den Herren Abgeordneten Dr. Blenk und Dr. Mock, was die Humboldtschen Idealvorstellungen angeht; abgesehen davon, daß Humboldt ja auch von der Ausbildungsfunktion der Hochschule gesprochen hat. Ich glaube nicht, daß man wirklich den Grundsatz ad acta legen kann, daß Bildung an sich Wert hat und daß die Hochschule auch die Funktion hat, Bildung zu vermitteln und nicht nur Ausbildung auf höchster Ebene. (*Abg. Doktor Blenk: Nicht nur!*) „Nicht nur“, aber sie hat „auch“ diese Aufgabe. Diesen Grundsatz — glaube ich — muß man nochmals festhalten gerade in Anbetracht der Umstände und der Schwierigkeiten, die wir zu bewältigen haben werden. (*Abg. Dr. Gruber: Aber was der Wille gesagt hat, ist das Gegenteil!*)

Ich glaube, Herr Abgeordneter Dr. Blenk: Sie als Hauptsprecher der großen Oppositionspartei haben natürlich versucht, das Budget dieses Kapitels wieder dadurch abzuwerten, daß man sich — nach Anhörung Ihrer Ausführungen — letzten Endes die Frage stellen muß, wo denn eigentlich die mehr als 20prozentige Steigerung bei diesem Kapitel herkommt.

Nein, Herr Abgeordneter Dr. Blenk: Wissenschaft, Forschung und Hochschulen sind ein zentrales Anliegen geblieben, wie es im Regierungsprogramm steht. Und was immer auch darüber geredet wird: Die Zahlen sprechen für sich selbst. Wenn dieses Kapitel heute ein Budget von 4867,179 Millionen Schilling hat — um 866 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr; eine Steigerung von 21 Prozent —, wenn ich heute feststellen kann, daß das Wissenschaftsbudget wieder über 20 Prozent gesteigert wurde und daß es sich seit 1970 mehr als verdoppelt hat — von 2,3 Milliarden Schilling auf mehr als 4,8 Milliarden Schilling —, dann kann man das nicht einfach dadurch abtun, daß man sagt: Das alles ist ja nur ein „Renommierkapitel“, das alles sind Scheinzahlen.

Das gleiche gilt für das Hochschulbudget. Das Hochschulbudget — ohne Bauausgaben und Einrechnung der gesamten hochschulrelevanten Forschung — beträgt im Bundesvoranschlag 3,8 Milliarden Schilling, sogar etwas darüber. Auch das Hochschulbudget ist seit 1970 gleichfalls mehr als verdoppelt worden. Wir haben 1970 mit 1,9 Milliarden Schilling begonnen.

Ich will nicht davon reden, wie viele Professoren, Assistenten und so weiter mehr

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

heute an den Hochschulen arbeiten können. Wenn die Verdopplung eines Budgets „Elend“ bedeutet, dann bekenne ich mich dazu, daß das ein „elendes Budget“ ist. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Aber daß man etwas dadurch aushungert, daß man das Budget verdoppelt — das ist wohl ein Ausspruch, den man eigentlich nicht tun sollte, wenn man an die Wahrheit der eigenen Aussprüche glaubt. (*Abg. Dr. Blenk: Keine einzige meiner Zahlen ist zu widerlegen!*)

All die Klagen vom Aushungern, Verhungern und Zusperrern-Müssen haben sich ja nicht verifiziert. Keine Hochschule hat zugesperrt, und zwar nicht deshalb, weil sie nicht zusperren konnte, sondern weil eben die Mittel vorhanden waren, wie ich es vorausgesagt hatte. Es ist nicht ein Schilling weniger ausbezahlt worden als im Budget seinerzeit vorgesehen war. Und keine Hochschule — keinel — ist verschuldet. Ich habe gerade jene Hochschulen überprüfen lassen, die in der Öffentlichkeit erklärt haben, daß sie an Verschuldung leiden. Sie mußten bei einer objektiven Prüfung zugeben, daß keine Verschuldung vorliegt und daß sie sehr wohl mit den Mitteln für den Verwaltungsaufwand auskommen können (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Wie wird das nächste Jahr, Frau Minister?*)

Ich will nicht behaupten, meine Damen und Herren, daß alles gut ist. Das könnte man nicht behaupten in Anbetracht der Erfordernisse der Hochschulen, in Anbetracht der Wissenschaftsbedürfnisse, in Anbetracht der Bedürfnisse unserer Museen, des Denkmalschutzes, unserer Bibliotheken und all der hohen Werte, die Priorität genießen. Es ist nicht alles gut, aber es ist doch sehr vieles um sehr viel besser.

Wenn ich hier die Klagen über die Raumnot an den Hochschulen höre, so weiß ich sehr wohl, daß manches davon berechtigt ist. Nicht alles, aber manches davon! Aber wenn ich mir andererseits die neu eröffneten Sportanlagen auf der Schmelz, wenn ich mir das neue Institut der Technischen Hochschule — es ist modernst ausgestattet; es ist das größte Hochschulinstitut, das je geschaffen wurde — oder wenn ich mir eine Woche darauf in der Augenklinik in Graz den gewaltigen Umbau ansehe, dann muß ich doch wohl auch sagen: Es gibt neben den schlechtgestellten Instituten auch sehr wohlgestellte Institute — aber von denen wird in der Öffentlichkeit nicht gesprochen!

Sicher ist der Studentenzustrom sehr groß. Unzweifelbar! Wir haben gegenüber dem Jahre 1969/70 um 25 Prozent mehr Studenten. Es ist eine Untersuchung im Gange, worauf

die hohe Steigerung der Studentenzahlen im letzten Jahr zurückgeht. Wir sind nahezu sicher — das ergeben die Voruntersuchungen —, daß auch ein gewisser Scheinzuwachs von etwa 10 Prozent veranschlagt werden muß.

Wir haben aber, meine Damen und Herren, auch einen stagnierenden Studentenzugang: Die Zahl der Erstinskribierenden änderte sich in den letzten drei Jahren nicht; es sind immer um 10.000 Studierende. Man kann also die Tendenz nicht als eine Einheit der Steigerung sehen, sondern das ist sehr differenziert.

Selbstverständlich müssen Maßnahmen gesetzt werden, und zwar vielfältige Maßnahmen. Aber die Bildungsexplosion ist ein weltweites Problem, ein weltweites Phänomen. Und mehr Bildung und mehr Bildungswillige sind doch an sich eine höchst erfreuliche Tendenz. Ich glaube, daß wir in die Richtung gehen müssen, die wir bisher schon immer gehen zu wollen angekündigt haben, nämlich daß wir den Anspruch auf Bildung voll anerkennen, aber damit nicht den Anspruch auf einen ganz bestimmten Beruf und eine ganz bestimmte Berufstätigkeit verbinden.

Wir werden die Studenten nicht ohne Beratung an die Hochschule kommen lassen. Auf diesem Gebiete, Herr Abgeordneter Dr. Mock, wird mehr getan, als es vielleicht im Hochschul-Bericht 1972 zum Ausdruck kommt. Es besteht vor allem eine sehr enge Kooperation zwischen dem Bundesministerium für Unterricht, dem Sozialministerium und meinem Ressort, was die Maßnahmen der Beratung betrifft, nämlich die Beratung vor Eintritt in die Hochschule, die Beratung an der Hochschule, die zum Teil doch auch der Österreichischen Hochschülerschaft zufällt zum anderen Teil meinem Ressort, und letzten Endes die Beratung für den Beruf, bei der das Sozialministerium mitwirkt.

Ich gebe sehr gerne zu, daß dies noch keineswegs perfekt ist. Wir arbeiten daran sehr hart, und wir heißen jeden Mitarbeiter willkommen. Ich darf auch Ihnen sagen, der Sie so viel mit diesen Fragen befaßt waren und sichtlich noch sind, daß uns auch Ihre Mitarbeit und Ihr Rat auf diesem Gebiet sehr willkommen sein werden.

Ich darf noch eines sagen, Herr Abgeordneter Dr. Blenk, betreffend den Vorwurf über die Steigerung des Zentralkapitels. Sie scheinen zu glauben, daß diese hohe Steigerung — 80 Prozent ist sie nicht, aber sie ist ziemlich hoch — allein meinem Hause zukommt. Dem ist leider nicht so. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung erhält davon nur einen sehr kleinen Teil, und zwar

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

für den Austausch der wirklich uralten Telefonanlage — der sein muß — und für die Verbesserung der Registratur.

Aber der größere Teil ist für Bezugsvorschüsse im gesamten Ressortbereich vorgesehen, also auch im Bereich der Hochschulen. Das ist ein Wunsch, der so allgemein und so lautstark war, daß ich glücklich bin, daß er endlich erfüllt wurde.

Ein weiterer Teil davon — das ist auch im Zentralkapitel mit 10,7 Millionen veranschlagt — geht an das Institut für angewandte Systemanalyse, also an jenes Institut, von dessen Tätigkeit wir eben durch den Herrn Abgeordneten Wille so eingehend informiert wurden.

Ein weiterer Teil — über 8 Millionen Schilling — ist für das Blockheizwerk der Hochschule in Innsbruck vorgesehen.

Das alles ist beim Zentralkapitel veranschlagt; das sind insgesamt weit über 26 Millionen Schilling. Für das Ministerium selbst wird, wie gesagt, nur ein relativ kleiner Teil, und zwar für die Fernsprechanlage und für die Verbesserung der Registratur, verwendet.

Ich meine aber: Auch wenn für das Ministerium einige Verbesserungen vorgenommen würden, bin ich mir der Solidarität der Hochschulen gewiß. Auch Sie wissen aus Augenschein nur zu sehr, unter welchen fast unzumutbaren Bedingungen meine Beamten auf Grund des Platzmangels, der ärger ist als an manchen Hochschulen, arbeiten — ich muß das einmal hier sagen —, und zwar in Räumen, die wirklich niemandem zumutbar sind. Wenn diesbezüglich einmal etwas getan wird — ich hoffe sehr, daß das im nächsten Jahr gelingen kann —, dann würde ich sehr darum gebeten haben, daß man den Beamten, die ihre Pflicht unter so schwierigen Umständen jetzt erfüllen, diese Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen auch gönnt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir stehen vor der sehr ernsten Frage: Werden wir zu einem Akademikerüberfluß kommen? Sie wissen, daß ich selbst der Meinung bin, daß diese Gefahr noch lange nicht besteht. Ich habe mir das auch durch Zahlen verifizieren lassen. Nach den letzten Volkszählungsergebnissen ist die Situation folgende: Wir haben etwa 120.000 Hochschulabsolventen, das sind um rund 20.000 mehr als vor zehn Jahren. Das ist kein gewaltiger Zuwachs. Die Akademikerquote ist von 1,4 Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahre 1961 auf 1,6 Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahre 1971 angewachsen. Auch dieser Zuwachs ist nicht gewaltig.

Es hat sich aber eine günstige Umschichtung ergeben: Die Erhöhung der Akademikerzahl in der Bevölkerung ist zu einem nicht unbeachtlichen Teil darauf zurückzuführen, daß auch mehr Frauen ein akademisches Studium absolviert haben. Ihre Zahl ist von 19.000 im Jahre 1961 auf 29.000 im Jahre 1971 gestiegen, also eine Steigerung um 10.000, das heißt ungefähr gleich stark wie die der Männer. Dadurch konnte die Akademikerquote bei den Frauen von 0,5 Prozent auf 0,7 Prozent gesteigert werden.

In Anbetracht dieser Zahlen, meine Herren, werden Sie verstehen, daß ich mich gegen jede Maßnahme, die einem Numerus clausus ähnlich sein könnte, bis zum letzten wehren werde, auch um die Gleichheitschancen der Frauen, die endlich auch bei Erlangung einer höheren Bildung und bei einer besseren Berufskarriere zum Zug kommen, zu sichern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte dazu sagen, daß ich nach wie vor die Meinung vertrete, daß jeder die Chance zur höchsten Bildung haben soll, aber er muß sie nützen! Ich weiß, daß das ein sehr hartes Wort ist. Die Studenten — der Herr Abgeordnete Dr. Bauer nimmt an, daß ich zu ihnen ein besonders gutes Verhältnis habe, *(Abg. Dr. Bauer: Ich nehme es gar nicht an, ich weiß es!)* — werden das gar nicht freundlich aufnehmen; aber ich muß das hier sagen. Es muß sehr rasch beurteilt werden, ob ein junger Mensch zum Studium geeignet ist. Letzten Endes muß er selbst das beurteilen. Wir haben Untersuchungen durchgeführt, die uns zeigen, daß es sich eigentlich in den ersten vier Semestern entscheidet, ob ein junger Mensch sein akademisches Studium absolviert oder nicht absolviert.

Wir können keine „Durchfaller“ brauchen. Wir werden dafür sorgen müssen, daß das, was ein junger Mensch an der Hochschule studiert hat, ihm auch für einen anderen Berufsgang angerechnet wird. Darüber führe ich intensive Gespräche mit dem Herrn Unterrichtsminister. Wir werden dafür sorgen müssen, daß es keine „Durchfaller“ gibt, schon um eventuelle Aggressionen und asoziale Einstellungen zu vermeiden.

Aber wie immer vertrete ich auch heute die Meinung, daß Arbeit nicht schändet. Es kann auch ein Akademiker eine Arbeit durchführen — und er hat sie auch immer durchgeführt —, auch wenn sie nach unseren heutigen konventionellen und sehr konservativen Begriffen nicht ausschließlich dem Akademiker vorbehalten ist.

Abgeordneter Dr. Mock hat sich mit der Frage Hochschule Klagenfurt beschäftigt. Er hat sehr richtig bemerkt, daß der Auftrag des

8706

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 6. Dezember 1973

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Gesetzgebers an die Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt ergangen ist, in drei Jahren ihr Strukturkonzept zu erarbeiten. Ich muß heute hier sagen, daß dies der Hochschule allein nicht gelungen wäre. Das ist wahrscheinlich in dieser Hinsicht eine Mißkonzeption gewesen. Eine Hochschule ist in der Form, wie sie seinerzeit konzipiert wurde, allein und ohne Hilfe von außen nicht imstande, ein solches Konzept zu erarbeiten. Dennoch ist dies durch Mithilfe von internationalen Experten, des Beirates und anderer Wissenschaftler wenigstens für den Anfang gelungen.

Die Hochschule erfüllt ihren innovatorischen Auftrag. Ich glaube, daß gerade dieses ganz neue Kapitel der Unterrichtswissenschaften ein sehr zukunftsträchtiges ist. Ich weiß nicht, ob ich hier mit Ihnen einer Meinung bin, aber wir alle haben die Auffassung — und diese Auffassung hat eigentlich die Hochschule selbst auch —, daß der Innovationsauftrag eindeutig zuerst einmal einen Schwerpunkt in der Forschung bedeutet. Und das wird erfüllt! Allein die Lehrkanzelszusammensetzung zeigt, daß dies der Fall ist.

Zum anderen aber experimentiert die Hochschule heute schon. Das Experiment, das wir ja nur im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung durchführen können, besteht vor allem doch auch darin, daß Studienrichtungen, die an der Hochschule für Klagenfurt eingeführt wurden, nur dort eingeführt wurden — dem gesetzlichen Auftrag entsprechend. Ich denke etwa an die geisteswissenschaftlichen Studien, die dort als erste eingerichtet wurden, aber nicht an anderen philosophischen Fakultäten.

Damit besteht die Möglichkeit zu Beobachtungen über die Durchführung dieser Studien in Verbindung mit den Forschungsergebnissen der Hochschule, und hier ist die Möglichkeit gegeben, diese Studienrichtungen weiterzuentwickeln und zu gestalten. Ich glaube, daß dieser Auftrag an die Hochschule sogar ein außerordentlich wichtiger ist.

Die Studienrichtung Philosophie, Pädagogik und Psychologie — der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi hat das in seiner Rede schon erwähnt — mußte in Klagenfurt eingerichtet werden, denn bei der Einrichtung von Lehramtsstudien sind diese Fächer fast unabdingbar. Sie müssen dort vertreten sein, nicht weil sie „ein Netz“ für jene sein sollen, die sozusagen andere Studien nicht bewältigen oder sonst keine Möglichkeit hätten unterzukommen, sondern weil sie im Bereich der Hochschule selbst eine Notwendigkeit sind.

Mit dem Thema Rektoratsleiter hat der Herr Abgeordnete Dr. Mock ein sehr trauriges

Kapitel der Klagenfurter Hochschule angeschnitten. Sie können nicht dem Ministerium oder mir das, was sich dort abspielt, zur Last legen. Es waren übrigens nur zwei Rektoratsleiter. Die anderen waren nur provisorisch bestellt. Ich will vor dem Hohen Haus nicht ausführlich sagen, warum sie gegangen sind und warum ich dem jetzigen Rektoratsleiter so eindringlich und stundenlang zureden mußte, vorläufig noch zu bleiben, damit wir nicht wieder eine vakante Stelle haben. Nicht alles, was in Klagenfurt vor sich geht, ist erfreulich. Aber man kann das nicht dem Ministerium oder mir zuschieben. (*Unruhe bei der ÖVP.*)

Ich will hier nicht über anonyme Briefe, Telefonanrufe und ähnliches sprechen, die die Leute aus Klagenfurt vertreiben. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Das ist nicht uns zuzuschreiben; niemandem von uns! (*Abg. Dkfm. Gorton: Sie beschuldigen immer die anderen! — Abg. Steininger: Traurig!*) Sicherlich beschuldige ich hier die anderen, nämlich jene Leute — ich kenne sie nicht —, die ihr schändliches Werk anonym betreiben. Sie rufen die Frau des Rektoratsleiters in der Nacht an; sie schreiben nicht nur Ihnen, sondern auch mir anonyme Briefe. Auch ich habe sie bekommen! Ich weiß nicht, wer sie sind; es sind anonyme Leute. Aber geben Sie doch nicht uns die Schuld, wenn der Rektoratsleiter nicht in Klagenfurt bleiben will, weil seine Frau unter diesen Bedingungen nicht durchhält. — So ist es. Das ist die Wahrheit! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich habe keine Beschuldigung gegen Professoren ausgesprochen, außer, Herr Abgeordneter, daß sie vielleicht zu oft ihren Arbeitsort verlassen. Diese Beschuldigung, wenn es überhaupt eine ist, werde ich aufrechterhalten, denn ich glaube, die erste Aufgabe eines Hochschullehrers ist es, dort zu sein, wo er seine Arbeit aufzubauen hat. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das ist so. Nicht mehr habe ich gesagt!

Ich möchte heute allen danken, die mitgeholfen haben, dieses sehr schwierige Werk in Klagenfurt zu vollenden, soweit zu vollenden, daß heute Studenten dort sind, die ihren Studien nachgehen können. Der Betrieb hat begonnen. Es war ein Kraftakt ohnegleichen, dies durchzubringen. Ich möchte die Gelegenheit wirklich nützen, um allen zu danken, die hier mitgeholfen haben: Das ist zuerst einmal der Beirat der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt, das sind die Herren der OECD, die sich in uneigennütziger Weise bereit erklärt haben, uns behilflich zu sein, das ist Stadt und Land, das ist der Kärntner Studentenbund, der an Studienberatung vieles geleistet hat, und das sind — auch das muß ich hier sagen — meine Beamten, die unter off

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

auch sehr widrigen Umständen ihre Aufgabe erfüllt haben. (*Abg. Dkfm. Gorton: Nur die Professoren nicht!*) Ich danke jenen, denen ich zu danken habe, Herr Abgeordneter! (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Ich sage das in aller Aufrichtigkeit. Ich will auch jenen Professoren gerne danken, die behilflich waren, die Hochschule so weit zu bringen.

Bei der Frage der Verwaltungsreform an den Hochschulen bin ich durchaus Ihrer Meinung, Herr Abgeordneter Dr. Mock. Der Schlüssel zur Reform ist unter anderem die Verwaltungsreform. Wir sind sehr exakt darangegangen, von innen her einmal die Verwaltung der Hochschule zu analysieren, denn wir wissen ja viel zuwenig darüber. Wir sind absolut bereit, durch viele Hilfestellungen seitens des Ministeriums die Verwaltung der Hochschulen zu modernisieren, also einen ersten Schritt zu machen. Ich bin gerne bereit, für die Weiterbildung der Beamten an den Hochschulen, für die eine ganze Menge getan wird — eine Reihe von Beamten geht etwa zu EDV-Ausbildungskursen —, noch mehr zu tun, und zwar so viel zu tun, wie überhaupt nur möglich ist.

Herr Abgeordneter Dr. Mock! Was die Kosten der Organisation betrifft, sind sie ausführlich in den Erläuternden Bemerkungen zum Entwurf der Regierungsvorlage zum Universitäts-Organisationsgesetz von einem Experten erarbeitet worden.

Dem Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi möchte ich bezüglich seines Appells, bei der Finanzierung von Hochschulbauten andere Wege zu gehen, noch einmal sagen, daß wir diese Probleme sehr ernstlich in Erwägung ziehen und daß vor allem die Frage der Vorfinanzierung doch in einem Maße angegangen wird, wie es bisher nicht der Fall war.

Ich glaube auch — so wie Dr. Scrinzi gesagt hat —, daß wir durch eine Studentenberatung, durch eine Berufsberatung und eine Studienanleitung für die Studenten, sehr viel dazu beitragen können, daß die Studien in jene Richtungen geleitet werden, wie sie die Gesellschaft braucht. Hier ist eine konzertierte Aktion aller Beteiligten nötig. Wir gehen daran, die Kurzstudien, die berufsbildenden höheren Schulen, die Akademien und Kollegs auch mit den Bedürfnissen der Hochschulen als eine Ergänzung, als einen Komplementärbedarf beider Institutionen abzustimmen.

Ich höre mit großer Freude, Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi, daß Ihre Fraktion den dringenden Wunsch hat, das UOG einmütig zu beschließen. Was an mir liegt, das soll dazu geschehen, um es möglich zu machen.

Die Autonomie der Hochschule ist bei Lehre und Forschung absolut gewahrt, und soll es auch sein. Auch das neue Hochschul-Organisationsgesetz, das Universitäts-Organisationsgesetz, sieht nichts anderes vor. Denn die Freiheit der Wissenschaft, meine Damen und Herren, ist ein so unabdingbares Postulat sozialdemokratischer Politik, daß ich darüber überhaupt kein Wort verlieren möchte. Wir lassen uns hier nicht in die Defensive drängen, sondern wir betonen nochmals und immer wieder, daß das eine Forderung ist, die zuerst von Sozialisten unabdingbar ausgesprochen wurde. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte keinen Vorgriff auf die UOG-Debatte machen und daher dem Herrn Abgeordneten nur sagen, daß ich in weiten Bereichen mit seinen Thesen konform gehe, wie etwa, daß die Mitbestimmung nur ein Teil, aber doch ein sehr wesentlicher, der Hochschulreform ist. Ich glaube auch daran, daß man die Hochschulreform nicht gegen die Hochschulen machen kann, sondern für sie, und vor allem mit ihnen. Das ist genau das, was wir bisher versucht haben und auch weiterhin versuchen werden.

Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Doktor Kaufmann sagen, daß ich ihm nicht zustimmen kann, daß die Kunsthochschulen, die Museen und der Denkmalschutz Außenseiter oder Stiefkinder sind. Ganz im Gegenteil! Ich darf vielleicht darauf aufmerksam machen, daß es zum ersten Mal überhaupt in der Zweiten Republik der Fall ist, daß man sich sehr ernstlich der Museen, des Denkmalschutzes und auch der Kunsthochschulen annimmt. Und das ist wohl etwas, was ich bei aller Bescheidenheit für mich in Anspruch nehmen kann: daß ich sehr wohl viel dazu beigetragen habe, die Probleme dieser wichtigen Institutionen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken.

Daß hier manches fehlt, das weiß niemand besser als ich selbst. Daß die Kritik der Öffentlichkeit und Ihre Kritik dann einsetzen, bedeutet nicht, daß heute weniger geschieht als früher, sondern im Gegenteil, daß heute etwas geschieht, während es früher nur *verschwiegen* war. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich darf zu den Musik- und Kunsthochschulen vielleicht folgendes noch sagen: Es stimmt auch hier nicht, daß die Hochschulen verschuldet sind. Sie sind nicht verschuldet, sie können auch gar nicht verschuldet sein.

Ich gebe gerne zu — und das ist die einzige Schwäche, die ich zugeben will, weil ich sie selber als eine solche empfinde —, daß das Kunsthochschul-Studiengesetz noch nicht absolviert ist. Es konnte noch nicht zustande gebracht werden. Das ist ein so schwieriger

8708

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 6. Dezember 1973

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Prozeß, daß selbst alles Drängen nichts nützt. Man muß es durchstehen. Man muß mit Geduld und Ruhe zu koordinieren versuchen, auch wenn es länger dauert. Aber ich gebe gerne zu, daß es ein echter Mangel ist, dieses Gesetz noch nicht zu haben.

Was die Musikhochschule Graz betrifft, so liegt die Verzögerung des Neubaus keineswegs auf Seite der Wiener Stellen und schon gar nicht bei meinem Ressort. Ganz im Gegenteil! Wir waren es, die hier ganz besonders dringlich geworden sind. Im Augenblick wird der Bau dadurch verzögert, daß zwar der Vertrag abgeschlossen ist, die Steiermärkische Landesregierung aber die Finanzierung — sie muß ja den Vertrag ablösen — durch eine Finanzanleihe sichern will und um die Genehmigung beim Finanzministerium vor wenigen Tagen eingekommen ist. Das ist das einzige Hindernis für den Baubeginn. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Hauser.*) Das tut mir aber leid, das hat nichts genützt!

Beim Lande Steiermark hat es trotzdem immer wieder Verzögerungen gegeben. Ich kann es sagen, weil ich sie selber immer wieder empfunden habe, nachdem ich zu einem großen Teil die Gespräche persönlich geführt habe. Die Verzögerungen waren auf der steirischen Seite, während von unserer Seite unentwegt gedrängt worden ist weiterzukommen. (*Abg. Dr. Gruber: Das ist keine Landesangelegenheit!*) Das ist schon eine Landesangelegenheit, und zwar in dem Sinne, daß man aus dem alten Vertrag kommen will. Die Vereinbarung war, daß die Ablöse dadurch erfolgt, daß der Bau dort finanziert wird.

Ich will darauf nicht noch näher eingehen, doch kann ich Ihnen versichern — und wenn Sie sich erkundigen, werden Sie von steiermärkischer Seite selber her hören, daß es so ist —, daß diese Zusammenhänge bestehen.

Was die Museen betrifft, meine sehr geehrten Damen und Herren: Der Herr Redakteur Roschitz ist sicherlich ein sehr guter Kunstkritiker, aber er ist nicht unbedingt Musealexperte. Ich habe die Probleme der Museen immer sehr ernst genommen, und ich glaube, daß sie sicherlich höhere Mittel notwendig haben. Das ist keine Frage! Aber bisher hat sich um die Museen überhaupt niemand gekümmert. Das ist ein Fall, bei welchem wieder seit Kaiser Franz Josefs Zeiten überhaupt nichts gemacht wurde. Ich darf das noch einmal versichern. Ich habe mit jedem einzelnen Museumsdirektor ... (*Widerspruch des Abg. Dr. Gruber.*) Ja, so ist es aber! So ist es, leider! Das ist mein ganzes Elend. In der Zwischenzeit ist nichts gemacht worden. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Alles verlangt man jetzt auf einmal! (*Abg. Dkfm. Gorton: Seit Kaiser Franz Joseph!*) Ja, so ist es!

Gar so schlecht ist es aber nicht, wie manches Mal manche Direktoren der Museen klagen. Ich habe vor wenigen Tagen die 19. Ausstellung im Museum für angewandte Kunst in diesem Jahr eröffnet. Ein Museum, das 19 Ausstellungen — sehr schöne und wohlbesuchte — zustande bringt, kann so „elend“ nicht dran sein. (*Zwischenruf des Abg. Doktor Gruber.*) Es ist also nicht so, daß ihnen die Finanzmittel fehlen, sodaß sie nichts machen können.

Im Gegenteil, die Aktivitäten haben sich ganz gewaltig gesteigert: natürlich durch die Aktion der Beamten, der Direktoren und ihrer Mitarbeiter, aber sie wurden doch auch sehr ermuntert durch mein Ministerium. Alle ihre Aktivitäten werden geschätzt und gefördert, soweit wir das können. Vergessen Sie nicht, daß dieser psychologische Effekt doch auch außerordentlich starke Wirkungen hat.

Denkmalschutz: Ich will nicht sagen, was ich in den Fragen des Denkmalschutzes übernommen habe. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Ja, selbstverständlich, so ist es aber. Die Denkmalschutzgesetznovelle fordern Sie vehement von mir. Der Entwurf ist von den Beamten her fertig, aber ich gestehe, es bestehen noch ungelöste Probleme. Mir paßt der Entwurf noch nicht. Ich glaube, daß damit noch nicht alle Probleme gelöst sind.

1970 hat noch kein Mensch davon gesprochen, wie dringend notwendig eine Novelle zum Denkmalschutzgesetz ist. Seit den zwanziger Jahren hat kein Mensch davon geredet. 1973 aber, jetzt, in dem Augenblick, in dem ich den Entwurf mit meinen Beamten ins Gespräch gebracht habe, in diesem Augenblick erscheint der Vorwurf, es sei noch nicht erledigt.

Eines wird sicher kommen: Die Spekulationen mit dem passiven Denkmalschutz werden beendet werden. Das ist sicher. Und das scheint mir das wichtigste zu sein. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) So rasch vollziehen sich solche Entwicklungen nicht, daß man im Jahre 1970 noch nichts davon gehört hat und nichts brauchte, aber 1973 sagt, es sei allerhöchste Zeit dafür. So schnell gehen Entwicklungen nicht! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Abgeordneter Dr. Kaufmann! Überall gibt es eine erste und eine zweite Instanz; auch hier. Gottlob, auch hier! Das Ferstel-Haus auf der Freyung, dieses Ensemble stünde zum Beispiel nicht mehr, wenn es nicht eine zweite Instanz gäbe, sondern es wäre nach dem Willen der ersten Instanz der Spitz-

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

hacke zum Opfer gefallen. Denkmalschutz ist nicht eine Frage der Mittel, sondern auch eine Frage der Einstellung und der Verteilung.

Aber, meine Damen und Herren, es gibt eine Konkurrenz der Interessen, die uns echt in ein Dilemma führt. Auch das gestehe ich Ihnen sehr offen. Ich wiederhole die Frage, die ich bei der Konstituierung des Nationalkomitees für das Denkmalschutzjahr gestellt habe: Wir werden zu überlegen haben, wieviel wir für die Zukunft und wieviel wir für die Vergangenheit zu geben bereit sein werden. Das wird immer wieder eine echte Gewissensfrage sein, die gerade im Zusammenhang mit dem Denkmalschutz an uns herantritt.

Dem Herrn Abgeordneten Dr. Fischer darf ich nur ergänzend zu seinen legislativen Aufzählungen noch sagen, daß die Regierungsvorlage für ein Tierversuchsgesetz schon im Parlament ist und zu jenen Vorlagen gehört, die der Behandlung harren, daß der Entwurf für ein Hochschullehrer-Dienstrecht vor der Aussendung steht und daß auch der dritte Forschungsbericht, der nunmehr zur Behandlung kommt, vor dem Abschluß steht. Wir werden also gleichzeitig drei Forschungsberichte im Hohen Hause vorliegen haben.

Dazu habe ich hier im Hohen Haus eine ganz große, eine einzige Bitte vorzubringen: diese Bitte betrifft die Termine. Wir werden nicht nur das UOG sehr intensiv zu behandeln haben, sondern auch das Juristengesetz wird in Kürze wahrscheinlich in einem Unterausschuß zur Behandlung kommen müssen; es verlangt eine ebenso dringliche und intensive Behandlung. Dies gilt auch für das Tierversuchsgesetz und für das Denkmalschutzgesetz.

Dem Herrn Abgeordneten Professor Ermacora möchte ich folgendes sagen: Ich möchte nicht noch einmal auf die dringliche Anfrage zurückkommen, die bezüglich der von den Hochschulen angedrohten Sperre im Herbst wegen der Verwaltungsaufwendungen gestellt wurde. Ich habe den Gehalt dieser Aktion auch vor dem Hohen Haus charakterisiert, und ich möchte nicht noch einmal darüber reden.

Ich habe aber schon betont: Niemand mußte zusperren. Es ist genauso gekommen, wie wir es vorausgesagt hatten. Die Monatsdotation war jedesmal vorhanden. Es gibt keine Schulden an den Hochschulen! In diesem Zusammenhang darf ich nur noch sagen, daß wir begonnen haben, den Verwaltungsaufwand zu sanieren, der bisher ganz schwer unterdotiert war.

Ein sehr ernster Vorwurf, Herr Abgeordneter Professor Ermacora, ist, daß Sie sagen: Politik mit diesem Geld. Das ist ein gewichtiger Vorwurf, den ich nicht im Raume stehen lassen will.

Selbstverständlich ist Forschungspolitik Gesellschaftspolitik. Forschungspolitik ist ein integraler Teil der Gesellschaftspolitik. Das ist nichts Anrüchiges, das ist heute fast eine Platitüde. Wir haben die Forschung in den Dienst einer offenen Gesellschaft, einer pluralistischen, demokratischen und sozialen Gesellschaft gestellt, und zwar sowohl die universitäre Forschung wie die außeruniversitäre Forschung.

Vom Ford-Institut, das Institut für Höhere Studien und wissenschaftliche Forschung, glauben Sie, daß es eine „rote Kaderschmiede“ ist. Das ist das gleiche wie Ihre seinerzeit behaupteten „roten Zellen“, Herr Professor Ermacora. Der Präsident dieses Institutes ist der ehemalige Finanzminister Dr. Schmitz, und der Herr Professor Bruckmann war bis vor kurzer Zeit der leitende Direktor dieses Institutes. Sie werden doch nicht meinen, daß diese beiden einer „roten Kaderschmiede“ vorstehen werden! *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Aber schauen Sie sich doch an, wer dort im Kuratorium sitzt! Das sind Leute dieser Richtung und jener Richtung. Eine „rote Kaderschmiede“ im Ford-Institut zu sehen, ist wirklich ein Maß an Verdächtigung, Herr Professor Ermacora ... *(Abg. Dr. Ermacora: Nennen Sie doch einige Mitarbeiter!)* Aber Sie können die ganze Liste haben! Wenn ich im Finanzausschuß ärgerlich war, dann deshalb, weil Sie mir unterstellt haben, daß ich alle Namen der jungen Leute, die dort arbeiten, auswendig kennen soll. Ich denke doch nicht daran ... *(Ruf bei der ÖVP: Prominente!)* Welche Prominenten? Dort gibt es keine Prominenten. Dort gibt es postgraduale Studenten und Studentinnen, aber keine Prominenten. Das sind Leute, die dort studieren und ihr Studium fortsetzen — unter der Präsidentschaft des Herrn Finanzministers a. D. Schmitz und unter der seinerzeitigen Leitung des Professors Bruckmann.

Es gibt keine „rote Kaderschmiede“. Mit diesem Geld, mit Forschungsmitteln werden keine „roten Kaderschmieden“ finanziert. Ich wende mich gegen diese Verdächtigung, Herr Professor Ermacora, gegen die Verdächtigung der Manipulation, mit aller Kraft! Ich werde diesen Vorwurf zurückweisen, und ich möchte Sie bitten, mir einen einzigen Fall zu nennen, wo ich aus politischen Gründen irgend etwas mit Forschungsmitteln manipuliert habe! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich habe ganz im Gegenteil hier im Hohen Hause Schwierigkeiten gehabt, weil ich den Begriff „Freiheit der Wissenschaft“ so verstehe, daß ich, wenn ich einmal einen Forschungsauftrag vergeben habe, dem, der forscht und der ihn ausarbeitet, völlig freie

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Hand, völlige wissenschaftliche Freiheit lasse. Ich habe hier Vorwürfe zu erdulden gehabt, daß in einem Fragebogen Fragen enthalten waren, die Ihnen nicht genehm waren. Ich habe niemals kontrolliert, was bei einer Untersuchung, die in meinem Auftrag von einem freien wissenschaftlichen Institut durchgeführt wird, in den Fragebogen kommt. So werde ich es auch in Zukunft halten. Das ist Freiheit der Wissenschaft! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie sagen: Ich habe die Forschungsaufträge im Griff. Ich habe die Forschungsaufträge soweit im Griff, daß ich sagen kann: Jawohl, den vergeben wir, den vergeben wir nicht — aber nach objektiven Gutachten, Herr Professor Ermacora! Ich lege sehr großes Gewicht darauf — da können Sie jeden einzelnen Beamten fragen —, daß jeder Forschungsauftrag zuerst objektiv von Forschern begutachtet wird, die mir dann sagen, ob der Forschungsauftrag, wie er vorgeschlagen ist, in Ordnung oder nicht in Ordnung ist. Zahlreiche Professoren haben als Gutachter hier schon fungiert. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Welche Anfragenflut? Ich weiß nichts von einer Anfragenflut, die ich nicht beantwortet hätte.

Ich habe Hunderte Anfragen kürzlich im Budgetausschuß beantwortet. Ich habe seitens lange Aufstellungen über die Auftragsforschung und die Expertengutachten gemacht, die dem Parlament übermittelt wurden. Ich habe völlige Transparenz gegeben bei allem, was die Forschung angeht, denn ich bin bereit, dem Hohen Haus volle Transparenz zu geben. Hier liegen alle Publikationen. Sie sind griffbereit, jeder kann sie sich nehmen. Auch durch Vorworte volle Transparenz, Herr Professor Ermacora, denn ich will meine Einstellung zu den Problemen, die wir im Zuge der Auftragsforschung behandeln, nicht verschweigen.

Höchste Transparenz zu geben bin ich bereit, aber auch höchste Transparenz zu fordern! Das sage ich auch. Aus diesem Grunde glaube ich, daß jeder Vorwurf, der sich auf mein Ressort bezieht, daß irgend etwas nicht völlig korrekt und ordnungsgemäß — auch im wissenschaftlichen Sinne — durchgeführt wird, in die Leere geht.

Ich gebe gerne zu, daß ich auch Bereiche fördere oder zu fördern versuche, die bisher nicht ganz im gleichen Maße gefördert wurden; etwa nicht ganz konventionelle Forschungen. Das ist mit eine der Aufgaben.

Ich gebe gerne zu, daß wir im Bereich der Koordination vielleicht noch nicht jenes Maß erreicht haben, das wünschenswert ist, aber zu koordinieren ist eine sehr schwierige Auf-

gabe, die mit Geduld und Vorsicht und echter Kenntnis der internen Strukturen erfolgen muß.

Wir haben auf der interministeriellen Ebene völlige Koordination und Kooperation erreicht. Das Ergebnis ist eine Abstimmung der Ressortforschungsvorhaben untereinander, auch gemeinsame Projekte, und wir haben ein Mehrphasenprogramm ausgearbeitet, das auch zum Beispiel die Koordination mit den Länderforschungsvorhaben und Länderförderungen anstrebt. Wir gehen hier schrittweise vor, und ich darf sagen, daß gerade das letzte Jahr auf diesem Gebiet einen sehr großen Fortschritt gebracht hat.

Dem Herrn Abgeordneten Dr. Stix darf ich sagen: Was den Forschungsblock betrifft, so ist dieser eine Einrichtung, die schon auf einige Jahre zurückgeht. In den Budgetverhandlungen wird auf Beamtenebene ein solcher Forschungsblock erstellt, und er dient den natürlich nur größere Sonderforschungsbereiche verwaltenden Ministern als eine Entscheidungsgrundlage auf ihrer Ebene, auf Minister- und Regierungsebene, weil er die Koordinationspunkte und -zusammenhänge zwischen den von mehreren Ressorts verwalteten Mitteln aufzeigt. Er hat keine selbständige Funktion — das sei betont —, sondern er ist ein wichtiges Hilfsmittel für die Entscheidung der einzelnen Minister und ein wichtiges Mittel zur Koordination der Ministerien untereinander.

Mehr materielle Mittel für die Forschung wären zweifellos notwendig. Die Frage des Forschungsbewußtseins, Herr Abgeordneter Dr. Stix, ist uns, seit die Forschungskonzeption in Zusammenarbeit mit den Experten der OECD erstellt wurde, als einer der wichtigsten Punkte bei der Förderung der Forschung erschienen. Das war auch der Grund, warum dies einer der ersten Forschungsaufträge war, der vom IFES-Institut durchgeführt wurde.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Herrn Professor Ermacora noch darauf aufmerksam machen, daß die in dieser Studie vertretenen Meinungen keineswegs die des Ressorts sind, sondern daß es sich hier um eine Meinungsbefragung handelt und die Meinungen der Befragten wiedergegeben werden! *(Abg. Dr. Ermacora: Das ist nicht überprüfbar und nicht ausweisbar!)* Natürlich! Das sind die Ergebnisse einer Meinungsbefragung. Es steht ausdrücklich drinnen, Herr Professor, daß es sich um eine Meinungsbefragung handelt und nicht etwa um die Meinung des Ressorts oder einer verantwortlichen Stelle. Das muß ich sehr nachdrücklich noch einmal betonen.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Ich bin sehr erfreut, daß der Herr Abgeordnete Dr. Stix die Anregung eines Forschungs-Organisationsgesetzes gebracht hat. Ich werde all das, was er etwa über die Notwendigkeit der Energieforschung und der Forschungen auf dem Gebiet unkonventioneller Energie gebracht hat, zur Debatte stellen.

Die Geologische Bundesanstalt wird neue Aufgaben erhalten, was allein dadurch zum Ausdruck kommen wird, daß die Spitze der Geologischen Bundesanstalt nach Pensionierung des sehr verdienten jetzigen Leiters anders gestaltet werden wird, nämlich, daß es mehr Möglichkeiten auch ins Ausland hin geben wird, Kontakte aufzunehmen.

Dem Herrn Abgeordneten Dr. Bauer darf ich noch mit der nötigen Klarheit folgendes sagen: Herr Abgeordneter Dr. Bauer! Es gibt sehr viele Probleme im Wiener Raum, was die Hochschule betrifft. Die Hörsaalsituation ist sicher sehr schwierig, aber auch sehr differenziert.

Ich möchte schon auf die Fakten hinweisen, die im Zusammenhang mit der Netzkartenauseinandersetzung so eindeutig bekanntgeworden sind: Tausende Inskribierte an einem Institut, bei dem dann die Vorlesung abgesagt werden mußte, weil überhaupt kein Student gekommen ist! (*Abg. Minkowitsch: Ah so?*) Sie mußte abgesagt werden, weil kein Student dort war; es waren aber Tausende Inskribierte.

Man kann also nach den Inskriptionszahlen allein den Hörsaalbedarf und die Raumbedrängnis nicht ausschließlich feststellen, sondern man muß den Raumbedarf differenziert überprüfen. Und das ist eine schwierige Aufgabe.

Aber was ich wirklich nicht verstehe, das ist Ihre Einstellung, Herr Abgeordneter Dr. Bauer, die Sie immer wieder im Zusammenhang mit Wiener Hochschulinstituten deponieren.

Ich weiß sehr gut, daß zum Beispiel die Frage Zoologieinstitut im Sternwartegelände von Ihrer Seite — wie soll ich sagen? — ein wenig behindert worden ist und daß es zum wesentlichen Teil doch auch darauf zurückzuführen ist, daß diese alte Planung — und es handelt sich um eine alte Planung — nicht zustande gekommen ist.

Ich höre jetzt Ihren Einspruch bei der Planung Sensengasse, die auch eine grundsätzlich lange zurückliegende Planung ist. Es wird also nicht möglich sein, daß man, wenn immer ... (*Abg. Dr. Bauer: Die Planungen einmal transparent machen, Frau Minister!*) Diese sind ganz transparent! Transparenter dadurch, daß ich sie im Parlament ausdrück-

lich bekanntgegeben habe. Transparenter kann ich es schon nicht mehr machen! Ich habe sie seinerzeit bekanntgegeben, und jedesmal, wenn über Bauvorhaben gesprochen wird, wird das im Parlament wiederholt.

Ich kann Ihnen aber auch nicht versprechen, Herr Abgeordneter Dr. Bauer, daß ich jedesmal persönlich schaue, ob an einem bestimmten Bauplatz gerade gearbeitet wird oder nicht. Ich habe das jetzt x-mal gemacht, aber das ist etwas, das wirklich nicht zu bewältigen ist.

Der Generalplan ist erarbeitet, die Projekte, die in Bau sein werden, sind bestimmt. Es sind gar nicht wenige, die in Wien fertiggestellt wurden oder in Bau sind.

Ich darf nur darauf hinweisen, was in den letzten Jahren fertiggestellt wurde: Etwa der Verfügungsbau in der Währinger Straße 17, die Biochemie, weiters, daß in der Währinger Straße 38 aufgestockt, daß das Sportzentrum Schmelz fertiggestellt, daß das Haus Schottenring 21 gekauft wurde — alles in diesem Jahr! —, daß in der Technischen Hochschule der erste Abschnitt des Chemiehochhauses eröffnet wurde, daß wir das Elektrotechnische Institut in der Gußhausstraße eröffnen konnten und auch die Planungen der Freihausgründe im Gange sind.

Es sind eine Reihe von angekauften Häusern adaptiert und zahlreiche Anmietungen vorgenommen worden.

Die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik hat einen Zubau erhalten. In Bau ist das Tierzuchtinstitut in Himberg für die Universität Wien, das Juristenhaus ist in Bau. Für die Hochschule für Bodenkultur haben wir ein ganz großes Bauvorhaben in Ausführung. An der Hochschule für Welthandel sind eine Reihe von Zubauten in Arbeit, und ein zukunftsweisendes Bauvorhaben am Gelände des Franz-Josefs-Bahnhofes ist in Planung. Ich will die Liste nicht noch ergänzen mit dem, was sonst noch alles in Planung und in Ausführung ist.

Man kann nicht sagen, daß in Wien nichts geschieht; in Wien geschieht für die Hochschulen sehr viel. Wir haben einen Generalplan für einen zweiten Hochschulstandort erarbeitet und gehen daran, mit der Gemeinde Wien diese Fragen zu lösen. Wir haben durch den Klinikbau für das Allgemeine Krankenhaus im nächsten Jahr allein 290 Millionen Schilling an Bauaufwand. (*Abg. Dr. Gruber: Vertragliche Verpflichtungen!*) Sicher sind es vertragliche Verpflichtungen. Aber es sind 290 Millionen Schilling im Jahr, die allein für diesen Neubau ausgegeben werden.

Wir können die Anforderungen nicht so überziehen, daß für anderes nichts übrig-

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

bleiben würde. Das sage ich ganz offen auch im Zusammenhang mit den Fragen der Freifahrten für Studierende. Es waren nicht angebliche Mißbräuche, es waren schon recht nachweisliche Mißbräuche. Ich habe sie nicht allzu ernst genommen. Das kommt bei Studenten vor. Aber sie haben uns immerhin 52 Millionen Schilling gekostet, und das ist auch keine Kleinigkeit.

Ich selbst habe mich eingeschaltet, um die Situation ein wenig zu erleichtern, und vielleicht gelingt es, auch noch eine Lösung zu finden, die den Studenten mehr entgegenkommt als die jetzige. Ich habe mit dem Herrn Bürgermeister von Wien und mit anderen maßgeblichen Persönlichkeiten über die Möglichkeit gesprochen, einen Null-Tarif für Studenten auf der Straßenbahn zu prüfen. Viele haben mir mit der Frage geantwortet: Und die Lehrlinge? Sind das nicht junge Leute, denen man auch behilflich sein müßte? Bei allem Nachdenken über Hilfe für die studentische Jugend ist das schon eine Gewissensfrage, die sich an mich richtet. Wir können keine neuen Privilegien schaffen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Das gilt, meine Damen und Herren von der Opposition, für das ganze Budget schlechthin. So sehr ich mit großem Nachdruck bemüht bin, für Wissenschaft und Forschung, für die Hochschulen und für alles, was in der Kompetenz dieses Ressorts ist, mehr Mittel zu bekommen, die gesamten, alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche berücksichtigenden Blickpunkte darf ich dabei nicht vernachlässigen. Auch deshalb nicht, weil nach meiner echten Überzeugung Wissenschaftspolitik ein integraler Teil der Gesellschaftspolitik ist. Aber das wirkt nach zwei Seiten hin: für die Wissenschaftspolitik, aber auch für die Gesellschaftspolitik.

In diesem Sinne bin ich nicht in der Lage, Ihnen zu sagen, daß ich finde, daß das Budget, das diesmal vom Parlament für diesen wichtigen Bereich unserer gesellschaftlichen Tätigkeit, für Wissenschaft und Forschung, gewährt werden wird, zu klein ist. Angesichts unserer Gesamtsituation und der gesellschaftlichen Bedürfnisse, die sich in anderen Bereichen ergeben, muß ich darauf beharren zu sagen: Die Priorität, die diesem Kapitel in der Regierungserklärung eingeräumt wurde, ist auch mit diesem Budget absolut und ganz gesichert. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Probst: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Gruber.

Abgeordneter Dr. Gruber (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich mich doch mit einigen Worten mit

den Ausführungen der Frau Bundesminister beschäftige.

Frau Bundesminister! Ich möchte zunächst feststellen, daß der Abgeordnete Ermacora Ihnen nicht den Vorwurf gemacht hat, daß Sie mit Ihren Mitteln manipulieren. Aber Sie werden verstehen, daß die Opposition es sich nicht nehmen lassen kann, immer wieder zu kontrollieren, daß solche Auseinandersetzungen, wie wir sie heute haben, auch dieser Kontrolle dienen, daß wir uns dieses Recht natürlich auch nie nehmen lassen und daß wir unter Umständen eben auch dort eine Transparenz herbeiführen, wo sie nicht von Anfang an schon gegeben ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Frau Bundesminister! Sie können uns nicht weismachen, daß diese Transparenz immer vorhanden ist. Ich glaube, es ist sehr oft notwendig gewesen, daß wir hier nachgestoßen haben. Wir sind mit den Antworten, die wir erhalten, nicht immer zufrieden.

Wenn Sie aber die Dinge so darstellen, daß die Freiheit der Wissenschaft zuerst von den Sozialisten oder Sozialdemokraten vertreten wurde, dann, Frau Bundesminister, muß ich doch wohl sagen: Im Jahre 1867 wurde dieser Grundsatz in das Staatsgrundgesetz aufgenommen, zu einer Zeit, in der die Sozialdemokraten wirklich noch nicht maßgeblich die Politik bestimmt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist überhaupt ein Charakteristikum, daß man sich von Ihrer Seite heute mit Federn schmückt, die Sie von anderen Hüten bedenkenlos herunternehmen. Ich muß schon sagen, Frau Bundesminister, gerade Ihre Äußerung: Ich und der Kaiser Franz Joseph, wir sind die einzigen, die für die Universitäten oder für die Museen oder für den Denkmalschutz etwas getan haben!, wird von der Öffentlichkeit doch wirklich nicht ganz ernst genommen werden können. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)* Es sei denn, Sie versetzen sich selbst mit Ihrer Geisteshaltung in das vorige Jahrhundert.

Frau Bundesminister! Ihre Äußerungen zur Frage Klagenfurter Hochschule konnten uns nicht befriedigen. Daß Sie einfach hier erklären, die Vorwürfe an das Ministerium gehen ins Leere, das verstehe ich, das konzediere ich ohne weiteres. Daß Sie aber im gleichen Atemzug Vorwürfe an eine andere Personengruppe erheben, das können wir Ihnen nicht abnehmen. Sie bedanken sich bei sozialistischen Organisationen und attackieren im gleichen Atemzug die Professoren, die sich dort wahrscheinlich auch bemüht haben, wenn sie auch nicht alles erreicht haben, was man von ihnen erwartet hat. Frau Bundesminister!

Dr. Gruber

Das ist eine Vorgangsweise, mit der wir uns, wie ich gesagt habe, nicht einverstanden erklären können.

Wenn hier das Denkmalschutzgesetz erwähnt und wenn gefragt wurde: Warum können wir uns mit dem Denkmalschutzgesetz noch nicht beschäftigen?, dann ging der Vorwurf nicht dahin, daß so lange kein Denkmalschutzgesetz ausgearbeitet wurde, sondern der Vorwurf ging dahin, daß Sie immer wieder ankündigen und immer wieder ankündigen und daß diese Termine dann nicht eingehalten werden. Das ist es ja, was uns zur Kritik veranlaßt, und da müssen Sie wohl auch Verständnis haben.

Frau Bundesminister! Sie haben erklärt, mit dem passiven Denkmalschutz wird es ein Ende haben. Gut, einverstanden! Ich sage Ihnen aber von unserer Seite her: Ein Denkmalschutzgesetz, das nur Vorschriften bringt, ohne zu sagen, wie dann die Finanzierung durchgeführt wird, ist für uns indiskutabel. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch einmal zurück zur Klagenfurter Hochschule. Ich darf die Kritik des Kollegen Mock noch einmal aufgreifen, warum eine Studienrichtung Philosophie, Pädagogik und Psychologie als Lehramtsstudium eingerichtet wurde. Frau Bundesminister! Es ist doch völlig klar, daß an einer Bildungswissenschaftlichen Hochschule auch Pädagogik und Psychologie gelehrt werden müssen. Aber ob es noch zu einer eigenen Studienrichtung für das Lehramt dort kommen muß, ist auch von Ihnen nicht einsichtig gemacht worden, diese Frage bleibt nach wie vor im Raum stehen.

Sie sind auch auf die Studienberatungen eingegangen und haben sich in dem Zusammenhang mit der Frage eines Akademikerüberflusses beschäftigt.

Frau Bundesminister! Wir sind es ja nicht allein, die diese Frage heute diskutieren, sondern wenn Sie die „Sozialistische Korrespondenz“ lesen, werden Sie bemerkt haben, daß auch der Herr Bundeskanzler sich mit dieser Frage beschäftigt hat. Er hat fast wie eine Neuigkeit der Öffentlichkeit verkündet, daß sich nun die Regierung auch mit der Frage beschäftigen wird, ob man denn tatsächlich so viele Akademiker braucht beziehungsweise wie viele man braucht. Sie haben ja vor Jahren im Hochschul-Bericht angekündigt, daß eine Bedarfsanalyse erstellt werden wird. Diese Bedarfsanalyse ist bis jetzt nicht da. Es nimmt mich nicht wunder, wenn der Herr Bundeskanzler ungeduldig wird, wenn Sie Ihr Versprechen nicht einlösen und er Sie in der Öffentlichkeit daran gemahnen muß.

Sie dürfen also die Dinge nicht so darstellen, als ob nur die Opposition vom Akademikerüberfluß redet. Der Herr Bundeskanzler und auch der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede haben dieses Problem aufgegriffen.

Er sagte: „Bildungseinrichtungen und Bildungsinhalte müssen auch auf den Bedarf der Gesellschaft und Wirtschaft hin ausgerichtet sein. Eine Bildungspolitik, die losgelöst vom konkreten Bedarf Österreichs an beruflichen Qualifikationen ist, würde zum Beispiel lediglich den Trend zur Ausbildung von Akademikern verstärken, die entweder zur Emigration oder zur Ausübung nicht qualifikationsgemäßer Berufe im Inland gezwungen wären.“

Das ist eine ganz andere Auffassung, Frau Bundesminister, als die, die Sie jetzt gerade von der Regierungsbank aus vertreten haben. Ich würde also raten, daß Sie sich einmal mit dem Herrn Bundeskanzler und mit dem Herrn Finanzminister zusammensetzen und daß Sie uns nachher mitteilen, was die sozialistische Regierung uns zu der Frage Akademikerbedarf, Akademikerüberfluß, -ausbildung und so weiter zu sagen hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In dem Hochschulprogramm der Sozialistischen Partei — es ist heute schon zitiert worden — aus dem Jahre 1969 steht nämlich etwas ganz anderes als das, was zum Beispiel der Herr Finanzminister hier gesagt hat. Ich warte darauf, daß Sie auch in diesem Punkt wieder einmal von Ihrem Programm abrücken und dann trotzdem sagen, Sie hätten Ihr Programm und die Regierungserklärung erfüllt.

Ich möchte noch zu einigen Ausführungen des Kollegen Fischer etwas sagen. Der Kollege Fischer hat gemeint: Der Numerus clausus war zur Zeit der ÖVP-Regierung kein Problem, es gab damals dafür einen Numerus socialis. Nun, Kollege Fischer, frage ich Sie: Wieso gibt es in den Jahren 1971, 1972, 1973, wie die Frau Bundesminister erklärt hat, je 7000 Neuzugänge an unseren Hochschulen, wenn es zur Zeit der ÖVP-Regierung an unseren höheren Schulen einen Numerus socialis gegeben haben sollte? *(Beifall bei der ÖVP.)* Dann hätte es ja schon dort die Sperre gegeben, und es hätten dann gar nicht so viele Maturanten den Zugang zu den Hochschulen finden können, wenn der von Ihnen hier zitierte Numerus socialis existiert hätte.

Sie haben also hier wieder einmal mit überholten Schlagworten gearbeitet, wie das ja immer wieder geschieht. Wir erwarten nichts anderes. Ich hätte ja fast darauf gewartet, daß auch noch vom Privilegienabbau und so weiter gesprochen wird. Es ist ja auch in diesem Zusammenhang geschehen.

Dr. Gruber

Ich muß schon sagen: Der Abbau der Hochschultaxen, Herr Kollege Fischer, war nicht das entscheidende Ereignis, um den Zugang zu den Hochschulen zu ermöglichen, sondern das entscheidende Ereignis war, daß die höhere Schulbildung für alle Bevölkerungskreise ermöglicht wurde. Und da können Sie sicherlich nicht bestreiten, daß zur Zeit der ÖVP-Unterrichtsminister auch der entscheidende Schritt getan wurde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie sagten dann: Es ist schwierig, mit der Bildungsexpansion fertigzuwerden. Wir haben gemeinsam — ich sage gar nicht, eine Seite allein —, wir haben gemeinsam in den sechziger Jahren davon gesprochen, daß wir die Bildungsreserven unseres Volkes mobilisieren müssen. Wir haben gemeinsam auch den Besuch von höheren Schulen empfohlen. Ich erinnere daran, daß Aktionen unter dem Titel stattgefunden haben: Mehr Kinder an höhere Schulen!

Wir bekennen uns dazu, und ich glaube, Sie bekennen sich auch dazu. Dann kann man aber die Sache heute nicht so darstellen, als ob die Geschichte des österreichischen Bildungswesens im Jahre Null, sprich 1970, erst begonnen hätte. Das ist doch eine zu einfache und eine ich glaube auch Ihrer Art unwürdige Darstellung, Herr Kollege Fischer, wenn Sie die Dinge so falsch darstellen oder in ein so falsches Licht bringen wollen.

So ist es auch mit Ihren anderen Erfolgsberichten gewesen, die Sie hier vorgetragen haben, noch ergänzt durch einen weiteren der Frau Bundesminister: sie hat sogar noch das Tierversuchsgesetz angeschlossen.

Herr Kollege Fischer! Sie haben gesagt: Friktionsfreie Entwicklung der Gesetzgebung in Fragen Studiengesetze. Sollte denn die sozialistische Regierung das Werk nicht fortsetzen, das die ÖVP so hoffnungsvoll mit dem Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz, mit den Studiengesetzen für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, mit den Studiengesetzen für die technischen Wissenschaften begonnen hat? Es war doch eine Selbstverständlichkeit, daß die anderen Studiengesetze folgen werden, und ich glaube, man müßte geradezu das Argument umkehren: Wäre das nicht erfolgt, dann müßte man der Frau Bundesminister diesbezüglich einen Vorwurf machen. Wir machen ihn ihr nicht, weil sie eben diese Studiengesetze gebracht hat.

Ich sage auch ganz offen, daß das Studiengesetz über die Rechtswissenschaften wohl zu den schwierigsten Materien gehört und daß es nicht verwunderlich ist, daß es als letztes kommt, denn es lag ja auch bereits ein Entwurf unter Minister Piffl fix und fertig vor,

der halt auch sehr heftig kritisiert wurde, genauso wie Ihrer auch kritisiert worden ist.

So ist es auch, wenn Sie, Herr Kollege Fischer, von diesem Pult aus erklären: Wir haben die Studienkommissionen beschlossen. Natürlich haben wir auch noch Studienkommissionen in den neuen Studiengesetzen beschlossen. Sie sollten aber nicht vergessen, daß zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung die Studienkommissionen erstmalig beschlossen wurden, und zwar in einem Vorgriff auf eine künftige Universitätsstruktur. Frau Bundesminister! Ich glaube, Sie erinnern sich noch genau an den Vorgang im Unterausschuß, wo wir damals verhandelt haben. Es war gar nicht so leicht, zu einer Formel zu kommen. Ich muß ehrlich sagen: Rückblickend bewundere ich eigentlich unseren Mut, den wir damals gehabt haben, denn die Diskussion in der Frage der Mitbestimmung war zu dieser Zeit bei weitem nicht so weit gediehen als heutzutage.

Unbesetzte Lehrkanzeln. Herr Kollege Fischer! Es sind heute weniger Lehrkanzeln unbesetzt als im Jahre 1970. Auch zugegeben! Aber heute ist es nicht so schwierig, Österreicher im Inland zu halten, und es ist nicht so schwierig, Österreicher aus dem Ausland zurückzubekommen, speziell aus der deutschen Bundesrepublik, und auch Ausländer nach Österreich zu bekommen, weil sich etwa in der Bundesrepublik die Verhältnisse an den Hochschulen so gestaltet haben, daß jeder Professor gern nach Österreich geht, sogar unter schlechteren Bedingungen, materiell schlechteren Bedingungen, als er sie etwa draußen vorfindet. Das ist also nicht einfach ein Verdienst der Frau Bundesminister. Ich möchte nicht sagen, daß sie sich in dieser Richtung nicht bemüht hat, aber ihr sind auch die Verhältnisse sehr entgegengekommen.

Herr Kollege Fischer! Ich möchte noch zu den Terminen und damit auch grundsätzlich etwas sagen: Der Wissenschaftsausschuß war bisher sicherlich nicht überbeschäftigt. Der Wissenschaftsausschuß hat auch — mir unverständlich, muß ich ehrlich sagen — etwa die Forschungsförderungsberichte nicht verhandelt. Das lag aber nicht an uns. Wollen wir jetzt keinem die Schuld zuschieben. Im kommenden Jahr jedoch wird der Wissenschaftsausschuß sicherlich in gewisse Schwierigkeiten geraten, wenn das Programm, das die Frau Bundesminister angekündigt hat, auch realisiert werden soll.

Wir sind gerne bereit, hier konstruktiv, kooperativ zu arbeiten. Wir müssen aber auch darauf aufmerksam machen, daß die Kollegen, die im Unterausschuß mit dem UOG beschäftigt sind, auch noch andere Unterausschüsse

Dr. Gruber

haben, so wie Sie selbst, Herr Kollege Fischer, ja auch in anderen noch beschäftigt sind. Daher wird es auch hier sinnvoll sein, zu einer Planung der Termine zu kommen. Ich halte es — ehrlich gesagt — nicht für sehr sinnvoll, gleich im Jänner sechs Termine festzusetzen und dann vielleicht wieder eine größere Pause einzuschalten. Mir persönlich wäre es sympathischer, wenn man das in einer etwas ausgewogenen Weise verteilen könnte.

Frau Bundesminister! Aber jetzt zu der grundsätzlichen Frage. Ich erinnere mich nicht, daß wir Gesetze in Fragen der Hochschule in den letzten Jahren — ich möchte sagen, in den letzten Legislaturperioden — nicht einstimmig beschlossen hätten. Ich sage auch ganz offen, daß unsere Fraktion beim Hochschüler-schaftsgesetz dann in dritter Lesung doch zugestimmt hat, nicht zuletzt auch aus der Erwägung heraus, damit der ÖVP nicht der Vorwurf gemacht werden kann, daß sie in einer hochschulpolitischen Angelegenheit den Boden der gemeinsamen Beschlüsse verlasse. Aber das war gewissermaßen auch eine Vorgabe, die wir gemacht haben.

Ich glaube, daß auch von Ihrer Seite die Bereitschaft weiterhin bekundet werden und aufrechtbleiben sollte, diese Materien in einem Geiste der Zusammenarbeit zu erledigen und nicht, so wie wir das in der vergangenen Woche erlebt haben, in einem Geiste der hauchdünnen Mehrheit, einer Mehrheit von 51 Prozent. Ich glaube nicht, daß diese Materie geeignet wäre, mit einer solchen Mehrheit hier verabschiedet zu werden.

Eine Frage noch, Frau Bundesminister, an Sie: Sie haben vor Jahren eine Zusage gemacht — ich glaube mich recht zu erinnern, auch an die Rektorenkonferenz —, daß Sie für eine Sonderfinanzierung unserer Hochschulen eintreten. Kollege Scrinzi hat seinen Plan mit der Hochschulanleihe heute wieder erwähnt. Wir haben von der Hochschul-Milliarde gesprochen. Sie haben von einer Sonderfinanzierung gesprochen. An Ihnen wäre es gewesen, Frau Bundesminister, diesen Weg einer Sonderfinanzierung vorzuschlagen und beim Finanzminister durchzusetzen.

Frau Bundesminister! Sie müssen selber zugeben, daß das, was im kommenden Budget für die Hochschulen drinnen ist, in einem krassen Widerspruch zu Ihrem eigenen Hochschulausbauprogramm steht, denn mit der Jahrestangente 1974 werden Sie die Schere noch weiter aufmachen, die zwischen dem Bedarf und den vorhandenen Mitteln besteht. Ich glaube, daß die Kritik von unserer Seite nicht überspitzt formuliert ist, wenn wir sagen: Hier ist es an Ihnen, nun einen weiteren Schritt zu tun, damit endlich dieses Problem einer Lösung zugeführt wird.

Darf ich mich noch ganz kurz mit einigen Fragen der sozialen Situation unserer Hochschüler beschäftigen. Auf das Problem der Netzfahrkarten ist bereits hingewiesen worden; ich sage gar nichts dazu.

Die dringenderen Probleme sind ja die Probleme der Studentenheime, die Probleme der Mensen, die Probleme der Studienbeihilfen.

Frau Bundesminister! Ich möchte nicht alle Ziffern zitieren, die in einem Memorandum der Österreichischen Hochschülerschaft niedergelegt sind. Das Wohnen für die Studenten wird — ich möchte fast sagen — von Monat zu Monat teurer. Die Steigerungsraten übersteigen von Jahr zu Jahr das, was sonst an Steigerungsraten in unserem Preisgefüge angenommen werden muß. Der Student muß aber das aus den Mitteln bezahlen, die er von seinen Eltern oder als Studienbeihilfe bekommt. Die Studienbeihilfe ist nicht in dem Ausmaß mitgewachsen, wie etwa die Studentenheimpreise gewachsen sind, wie auch die Mensenpreise gewachsen sind.

Ich habe es nicht verstanden, Frau Bundesminister, daß die sozialistische Fraktion im Sommer dieses Jahres nicht mit uns mitgegangen ist, als wir damals das Studienbeihilfengesetz novellieren wollten. Ich habe damals ausdrücklich erklärt, daß die Sätze, die wir vorgeschlagen haben, nicht unabänderliche Daten sind, daß natürlich darüber zu verhandeln ist. Kollege Reinhart hat damals in einer eher verärgerten Art und Weise hier vom Pult aus reagiert und gesagt: Na da sieht man es ja wieder! Die Oppositionspartei will nur lizitieren!, und so fort.

Jetzt ist das Ministerium selbst genötigt, die Novelle ins Haus zu bringen. Die Sätze sind nicht die, die wir vorgeschlagen haben. Aber ich habe seinerzeit schon gesagt: Darüber kann man reden. Die Sätze sind auch nicht so, wie sich das die Studentenschaft vorstellt, denn hier gehen die Auffassungen auseinander.

Sie sagen in den Erläuternden Bemerkungen des Entwurfes, der in die Begutachtung gegangen ist, daß 15 Prozent Preissteigerungen zu verkraften wären. Frau Bundesminister! Vergessen Sie nicht, daß dieses Gesetz frühestens am 1. März in Kraft treten kann, daß die Studenten dann erst noch um eine Erhöhung ansuchen müssen, daß die Zeit bis dorthin schon wieder weiter fortgeschritten ist und daß die Sätze, die dann beschlossen werden, schon wieder zu gering sind, um eine echte Valorisierung darzustellen.

Das ist das Problem, vor dem wir alle paar Jahre stehen. Ich sage Ihnen nochmals: Frau Bundesminister, überlegen Sie doch, ob Sie

8716

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 6. Dezember 1973

Dr. Gruber

nicht den Vorschlag der Hochschülerschaft, den wir aufgegriffen haben, auch aufgreifen, auf eine Dynamisierung oder Valorisierung der Studienbeihilfen in irgendeiner Form einzugehen.

Kollege Reinhart hat mich seinerzeit zitiert, daß ich im Jahre 1969 eine Dynamisierung der Studienbeihilfen abgelehnt hätte. Ja, Kollege Reinhart, rebus sic stantibus war es im Jahr 1969 eher begründet, so etwas abzulehnen, weil wir auch nicht so exorbitante Preissteigerungen hatten wie derzeit. (*Ruf bei der SPÖ: Das ist ja polemisch!*) Nein, das ist nicht polemisch! Wenn einmal die Preise um 8 Prozent pro Jahr steigen, dann werden Sie immer ins Hintertreffen kommen, wenn Sie Jahr für Jahr oder nur alle zwei, zweieinhalb oder drei Jahre die Valorisierung mittels Gesetzes vornehmen. Ich glaube also, daß man hier den geänderten Umständen tatsächlich Rechnung tragen und eine solche Valorisierung anstreben sollte.

Frau Bundesminister! Sie haben vorhin davon gesprochen, daß man keine neuen Privilegien für Studenten schaffen sollte. Wenn es um den Null-Tarif geht, muß man wirklich überlegen, wieso der Student und nicht der Lehrling oder auch der Schüler. Der Schüler hat ihn ja, weil das über den Familienlastenausgleich bezahlt wird. Ich bringe Ihnen aber jetzt das gegenteilige Beispiel: Warum die Unterprivilegierung der Studenten? Warum müssen Eltern, die nach dem Familienlastenausgleich anspruchsberechtigt sind, die Lernbehelfe der Kinder, die an den Hochschulen studieren, selbst berappen oder die Studenten sich das von ihrer Studienbeihilfe bezahlen, während für die anderen, die an unseren Schulen lernen, die Schulbücher gratis sind? Hier ist doch auch ein Unterschied in der Behandlung der Staatsbürger: die einen sind freigestellt, die anderen nicht. Ich würde daher wirklich dringend bitten, daß auch in dieser Richtung etwas überlegt wird.

Ich möchte mich bezüglich Bibliotheken auf gar keinen konkreten Vorschlag festlegen. Es gibt einen Vorschlag, die Bibliotheken auszubauen, damit jeder hingehen und das Buch aus der Bibliothek herausnehmen kann. Das kann höchstens ein langfristiges Programm sein, denn es wird Ihnen nicht möglich sein, unsere Universitätsbibliotheken so rasch auszubauen, daß wir von dem heutigen Stand, wo 2 1/2 Prozent der Studierenden in den Bibliotheken Platz haben, etwa zu den amerikanischen Verhältnissen kommen, wo 30 Prozent in den Universitätsbibliotheken Platz finden.

Ein anderer Weg wäre ein Leihsystem, wonach die Universitätsbibliotheken auch an Studierende Bücher entleihen können.

Ein anderer Vorschlag wäre, ein Bücherpauschale zu gewähren, ähnlich dem, das wir generell für das Schulbuch vorgeschlagen haben. Aber ich nehme an, Sie werden aus ideologischen oder aus sonstigen Gründen diesen Vorschlag a limine ablehnen.

Egal, welchen Vorschlag Sie aufgreifen, ein Vorschlag müßte realisiert werden, weil ich nicht glaube, daß die derzeitige Behandlung der Studierenden auf diesem Gebiet wirklich gerecht und länger vertretbar ist.

Es sind also auf dem Sektor der sozialen Lage unserer Studierenden einige Probleme zur Lösung fällig. Frau Bundesminister! Handeln Sie, aber handeln Sie rasch! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatter ein Schlußwort? — Keines.

Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe XIV beendet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Kapitel 14 mit dem dazugehörigen Konjunkturausgleich-Voranschlag in der Fassung des Ausschlußberichtes ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit; angenommen.

Beratungsgruppe VI

Kapitel 12: Unterricht

Kapitel 13: Kunst

Kapitel 71: Bundestheater

Präsident **Probst**: Wir kommen nunmehr zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VI.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kunststatter. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Kunststatter**: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe VI zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 am 20. November 1973 der Vorberatung unterzogen. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

In dem von der Bundesregierung vorgelegten Bundesvoranschlag 1974 ist für das Unterrichts- und Kunstbudget selbst (Kapitel 12 und 13) ein Gesamtausgabenrahmen von 13.847.440.000 S vorgesehen. Hievon entfallen auf den Personalaufwand 4.049.368.000 S und auf den Sachaufwand 9.798.072.000 S. Gegenüber dem Bundesvoranschlag für 1973 ergibt dies eine Steigerung im Personalaufwand von

Kunsttätter

539,199.000 S, das sind 15,36 Prozent, und im Sachaufwand eine solche von 1.296,727.000 S, das sind 15,25 Prozent.

Die Bundestheater (Kapitel 71) sind mit 838,578.000 S präliminiert.

Im einzelnen stellt sich das Unterrichts- und Kunstbudget (Kapitel 12 und 13) wie folgt dar:

Personalaufwand: Die um 539,199.000 S erhöhten Ansätze auf dem Personalsektor der Kapitel 12 und 13 („Unterricht und Kunst“) sind bedingt durch die Gehaltsautomatik im öffentlichen Dienst sowie durch Personalvermehrungen. Gegenüber dem Vorjahr sind durch die weitere Bildungsexpansion zusätzliche 1477 Dienstposten (1236 Bundeslehrer-dienstposten und 241 Dienstposten der allgemeinen Verwaltung) notwendig geworden.

Im Sachaufwand des Unterrichts- und Kunstressorts ist eine Steigerung um 1.296,727.000 S, und zwar von 8.501,345.000 S im Jahr 1973 auf 9.798,072.000 S für das Jahr 1974 vorgesehen. Die Steigerung beträgt 15,25 Prozent gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr.

Die beim Ansatz 1/120 — „Bundesministerium für Unterricht und Kunst/Zentralleitung“ — veranschlagten Kredite für die Schulraumbeschaffung, für das Hallenbäderprogramm und für das Schülerheimprogramm konnten um 43,11 Prozent gesteigert werden und belaufen sich nun auf 235,734.000 S.

Die Ansätze 1/1272, 1/1273 und 1/1283 — „Lehrer- und Erzieherbildung“ — erfuhren eine Steigerung um 14,41 Prozent und betragen nun 77,241.000 S.

Der Ansatz 1/1270 — „Allgemeinbildende Höhere Schulen“ — erfuhr im Sachaufwand eine Steigerung um 21,38 Prozent auf 218,369.000 S. Die Kredite für das „berufsbildende Schulwesen“ der Ansätze 1/1280, 1/1281 und 1/1282 konnten sogar um 31,91 Prozent auf 261,018.000 S angehoben werden.

Die Steigerung der Kunstkredite von 195,762.000 S im laufenden Jahr auf 221,841.000 S im Jahre 1974 (13,32 Prozent) kommt allen Bereichen, so der Bildenden Künste und Ausstellungen, Musik und darstellenden Kunst, Literatur und Filmwesen, zugute.

Die Sportförderung erfuhr eine Steigerung von 38,415.000 S im Jahre 1973 auf 56,602.000 S im Jahre 1974, das sind 47,34 Prozent. Diese starke Erhöhung ergibt sich auch durch die Bundesbeiträge im Zusammenhang mit der Vorbereitung der XII. Olympischen Winterspiele 1976 in Innsbruck beziehungsweise durch die Ausweitung der Beiträge für den Österreichischen Sportstättenplan.

Einen ganz besonderen Schwerpunkt im Bereiche der Sektion Volkserziehung stellt jedoch für 1974 die Jugendförderung dar. Der diesbezügliche Ansatz 1/12236 Jugendförderung steigt vom Jahr 1973 von 25,623.000 S auf 35,089.000 S für das Jahr 1974. Diese bedeutenden Mittel werden fast zur Gänze für den Österreichischen Bundesjugendplan und damit für die Förderung der Jugend sowie für das Österreichische Jugendherbergswerk zur Verfügung gestellt. Damit ist das Jahr 1974 zum Jahr der Jugend gestempelt.

Auf Grund des Bundesministeriengesetzes, BGBl. Nr. 389/1973, erfolgten Kompetenzverschiebungen zwischen dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst einerseits und zwischen dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst und dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten andererseits. Der Bereich der Schulaufsicht des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens ist in einem eigenen Ansatz, 1/1263, veranschlagt. Hingegen sind die Kredite der Österreichischen Kulturinstitute im Ressortbereich des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten neu veranschlagt.

Von der bei den Bundestheatern (Kapitel 71) vorgesehenen Steigerung von 718,838.000 S im Jahre 1973 auf 838,578.000 S im Jahre 1974 entfallen auf den Personalaufwand 93,328.000 S und auf den Sachaufwand 26,412.000 S.

Die beim Bundesministerium für Bauten und Technik veranschlagten Schulbaukredite betragen 696,820.000 S.

Abschließend darf noch erwähnt werden, daß ein Betrag von 166,192.000 S im Konjunkturbelebungsprogramm des Konjunkturausgleich-Voranschlages für die Kapitel 12 und 13, „Unterricht“ und „Kunst“, vorgesehen ist.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Gruber, Dr. Schnell, Peter, Edith Dobesberger, Harwalik, Professor Radinger, Ofenböck, Haas, Dr. Kaufmann, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Regensburger, Lukas, Dr. Eduard Moser, Dr. Frauscher und Luptowits. Bundesminister Dr. Sinowatz beantwortete ausführlich die an ihn gerichteten Fragen.

Bei der Abstimmung am 22. November 1973 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe VI gehörenden Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

8718

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 6. Dezember 1973

Kunstlätter

Dem Kapitel 12: Unterricht (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag),

dem Kapitel 13: Kunst (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag) und

dem Kapitel 71: Bundestheater

des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 (880 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit der Schulreform 1962 sind elf Jahre ins Land gegangen. Nach diesem Zeitablauf erscheint die Frage berechtigt, welche Erfahrungswerte aus den Entscheidungen der Schulreform 1962 gewonnen worden sind.

Die kritische Haltung der freiheitlichen Fraktion zur Schulreform 1962 ist bekannt. Ich brauche darauf nicht näher einzugehen, halte es aber für notwendig, das Positivste dieser Schulreform doch zu vermerken. Ich sehe den positiven Ertrag der Schulreform 1962 darin, daß ein auf dem Gebiet der Schul- und Kulturpolitik Jahrzehnte in Österreich während der Kultur- und Kirchenkampf damit beendet und daß eine Konsolidierung der Situation vollends erreicht wurde.

Vielleicht war darin begründet, daß die beiden Parteien, welche die Schulreform 1962 beschlossen haben, die Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei, auf Grund eines damals noch vorhandenen Mißtrauens es für notwendig erachtet haben, der gesamten Schulgesetzgebung von der Grundschule bis zur allgemeinbildenden höheren Schule ein Bleigewicht anzuhängen, das bis zum heutigen Tag nicht abgeschüttelt werden konnte; ein Bleigewicht, das eine der entscheidenden Ursachen dafür ist, daß das Bildungswesen unseres Landes nicht dynamisch genug den gesellschaftspolitischen Veränderungen angepaßt werden kann und daß somit dieser Anpassungsprozeß nachhinkt. Ich meine jene Zweidrittelmehrheit, die damals von der Österreichischen Volkspartei und von der Sozialistischen Partei Österreichs postuliert wurde und die heute oft ein Hindernis darstellt, diesen Anpassungsprozeß des Bildungswesens an die gesellschaftspolitischen Veränderungen rasch genug ablaufen zu lassen.

Nun zur Sache selber. Ich wiederhole jene Problemstellung, die ich bereits bei der Behandlung des Budgetkapitels Unterricht und Kunst im Finanz- und Budgetausschuß aufgeworfen habe. Ich stellte dort die Frage und

wiederhole sie heute im Plenum des Nationalrates: Sind unsere bildungspolitischen Strukturen auf Grund der Entscheidungen, die im Rahmen der Schulreform 1962 getroffen worden sind, richtig? Der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst hat bei den Ausschüßberatungen diese Frage positiv beantwortet. Ich wollte damals die Diskussion nicht weiter hinausziehen, erlaube mir aber heute den Gedankenaustausch fortzusetzen.

Im Gegensatz zum Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst vertrete ich die Auffassung, daß vieles an unseren heutigen bildungspolitischen Strukturen falsch ist und daher einer Überprüfung und in vielerlei Hinsicht auch einer Veränderung bedarf. Ich leite ein mit einem überaus harten Vorwurf, den ich aufrechterhalte.

Herr Bundesminister! Können bildungspolitische Strukturen richtig sein, die praktisch vom Beginn der Schulbahn an bis zur Matura den Nachhilfeunterricht zur Voraussetzung für die Erreichung des Lehrzieles machen? Das mag auf Anhieb überspitzt klingen, läßt sich aber von der ersten Schulstufe an bis zur Matura vollinhaltlich unter Beweis stellen. Wir verwenden heute in der Grundschule eine Elementarmethode, die sich von Elementarmethoden vorangegangener Jahrzehnte dadurch unterscheidet, daß man mit Hilfe dieser Methode von der Schule her allein nicht mehr in der Lage ist, dem jungen Menschen Lesen und Schreiben beizubringen. Mehr und mehr mußte in den letzten 25 Jahren die Aktivität der Eltern mobilisiert und eingeschaltet werden, um das Lehrziel der ersten Schulstufe zu erreichen. Und von der Problematik der Elementarmethode weg führt die Diskussion über die heute vorhandenen bildungspolitischen Strukturen bis hinauf zur Matura. Ich wiederhole von diesem Platze aus etwas von mir schon mehrmals Gesagtes: Ich glaube nicht daran, Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst, daß jene österreichischen Schülerinnen und Schüler, die den Weg der allgemeinbildenden höheren Schule beschreiten, so wenig begabt sind, daß ein so umfassendes Maß an Nachhilfeunterricht erforderlich ist, wie es heute in allen Bereichen des allgemeinbildenden höheren Schulwesens erteilt wird. Das zur Ausgangsposition meiner Überlegungen.

Ich bin fest davon überzeugt, daß die mit der Schulreform 1962 geschaffenen bildungspolitischen Strukturen des Überprüfens und Überdenkens bedürfen, um daraus die richtigen Folgerungen und Nutzenwendungen ziehen zu können. Obwohl die Schulreformkommission seit Jahren ihre Tätigkeit ausübt, war sie bis zum heutigen Tag nicht in der Lage, zu folgerichtigen Konsequenzen zu kommen. Das

Peter

liegt nicht bei der Schulreformkommission, sondern das liegt in jenen Unzulänglichkeiten, die wir mit der Schulreform 1962 mit auf den Weg bekommen haben; deswegen mit auf den Weg bekommen haben, weil die Schulreform des Jahres 1962 eine am grünen Tisch konzipierte war, die auf keine wie immer gearteten Schulversuche zurückgreifen konnte.

Erst in den siebziger Jahren mußten jene Schulversuche in die Wege geleitet werden, deren Erfahrungswerte man bedurft hätte, um die Strukturen für die Schulreform 1962 richtig zu setzen. Auch das ist einer der vielen Beweise dafür, was eben im Jahre 1962 falsch gemacht wurde. Die Schulreformkommission wird weiterarbeiten, aber vor dem Jahre 1977 nicht in der Lage sein, über jene Erfahrungswerte im vollen Ausmaß zu verfügen, die eben an Hand der Schulversuche erarbeitet werden müssen. Ein Jahrzehnt, Herr Bundesminister, ist blockiert für eine zukunftsweisende Weichenstellung auf dem Gebiet des Bildungswesens von der Grundschule bis zur allgemeinbildenden höheren Schule. Die Blockierung dieses Jahrzehntes ist eine Spätfolge jener Versäumnisse, die eben im Zusammenhang mit der Schulreform 1962 gegangen worden sind.

Ein anderes Problem. Ich habe bereits bei der Behandlung des Kapitels Unterricht im Finanz- und Budgetausschuß darauf verwiesen, daß derzeit in Österreich rund 3000 Soziologen in Ausbildung stehen. Es wird vorausgesetzt, daß innerhalb von fünf Jahren etwa 3500 Sozialwissenschaftler in Österreich in Ausbildung stehen werden. Die Bundeswirtschaftskammer führt uns vor Augen, daß derzeit an Sozialwissenschaftlern ein Jahresbedarf von etwa 30 gegeben ist und daß dieser Bedarf bis zum Jahre 1977 etwa auf die Zahl 60 bis 70 per anno steigen wird.

Ich wiederhole die Frage an den zuständigen Ressortchef, ob bewußt jene Fehler wiederholt werden sollen, die dem einstigen Studentenführer, späteren Unterrichtsminister und heutigen Premierminister von Schweden, Olof Palme, widerfahren sind. Palme gibt heute unumwunden zu, daß er es seinerzeit als Studentenführer war, der der Explosion des Studiums der Sozialwissenschaften in Schweden mit allen verfügbaren Mitteln den Weg bereitet hat. Olof Palme gibt zu und hat das auch in Gesprächen mit österreichischen Parlamentariern zugegeben, wie sehr er als Unterrichtsminister diese Studienrichtung weiter forciert hat. Und Olof Palme ist heute jener Premierminister Schwedens, der jene Sozialwissenschaftler, die mit einem hohen Aufwand an Steuergeldern ausgebildet worden sind, mit einem zusätzlichen Aufwand an Steuergeldern in die schwedischen Wälder schicken muß, um

sie Bäume fällen zu lassen, weil die schwedische Gesellschaft, weil die schwedische Wirtschaft nicht in der Lage ist, diesen schwedischen Sozialwissenschaftlern ausreichende Berufs- und Existenzgrundlagen zur Verfügung zu stellen.

Welche Nutzenanwendungen sind die beiden betroffenen Ministerien aus den österreichischen und schwedischen Erfahrungswerten zu ziehen bereit?

Kann es sich eine österreichische Bundesregierung leisten, an derartigen Tatsachen vorüberzugehen und sie zu ignorieren, oder erscheint es nicht doch dringend geboten, auf diese überaus brisante Problematik näher einzugehen, als es zum Beispiel bei den Beratungen im Ausschuß der Fall war? Ich deponiere dieses Problem als ein solches, das nach Ansicht der freiheitlichen Abgeordneten von der Bundesregierung und von den beiden betroffenen Ressorts einer gründlichen Prüfung bedarf.

Kehren wir zum Thema zurück: Haben sich unsere bildungspolitischen Strukturen, die 1962 geschaffen worden sind, als richtig erwiesen? Es zeigt sich vielmehr, daß manches, das richtig war, einfach nicht so entfaltet und entwickelt wurde, wie es notwendig gewesen wäre.

Der ländliche Raum weist nach wie vor entscheidende bildungspolitische Lücken auf. Die bildungspolitischen Lücken des ländlichen Raumes reichen von den fehlenden Kindergartenplätzen bis zum noch nicht ausreichenden und zu wenig differenzierten Modell der selbständigen Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen. Während in den Städten, vor allem in den Landeshauptstädten und in der Bundeshauptstadt, seit dem Jahre 1962 eine Explosion der allgemeinbildenden höheren Schulen stattgefunden hat, ist es heute noch nicht möglich, den begabten Hauptschülern wirklich an höhere Bildungseinrichtungen in unserem Land heranzuführen. Das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land zum Nachteil des Landkindes ist bis heute weder von den Regierungen der großen Koalition noch von der ÖVP-Alleinregierung und auch nicht von der sozialistischen Alleinregierung bewältigt worden. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Wir Freiheitlichen werden mit allem Nachdruck darauf dringen, daß die bildungspolitische Vernachlässigung des ländlichen Raumes in Österreich endlich behoben wird.

Was nützt es, wenn uns die Fachleute in der Schulreformkommission und in den Unterkommissionen der Schulreformkommission immer wieder vor Augen führen, wie notwendig es ist, das Kind vor Eintritt in die Schul-

Peter

bahn zu erfassen, ihm den Kindergartenplatz zur Verfügung zu stellen, um alle Vorkehrungen für die geistige Entfaltung dieses jungen Menschen zu treffen, weil es nach Ansicht der Fachleute sehr wesentlich ist, den jungen Menschen des ländlichen Raumes in seiner sprachlichen Entwicklung so zu fördern, daß daraus der größtmögliche geistige Nutzen entsteht? Das Kindergartenangebot gibt es in den Städten, gibt es in den Industriebereichen. Das Kindergartenangebot fehlt aber in einem entscheidenden Ausmaß im ländlichen Bereich, und das stellt eine ganz empfindliche Benachteiligung des Landkindes dar.

Der Polytechnische Lehrgang, über dessen Wert oder Unwert von diesem Platz aus sehr viel diskutiert wurde, hängt als bildungspolitischer Appendix im Raum und bedarf, soll er aufrechterhalten werden, meiner Meinung nach einer Weiterentwicklung und Einbindung in das weiterführende berufsbildende Schulwesen.

Ich wiederhole, was von diesem Platz aus seit Jahren von freiheitlicher Seite zur Diskussion gestellt wird, wonach die Bereinigung der Typenvielfalt an allgemeinbildenden höheren Schulen, die schon von Bundesminister Piffl-Perčević in Aussicht gestellt wurde, nun endlich auch vollzogen werden muß, sollen im Bereich des allgemeinbildenden höheren Schulwesens bessere geistige und bildungspolitische Erträge erarbeitet werden, als sie sich in den letzten Jahren eingestellt haben.

Aber wenn man eben das allgemeinbildende höhere Schulwesen in dem Ausmaß nivelliert, wie es in den letzten Jahren geschehen ist, dann wundere man sich nicht, wenn aus der Allgemeinmatura von einst, die einen ausgesprochenen Leistungsnachweis darstellte, heute ein gesellschaftspolitisches Statussymbol geworden ist. Diesen Vorwurf halte ich mit allem Nachdruck aufrecht. Die Allgemeinmatura als Statussymbol ist eben auch eine Konsequenz falscher bildungspolitischer Strukturen, wie sie im Jahre 1962 geschaffen wurden.

Wo, Herr Bundesminister, funktioniert das Schulwesen in Österreich heute am besten? Dort, wo das Schulwesen von der Schulreform 1962 verschont geblieben ist! Völlig verschont und völlig ignoriert ist das berufsbildende Schulwesen durch die Schulreform 1962 geblieben. Es funktioniert heute noch so exzellent, daß wir nur die Forderung zu realisieren brauchen, mehr dieser bewährten höheren technischen Lehranstalten zu errichten. Hier ist ja auch — und das ist der Vorwurf, den man an die Amtsführung Piffl-Perčević richten muß — mit der AHS-Explosion der falsche Weg in den letzten elf Jahren beschritten worden. An-

statt daß man den Weg ins technologische Zeitalter mit einer Differenzierung des berufsbildenden mittleren und höheren Schulwesens bildungspolitisch abgestützt hätte, hat man die allgemeinbildende höhere Schule ausgeweitet und hat die Explosion nach dem Postulat des Ministers Piffl-Perčević in die Wege geleitet: jeder österreichischen Bezirksstadt nach Möglichkeit eine allgemeinbildende höhere Schule. Prüfen wir, welche Millionen und Abermillionen über den Schulerhalter Bund hinaus die Bundesländer und zahlreiche Gemeinden Österreichs in den letzten elf Jahren aufgewendet haben, um diese bildungspolitisch zum Teil falsche Weichenstellung auch noch finanziell deswegen zu fördern, weil der Bund seinen Aufgaben als Schullerhalter und Schulerhalter vom Finanziellen her nicht nachzukommen in der Lage war. Darin scheinen mir sehr wesentliche Ursachen dafür zu liegen, daß heute Lehrer und Eltern mit Problemen zu kämpfen haben, mit denen sie sich nicht auseinanderzusetzen brauchten, hätte man 1962 auf der Grundlage von Schulversuchen aufbauen können. Aber weil eben diese Erfahrungswerte innerhalb von Schulversuchen nicht erarbeitet worden sind, müssen diese Erfahrungswerte zehn Jahre später mit hohem Aufwand und viel Zeitverlust nachgeholt werden und blockieren zu einem sehr wesentlichen Teil die Weiterentwicklung unseres Schulwesens.

Ich gehe noch auf die Problematik des Schulbuches ein, weil dieses Thema in der letzten Sitzung der Schulreformkommission zur Diskussion stand. Man kann über Wert oder Unwert der einzelnen Systeme geteilter Meinung sein. Die sozialistische Mehrheit des Hauses hat sich für das Gratisschulbuch in Form des Wegwerfschulbuches ausgesprochen. Ich persönlich neige dem Leihbuchsystem zu, und wieder andere meinen, die Bargeldabgeltung sei der bessere Weg. Darüber, meine Damen und Herren, kann man geteilter Meinung sein. In einem, glaube ich, sollte es aber zwischen allen Beteiligten keine Meinungsdivergenz geben, nämlich dahin gehend, daß dem jungen Menschen mit dem Gratisschulbuch nach dem Naturalsystem, nach dem Leihbuchsystem oder nach dem System der Bargeldabgeltung eine Verfügungsgewalt über das Schulbuch gegeben wird.

Das ist richtig. Die Verfügungsgewalt soll er erhalten, um damit selbsttätig umgehen zu lernen. Aber, Herr Bundesminister, im Gegensatz zur sozialistischen Mehrheit bin ich persönlich der Auffassung, daß es sich um eine Verfügungsgewalt des jungen Menschen mit Verantwortung handeln soll, während das sozialistische System eine Verfügungsgewalt für den jungen Menschen ohne Verantwortung vorsieht.

Peter

Was meine ich mit Verantwortung? Damit meine ich, daß der junge Mensch mit der Verfügungsgewalt über sein Lehr-, Lern- und Schulbuch eine Verantwortung gegenüber jenen übernehmen soll, die dieses Lehr-, Lern- und Schulbuch finanzieren. Denn die Mittel hiefür bringt nicht der junge Mensch auf, diese Mittel werden von den Eltern und damit von der gesamten Gesellschaft aufgebracht. Daher soll er dazu erzogen werden, gegenüber jenen, die ihm das Gratisschulbuch in die Hand geben, Verantwortung zu übernehmen. Da ist der Gegensatz, der zwischen unserer freiheitlichen Auffassung und der sozialistischen Auffassung nun einmal besteht, jener Gegensatz, der bis zur Stunde nicht überbrückt werden konnte.

Ich schließe meine Ausführungen zum Thema Bildungspolitik mit einer Frage ab, die ich sowohl dem Herrn Bundesminister für Unterricht, aber in einem viel härteren und schärferen Maß auch dem Historiker Doktor Sinowatz unterbreite. Ich habe von einem Kollegen das Geschichtsbuch für die vierte Klasse der Hauptschule und der allgemeinbildenden höheren Schulen in die Hand bekommen, ein Geschichtsbuch, das unter der Amtsführung des derzeitigen Unterrichtsministers und Historikers Dr. Sinowatz approbiert wurde, in dem die Zeitgeschichte behandelt wird und in dem unter anderem das Thema der großen Koalition mit folgender Formulierung angezogen wird:

„Die große Koalition: Die einst unversöhnlichen Gegner, die Sozialdemokraten, jetzt Sozialistische Partei Österreichs, und die Christlichsozialen, jetzt Österreichische Volkspartei, bildeten eine gemeinsame Regierung, um Österreich wieder aufzubauen, um den Einfluß anderer Parteien abzuwehren. Diese Abwehr richtete sich zunächst gegen die Kommunistische Partei und später auch gegen die Freiheitliche Partei. Diese wurde 1949 unter dem Namen ‚Verband der Unabhängigen‘ gegründet, um die Kräfte der ehemaligen Nationalsozialisten und Deutschnationalen zu sammeln.“

Ist das eine Lesart in einem Lehrbuch, Herr Bundesminister, das Anspruch auf Objektivität erhebt? Das kommt in einem Lehrbuch vor, das 28 Jahre nach Wiedererrichtung der Zweiten Republik Österreich approbiert wurde!

Herr Bundesminister! Wenn wir 28 Jahre zurückschauen, dann finde ich in den Reihen der Österreichischen Volkspartei, dann finde ich in den Reihen der Sozialistischen Partei und dann finde ich in den Reihen der Freiheitlichen Partei Menschen, auf die man jenen

Terminus technicus, den man in diesem Buch ausschließlich für die Freiheitliche Partei Österreichs verwendet hat, anwenden kann.

Ich könnte — aber ich will es nicht — auf Ereignisse und Entwicklungen näher eingehen, die auf der einen Seite seinerzeit von einem toleranten Dr. Alfons Gorbach eingeleitet wurden und die mit dem Namen Oberweis verbunden sind. Ich könnte auf Entwicklungen nach der sozialistischen Seite hin eingehen, die mit dem Namen Dr. Adolf Schärf verbunden sind. Ich tue es auch nicht. Aber, Herr Bundesminister, was muß in Ihrem Ministerium für eine Appropiationskommission für Lehrbücher am Werke sein, die im Herbst des Jahres 1972 von Haß und Ressentiments, von Verzerrung und Entstellung der Geschichte noch immer nicht loskommen kann? (*Beifall bei der FPÖ.*) Wann wird im österreichischen Unterrichtsministerium auf dem Gebiet der Geschichte endlich Objektivität einkehren, wenn nicht unter dem Historiker und Unterrichtsminister Dr. Sinowatz? (*Beifall bei der FPÖ.*) Ich kann Sie nicht entlassen aus dieser Verantwortung, Herr Bundesminister, denn diese bei mir Empörung auslösende Entscheidung der Approbationskommission ist bereits in Ihrer Amtszeit herbeigeführt worden.

Nun einige Gedanken zu Problemen, die dem Bereich der Kunst und der Kultur zuzuordnen sind. Mir persönlich liegt am Herzen, daß die kulturelle Präsenz und Präsentation Österreichs vor allem das zeitgenössische Schaffen in einem verstärkten Ausmaß miteinschließt. Ich gebe meiner Genugtuung Ausdruck, daß uns mit den beiden Kunstberichten und mit dem Bundestheaterbericht Informationsmöglichkeiten an die Hand gegeben worden sind, die es vor Jahren im Nationalrat zur Beurteilung künstlerischer Leistungen in unserem Lande nicht gegeben hat. Ich betrachte das als einen entscheidenden Fortschritt und würde es begrüßen, wenn der Ausbau, vor allem auch des Bundestheaterberichtes voranschreiten würde, so wie es bei beiden Kunstberichten der Fall gewesen ist.

Es wird uns als einem kleinen und einem nicht reichen Land sicherlich nicht leicht fallen, die Kunstförderung so generös vorzunehmen, wie es die Kultur- und Kunschaffenden verdienen würden.

Österreichs Künstler haben Beachtliches geleistet auf dem Gebiet der darstellenden und der bildenden Kunst. Österreichs Schriftsteller und Dichter haben Beachtliches geleistet auf dem Gebiet der Literatur. Österreich braucht auf dem Gebiet der Musik sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen.

Gerade auf dem Gebiet der Musik wäre es notwendig, darüber nachzudenken, wie das,

Peter

was von der Staatsoper bis zu den Festspielen in Salzburg und in Bregenz geleistet und produziert wird, noch öffentlichkeitswirksamer und noch publikumswirksamer genutzt werden und wie man zu einer noch effizienteren Spielplanpolitik kommen kann, als es bisher der Fall ist. Es wäre vielleicht verlockend, auf die Schwächen dieser oder jener Spielplangestaltung einzugehen. Es wäre verlockend, den Finger auf Wunden zu legen, die gerade auf dem Gebiet der Spielplanpolitik von der Staatsoper bis Salzburg und Bregenz vorhanden sind. Aber wer jenen eindrucksvollen Abend im Fernsehen miterlebt hat, an dem Rudolf Bing verabschiedet wurde, der konnte sich davon überzeugen, daß die Metropolitan Opera in New York mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen hat wie unsere Staatsoper. Und daß wir eben mit unserer Staatsoper nicht in einer so glücklichen finanziellen Lage sind, wie es bei der Pariser Oper der Fall ist, ist auch ein offenes Geheimnis. Der Direktor der Pariser Oper kann Gagen bis zu 7000 und 8000 Dollar bezahlen, während bei uns die Gagengrenze um 3500 Dollar liegt. Das sind Dinge, über die man streiten und über die man geteilter Meinung sein kann.

Mich bewegt die Frage, inwieweit gerade durch Ihre Einflußnahme, Herr Bundesminister, und durch verschiedene Bemühungen Ihrerseits eine verstärkte Koordination und Zusammenarbeit mit den Bundestheatern einerseits und den Salzburger und den Bregenzer Festspielen andererseits in die Wege geleitet und vorangetrieben werden kann. Wie können verstärkte Kontakte zu dem Ziel führen, daß Produktionen der Staatsoper, der Salzburger und der Bregenzer Festspiele noch effizienter an eine noch größere Öffentlichkeit gebracht werden? Muß uns immer wieder Herbert von Karajan vorexerzieren, was man alles machen kann? Sind wir nicht auch selbst in der Lage, so beachtliche Leistungen und Produktionen, wie sie die Staatsoper trotz aller Kritik immer noch bietet, wie sie Salzburg und Bregenz der Öffentlichkeit und darüber hinaus der Kunstwelt zu bieten haben, an noch mehr Menschen heranzutragen? Wenn Karajan sein Osterfestspiel nunmehr wirklich an die Metropolitan Opera verkauft haben soll, warum bemühen wir uns nicht um ähnliche Entwicklungen?

Wie sieht es mit der Kooperation des Österreichischen Rundfunks einerseits und den Bundestheatern andererseits aus, wie kann man die Ansätze einer solchen Kooperation noch effizienter gestalten? Wie kann man auch die österreichische Filmwirtschaft in diesen Kooperationsprozeß miteinbeziehen?

Herr Bundesminister! Wenn Sie auch für die Salzburger Festspiele, die uns ja im heurigen Jahr einen sehr eindrucksvollen Festspielsommer geboten haben, nicht unmittelbar zuständig sind, so glaube ich doch, daß Sie als Unterrichtsminister ein sehr intensiver und wirkungsvoller materieller Förderer der Salzburger Festspielbestrebungen sind. Aus diesem Grunde werfe ich die Frage auf: Wie kann man selbst in Salzburg die vorhandenen Möglichkeiten noch wirkungsvoller einsetzen, als es bisher der Fall war?

Wenn etwas so grandios angelaufen ist wie die „Rappresentazione“, wenn sich eine Auf-
führung eines solch anhaltenden Zuspruches erfreut, wie es bei der „Rappresentazione“ der Fall ist, dann verstehe ich nicht, warum man sie mit dem Argument, das Defizit wäre zu groß, absetzt.

Das Argument, das Defizit wäre für die „Rappresentazione“ nicht zu rechtfertigen, hält nicht, denn die Salzburger Festspiele werden ja doch nur über die Umwegsrentabilität aktiv, wenn auch in einem sehr hohen Maß in Richtung des Fremdenverkehrs und der sich daraus ergebenden Nebenbereiche.

Wenn man zum Beispiel in dem so eindrucksvollen Salzburger Festspielsommer 1973 auf der einen Seite das „Spiel der Mächtigen“ auf sich wirken lassen kann und vergißt, welcher finanzieller Aufwand dahintersteht, und andererseits hört, die „Rappresentazione“ käme zu teuer, dann müssen sich in die Überlegungen des Festspielpräsidiums Fehlerquellen und Trugschlüsse eingeschlichen haben.

Wenn man als Abgeordneter ankündigt, man würde sich bei der Budgetdebatte im Parlament mit dem Salzburger Thema der „Rappresentazione“ beschäftigen, ist man über die eigenartige Reaktion der Leitung der Salzburger Festspiele verwundert. Diese faßte den Beschluß, daß man die „Rappresentazione“ jetzt wohl absetzt, aber in einigen Jahren wieder auf das Programm zu nehmen beabsichtigt, obwohl die Nachfrage darnach noch keinen Tag und noch keinen Festspielsommer abgerissen ist und obwohl die „Rappresentazione“ bisher stets ausverkauft war.

Diese Vorgangsweise der Leitung der Salzburger Festspiele erinnert mich an jenen grandiosen „Boris Godunow“ — dessen Ausstattung damals schon 10 Millionen oder 12 Millionen Schilling gekostet haben dürfte. Diese Oper wurde zwei oder drei Festspielsommer aufgeführt. Dann wurde sie abgesetzt. Die Ausstattung scheint „verkommen“ zu sein. Sie ist nicht mehr verfügbar.

Darin offenbaren sich Probleme, an die man nicht von harter Kritik her, sondern von einer wohlmeinenden und positiven Einstellung zu

Peter

den Salzburger Festspielen herangehen soll. Es ließen sich Möglichkeiten finden, Steuergelder zum Nutzen Österreichs, zum Nutzen der Fremdenverkehrswirtschaft und vor allem aber auch im Interesse der Kunst und Kultur weitaus wirkungsvoller einzusetzen.

Herr Bundesminister! Sie sollten jene Bemühungen mit aller Konsequenz fortsetzen, die am Anfang Ihrer Amtsführung in die Wege geleitet wurden, nämlich Ihre Bestrebungen, in einen sehr systematischen Kontakt mit den Kulturreferenten der einzelnen Landesregierungen einzutreten. Ich bin traurig darüber, daß die Erträge Ihrer Gespräche mit den Kultur-Landesräten noch nicht so konkret und sichtbar sind, wie das wünschenswert wäre. Mich würde daher interessieren, welche Möglichkeiten Sie zu ergreifen beabsichtigen, um das Zusammenwirken zwischen dem Bundesminister für Unterricht und Kunst einerseits und den Kulturreferenten der Landesregierung der Bundesländer andererseits noch wirkungsvoller zu gestalten.

Wir Freiheitlichen — das möchte ich abschließend noch einmal festhalten — sehen uns auf Grund der schweren Sorgen, die uns auf dem Gebiet der Bildungspolitik erfüllen — und nicht sosehr von den Zahlen und Ziffern her —, nicht in der Lage, diesem Budgetkapitel die Zustimmung zu erteilen. Unser Nein zu diesem Budgetkapitel erfolgt aus der Überzeugung, daß die sozialistische Alleinregierung leider nicht bereit ist, die bildungspolitisch falsche Weichenstellung, welche die Schulreform im Jahre 1962 vorgenommen hat, in entscheidenden Fragen zu überdenken und zu revidieren. Die Leidtragenden dieser starren, meines Erachtens aber inkonsequenten Haltung werden in der Endkonsequenz die jungen Menschen unseres Landes sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Gruber. *(Abg. Dr. Gruber: Kein Pro-Redner? — Abg. Doktor Schnell: Nach Ihnen! Ich habe Zeit!)*

Abgeordneter Dr. **Gruber** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundesminister hat zu Beginn dieses Kalenderjahres in einer Veranstaltung erklärt — wahrscheinlich hat er das öfteren getan, aber ich habe darüber einen Zeitungsbericht vor mir liegen —: „Sinowatz: Bildungspolitik hat Vorrang.“

Er bezieht sich auf das Budget für 1973 und hat auch bei dieser Gelegenheit mit den einzelnen Budgetziffern operiert, wie es ja notwendig erscheint, wenn man eine Behauptung untermauern will, daß es wirklich so sei, daß Bildung oder die Bildungspolitik Vorrang hätte. Ich mußte dem Herrn Bundesminister

bereits im Finanz- und Budgetausschuß sagen, daß jedenfalls für das Kapitel 12: Unterricht, und für die Kunst diese Vorrangstellung für das Jahr 1974 nicht mehr gegeben erscheint.

Es tut uns leid, weil wir selbst gewissermaßen die „Erfinder“ dieser Parole waren, daß Bildung Vorrang haben müsse, und wir haben das auch in den Budgets der ÖVP-Alleinregierung, obwohl es manchmal schwierig war, die Budgets zu erstellen, doch immer auch durchgehalten, daß gerade dem Unterrichtsministerium ein gewisser Vorrang eingeräumt wurde.

Diesmal ist es so, daß das Kapitel Unterricht in seinem Ausgabenrahmen ein geringeres Wachstum aufweist als das Budget in seinem Gesamtrahmen. Damit ist wohl sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß man anderen Vorhaben und anderen Aufgaben des Staates mehr Bedeutung beimißt als gerade der Bildungspolitik.

Ich glaube, man muß in der Geschichte der Budgets sehr weit zurückgehen, um zu einem Jahr zu gelangen, in dem die Budgetzuwachsrate größer war als die Zuwachsrate für das Unterrichtsressort. Und das bei einer Situation, die zweifellos eine ganz andere Gestion erfordern würde!

Wir haben ja nach wie vor steigende Schülerzahlen, zumindest für den Bereich der Bundesschulen — der Herr Bundesminister ist sich dieser Tatsache selbstverständlich auch bewußt —, und diese steigenden Schülerzahlen bei den Bundesschulen werden noch einige Jahre hindurch auch die ganze Schulpolitik mitbestimmen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß heute, wie aus einem Bericht des Unterrichtsministeriums hervorgeht, bereits 97 Prozent der Zehnjährigen in Hauptschulen oder AHS übertreten, daß kaum mehr ein Zuwachs bei den Hauptschulen eintreten dürfte, wohl aber bei den mittleren und höheren Schulen. Das würde also voraussetzen, daß auch entsprechend mehr Geldmittel für die Bundesschulen zur Verfügung stehen.

Ich möchte durchaus einräumen, es stehen mehr Mittel zur Verfügung. Wenn man jedoch berücksichtigt, daß die allgemeinen Preissteigerungen einen großen Teil davon wieder wegnehmen, daß dazu dann die Lehrermehrkosten durch höhere Gehälter einerseits und durch mehr Dienstposten andererseits einen Teil dieses Zuwachses natürlich aufsaugen, und wenn man bedenkt, daß die Baukosten steigen, und zwar ganz enorm steigen, die Baukredite in diesem Budget aber gleichbleiben, dann kann man nur zu dem Schluß kommen, daß mit diesem Budget für das Unterrichtsressort keine Verbesserungen möglich sind.

Dr. Gruber

Herr Bundesminister! Ich kann mir vorstellen, daß Sie so schlecht und recht über die Distanz kommen, aber dasjenige, was man als Vorrang bezeichnet, ist jedenfalls nicht gegeben.

Wir bedauern das. Wir möchten nicht unbedingt Ihnen hier Vorhaltungen machen, weil wir überzeugt sind, daß Sie selbstverständlich Ihre ganze Kraft eingesetzt haben, beim Finanzminister eine bessere Dotierung zu erreichen, aber es scheinen eben die Kräfte auf der anderen Seite stärker gewesen zu sein als auf Seite des Minoritenplatzes.

Ich möchte noch einmal dazu sagen — ich habe das schon im Finanz- und Budgetausschuß ausgeführt —, daß mit diesem Unterrichtsbudget weder das zehnjährige Bundesinvestitionsprogramm auf dem Schulsektor noch auch das Schulentwicklungs- und -ausbauprogramm realisiert werden kann. Die Schere, die sich hier weit auftut — ich habe das vorhin auch bereits der Frau Wissenschaftsminister sagen müssen —, wird immer größer, und es wird in den nächsten Jahren immer weniger möglich werden, das gesteckte Ziel zu erreichen.

Herr Bundesminister! Ich muß Sie noch einmal daran erinnern: Es sind Ziele, die Sie sich selbst gesteckt haben und die Sie der Öffentlichkeit und auch dem Parlament bekanntgegeben haben. Und Sie werden immer wieder damit konfrontiert werden, daß Sie Ihre eigenen Programme nicht erfüllen, nicht erfüllen können, um nicht zu sagen, daß Sie Ihre eigenen Programme im Stich lassen.

Sie werden daher verstehen, Herr Bundesminister, daß wir diesem Budgetkapitel nicht die Zustimmung geben können, daß wir es ablehnen müssen.

Lassen Sie mich nun einige Bemerkungen allgemeiner Natur an diese Einleitung anschließen. Herr Bundesminister! Sie haben vor nicht allzulanger Zeit laut „Sozialistischer Korrespondenz“ davon gesprochen, daß die sechziger Jahre die Jahre eines naiven Bildungsenthusiasmus in Europa gewesen seien und daß die Folgen der damals einsetzenden Bildungsexplosion nun bewältigt werden müssen. Nun weiß ich nicht, wie das Wort „naiv“ in dem Zusammenhang zu deuten ist. Es ist vielleicht möglich, daß man sagt: Man hat die weiteren Folgen nicht bedacht, man hat sich einfach dem guten Glauben hingegeben, es werde schon recht werden, oder wie immer Sie dieses Wort gemeint haben.

Ich gebe zu, daß diese Welle eines aufkommenden Bildungsbewußtseins in unserer Bevölkerung, und nicht nur bei uns in Österreich, sondern auch anderswo, von idealistischer Hal-

tung getragen war: mehr Bildung für den Menschen, um dem Menschen mehr Möglichkeit zu seiner Selbstentfaltung zu geben. Ich möchte aber nicht behaupten, daß nicht auch Bildungspolitiker nachgedacht hätten über die weiteren Folgen oder über die Zusammenhänge, die zwischen Bildung und Gesellschaft oder Bildung und Wirtschaft, Bildung und Wohlstand bestehen. Wir haben nicht einfach in einem naiven Glauben die Bildungsreserven unseres Volkes mobilisieren wollen, sondern schon ganz bewußt, weil wir gemeint haben, daß es notwendig ist, daß diese Bildungsreserven gehoben werden.

Ich weiß mich in der Grundeinstellung mit Ihnen einer Meinung, aber ich meine, daß wir jetzt nicht einfach sagen sollten: Da ist in den sechziger Jahren aus einer gewissen Gutgläubigkeit heraus etwas unternommen worden oder sogar passiert ohne Zutun, und wir müssen jetzt damit fertig werden. Es sind doch die Parolen von der Chancengleichheit, vom Abbau der Bildungsprivilegien, von „mehr Kinder an höhere Schulen“, die Parole vom Bildungsdefizit in unserer Gesellschaft oder von der Bildungsgesellschaft schlechthin ganz bewußt lanciert worden, und zwar schon auch mit dem Hintergedanken — wenn ich das so einmal formulieren darf —, daß die Gesellschaft insgesamt, von mir aus sagen wir auch, daß die Wirtschaft dann mit dem Problem einfach fertig zu werden hat, weil die Probleme bewältigt werden müssen.

Es ist auf der anderen Seite aber auch immer wieder der Zusammenhang von Bildung und Wirtschaftswachstum dargestellt worden. Man hat ja geradezu aufgefordert, mehr Bildungsmöglichkeiten anzubieten, mehr Bildungseinrichtungen zu schaffen, denn nur mit mehr Bildung könne auf lange Sicht auch ein höheres Wirtschaftswachstum garantiert werden.

Auf der anderen Seite ist geradezu ein Bürgerrecht auf Bildung postuliert worden — ich glaube nicht zu unrecht —, wenngleich der eine vielleicht das und der andere etwas anderes darunter verstanden haben mag. Wir sollten aber nicht in den Fehler verfallen, jetzt, wo der Begriff des Wirtschaftswachstums in ein gewisses Zwielicht gerät, damit auch bildungspolitische Zielsetzungen in Frage zu stellen.

Ich bin durchaus der Meinung, daß wir ja zu mehr Bildung auch dann sagen sollten, wenn nicht gleich die entsprechenden beruflichen Chancen für die besser ausgebildeten Menschen sichtbar werden. Ich bin überzeugt, daß sie letzten Endes dann doch ihren Platz in der Gesellschaft finden. Aber es kann einmal gewisse Schwierigkeiten der Anpassung geben.

Dr. Gruber

Wir haben heute schon im Zusammenhang mit der Debatte über das Kapitel Wissenschaft über die Frage individuelles Bildungsbedürfnis und gesellschaftlicher Bildungsbedarf debattiert. Es ist auch von einem unserer Sprecher auf diese apodiktische Formulierung Bezug genommen worden, wie sie etwa im sozialistischen Hochschulprogramm steht — ich habe leider das Exemplar jetzt auf meinem Platz liegen lassen und kann daher nicht wörtlich zitieren; aber ich kann es dem Sinn nach auch so sagen —, daß man auch ohne Rücksicht auf den wirtschaftlichen Bedarf das individuelle Bildungsbedürfnis befriedigen müsse und daß man bei der Schaffung von Bildungseinrichtungen nicht allzu sehr auf diesen gesellschaftlichen Bedarf Rücksicht nehmen dürfe.

Wir haben dem gegenüber immer den Standpunkt vertreten, daß ein gewisser Ausgleich zwischen individuellem Bildungsbedürfnis und gesellschaftlichem Bedarf angestrebt werden soll. Wir waren nie der Meinung, daß die Befriedigung des individuellen Bildungsbedürfnisses losgelöst — der Ausdruck kommt im sozialistischen Hochschulprogramm, glaube ich, sogar vor — von dem gesellschaftlichen Bedarf geplant werden soll.

Weil ein Zwischenruf des Kollegen Schnell heute in der Vormittagsdebatte in dem Zusammenhang gefallen ist, ob wir etwa dem Dirigismus das Wort reden, möchte ich sagen: Dirigismus, das heißt lenken. Gegen eine Lenkung ist prinzipiell nichts einzuwenden, wenn diese Lenkung nicht durch Zwang erfolgt; einen Zwang lehnen wir auf jeden Fall und auf das entschiedenste ab. (Abg. Doktor Schnell: Auch wir!)

Es gibt aber auch andere Mittel, um eine gewisse Lenkung auf den gesellschaftlichen Bedarf hin zu erreichen, und zu solchen Mitteln bekennen wir uns durchaus. Es ist zum Beispiel nicht zuletzt auf unser Betreiben in die 4. Schulorganisationsgesetz-Novelle die Verpflichtung aufgenommen worden, Schullaufbahnberatungen am Ende der vierten Schulstufe und auch am Ende der achten Schulstufe durchzuführen. Ich wundere mich daher etwas, wenn jetzt der Herr Bundeskanzler darauf kommt, daß so etwas auch notwendig wäre. Er spricht davon, daß Aufklärung über Studienaussichten erfolgen müsse, man müsse eine sehr intensive Aufklärung darüber geben, was eigentlich an Akademikern gebraucht wird, nur so könne sich jemand, der ein höheres Studium beginnt, Vorstellungen darüber machen, wie aussichtsreich dieses sei.

Der Herr Bundeskanzler hat sich vielleicht nicht bei seinem zuständigen Minister erkundigt, wie die Situation auf diesem Sektor ist,

sonst hätte er sicherlich erfahren, daß es ja solche Aufklärung bereits gibt und diese sogar vom Gesetzgeber vorgeschrieben ist.

Nur das eine, Herr Bundesminister: Uns scheint die Durchführung noch nicht ausreichend zu sein. Ich weiß, daß das nicht von heute auf morgen geht, aber es sind immerhin jetzt Jahre seit der Verabschiedung der 4. Schulorganisationsgesetz-Novelle vergangen. Wir als Opposition und als Kontrolle werden immer wieder darnach fragen: Wie steht es damit? Sie haben erklärt: Ja, vierte Schulstufe, das funktioniert in etwa. Mir scheint aber, daß am Ende der achten Schulstufe, zumindest in den höheren Schulen, diese Schullaufbahnberatung mindestens ebenso notwendig wäre, denn da ist die Möglichkeit gegeben, im Sinne der heute allgemein anerkannten Zielsetzungen, mehr Schüler ins berufsbildende Schulwesen „hinzudirigieren“, wenn Sie so wollen, Herr Präsident Schnell. (Abg. Dr. Schnell: Wollen wir nicht!) Wir wollen nicht. (Abg. Dr. Schnell: Wollen wir nicht!) Aber wir wollen den Schülern durch Überzeugung die Situation so darstellen, daß sie selbst den Entschluß fassen, daß es vernünftiger ist, etwa in eine berufsbildende Schule zu gehen und nicht an eine allgemeinbildende höhere Schule. (Abg. Dr. Schnell: Jawohl!)

Ich habe mich also gewundert, daß der Herr Bundeskanzler jetzt eine solche Erklärung von sich gibt, weil sie darauf schließen läßt, daß er sich manchmal mit Problemkreisen beschäftigt — sagen wir es einmal so —, über die er nicht ganz informiert ist. Aber ich kann das nicht Ihnen, Herr Minister, zum Vorwurf machen, Sie können ja nicht jeden Tag beim Herrn Bundeskanzler antichambrieren und ihm sagen, was auf dem Gebiet der Bildungspolitik Neues ins Haus steht, wobei die Sache im übrigen gar nicht so neu ist.

Aber eine andere Bemerkung hat uns ja auch stutzig gemacht. Ich darf noch einmal sagen, daß wir schon beim vorigen Kapitel auf diese Passage in der Budgetrede des Herrn Finanzministers hinweisen mußten. Der Herr Finanzminister sagte sehr deutlich: „Bildungseinrichtungen und Bildungsinhalte müssen auch auf den Bedarf der Gesellschaft und Wirtschaft hin ausgerichtet sein.“ — Einverstanden! Auch auf den Bedarf. Das ist, nebenbei bemerkt, ganz unsere Linie.

Aber im sozialistischen Hochschulkonzept steht es ja anders drinnen: Eine Bildungspolitik, die losgelöst — hier steht das Wort „losgelöst“ — vom konkreten Bedarf Österreichs an beruflichen Qualifikationen ist, würde zum Beispiel lediglich den Trend zur Ausbildung von Akademikern verstärken, die entweder

Dr. Gruber

zur Emigration oder zur Ausübung nicht qualifikationsgemäßer Berufe im Inland gezwungen wären.

Das ist also eine widersprüchliche Position, wie mir scheint, zu derjenigen, die Sie, Herr Bundesminister, bisher immer eingenommen haben. Es wäre sicher für uns sehr interessant, was Sie nun zu der Situation sagen, denn vor nicht allzu langer Zeit haben Sie auch erklärt: Keine Angst vor Bildungsschwemme! Das steht in einer Tageszeitung. Ich nehme an, daß Sie heute noch zu dieser Aussage stehen.

Auf der einen Seite also eine ziemlich optimistische Sicht der Dinge, auf der anderen Seite eine eher bremsende Haltung beim Finanzminister oder beim Herrn Bundeskanzler.

Ich meine, daß wir auch weiterhin am Ausbau unserer Bildungsgesellschaft zu arbeiten, daß wir dafür auch Kräfte zu mobilisieren und auch finanzielle Mittel zu mobilisieren haben. Wenn es uns gelingt, dies gemeinsam zu tun, dann, glaube ich, ist das für Österreich besser als ein Alleingang einer Partei. Ich würde das gemeinsame Vorgehen in der Schulpolitik nicht so sehr unter dem Zwang der Zweidrittel-Bestimmung für die schulorganisatorischen Fragen sehen, sondern von der grundsätzlichen Seite her, daß die großen Parteien der Meinung sind, man solle die Bildungspolitik tatsächlich auf eine breite parlamentarische Basis stellen.

Hier stehe ich in einem gewissen Widerspruch zum Kollegen Peter, daß gerade bildungspolitische Fragen nicht so rasch kommen und auch nicht so rasch einer Lösung zugeführt werden müssen und nicht so rasch Veränderungen geboten sind, wie er das allem Anschein nach im Auge hat. Wir sollten vielmehr eher behutsam vorgehen und sollten nicht — wenn ich das anders ausdrücken darf — von Jahr zu Jahr eine andere Marschroute einschlagen.

Nun heißt das ja wieder nicht, daß man nicht von Zeit zu Zeit gewisse Akzentverschiebungen vornehmen kann, auch ohne daß man Gesetze ändert. Ich habe vorhin schon gesagt, wir stimmen heute etwa in der Auffassung überein, daß dem Ausbau des berufsbildenden Schulwesens ein gewisser Vorrang einzuräumen sei. Zu diesem Standpunkt bekennen sich alle hier vertretenen Parteien. Es ist das ein Standpunkt, der im Prinzip eigentlich auch nie negiert worden ist, der aber wegen der Schwierigkeit des Ausbaus des berufsbildenden Schulwesens bisher nicht so sehr zum Tragen gekommen ist.

Herr Bundesminister! Sie selbst geben ja immer wieder zu, daß der Ausbau des berufsbildenden Schulwesens um so viel teurer

kommt als etwa der der allgemeinbildenden Schulen. Wenn ich an Ihre Bemühungen der letzten Zeit denke, dann muß man auch feststellen — ich stelle es zunächst nur fest und möchte das gar nicht abwertend beurteilen —, daß Sie auch dort den Weg des geringeren Widerstandes gehen, daß Sie also eher die kaufmännischen Schulen forcieren, weil sie natürlich billiger sind als die technischen Schulen. Ich verstehe das sehr. Aber wir müssen wahrscheinlich auch hier in den sauren Apfel hineinbeißen, weil wir einfach dazu gezwungen sind, und zwar nicht nur wegen der Entlastung der AHS — das würde ich gar nicht einmal als das erste Motiv hinstellen —, sondern wegen des Bedarfes auf dem Sektor der Berufsbildung.

Herr Bundesminister! Sie haben, so entnehme ich der „Sozialistischen Korrespondenz“, vor einiger Zeit den Ausspruch getan, die österreichische Schule sei besser, als sie in der Polemik unserer Tage erscheint. Ich stimme Ihnen zu, denn ich habe immer den Standpunkt vertreten: Die österreichische Schule ist besser als der Ruf, den man ihr angehängt hat. Wir brauchen uns gar nicht der österreichischen Schule zu schämen. Man kommt sogar aus anderen Ländern, um unser Schulwesen zu studieren. Die österreichische Schule ist aber wieder nicht so gut, daß sie nicht verbesserungsfähig wäre. Das ist auch eine klare Feststellung. Verbesserung heißt aber Reform, und für die Verbesserung unseres Schulwesens gibt es die Schulreformkommission.

Herr Bundesminister! Gestatten Sie mir auch einige Bemerkungen zur Arbeit der Schulreformkommission. Ich bezweifle, ob es der Arbeit förderlich war, daß Sie die Schulreformkommission zahlenmäßig so sehr ausgeweitet haben. Sie stehen auch unter einem gewissen Druck: Es kommt die Gruppe, und es kommt jenes Gremium; alle möchten vertreten sein, und man sagt: ja. Es kommt dann aber eine große Versammlung von mehr oder minder qualifizierten Fachleuten zusammen, und es wird dort dann vielfach halt diskutiert. Ich möchte nicht sagen: um des Diskutierens willen, aber doch nicht so sachbezogen und nicht so auf die eigentliche Zielsetzung bedacht, daß wir mit der Arbeit der letzten Jahre zufrieden sein könnten. Ich möchte das sagen, weil ich selbst daran interessiert bin, daß die Schulreformkommission bestehen bleibt, daß sie auch arbeitet, aber daß sie effizient arbeitet. Vielleicht stellen wir gemeinsam Überlegungen an, wie diese Effizienz verbessert werden kann.

In den Unterkommissionen werden viele Probleme besprochen und erledigt. Ich habe aber manchmal das Gefühl, daß die Kommuni-

Dr. Gruber

kation zwischen Unterkommission, Gesamtkommission und vielleicht auch der Öffentlichkeit nicht so funktioniert, daß man also nicht einmal genau weiß, welche Themen jetzt dort in den Vordergrund gestellt werden und welche Ergebnisse schon erzielt sind.

Oder ein anderes Phänomen in dem Zusammenhang: Wie mir scheint, wird die eigentliche Reformarbeit von der Schulreformkommission immer mehr in die zentralen Arbeitsgemeinschaften, abgekürzt ZAG — ich muß diesen Jargon auch hier verwenden, damit wir uns verständigen können —, und in das Schulversuchszentrum hin verlagert, vielleicht auch aus der Not heraus, um eine effektive Arbeitsweise und eine effektive Bearbeitung der Probleme zu ermöglichen. Aber es wird natürlich für uns in der Schulreformkommission der Vorgang damit doch undurchsichtiger.

Die Themenstellung der Schulreformkommission war in der letzten Zeit nicht so sehr darauf abgestellt, daß wir Probleme, die wir in den nächsten Jahren angehen wollen, in den Griff bekommen, sondern wir haben zum Teil Berichte diskutiert, wir haben Aktionen diskutiert, die schon in der Vergangenheit lagen, wie etwa die Schulbuchaktion, wobei ich festgestellt habe, daß die Diskussion post festum natürlich auch dazu dienen kann, um etwas Dampf abzulassen, aber eine Reformarbeit im eigentlichen Sinn ist damit nicht mehr gegeben.

Fassen Sie, Herr Bundesminister, diese Kritik nicht so auf, daß wir an der Arbeit in dieser Kommission weniger interessiert wären, aber es ist doch sicherlich Ihre Aufgabe als Vorsitzender der Schulreformkommission und als der verantwortliche Ressortleiter, daß sich die Arbeit der Schulreformkommission von der ursprünglichen Zielsetzung nicht allzu weit entfernt.

Nun komme ich zu einem anderen Thema, zu den Schulversuchen; sie hängen eng mit der Schulreformkommission zusammen, denn die Schulversuche sind dort — wenn ich so sagen darf — erfunden worden. Ich möchte mich jetzt nicht in den Streit einlassen, ob die Schulversuche so einmalig seien, wie Sie sie darstellen, oder ob sie so einmalig „harmlos“ seien, wie sie Professor Weiß hinstellt — wollen wir diese Wertung also einmal beiseite lassen.

Ich kann nur bestätigen, daß die österreichischen Schulversuche auf einer wesentlich breiteren Basis angelegt sind als in anderen Ländern und daher zu hoffen ist, daß bei unseren Schulversuchen gültigere Ergebnisse

zu erzielen sein werden als etwa bei Schulversuchen, bei denen man punktuell da und dort und vielleicht mit ganz verschiedenen Programmen etwas unternimmt.

Wir bekennen uns nach wie vor zu den Schulversuchen, weil wir sie sowohl in der Schulreformkommission wie auch hier im Parlament mitbeschlossen haben. Wir haben sie als ein Mittel betrachtet, um uns für die Zukunft bessere Entscheidungshilfen zu erarbeiten. Wir bekennen uns aber auch zu dem Versuchscharakter dieser Schulversuche und lehnen jeden endgültigen Charakter ab. Das muß deutlich ausgesprochen werden. Wenn ich sage „Versuchscharakter“, dann meine ich damit, daß vor dem Abschluß der Schulversuche keine endgültigen Schlüsse gezogen werden können, weder für die künftige Schulstrukturorganisation, ja vielleicht nicht einmal für den Lerninhalt oder den Bildungsinhalt der einzelnen Versuchstypen noch für die Fragen etwa im Zusammenhang mit dem Curriculum. Ich räume gerne ein, daß man natürlich jetzt schon gewisse Richtungen erkennen kann. Bevor man aber eine Übertragung solcher vermutlichen Ergebnisse — ich finde keinen anderen Ausdruck als mutmaßlich — vornimmt, soll man hier sehr vorsichtig zu Werk gehen. Daher finde ich eine Überschrift im „ibf“: „Schon jetzt Schule von morgen“, mit der folgenden Darstellung, daß gewisse Ergebnisse der Schulversuche schon in das traditionelle Schulsystem transponiert werden sollen, etwas übereilt.

Wenn ich sage, daß diese Schulversuche einen vorläufigen Charakter haben, dann schließt das auch ein, daß man unter Umständen einen Schulversuch, sollte er sich als völlig verfehlt herausstellen, abbrechen oder das Modell ändern mußte. Ich möchte damit jetzt keines der bekannten Versuchsmodelle ansprechen, aber ich habe manchmal das Gefühl — ich spreche es hier ganz offen aus —, daß niemand gerne eine geistige Kindesweglegung begeht. Hat er einmal einen solchen Schulversuch geplant, unternommen, dann wird dieser Schulversuch auch in der Öffentlichkeit so hochgelobt, daß man gar nicht mehr weiß, was eigentlich dahintersteht und wo die Schwächen eines solchen Versuches liegen. — Ich möchte über dieses Kapitel nicht ausführlicher werden, aber ich bin gern bereit, Herr Minister, im konkreten dann auch mit Ihnen über eine solche Frage noch zu reden.

Die wissenschaftliche Begleitung und Kontrolle der Schulversuche war für uns eine *Conditio sine qua non*. Sie ist es auch heute noch, und ich möchte mit aller Entschiedenheit einer Argumentation entgegenreten, die sich,

8728

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 6. Dezember 1973

Dr. Gruber

wie mir scheint, da und dort aufzubauen beginnt, daß nämlich eine wissenschaftliche Kontrolle aus den verschiedensten Gründen eigentlich gar nicht möglich sei, sei es wegen der Verschiedenartigkeit der Kontrollklassen, der Kontrollschulen, des ganzen Systems, und so weiter. Hier müssen auf jeden Fall die Mittel und Wege gefunden werden, um diese wissenschaftliche Kontrolle zu garantieren. Ich glaube, daß mit dieser wissenschaftlichen Kontrolle weitgehend auch die Reputation der Schulversuche verbunden ist. Wenn diese irgendwo in Zweifel gezogen werden kann, dann wird der Schulversuch damit im Wesen entwertet.

Ein Argument aber müßte ich von vornherein zurückweisen: Wenn es heißt, eine wissenschaftliche Kontrolle sei schon deshalb nicht möglich, weil sich eines der Hauptziele der Schulversuche, etwa in der integrierten Gesamtschule, nämlich die soziale Integration, der Kontrolle überhaupt entziehe. (*Abg. Doktor Schnell: Das stimmt!*) Herr Präsident Schnell, ich habe diesen Ausspruch aus dem Munde eines sozialistischen Schulpolitikers in der letzten Zeit gehört.

Ich sage, daß für uns die soziale Integration nicht das erste und das vordergründigste Ziel für einen solchen Schulversuch, auch nicht in der integrierten Gesamtschule, sein kann. Denn diese Zielsetzung wird meines Erachtens insofern übertrieben, als die soziale Integration heute auch in unserem traditionellen Schulwesen weitgehend gewährleistet ist und wir dafür keine Veränderung unseres Schulsystems benötigen. Ich knüpfe da deshalb an, weil wir seinerzeit — Herr Präsident Schnell war damals nicht mit — in Schweden aus dem Munde eines der Väter der schwedischen Schulreform auch gehört haben: Ja, meine Herren, nehmen Sie zur Kenntnis: Unsere Einheitsschule — sie nennen sie tatsächlich so — ist ja nicht ein Produkt der pädagogischen Überlegungen, sondern ein Erfordernis unserer Sozialpolitik.

Hier werden also zwei Ebenen miteinander vermischt, die wir nicht miteinander vermischt sehen wollen. Ich spreche das aus. Sie mögen anderer Ansicht sein, aber hier scheiden sich unter Umständen die Geister.

Ich möchte im Zusammenhang mit den Schulversuchen noch auf eine Sache hinweisen. Der Gesetzgeber hat im Jahre 1971 dem Unterrichtsminister den Auftrag gegeben, bestimmte Schulversuchsmodelle zu erproben. Da steht ausdrücklich drinnen: sind „einzurichten“ oder eine ähnliche Formulierung. Das heißt mit anderen Worten, es kann nicht in das Belieben der Landesschulräte oder überhaupt in das

Belieben der Schulen, der Lehrer gestellt bleiben, welche Versuchsmodelle erprobt werden und welche nicht. Der Unterrichtsminister hat dafür Sorge zu tragen, daß alle diese Modelle auch tatsächlich erprobt werden. Wie sollte ich denn nachher etwa einen Vergleich zwischen der integrierten Gesamtschule, der additiven Gesamtschule, der Orientierungsstufe oder einer traditionellen Schulorganisationsform anstellen können, wenn die vom Gesetzgeber vorgesehenen Modelle nicht alle erprobt sind?

Ich sage ausdrücklich: Wir haben gar keine besondere Vorliebe für eines dieser Modelle. Gewisse Kreise innerhalb unserer Gesinnungsgemeinschaft sagen, Orientierungsstufe sei eine taugliche Form. Warum auch nicht? Aber wenn ein Modell überhaupt nicht zur Erprobung gelangt, dann wird es am Ende des Versuchszeitraumes natürlich zur Frage an den Minister kommen: Ja, Herr Minister, warum ist nicht auch etwa die additive Gesamtschule erprobt worden?

Ich weiß schon, Sie wollen niemanden dazu zwingen. Aber es gibt ja auch Besprechungen der Landesschulratspräsidenten. Es gibt auch das Ersuchen einzuwirken, daß nicht dort und da so etwas gemacht wird. Ich kann nur auf den Willen des Gesetzgebers hinweisen: daß es unsere Absicht war, nicht nur ein Modell zu erproben und dieses auf einer breiten Basis, und andere Modelle überhaupt nicht.

Nun zu einem anderen „Schulversuch“, unter Anführungszeichen, zur sechssemestrigen Hauptschullehrerbildung, weil wir damals auch gesagt haben: Versuchsweise soll die sechssemestrige Hauptschullehrerbildung eingerichtet werden.

Ich möchte die Sache nicht an sich in Frage stellen. Ich möchte nur auf eine gewisse Problematik hinweisen, die in diesem Zusammenhang auftritt. Erstens einmal, glaube ich, müßte der Zugang für Volksschullehrer zum Hauptschullehrerberuf nach wie vor möglich sein, und zweitens ergibt sich vielleicht jetzt schon die Frage, ob wir in Zukunft ein ausgewogenes Maß haben werden zwischen Hauptschullehrern und Volksschullehrern.

Wenn man die Anmeldungen der letzten Zeit für die Pädagogischen Akademien verfolgt, kann man ein deutliches Übergewicht zur Hauptschullehrerbildung feststellen. Solange wir noch sehr viele ungeprüfte Hauptschullehrer an Hauptschulen haben, ist an sich dagegen gar nichts einzuwenden; wir müssen sogar froh sein, wenn wir das Defizit an geprüften Hauptschullehrern auffüllen. Aber es gibt Bundesländer, wo das Lehrer-

Dr. Gruber

defizit nicht mehr sehr groß ist. Gerade Wien, Kärnten, Burgenland, ich glaube auch Salzburg gehört dazu. Dort stellt sich das Problem schon sehr bald: Wie werden wir das flache Land noch mit einer ausreichenden Zahl von Volksschullehrern versorgen können. Daher möchte ich Ihre Aufmerksamkeit, Herr Bundesminister, gerade auf dieses Problem hinlenken. Ich nehme allerdings an, daß Sie sich auch schon mit dem Problem beschäftigt haben.

Wir haben im Finanz- und Budgetausschuß auch von der Unterdotierung des Schulpsychologischen Dienstes gesprochen. Wir haben das alle miteinander bedauert. Herr Präsident Schnell, der die Frage ebenfalls angeschnitten hat, hat sich mit der Antwort des Ministers zufrieden gegeben, daß unter der Post „Schulversuche“ auch einiges drinnensteckt. Aber selbst wenn dem so ist, Herr Bundesminister, dann ist das deshalb keine befriedigende Antwort, weil die Aufgaben für den Schulpsychologischen Dienst, unabhängig von den Schulversuchen, immer mehr werden und gerade im Zusammenhang mit der Schulbahnberatung, die wir forciert haben wollen, wirklich eine Minusposition gegeben ist, mit der wir uns nicht einverstanden erklären können. Wenn wir hier nicht zu einer besseren personellen Ausstattung gelangen, dann wird in den nächsten Jahren die Schullaufbahnberatung speziell auch an den höheren Schulen nicht im entsprechenden Ausmaß ausgebaut werden können.

Gestatten Sie, daß ich mich noch mit zwei speziellen Teilen dieses Kapitels befasse. Das eine ist die Jugendförderung. Dazu nur ein paar Sätze. Ich bin deshalb dazu veranlaßt, weil im gedruckten Bericht des Herrn Berichterstatters zu lesen ist, daß mit den 10 Millionen Schilling mehr für die außerschulische Jugendbildung das Jahr 1974 zum „Jahr der Jugend“ gestempelt wird.

Ich muß sagen, da würde schon etwas mehr dazu gehören, um ein Jahr zum „Jahr der Jugend“ stempeln zu können. Erstens einmal darf ich festhalten: Wir freuen uns darüber, daß es in diesem Jahr auf diesem Gebiet zu einer Aufstockung gekommen ist, müssen aber gleichzeitig auch festhalten, daß gerade die außerschulische Jugendförderung in den letzten Jahren stagnierte, daß also sowieso ein Nachholbedarf gegeben war und daß diese 10 Millionen vielleicht nicht mehr darstellen, als dieser Nachholbedarf der letzten Jahre ausmacht.

Zweitens müssen wir festhalten, daß Sie dem Bundesjugendring eigentlich mehr zugesagt hatten, als Sie nachher einlösen konnten. Mir wurde jedenfalls berichtet, daß Sie

40 Millionen zugesagt haben, jetzt stehen 35 Millionen Schilling drinnen. Herr Bundesminister! Ich möchte hier fast die Bibel zitieren: Allein, was ist das für so viele! Wenn man daran denkt, wie viele Jugendorganisationen davon partizipieren sollen — ich bin selbst Funktionär eines Jugendverbandes und weiß, wie dürftig dann die Subventionen aus dem Bundesjugendplan für die einzelnen Ausbildungssektoren oder Heimbausektoren und so weiter fließen —, dann muß ich sagen: Das Jahr 1974 jetzt zum „Jahr der Jugend“ zu erklären, weil 10 Millionen Schilling drinnen sind, das geht mir doch über die Hutschnur. Das muß ich ganz offen hier aussprechen.

Ich möchte auch noch, Herr Kollege Luptowits, in Parenthese dazu sagen: Man sollte sich ein Beispiel an bestimmten Bundesländern nehmen. In Oberösterreich wird für die außerschulische Jugendarbeit mehr ausgegeben, als der Bund ausgibt und — wenn ich richtig unterrichtet bin — mehr als alle Bundesländer zusammen ausgeben.

Man hat vor der Landtagswahl in Oberösterreich gesagt: 28 Jahre schwarze Regierung sind genug, denn das ist eine vergangenheitsorientierte Partei, die hat nichts übrig für die Zukunft, für die Jugend, für den Sport und so weiter.

Schauen Sie sich einmal die oberösterreichischen Ansätze an, und dann sagen Sie uns, ob der Bund oder das sozialistische Land Kärnten oder das sozialistische Land Wien bereit sind, ein Gleiches zu tun. Hier wieder die Bibel: Gehe hin und tue desgleichen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch etwas zur Erwachsenenbildung. Sie erwarten, Herr Bundesminister, daß ich dazu auch etwas sage. Die Bedeutung der Erwachsenenbildung in unserer heutigen Gesellschaft ist unbestritten. Der Herr Kollege Luptowits hat eine großartige Rede — ich glaube, im Vorjahr — dazu gehalten. Ich muß auch sagen, die Verbände der Erwachsenenbildung sind tief enttäuscht darüber, daß das Budget für 1974 weniger Mittel vorsieht, als es für 1973 waren. Das in dem Jahr, in dem das Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung eigentlich wirksam werden sollte.

Man hat mit dem Gesetz Hoffnungen erweckt. Ich habe nie zu denen gehört, die gesagt haben: Jetzt kommen automatisch mehr Mittel. Ich habe allerdings dafür gekämpft, daß man in das Gesetz hineinschreibt: Der Bund hat zu fördern; nicht: Der Bund kann fördern.

Es ist eine Tatsache, daß in diesem Jahr weniger Mittel zur Verfügung stehen als im

8730

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 6. Dezember 1973

Dr. Gruber

Jahr 1973. Der Hinweis darauf, daß ja einmal kräftig aufgestockt wurde, wird ins Leere gehen. Denn, Herr Bundesminister, Sie können ja nicht den Organisationen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung zunächst einmal sozusagen lange Zähne machen, die stellen sich dann alle auf die höhere Subvention ein, und auf einmal kommt die kalte Dusche. (*Ruf bei der ÖVP: „Das Fest ist zu Ende!“*) Das Fest ist zu Ende! Das ist also die Feststellung eines sozialistischen Wirtschaftsexperten. Wir waren immer schon der Meinung, daß man nicht sehr lange Feste feiern kann. (*Abg. Luptowitz: Nur nicht verzagen!*)

Um zurückzukehren: Die Kürzung der Basis für die Einrichtungen der Erwachsenenbildung von 31,5 Millionen Schilling auf 17 Millionen Schilling kann, so glaube ich, nicht hingenommen werden. Herr Bundesminister! Es muß hier ein Weg gefunden werden, um diese Basisförderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung wenigstens auf das Niveau von 1973 zuzüglich der Preissteigerungen, die wir ja leider verkraften müssen, anzuheben. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß viele Einrichtungen der Erwachsenenbildung gerade durch die letzte Entwicklung hart betroffen werden, denn alle, die etwa Gebäude zu erhalten haben, die Heizungskosten haben, die Brennstoffe kaufen müssen und so weiter, wissen ja nicht, wie sie dann für das Jahr 1974 noch kalkulieren sollten.

Herr Bundesminister! Zum Kapitel der Erwachsenenbildung gehört auch die Einrichtung der ORF-Akademie. Hier haben Sie im Finanz- und Budgetausschuß erklärt, daß der Vertrag mit dem ORF im großen und ganzen unter Dach und Fach sei und mit einer Konstituierung in der nächsten Zeit zu rechnen sei. Ich hätte hier nur den sehr dringenden Wunsch der Organisationen der Erwachsenenbildung zu deponieren, daß in dem Verwaltungsausschuß oder Programmausschuß — ich weiß nicht, wie dieses Gremium heißen wird — auch der Erwachsenenbildung ein entsprechendes Mitspracherecht eingeräumt wird, auch dann, wenn es diesen im wesentlichen von Subventionen lebenden Organisationen nicht möglich ist, den doch nicht geringen Mitgliedsbeitrag in dieser Gesellschaft zu leisten.

Und als letztes: Das Institut für politische Bildung ist im Budget für 1974 mit einem Betrag von 3 Millionen Schilling dotiert. Dieses Institut existiert noch nicht, aber es ist damit zu rechnen, daß es im Jahre 1974 ans Tageslicht treten wird. Herr Bundesminister! Sie kennen sicherlich die Diskussionen, die über die Konstruktion der Gesellschaft für politische Bildung in der Vergangenheit abgeführt

wurden, und Sie wissen auch, daß zu dem Statutenentwurf, der vom Unterrichtsministerium vorgelegt wurde, das Einverständnis von Seite der Erwachsenenbildung nicht gegeben werden konnte. Wir hoffen aber sehr, daß es zu einer einvernehmlichen Lösung kommt. Nur das eine möchte ich auch mit aller Klarheit sagen: Ein Institut für politische Bildung kann wirklich nichts anderes sein als eine Servicestelle, als eine Stelle, die den Einrichtungen der Erwachsenenbildung zu Diensten sein soll; es kann aber nicht darum gehen, mit Hilfe dieses Institutes dieses etwas heikle Gebiet der politischen Bildung in eine ganz bestimmte Richtung zu lenken. Herr Bundesminister! Ich traue Ihnen mehrfach geäußerten Zusicherungen, die Sie in der Öffentlichkeit abgegeben haben, aber Sie verstehen auch, daß es auf der anderen Seite zur Absicherung dieser Erklärungen und dieser Absicht notwendig ist, daß wir hier auch in aller Offenheit darüber reden! Nicht daß uns einmal jemand den Vorwurf machen könnte: Ja habt ihr denn sehenden Auges diese Gefahr nicht erkannt, daß sich hier etwa der Minister ein Instrument schafft, wo er die politische Bildung dorthin bringt, wo er sie unter Umständen seiner parteimäßigen Einstellung nach hinhaben möchte. Ich sage hier in aller Offenheit: Es ist das ein Kapitel, das mit einer gewissen Delikatesse zu behandeln ist. Ich hoffe, Herr Minister, daß Sie in dieser Richtung unsere Erwartungen nicht enttäuschen und Ihre eigenen Zusagen halten werden.

Ich habe eingangs schon erklärt, daß wir nicht in der Lage sind, dem Kapitel unsere Zustimmung zu erteilen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Schnell.

Abgeordneter Dr. Schnell (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Vordner haben beide ein zentrales Anliegen der österreichischen Schulentwicklung besprochen. Herr Abgeordneter Peter hat die Frage aufgeworfen, ob die bildungspolitischen Strukturen in Österreich nach dem Schulgesetzwerk 1962 richtig gesetzt sind und ob sie die weitere Entwicklung des österreichischen Schulwesens garantieren können, und Herr Abgeordneter Gruber hat mit Recht jenes Phänomen angesprochen, das als Bildungsexplosion bezeichnet wird und zweifellos auch in den Budgetreden der letzten Jahre immer wieder behandelt wurde, wobei alle Schwierigkeiten und alle Probleme dieser Bildungsexplosion, von den objektiven Gegebenheiten des Lehrermangels und der Schulraumnot über die notwendigen provisorischen Planungen zur Schulreform bis

Dr. Schnell

zu den sehr generalisierenden subjektiven Werturteilen, immer wieder in den Vordergrund getreten sind.

Ich möchte hinsichtlich dieser beiden Standpunkte, die hier vorgebracht worden sind und die zweifellos sehr berechtigte Frage aufwerfen, ob die österreichische Schulentwicklung, so wie sie durch die Schulversuche gekennzeichnet ist, auch tatsächlich eine Verbesserung des Schulwesens bedeutet, doch von der Frage ausgehen: Wie sieht dieses Schulwesen aus, und wie hat sich dieses österreichische Schulwesen in den letzten Jahren entwickelt? Vielleicht hat es sich so stark entwickelt, wie das die österreichische Gesellschaft und vielleicht auch die österreichischen Schulpolitiker und die Pädagogen noch gar nicht richtig zur Kenntnis genommen haben. Ich möchte Ihnen das an Hand einiger nüchterner Zahlen beweisen.

Wir klagen mit Recht über die sehr geringe Anzahl von Plätzen auf dem Kindergarten-sektor, und der Abgeordnete Gruber hat darauf hingewiesen, daß wir in einem viel stärkeren Ausmaß als bisher dafür zu sorgen haben, daß für jedes drei- bis sechsjährige Kind, das einen Kindergartenplatz beansprucht, ein Kindergartenplatz zur Verfügung gestellt werden sollte. Wenn man die Entwicklung und den Bau der Kindergartenplätze in Österreich in den letzten 15 oder 18 Jahren überblickt, kann man feststellen, daß gerade in den letzten zehn Jahren von den Ländern und von den Gebietskörperschaften alle Anstrengungen unternommen wurden, um mehr Kindergartenplätze einzurichten, denn die Zahl der Drei- bis Sechsjährigen, die in Kindergärten untergebracht wurden, stieg von etwa einem Viertel auf mehr als 35 Prozent an und bewegt sich sehr deutlich der 40-Prozent-Grenze zu.

Auf dem Gebiete des Schulwesens haben sich in diesen letzten Jahren beträchtliche Veränderungen ergeben, von denen wir doch feststellen müssen, daß sie sowohl zu einer quantitativen wie auch zu einer qualitativen Verbesserung der Schulbildung für die gesamte Bevölkerung geführt haben. Während noch in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg mehr als 55 Prozent aller Zehn- bis Vierzehnjährigen die Oberstufe der Volksschule besucht haben und nur 42 Prozent die Hauptschule und die allgemeinbildende höhere Schule, wobei der Anteil der allgemeinbildenden höheren Schule im Verhältnis zur Hauptschule sehr gering gewesen ist, so besuchten im Schuljahr 1972/73 bereits 92 Prozent aller Zehn- bis Vierzehnjährigen die Hauptschule und die allgemeinbildende höhere Schule.

Ich möchte gerade von diesem Gesichtspunkt aus dem Herrn Abgeordneten Peter sagen, daß mit dieser Maßnahme die Bildungslücken des ländlichen Raumes beträchtlich verbessert worden sind beziehungsweise abgebaut werden konnten, daß dies eine Folgeerscheinung des Schulgesetzwerkes 1962 ist und daß sicherlich darüber hinaus auch die Länder in ihren Bestrebungen, Hauptschulen zu errichten, aber auch der Bund in seinen Bestrebungen, das allgemeinbildende Schulwesen auszubauen, wesentlich dazu beigetragen haben, die bildungspolitische Situation in Österreich beträchtlich zu verbessern. Wir dürfen doch nicht vergessen, daß in diesen 20, 25 Jahren der Anteil der Oberstufenschüler, das heißt der Anteil der Zehn- bis Vierzehnjährigen, die ein-, zwei- und dreiklassige Schulen besucht haben, von 56 Prozent auf 5,5 Prozent, also auf ein Zehntel, zurückgegangen ist. Es ist doch sicherlich anzunehmen, daß mit dem Zurückgehen dieses Anteiles auch beträchtliche Verbesserungen in der Qualität der Bildung erfolgten.

Ich möchte jetzt nicht auf die Problematik eingehen, und ich freue mich, daß die Problematik überwunden ist. Ich weiß, daß die Österreichische Volkspartei in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg sehr stark in der Frage der Reform der Landschule die ein- und zweiklassigen Schulen in den Vordergrund gestellt hat, aber die Frage ist heute längst abgeschlossen und erledigt. Wir brauchen nicht mehr darüber zu sprechen, weil diese Tendenz und diese Entwicklung gerade durch die Schulentwicklung der letzten zehn Jahre völlig überholt wurde.

Wir können aber doch auch sagen, daß gerade auf dem Sektor der allgemeinbildenden und der berufsbildenden höheren Schulen beträchtliche Verbesserungen erzielt werden konnten. Wenn man jetzt, losgelöst von der Zahl der Schüler und losgelöst von der Zahl des Geburtsjahrganges, nur einfach konstatiert, daß in den Jahren von der Mitte der fünfziger Jahre bis zur Mitte der sechziger Jahre der Zustrom zu den allgemeinbildenden höheren Schulen kaum 7 Prozent betrug, daß aber in diesen letzten zehn Jahren von der Mitte der sechziger Jahre bis zur Mitte der siebziger Jahre ein Zustrom von etwa 125 Prozent einsetzen wird, daß sich die Zahl der Schüler an den allgemeinbildenden höheren Schulen also verdoppelt und über die Verdoppelung hinaus noch weiter wächst, so ist das doch ein Zeichen, daß man der, wie ich glaube, unsinnigen und haltlosen Behauptung, daß die quantitativ meßbare Steigerung des Zuganges zu den Hauptschulen, Gymnasien, Realgymnasien, Fachschulen und Handelsschu-

8732

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 6. Dezember 1973

Dr. Schnell

len mit einer Senkung des Bildungsniveaus erkaufte worden sei, in der Öffentlichkeit, aber vielleicht mitunter auch in diesem Haus nicht stark genug entgegnet werden kann.

Überlegen wir uns nämlich: Wenn statt etwa 42 Prozent eines Geburtsjahrganges 90 Prozent eines Geburtsjahrganges, also statt etwa 40.000 Schülern 90.000, die Hauptschule oder die Unterstufe einer allgemeinbildenden höheren Schule besuchen — das ist ein sehr hoher Prozentsatz —, wird doch niemand annehmen, daß es sich bei diesen Kindern nur um weniger begabte Knaben und Mädchen handelt. Es ist doch anzunehmen, daß sehr begabte Buben und Mädchen darunter sind, die ein sehr differenziertes Bildungsangebot an den Hauptschulen erhalten, ein Bildungsangebot, das weit über die ein- und zweiklassigen dörflichen Volksschulen hinausgeht. Sie schöpfen auch dieses Bildungsangebot voll aus.

Wenn man zweitens den Prozentsatz der Studierenden an den Oberstufen der allgemeinbildenden höheren Schulen, an den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen und an den Bildungsanstalten betrachtet und feststellt, daß dieser Anteil steigt, ist mit Sicherheit zu erwarten, daß damit nicht nur die Qualifikation für den späteren Beruf verbessert wird, sondern daß jeder einzelne dieser Menschen in den Genuß einer höheren Bildung kommt.

Wenn der Herr Abgeordnete Peter heute gesagt hat, daß die Reifeprüfung ein gesellschaftspolitisches Statusproblem geworden ist, so möchte ich dem nicht widersprechen. Dies ist aber eine Entwicklung, die nicht von der Schulbehörde und auch nicht vom Bundesministerium für Unterricht beeinflusst werden kann, sondern dies ist eine gesellschaftspolitische Entwicklung, der man nur eine vernünftige bildungspolitische Beratung entgegensetzen kann.

Möchte man aber damit zum Ausdruck bringen, daß die Reifeprüfung — und manchmal habe ich das Gefühl, daß mit diesen Feststellungen ein solcher Verdacht zum Ausdruck kommt — mit ihren Leistungen nicht mehr an die Reifeprüfung früherer Jahre heranreicht, dann darf ich all denen, die diese Auffassung haben, sehr deutlich sagen, daß die Anforderungen sowohl an die Leistungskapazität unserer jungen Menschen, die Anforderungen an die intellektuelle Abstraktionsfähigkeit und vor allem auch die Anforderungen an den Leistungswillen sowohl in den allgemeinbildenden höheren Schulen wie auch in den berufsbildenden höheren Schulen beträchtlich gestiegen sind, daß die modernen wissenschaftlichen Bereiche und Gebiete, die heute in die Lehrpläne der allgemeinbildenden und

berufsbildenden höheren Schulen eindringen, beträchtlich höhere Anforderungen an den jungen Menschen stellen. Ein Vergleich der Reifeprüfungsfragen etwa aus den Jahren 1900, 1920 oder 1950 gegenüber den heutigen Reifeprüfungsfragen beweist dies sehr deutlich. Man könnte das in jedem einzelnen naturwissenschaftlichen Fach belegen, man könnte das aber auch zum Glück im Hinblick auf die sehr guten philologischen Leistungen besonders in den modernen Fremdsprachen feststellen.

All das zeigt, daß das österreichische Bildungswesen sich gerade im letzten Jahrzehnt in einem tiefgreifenden Umwandlungsprozeß befindet, und ich bin der festen Überzeugung, daß mit diesem Umwandlungsprozeß sowohl eine Hebung der gesamten Volksbildung eingetreten ist wie auch eine qualitative Verbesserung und Differenzierung der Bildung der Studierenden.

Vermassung und Nivellierung heißt doch nichts anderes, als befähigte junge Menschen zu einem niederen Bildungsniveau herabzuziehen. Es ist sicherlich richtig, daß es außerordentlich schwierig ist, im Bereich der berufsbildenden und der allgemeinbildenden höheren Schulen die breite Streuung der verschiedenen Begabungen und der verschiedenen Leistungen zu berücksichtigen, im allgemeinen aber wird man sagen können, daß gerade dadurch in einem viel stärkeren Ausmaß befähigte und höchstbefähigte junge Menschen zu Höchstleistungen geführt werden können.

Ich bin dem Herrn Abgeordneten Gruber sehr dankbar, daß er sich heute in seinen Ausführungen vor allem auch sehr deutlich zu einer Ausschöpfung der Bildungsreserven, und zwar rückhaltslos im Hinblick auf die berechtigten Bildungsansprüche des einzelnen, bekannt hat. Ich freue mich, Herr Abgeordneter, daß damit die Rede, die der Herr Abgeordnete Mock gehalten hat und in der er uns einer Philosophie des Altliberalismus geziehen hat, überwunden erscheint. Ich habe in meinem Zwischenruf dann gefragt: Wie wollen Sie das lösen? Da sagte er darauf: Bildungsberatung und Berücksichtigung der eigenen Bildungsansprüche. Dieser Frage in dieser Formulierung können wir alle zustimmen. Das Problem liegt nur in der Konkretisierung des einzelnen Falles, wie wir in der Bildungsberatung dem einzelnen auf Grund seiner Anlagen, auf Grund seiner Kapazität, auf Grund seines Leistungswillens, aber auch auf Grund seiner Bildungsbestrebungen einen konkreten Weg anbieten, der mit seinen Bestrebungen vielleicht nicht ganz konform geht.

Hier liegt die persönliche Entscheidung und die persönliche Schwierigkeit. Aber ich stimme mit Ihnen überein. *(Zwischenruf des Abg.)*

Dr. Schnell

Dr. Gruber.) Ja, aber diese Konsequenzen sollen von uns nicht dirigistisch über ihn verhängt werden. Er soll die Chance haben, aber wir sollen ihm die ganze Breite der Beratung zugänglich machen, eine Fülle von Informationen bieten. *(Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.)*

Weil Sie im Zusammenhang mit diesem Gebiet darüber gesprochen haben, daß der pädagogisch-psychologische Dienst ausgebaut gehört, darf ich sagen, daß wir uns mit sehr viel Mühe und, ich glaube, auch mit einem gewissen Erfolg diesem Ziele widmen, denn in Wien stehen 40 Personen für den pädagogisch-psychologischen Dienst mit den erforderlichen Beamten zur Verfügung. Und diese Bildungsberatung setzt im Einvernehmen mit den Lehrern ab der zweiten und der dritten Schulstufe ein und endet beim Austritt dieser Schüler und Studenten im Reifeprüfungsjahrgang. Aber ich stimme mit Ihnen, Herr Abgeordneter Gruber, überein: Wir können nichts unversucht lassen und sollen alles tun, um diese Bildungsberatung vor allem noch effizienter und transparenter zu machen.

Ich bin aber auch der Überzeugung — da werden Sie mit mir nicht mehr übereinstimmen —, daß gerade im Hinblick auf die Strukturelemente des österreichischen Schulwesens dieser Bildungsberatung beträchtliche Barrieren gegenüberstehen, und zwar vor allem in der Mittelstufe und auf der Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schule. Das sind gerade jene beiden Elemente, auf die auch der Herr Abgeordnete Peter hingewiesen hat und von denen ich persönlich glaube, daß sie eine Weiterentwicklung des österreichischen Schulwesens dringend erforderlich machen.

Daher, so glaube ich, ist auch die Bereitschaft sowohl in der österreichischen Bevölkerung wie auch bei den Lehrern und sicherlich in zunehmendem Maße auch bei den Eltern sehr stark gegeben, daß auf Grund der starken und gewaltigen gesellschaftlichen Veränderungen Schulversuche in Österreich durchgeführt werden. Diese Schulversuche kann man nun sehr verschieden beurteilen. Aber überlegen wir einmal: Im Schuljahr 1973/74 führen wir in 3402 Klassen — sicherlich sind darunter 2090 Klassen mit fremdsprachiger Vorschulung, von denen ich persönlich überzeugt bin, daß sie nicht in diesem Ausmaß einen Schulversuch darstellen — Schulversuche im Bereich der allgemeinbildenden Pflichtschulen und an 16 Schulen mit 66 Klassen Schulversuche an allgemeinbildenden höheren Schulen. Diese Schulversuche an allgemeinbildenden Schulen können meiner Meinung nach weder so dargestellt werden, daß

sie das Höchste, was überhaupt nur möglich ist, darstellen. Sie können aber auch nicht so beschrieben werden, daß sie nur harmlose Alibiversuche sind, die nichts bringen. Wären sie nämlich nur harmlose Alibiversuche, dann könnten wir ja verhältnismäßig sehr rasch der Gesamtschule zustimmen und könnten die integrierte Gesamtschule über die Bühne bringen. Aber da würden Sie sofort sagen: Das ist ein schulpolitisch ernstes Anliegen, da brauchen wir sehr viel Bedächtigkeit, und einem so entscheidenden Anliegen können wir nicht sofort zustimmen. Ich glaube daher, daß man nicht sagen kann, daß das Anliegen der integrierten Gesamtschule ein Alibiversuch ist. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)*

Ich sage nur, daß diese Beurteilung nicht richtig ist. Ich glaube aber, daß die Schulversuche tatsächlich ein umfangreiches bildungspolitisches Unternehmen in unserer Schule und in unserer Gesellschaft darstellen, und zwar deshalb, weil sie erstens einmal die Schulpolitik in einem viel stärkeren Ausmaß, als das früher je der Fall war, versachlichen und weil die Schulversuche zweitens zu einer Bewußtseinsänderung der Lehrer beitragen. Nicht in dem Ausmaß — da möchte ich jetzt nicht mißverstanden werden —, daß ein Lehrer sich für die Gesamtschule oder für eine bestimmte Form ausspricht, sondern daß der Lehrer erkennt, daß ein ganz bestimmtes Modell oder eine ganz bestimmte Schulform — auch das bisherige traditionelle Modell — nicht die einzige Möglichkeit eines effizienten Unterrichtes und einer effizienten Bildungsarbeit bietet. Ich glaube auch, daß die Lehrer mit außerordentlichem Engagement in diesen Schulversuchen arbeiten und beträchtliche Erfolge erzielen.

Im Mittelpunkt der Schulversuche steht meiner Meinung nach — und da trennen sich unsere Wege — zweifellos die Gesamtschule. Ich weiß, daß die Gesamtschule ein strittiges schulpolitisches Anliegen ist, aber ich möchte darauf erwidern, was Sie gesagt haben: Die gemeinsame Erziehung aller Zehn- bis Vierzehnjährigen ist uns ein wichtiges Anliegen, ein wichtiges gesellschaftspolitisches Anliegen. Wenn Sie sagen, daß dieses Anliegen in Ihrer Wertordnung nicht an erster Stelle steht, haben Sie durchaus das Recht dazu. Nur muß man das in der Öffentlichkeit klar und deutlich betonen und muß sich zu einem Standpunkt bekennen.

Die Gesamtschulversuche sind von der Hypothese ausgegangen ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)* Ich darf dazu folgendes ganz kurz sagen: Es ist die gemeinsame Erziehung aller Schüler in verschiedenen Schularten, wie Sie sagen, möglich. Aber die Bildungsbarriere nach dem 10. Lebensjahr ist

Dr. Schnell

außerordentlich groß. Und jetzt sage ich Ihnen: Auch die Gesamtschule vom 10. bis zum 14. Lebensjahr wird diese Bildungsbarriere nicht völlig beseitigen. Ich bin der Meinung, daß die Gesamtschule der Zehn- bis Vierzehnjährigen kein perfektes letztes System und Modell darstellt. Aber ich bin zutiefst überzeugt, daß es die Bildungsbarrieren weitestgehend beseitigt und eine Verbesserung der gegenwärtigen Struktur bietet.

Herr Abgeordneter Peter, Sie sind jetzt wieder im Saal, und ich darf mich an Sie wenden und sagen: Auf dem Parteitag der Freiheitlichen Partei und in Ihren Beratungen ist die Gesamtschule in einem starken Ausmaß hervorgetreten, vor allem die integrierte Gesamtschule. Es müßten gerade Sie als Obmann dieser Partei auch im Hinblick auf die von Ihnen gewünschte Strukturveränderung des österreichischen Schulwesens, im Hinblick auf die industrielle Gesellschaft und auf die bildungspolitische Entwicklung unserer Jahre gerade zu diesem Element der Weiterentwicklung des österreichischen Schulwesens ja sagen, wie Ihre Parteifreunde das in Linz getan haben. (*Zwischenruf des Abg. Peter.*)

Dann darf ich vielleicht einmal die Frage an Sie richten, Herr Abgeordneter Peter: Wo steht die Freiheitliche Partei in der Frage der Gesamtschule wirklich? Es wäre für uns sehr interessant, einen Konsens zwischen allen Fraktionen dieses Hauses zu suchen, um über die Stellung, Haltung und um den Standort der einzelnen Parteien und Fraktionen genauestens Bescheid zu wissen.

Die Gesamtschule hat im ersten Jahr der Schulversuche außerordentlich gute Leistungen erbracht, und in der Schrift von Doktor Petri: „Die Evaluation der Schulversuche im Bereich der Schulen der Zehn- bis Vierzehnjährigen“ kommt sehr deutlich zum Ausdruck, daß die Hypothese, daß gleichbefähigte Schüler in niveauentsprechenden Lerngruppen der Gesamtschule gleich viel leisten wie in den traditionellen Schulen, wie in der allgemeinbildenden höheren Schule und in der Hauptschule, bestätigt werden konnte.

Die oberen Leistungsgruppen, sagte er, der Gesamtschule erzielten in Mathematik, Englisch und Deutsch gleichhohe Leistungen, wie sie von gleichbefähigten Klassen der allgemeinbildenden höheren Schulen zu erwarten sind.

Jetzt setzt eine sehr merkwürdige Entwicklung ein. Während in der Schulreformkommission die Vertreter der Langform der allgemeinbildenden höheren Schulen in den letzten Jahren ausschließlich den Leistungsgedanken in den Vordergrund stellten und uns den

Vorwurf machten, daß wir über unsere Bestrebungen zur sozialen Integration der Schüler den Leistungsgedanken zuwenig berücksichtigen, haben gerade die Vertreter des Leistungsgedankens, und zwar in breiter Streuung, Herren und Damen, die sowohl der Österreichischen Volkspartei als auch der Freiheitlichen Partei nahestehen, vom Leistungsgedanken Abstand genommen und sich auf den Bildungsstandpunkt gestellt, indem sie meinten, es gibt eben sehr viele völlig unwägbare Dinge, die nicht gemessen werden können, etwa die Einstellung der Person in einem langen Bildungsprozeß in einer Schule unter gleicher Leitung. Es müssen also — und das war ja immer unser Versuch — klare Zielsetzungen herausgestellt werden, und ich bekenne mich ganz dazu, Herr Abgeordneter Dr. Gruber, daß die Kontrollversuche, die in erster Linie auf die Leistung abgestellt sind, hier zu prüfen haben werden, wieweit die Leistung in den Gesamtschulen mit den Leistungen an den anderen Schulen ident sind.

Ich möchte aber doch nicht versäumen, Ihnen auch einen katholischen Pädagogen, den Sie bestens kennen, nämlich den Direktor der Pädagogischen Akademie in Oberösterreich, in Linz, zu nennen (*Abg. Dr. Gruber: Durchkomponierte Schulreform!*) — jawohl —, der sehr deutlich sagt: Gegen die Gabelung unseres Schulsystems in vertikale Streams, und das vor allem schon bei den Zehnjährigen, sprechen gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse, und er führt sie dann — ich will Ihnen nicht zumuten, das anzuhören — im einzelnen aus.

Was will ich damit sagen? Ich glaube, meine Damen und Herren, die Entscheidung über diese Fragen reift sehr stark heran. Wir werden mit den Schulversuchen, wie Sie gesagt haben, eine Fülle von Entscheidungshilfen bekommen, aber die Entscheidung wird dieses Haus, die Entscheidung werden die Schulpolitiker zu treffen haben.

Und wenn man einen stärkeren Zugang zum berufsbildenden Schulwesen haben möchte, dann — und das möchte ich sehr deutlich sagen — vergessen Sie nicht, daß dieser Zugang nur möglich ist, wenn Sie die Gesamtschule stärker in Betracht ziehen, denn das Ausscheiden aus einer allgemeinbildenden höheren Schule, in der in der gegenwärtigen Situation der Schüler einen Platz hat, den er aufgibt, wird sehr schwer sein, und wir wissen sehr deutlich, daß wir trotz einer guten Bildungsberatung dieses ... (*Abg. Ing. Schmitzer: Mehr als ein Drittel!*) Aber aus anderen Gründen, Herr Kollege! Das Ausscheiden nach der vierten Klasse der allgemeinbildenden höheren Schule geschieht aus

Dr. Schnell

anderen Gründen. Sie brauchen nur die Statistik der Schüler ansehen, die berufsbildende Schulen besuchen: Diese Schüler kommen noch immer in einem viel, viel stärkeren Ausmaß von den Hauptschulen, weil die Schüler von den Unterstufen der allgemeinbildenden höheren Schulen nicht austreten, da sie dort einen gesicherten Platz haben. Dann kommt auch die Leistung im Zusammenhang mit der Oberstufe dazu, das heißt also, die Struktur bildet auch eine Barriere, eine deutliche Barriere für die Bildungsberatung in diesem Staat. Man muß diese Probleme nur richtig sehen. (Abg. Dr. Gruber: Sie trauen aber der Beratung nicht sehr viel zu!) Ich traue der Beratung sehr viel zu, aber neben der Beratung gibt es sehr viele emotionale Gründe, Herr Abgeordneter Gruber, und diese emotionalen Gründe sind manchmal stärker als die rationalen Gründe, die jemand in einer Beratung den Eltern oder den Schülern mitteilen kann.

Ich möchte noch auf eine zweite Tatsache hinweisen, und zwar in bezug auf unsere Lehrerbildung, die in diesen wenigen Jahren seit 1970 tatsächlich einen beachtlichen Aufschwung genommen hat. Ich darf Sie erinnern, sehr geehrte Damen und Herren, wie wir in den letzten Jahren unter einem katastrophalen Mangel an Pflichtschullehrern in ganz Österreich gelitten haben. Es ist uns jedoch gelungen, in verhältnismäßig wenigen Jahren diesen Mangel etwas abzubauen, in einigen Bundesländern zu beseitigen und vor allem gleichzeitig mit dem Abbau des Lehrermangels auch eine höhere Qualifikation zu erzielen.

Wenn gegenwärtig an den Pädagogischen Akademien in Österreich 7300 Kandidaten studieren, dann vergleichen Sie diese Zahl mit der der Studierenden an den Lehrerbildungsanstalten Mitte der fünfziger Jahre. Damals waren es 600; also hat sich diese Zahl um das Zwölfwache erhöht. Ich kann mich erinnern — der Herr Kollege Harwalik weiß es, er wird sich auch erinnern können —, wie sich Ministerialrat Lang, dem früher die Lehrerbildung in Österreich unterstanden ist, mit großer Sorge bemüht hat, die Zahl der Lehrer sowohl in den Lehrerbildungsanstalten wie auch in den Maturantenkursen zu heben. Es ist uns dies gerade durch die Pädagogische Akademie, durch die Gründung der Pädagogischen Akademien, gelungen.

Die Frage, wie viele Lehrer in den Bereich der Hauptschule und in den Bereich der Volksschule übertreten, ist auch ein Problem der Bildungsberatung, und wir werden dieses Problem nicht außer acht lassen.

Die Schwierigkeit, die mich persönlich bedrückt, liegt darin, daß wir in einer verhältnismäßig kurzen Zeit eine außerordentliche

Werbung für den Lehrberuf durchgeführt haben und andererseits wahrscheinlich diese hohen Studierendenzahlen an den Pädagogischen Akademien in Zukunft nicht aufrechterhalten werden können. Diese Erscheinung macht uns große Sorgen, und wir werden uns damit beschäftigen müssen, wie in anderen Bereichen, vor allem im Bereich der Erzieherbildung, die notwendige Besetzung von Stellen durchgeführt werden kann. Auch das ist ein Problem der Beratung.

Ich komme zum Abschluß, meine Damen und Herren, und möchte darauf hinweisen, daß diesen enormen Bildungsanstrengungen unseres Staates auch das Budget für das Jahr 1974 gerecht wird.

Dem Herrn Abgeordneten Peter möchte ich sagen: Die Schulversuche und die bildungspolitischen Anstrengungen zur Reform der Struktur sind gleichgelagert mit den Anstrengungen auf der finanziellen Ebene, um die Ausgaben festzulegen, die dieses umfangreiche Kapitel für Unterricht und Kunst benötigt.

Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß dieses Kapitel im Budget auch jetzt — auch wenn Sie anderer Meinung sind, Herr Abgeordneter Gruber — noch einen echten Schwerpunkt darstellt. (Abg. Dr. Gruber: Was heißt: „noch“?) Einen echten Schwerpunkt, wenn man überlegt, daß sich seit dem Jahre 1967 die Gesamtausgaben des Bundes verdoppelt haben, dagegen die Ausgaben für dieses Budgetkapitel auf 157 Prozent angestiegen sind. Berücksichtigt man noch den Bauaufwand und dazu noch die Ausgaben für das Schulbuch, für die Schülerfreifahrt, so ist mit einer Steigerung von 171 Prozent im Verlaufe von sieben Jahren zu rechnen.

Ich freue mich — Sie haben ja darauf hingewiesen —, daß Sie sagten, die Dotierung dieses Kapitels sei im Grunde genommen nicht so schlecht. Ich darf sagen: Wir wären sehr froh gewesen, wenn das Budgetkapitel in Ihrer Zeit so gut dotiert gewesen wäre, daß wir soviel Schulraum hätten schaffen können. (Beifall bei der SPÖ.)

Wie sehr das auch im Zuwachs an Ausbildungsplätzen zum Ausdruck kommt, darf ich Ihnen aus einer Zusammenstellung bekanntgeben — Sie haben ja gesagt, an den technisch-gewerblichen Lehranstalten sei verhältnismäßig wenig geschehen —: Sie haben in den drei Jahren von 1966 bis 1969 630 Ausbildungsplätze an technisch-gewerblichen Lehranstalten geschaffen. In den drei Jahren von 1970 bis 1973 wurden 3930, also sechsmal soviel Ausbildungsplätze geschaffen.

Dr. Schnell

Hier sind außerordentlich viele Entscheidungen gefallen, und damit ist bewiesen, daß in diesen drei Jahren doch in einem sehr ausreichenden Maße auch für die Strukturreform und für die Reform der Bildungsinhalte die notwendigen budgetären Maßnahmen getroffen worden sind.

Und damit komme ich zum Abschluß zu einer Frage, die heute vormittag der Herr Abgeordnete Mock angeführt hat. Er hat heute vormittag gesagt, es gehe auf die Dauer nicht mehr so, daß wir phantastische bildungspolitische Pläne für die Zukunft schaffen, mit der Gegenwart nicht fertig werden und Ihnen die Schuld geben, daß Sie in der Vergangenheit die notwendigen Maßnahmen nicht getroffen hätten. Wenn ich darauf eine Antwort gebe, so nur eine: Er hat sich nämlich in drei oder vier Sätzen, nachdem er diese Darstellung gebracht hatte, die er auch schon im Vorjahr gegeben hat, deutlich selbst widersprochen, indem er zu Frau Minister Firnberg sagte: Jetzt und heute fällt die Entscheidung bei Ihren Maßnahmen, die Sie im Hinblick auf den Numerus clausus für die kommenden Jahre treffen. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung nur sagen — wenn der Herr Abgeordnete Mock da wäre, würde ich ihm das sehr gerne selbst sagen —: Als ich im Jahre 1969, in den letzten Monaten seiner Ministerschaft, zu ihm gekommen bin, um ihm die Sorgen des Stadtschulrates für Wien über die Schulbauten bekanntzugeben, und ihn gebeten habe, mir mit größeren Budgetmitteln zu helfen, Klassenraum zu schaffen, meinte er, das sei ganz ausgeschlossen. Im Jahre 1970 habe ich dann diese Hilfe bekommen, und die Folge davon war, daß wir in drei Jahren 370 Klassen entweder fertiggebaut haben oder diese Klassen in Bau sind; es ist das ein Drittel des gesamten Schulraumes allgemeinbildender höherer Schulen, der 80 Jahre vorher gebaut wurde!

Meine Damen und Herren! Das ist eine enorme Leistung dieser sozialistischen Regierung, und ich kann nicht verstehen, daß Sie da nicht zustimmen können und das Budget ablehnen. Ich bin aber sehr froh darüber, daß heute weitgehend ein Konsens über die schulpolitischen Maßnahmen, die vor uns stehen, erzielt werden konnte, weil ich der Überzeugung bin, daß gerade diese schulpolitischen Maßnahmen nur realisiert werden können, wenn wir gemeinsame Anstrengungen unternehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorred-

ner, Abgeordneter Schnell, hat vor allem in einem Lob auf die Tätigkeit der Regierung, in einem Lob auf die wachsenden Zahlen im Bereich der schulischen Entwicklung geschwelgt. Ich habe den Eindruck, daß er bei seinen Überlegungen allzusehr die nackten Ziffern in den Vordergrund stellt, daß er allzu sehr darauf aus ist, teilweise sehr imponierende Zahlen zu deponieren und dann doch nicht darauf einzugehen, daß diese Zahlen auch einen qualitativen Inhalt haben.

Ich glaube nämlich nicht, daß man aus der Tatsache der Verbesserung zum Beispiel bei den Kindergärten, der Erhöhung des Prozentsatzes schon schließen kann, daß sich daraus auch im ganzen eine erfreuliche Entwicklung angebahnt hat. Wenn man sich nämlich überlegt, daß parallel dazu die Zahl der beschäftigten Frauen angestiegen ist, wenn man sich überlegt, daß außerdem gerade in den Städten sehr viele Kindergärten gegründet werden, die keine ausreichenden Grünflächen und Spielplätze zur Verfügung haben, dann sind die Ziffern allein, so positiv sie im ersten Moment scheinen mögen, doch irreführend und geben nicht die tatsächliche Situation in wünschenswerter Weise wieder.

Dasselbe gilt natürlich auch für die erhöhten Zahlen an den allgemeinbildenden höheren Schulen. Es ist unbestritten und wird von den Professoren an den Hochschulen immer wieder betont, daß diese imponierenden Absolvenzziffern keineswegs bei gleicher Qualität erfolgen. Beim Erreichen des Statussymbols Reifezeugnis ist ein Teil der ursprünglichen Qualitätserfordernisse gefallen. Dabei billige ich Ihnen durchaus zu, daß in manchen Bereichen verstärkte Anforderungen gestellt werden und die Notwendigkeit verstärkter Anforderungen besteht. Ist hier tatsächlich der einzelne Schüler vor eine sinnvolle zusätzliche Leistungsbelastung gestellt?

Zur Frage der sozialpsychologischen Beratung und der verbesserten Möglichkeit, sich für bestimmte Ausbildungswege zu entscheiden, muß man doch sagen, daß hier aus der Sicht des Präsidenten Schnell die Situation besser ist als im ländlichen Bereich, wo keineswegs eine so gute Versorgung mit einschlägigen Fachleuten vorliegt, wie das in einer Großstadt der Fall ist.

Nun möchte ich gerne zu vier Problembereichen Stellung beziehen. Ich beginne, vor allem wenn man das aus dem Blickwinkel der Schüler sieht, mit einem erfreulichen Bereich, es ist das die Problematik der Ferien, der freien Tage, die Einteilung der Schulzeit. Das zweite wäre ein kurzer Hinweis auf die Problematik des Musikunterrichtes und des Kunstunterrichtes im allgemeinen. Dann sind

Dipl.-Ing. Hanreich

einige Bemerkungen zu der Situation, die sich durch die Vorträge bei dem letzten Ärztekongreß ergeben haben, anzufügen. Dort hat man versucht, Zusammenhänge zwischen Legasthenie und Ganzheitsmethode beziehungsweise der Einführung der Mengenlehre herzustellen; darauf sollte man doch das Interesse lenken. Als letztes Problem möchte ich dann noch auf die Situation der Filmförderung eingehen und hier einen speziellen Fall herausgreifen, der mir einer näheren Beleuchtung wert erscheint.

Zuerst also zu den Ferien. Es war sehr erfreulich, daß man sich zu einer Untersuchung aufgerafft hat, um festzustellen, wie sich denn mögliche Umänderungen in der derzeitigen Schulzeitordnung auswirken würden, daß man die Frage der Winterferien einer genaueren Überprüfung unterzogen und man sich auch über die Möglichkeit der Staffelung der Sommerferien sehr eingehend unterhalten hat.

Ich glaube allerdings, daß man sich, unabhängig von der Situation, die längerfristig betrachtet worden ist und die Gesetzesänderungen bedarf, im Augenblick wie zum Beispiel auch in der Bundesrepublik Deutschland überlegen sollte, ob man für diesen Winter nicht eine Maßnahme unter dem Blickwinkel der Energiekrise und der Schwierigkeiten im Fremdenverkehr setzen sollte.

Ich gebe gerne zu, daß es etwas einfach ist und daß man es leicht als demagogisch darstellen könnte, wenn ich jetzt eine frühzeitige Inangriffnahme einer Winterferienwoche fordern würde. Doch erscheint es mir sinnvoll, wenn ich zumindest die Frage aufwerfe, inwieweit von seiten des Ministeriums geprüft wurde: Was bringt aus dem Gesichtspunkt der Energiesituation die Sperre von Schulen im Winter für eine Woche? Was bringt aus dem Blickwinkel des Ressorts des Handelsministers ein Mehr an Erholungsurlaub und die damit verbundene bessere Auslastung der Fremdenverkehrswirtschaft?

Damit verquickt ist natürlich auch die von Herrn Minister Sinowatz mit Recht angezogene Frage, wie sich eine Ferienwoche auf die Schulzeit im ganzen auswirken würde. Ich habe in der Presse gelesen, daß man sich mit einer Verschiebung einzelner kirchlicher Feiertage befaßt, um hier eine Regelung zu finden. Da wäre es, nachdem diese Äußerung in der Presse schon auf den 8. Mai 1973 zurückgeht, interessant zu wissen, wie weit diese Gespräche gediehen sind, ob man schon auf konkrete Ergebnisse verweisen kann und ob sich eine günstige Lösung abzeichnet. Ich glaube ja, daß dieses Zusammenfassen zu einer zusätzlichen Erholungswoche ein sinnvoller Schritt ist, dem man jedenfalls den

Vorrang einräumen muß gegenüber der Vorstellung, einzelne Wochenende durch Verschieben dieser Feiertage zu verlängern.

In diesem Zusammenhang ergibt sich die Frage, wie man den schulfreien Samstag zu beurteilen hat. Ich glaube, daß gerade in diesem Fall auch ein Problem angerissen werden muß, das unter dem Titel „Chaos um den Samstag — Schulfrei oder nicht?“ im „Kurier“ am 31. Oktober 1973 angeschnitten wurde und wo man darauf hingewiesen hat, daß ein Samstag inmitten von Feiertagen — in dem Fall Allerheiligen — durch die sehr unterschiedliche Regelung in den einzelnen Bundesländern zu teilweise schwierigen Situationen für die Familien führt. Bei mehreren Kindern ist der Fall möglich, daß das eine Kind schulfrei hat und das andere nicht. Das differiert teilweise in den einzelnen Schulen nach Bundesländern selbst und teilweise auch innerhalb der verschiedenen Schultypen. Ich glaube doch, daß man überlegen sollte, ob man nicht, wenn schon die Kompetenzschwierigkeiten eine einheitliche Regelung nicht ermöglichen, vorsorgend eine Empfehlung ausgeben könnte, die zumindest die Wahrscheinlichkeit erhöht, daß solche Differenzen nicht auftreten. Dies käme den Wünschen der Eltern entgegen.

Die Problematik des schulfreien Samstags ist zweifellos so weitgehend, daß sie jetzt nicht voll ausdiskutiert und auch nicht voll durchleuchtet werden kann.

Ich möchte hier darauf hinweisen, daß unsere bisherige Wocheneinteilung mit dem freien Samstag und Sonntag ja nicht starr für alle Zeiten fixiert sein soll, sondern daß man es sich gerade in den Ballungsräumen ernsthaft überlegen muß, ob man nicht in verstärktem Ausmaß Regelungen treffen sollte, wie sie zum Beispiel für die Friseure gelten, die am Montag ihren freien Tag haben. Aus dem Gesichtswinkel des Fremdenverkehrs müßte man eine solche Entwicklung begrüßen. Ich persönlich glaube, man sollte der Frage des schulfreien Samstags doch mit sehr großer Vorsicht entgegengehen und sollte sich nicht auf Experimente einlassen, ohne vorher genaue Untersuchungen angestellt zu haben.

Nun einige Bemerkungen zum Musikunterricht. Österreich hat als Land der Musik einen großen Namen. Aber es geht nicht um die Musik allein, sondern um die Kunstfertigkeit des Österreicherers im allgemeinen. Mein Klubobmann Peter hat in seinen Ausführungen sehr nachhaltig darauf hingewiesen, wieviel wir durch unsere kulturellen Leistungen an Ausstrahlung in das Ausland haben. Daher scheint es mir auch sinnvoll, Ihr Interesse, Herr Minister, auf die Musikerziehung selbst

Dipl.-Ing. Hanreich

hinzulenken. Ich habe das Gefühl, daß sich hier eine zunehmende Unterbewertung der Musik abzeichnet, daß man nicht das richtige Gewicht setzt. Das gilt auch auf dem Hochschulsektor, für den Sie ja nicht verantwortlich zeichnen.

Wenn man sich die Situation der Wiener Hochschule für Musik und darstellende Kunst vor Augen führt, deren gesamte Problematik sehr drastisch in einem Presseartikel vom 10. Juli 1973 herausgestellt wird, ergibt sich die Frage, ob wir heute wirklich alles tun, um diesem Ruf unseres Landes auf Dauer gerecht zu werden, ob wir für eine genügend breite Basis sorgen und ob wir in unserem Ausbildungssystem, bei unserer Schulbildung der Tatsache gerecht werden, daß die Musik heute doch einen sehr gewichtigen Platz in unserem Leben einnimmt. Wir führen uns viel zu wenig vor Augen, wie stark die Auswirkungen der Massenmedien sind und wie undifferenziert der persönliche Bezug des einzelnen zu dem musikalisch Dargebotenen in diesen Massenmedien ist.

Daher stimmt es mich betrüblich, wenn man feststellen kann, daß bei den beabsichtigten Änderungen die Wirkungslosigkeit der Note „Nicht genügend“ in Musik als etwas Erstrebenswertes erscheint, obwohl ich mir darüber im klaren bin ... (Abg. Dr. Schnell: *Nicht erstrebenswert, aber er soll nicht repetieren, weil er „Nicht genügend“ hat! Soll ein Schüler repetieren, weil er „Nicht genügend“ in Musik hat?*) In dem Moment, wo solche Forderungen gestellt werden, bedeutet das automatisch eine Abwertung des Gegenstandes, und diese Abwertung der Musik muß als ein Hinweis betrachtet werden, daß dessen Gewicht eindeutig abnimmt. (Abg. Dr. Schnell: *Herr Kollege Hanreich! Das gibt es seit 1928, und es wurde nicht abgewertet! — Sie treten dafür ein, daß der Schüler repetiert!*)

Ich weiß, daß es Ihnen besonders am Herzen liegt, auch nach außenhin zu demonstrieren, daß durch ein nicht wirksames „Nicht genügend“ diese Fächer einfach nicht genügend Gewicht haben. Die Tatsache, daß man die Note „Nicht genügend“ so gut wie nie vorfindet, zeigt ja schon deutlich, daß die ... (Abg. Dr. Schnell: *17 Ermahnungen in einer Klasse!*) Die Ermahnungen in einer Klasse erscheinen mir als eine äußerst wichtige und durchaus notwendige Methode, um auch vom Negativen her einen Anreiz zu geben. Bekanntlich sind nicht alle Schüler positiv motivierbar, man muß also gelegentlich auch einmal eine negative Motivation heranziehen.

Wenn Sie einen Einzelfall in einer Klasse anschneiden, dann kann ich nur sagen, es gibt in allen Bereichen Fehlentwicklungen. Wollte

man dem vorbeugen, dann müßte man das ganze Benotungssystem abschaffen, weil da ein Mißbrauch passieren kann. Das muß ja noch nicht zur Folge haben, daß man einen Gegenstand abwertet. (Abg. Luptowitz: *Sie wollen ja Freude an der Musik haben!*) Selbstverständlich will ich Freude an der Musik haben, und daher liegt es mir besonders am Herzen, daß die Ausbildung in Musik ... (Abg. Dr. Schnell: *Freude und Druck!*) Freude und Druck sind Dinge, die auch miteinander in Zusammenhang stehen. Sie dürften ja selbst wissen, daß es nicht umsonst heißt, es ist schön, wenn der Schmerz nachläßt. Aber so boshaft möchte ich das in Sachen Musik gar nicht formulieren. Ich weiß, daß ein negativer Anreiz, ein gewisser Druck auch notwendig ist, um das Gewicht der einzelnen Gegenstände zu betonen. Genausogut könnten Sie sagen, in Naturgeschichte ist ein „Nicht genügend“ nicht sinnvoll, und genauso gut könnte man es für jedes x-beliebige andere Fach auch in der Form behaupten.

Ich glaube aber, daß wir grundsätzlich der Überlegung Rechnung tragen sollten, die Peter Turrini, den ich sonst nicht unbedingt im eigenen Sinn zitieren muß, in einer Rede anlässlich der 75-Jahr-Feier der Wiener Urania angestellt hat. Er sagt: „Das Endprodukt der allgemeinen Bildung und Ausbildung ist der auf weite Strecken verblödete Mensch. Wir leben in einer seligmachenden Gesellschaft, die einige selig und viele brauchbar macht.“

Der Problematik des „verblödeten“ und damit einseitig orientierten Menschen kann man durch eine verstärkte Kunstausbildung ganz sicher entgegenwirken. Ich glaube, daß diese Worte als Denkanstoß in der Richtung gemeint sind, daß man heute den Menschen auch für die Freizeit, auch für die Abrundung seiner Persönlichkeit ausbilden muß. Das hat heute für alle ein großes Gewicht, und so kommt dem große Bedeutung zu.

Nun aber zu der Problematik, die sich aus dem Vortrag von Professor Hellbrügge aus Bayern bei der Schulärzte-Fortbildungstagung im Rahmen des Österreichischen Ärztekongresses ergeben hat. Aus einer Kurzfassung möchte ich hier seine Ausführungen zitieren, von denen ich glaube, daß sie einer näheren Untersuchung bedürfen. Er schreibt hier:

„Es besteht kein Zweifel, daß ein unglaublicher Prozentsatz von Legasthenien zurückzuführen ist auf die Einführung der Ganzheitsmethode. Vorher hat es in der schulhygienischen Literatur so gut wie niemals diesen Begriff in dieser Häufigkeit gegeben, und das Auftreten von fast 20 Prozent Legasthenikern kurz nach der Einführung der Ganzheitsmethode in unserem Lande“ — Bayern

Dipl.-Ing. Hanreich

in dem Fall — „mußte damals schon auf einen kausalen Zusammenhang hinweisen.“ (Abg. Peter: *Die haben die Methode nicht beherrscht!*) „Wir wissen aber heute, daß dieser kausale Zusammenhang nur gegeben ist bei Kindern mit jener minimalen Koordinationsstörung, deren Körperschema deswegen nicht funktioniert, die trotz hoher Intelligenz eben nicht in der Lage sind, ohne Synthese rechtzeitig lesen zu lernen.“ „Wir erleben zurzeit in unserem Lande“ — heißt es weiter —, „und ich möchte hoffen, Sie bleiben davor bewahrt, eine weitere Katastrophe dadurch, daß man ein neues mathematisches Programm eingeführt hat: die Mengenlehre. Die Mengenlehre, die ohne entsprechende Vorversuche auf dem Verordnungswege eingeführt wurde und die dazu führt, daß weitere Kinder als schwer schulbehindert gelten müssen.“

Man kann zu der Sache selbst stehen, wie man will, nur wenn auf einem Kongreß ein solches Problem angeschnitten wird, dann glaube ich doch — es ist darüber hinaus eine Fülle von Zahlen hier angeführt —, daß es sehr wohl einer Überlegung bedarf, ob hier nicht ein Differenzieren nach der persönlichen Situation des einzelnen am Platz wäre. Ich halte es für zweckmäßig, wenn man unter diesem Gesichtspunkt unsere österreichische Situation prüfen würde. Ich möchte damit nicht sagen, daß ich mich voll mit dem Zitat identifizieren kann. Ich bin weder Schulpsychologe noch Lehrer. Ich möchte nur klarstellen, daß mir ein solcher Hinweis wichtig erscheint und daß es erforderlich wäre, sich mit der Frage intensiv auseinanderzusetzen.

Zuletzt noch einige Bemerkungen zum Thema Filmförderung. Ursprünglich habe ich beabsichtigt, mich grundsätzlich mit der Filmförderungsproblematik auseinanderzusetzen, möchte aber jetzt doch nur auf einen Fall zu sprechen kommen, und zwar auf die Filme aus der Sendereihe „Aus der medizinischen Schule“. Die Sendereihe, die im Spätherbst 1968 angeregt wurde, berichtet über medizinische Themen in populärwissenschaftlicher Form. Sie ist unter der Leitung von Professor Spitzzy als wissenschaftlichem Berater angelaufen und hat — soweit ich das feststellen konnte — ein sehr positives Echo gefunden. Man hat die Probleme der Medizin, die dort behandelt wurden, in sehr klarer Weise einem Publikum nähergebracht, das sonst nicht mit diesen Fragen konfrontiert wird.

Nun hat sich herausgestellt, daß nach mehrfachem Ansuchen und zahlreichen Urgenzen im Verlauf des heurigen Jahres dieses Projekt, das vom ORF mit Unterstützung des Bundesministeriums vorangetrieben wurde, plötzlich aus dem Titel fehlender Budgetmittel

eingestellt worden ist. Das ist umso erstaunlicher, als man doch bei jeder passenden Gelegenheit lesen kann, daß für Filmförderungsmaßnahmen sehr beträchtliche Mittel ausgegeben werden. Ich darf nur an die Diskussion um die Subventionierung von Schönherr erinnern. Ich glaube aber, daß man hier doch nicht polemisch agieren sollte.

Die freiheitliche Fraktion stellt nur ganz präzise die Frage: Was hat denn das Ministerium veranlaßt, hier von der bisherigen Förderungstätigkeit für diese im volksbildnerischen Interesse liegenden Filmwerke Abstand zu nehmen und die Mittel für diese Produktion heuer nicht bereitzustellen? Ich ersuche Sie, Herr Minister, diesen Fall noch einmal genau unter die Lupe zu nehmen und nach anderen Förderungsmöglichkeiten zu suchen. Sosehr ich es begrüße, auch dem Experimentalfilm mehr Chancen einzuräumen, so denke ich doch, daß man der Erwachsenenbildung — und um eine solche Leistung handelt es sich in diesem Fall — genügend Gewicht beimessen sollte. Die Mittel wären hier zweifellos gut angelegt. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Edith Dobesberger. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Edith Dobesberger (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die stenographischen Protokolle aus dem Vorjahr durchgelesen und muß sagen, daß heuer die Reden bis jetzt wesentlich gemäßigter und anerkennender sind als im Vorjahr. Denn in den vorjährigen Reden kamen immer wieder die Worte „Chaos, Zusammenbruch“ und noch andere mehr vor. Heuer hingegen haben wir vom Kollegen Hanreich sogar von imponierenden Zahlen gehört, die Kollege Schnell gebracht hat. (Abg. Minkowitsch: *Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben!* — Abg. Luptowits zu Abg. Minkowitsch: *Sie kennen Ihre Leute!* — Abg. Minkowitsch: *Das ist nur eine allgemeine Weisheit!*) Das ist richtig, darum habe ich gesagt: bis jetzt. (Abg. Libal: *Der Gruber war heuer so friedlich!*) Im Vorjahr war die Debatte wesentlich schärfer!

Ich möchte auf mein spezielles Kapitel eingehen. Ich habe nämlich die Aufgabe, zu dem Thema berufsbildende höhere und mittlere Schulen etwas zu sagen.

Heute ist dieses Thema immer wieder angeklungen. Ich glaube, daß wir gerade bei den berufsbildenden Schulen die gesellschaftlichen Veränderungen besonders stark zu spüren bekommen. Dies ist eine Schultype, die noch sehr, sehr jung ist. Erst zu Beginn des vorigen Jahrhunderts gab es die ersten berufsbilden-

Edith Dobesberger

den Schulen: eine in Graz und eine in Wien. Wenn man dieses Alter mit dem der Gymnasien vergleicht, die es seit Jahrhunderten gibt, dann ist das doch sehr, sehr jung. Die Überbewertung der humanistischen Erziehung spielt meiner Meinung nach eben auch rein vom Alter her noch immer eine große Rolle. Die Folge dieser Denkweise war, daß der Run zu den allgemeinbildenden höheren Schulen stärker gewesen ist; hier darf ich nur an das Schlagwort, von dem heute schon die Rede gewesen ist: „Für jede Bezirkshauptstadt eine AHS“, erinnern. (*Abg. Dr. Gruber: Eine höhere Schule!*) Ja, eine höhere Schule! Aber es sind überwiegend AHS daraus geworden. Das wollte ich damit sagen.

Wir sind von der Elternseite her vielfach gedrängt worden, das will ich gar nicht abstreiten, für die AHS einzutreten. Die Eltern wollten die AHS. Daher müssen wir uns heute doch darauf einstellen, Hohes Haus, daß die Eltern immer mehr erkennen, daß in der Wirtschaft eher die Abgänger der berufsbildenden Schulen als Maturanten gebraucht werden.

Zu diesem Thema darf ich nur einen Satz sagen. Wenn wir davon reden, daß die Landeskinder noch immer so sehr benachteiligt sind, dann glaube ich, daß doch gerade diese Redner für die Gesamtschule eintreten müßten. Nur die Gesamtschule würde uns dazu bringen, daß wir die Bildungsunterschiede, das Bildungsgefälle wesentlicher als bisher verringern können. Wenn wir nämlich den Zehnjährigen schon zwingen, von daheim wegzugehen, wird das Bildungsgefälle auf jeden Fall vergrößert. Dem Vierzehnjährigen kann ich schon größere Anfahrtswege zumuten als dem kleinen Zehnjährigen.

Die Explosion, die auf dem berufsbildenden Schulsektor eingetreten ist, ist nicht nur zahlenmäßig, sondern, wie ich glaube, auch hinsichtlich der verschiedenen Fachrichtungen, die die Schulen anbieten, besonders groß geworden.

Wir müssen besonders betonen, daß das berufsbildende Schulwesen früher überwiegend eine Angelegenheit privater Institutionen gewesen ist. Da gab es die verschiedensten Schulträger. Ich möchte auch daran erinnern, welch große Opfer die Gemeinden gebracht haben, um solche Schulen gründen zu können, obwohl diese Angelegenheit überhaupt nicht in ihren Bereich gehörte.

Nun kam die Wende: Im Schuljahr 1972/73 haben wir zum Beispiel im kaufmännischen Schulbereich das erste Mal mehr Bundesschulen als private Schulen. Es muß sicherlich an-

erkannt werden, daß das eine große Leistung gewesen ist. Zu dieser Ansicht gelangt man besonders dann, wenn man daran denkt, daß die Schülerzahlen zehnmal so hoch geworden sind als in den Jahren vor 1970.

Die größte Steigerung ist bei den Sozialberufen eingetreten, wo wir bei den Lehranstalten für gehobene Sozialberufe um 180 Prozent mehr Schüler haben als vorher, und bei den Fachschulen für Sozialberufe verzeichnen wir sogar eine Steigerung um 300 Prozent.

Vorhin hat jemand gesagt, daß die billigeren Schulen mehr gefördert werden. Da dürfen wir aber nicht vergessen, daß auch die technischen Lehranstalten eine wesentliche Steigerung erlebt haben. Wir haben seit 1970 um sechs HTL mehr und um fünf HTL für die Berufstätigen mehr. In Bau sind noch fünf HTL, an Zu- und Umbauten gibt es außerdem noch einmal drei. Dazu kommen noch die neu eingeführten Abiturientenlehrgänge für die Abgänger der AHS.

Ich habe hier ein paar Karten von Österreich. Da sind die Standorte der verschiedenen berufsbildenden Schulen eingezeichnet. Früher sind berufsbildende Schulen doch nur in den Landeshauptstädten und in einigen Industriestädten gestanden. Wenn wir uns hingegen diese heutige Karte anschauen, dann sehen wir zum Zeitpunkt 1973 nur mehr wenig weiße Flecken. Wenn wir uns die Planung bis 1980 anschauen, dann merken wir überhaupt keine weißen Flecken mehr. Ich glaube, Bildungsfragen, Bildungsaufgaben können nicht von heute auf morgen gelöst werden. Ein Zeitraum von zehn Jahren müßte also doch noch drin sein. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Warum habt ihr bei mir nicht geklatscht, als ich so etwas sagte? — Heiterkeit.*)

Im Vorjahr sind, wie ich sagte, radikalere Reden gehalten worden. Ich darf jetzt einige Zeilen der Rede des Herrn Abgeordneten Peter verlesen, der die Angelegenheit abgewiesene Schüler im Vorjahr wie folgt charakterisiert hat:

„Was nützt die Bildungswerbung des Bundesministeriums für Unterricht auf der einen Seite, wenn auf der anderen Seite die Abweisungen der Schüler im Bereich der allgemeinbildenden höheren Schule und im Bereich des berufsbildenden höheren Schulwesens immer häufiger werden und für österreichische Begriffe allmählich geradezu astronomische Zahlen erlangen.“

Wie schaut nun die Zahl der abgewiesenen Schüler wirklich aus?

Edith Dobesberger

1966/67 hat es das österreichische Schulwesen noch gar nicht für nötig befunden, überhaupt eine Statistik von den Schülern, die abgewiesen wurden, zu führen. Da weiß man gar nicht, wie viele es waren.

1969/70 gab es 64.000 Schüler. Davon wurden 1700 Schüler abgewiesen.

Im Jahre 1973, wo wir astronomische Zahlen erreichen werden, sind bei 92.000 Schülern 2700 abgewiesen worden.

Ich habe ein bißchen gerechnet und bin draufgekommen, daß im Jahre 1969 jeder 42. und im Jahre 1973 immerhin nur jeder 38. Schüler abgewiesen wurde. Dieser Sprung ist nicht sehr groß, aber es gibt eine deutliche Tendenz nach unten.

Nun noch ein paar Zahlen zu den Kosten der Ausbildungsplätze. Ich habe die Zahlen der Schulen genannt, die wir gegründet haben. Ein Ausbildungsplatz in der AHS kostet 45.000 S. Bei den kaufmännischen Schulen kostet er 48.000 S, aber in den technischen Lehranstalten kostet ein Platz 110.000 S. Mit dem gleichen Geld, mit dem wir einen Platz an einer technischen Lehranstalt gründen, können wir also zwei Plätze an einer kaufmännischen Schule schaffen. Ungefähr genausoviel kosten die Lehranstalten für Frauenberufe, wo ein Platz ebenfalls 100.000 S erfordert.

Nun möchte ich zum Schluß noch sagen, was die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen vor allem brauchen: daß wir endlich die 5. Schulorganisationsgesetznovelle bekommen, weil gerade diese Schultypen ebenfalls die Schulversuche brauchen. Diese Schulversuche würden ermöglichen, daß mehr Übergänge und Durchlässe für die einzelnen Schüler gegeben wären. Ich glaube, das muß in den nächsten Jahren wirklich auf breiter Basis begonnen werden. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Leitner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Vorrednerin, Frau Abgeordnete Dobesberger, hat gesagt, daß im Vorjahr viel schärfere Diskussionen geführt wurden. Wenn wir hier eine sehr sachliche Diskussion führen, dann zeigt das unser Interesse und unsere Verantwortung für das österreichische Schulwesen. *(Abg. Edith Dobesberger: Und eine gewisse Anerkennung!)*

Frau Abgeordnete Dobesberger! Sie haben auch gesagt, so zehn Jahre müßten für die Entwicklung des Schulwesens noch drin sein.

Ich stimme Ihnen da voll zu. Das heißt also, daß 1962 mit den Schulgesetzen ein Weg beschritten wurde, der nicht in zehn Jahren, sondern vielleicht erst in 20 Jahren zu einem gewissen Abschluß kommt. Da sind wir einig.

Ich erinnere mich hier aber auch noch an Debatten, gerade an Budgetdebatten, wo ein anderer Unterrichtsminister auf der Regierungsbank saß und wo es darum gegangen ist, Wege zu finden, Schülerhöchstzahlen in den Klassen von nicht nur 36, sondern vielleicht 38 und 40 zu ermöglichen. Damals hat die Sozialistische Partei von diesem Pult aus der ÖVP ein völliges Versagen in der Schulpolitik vorgeworfen. Damals ist nicht sehr sachlich diskutiert worden. Wir haben also heute hier, wie ich glaube, einen anderen Stil und dürfen das alle begrüßen.

Doch das soll nicht heißen, Frau Abgeordnete Dobesberger, daß die „imponierenden“ Zahlen, wie Sie gesagt haben und wie es auch Herr Präsident Schnell aufgezeigt hat, wirklich voll imponierend sind. Denn das sind normale Entwicklungen, die 1962 begonnen haben. Wir haben jetzt eben starke Geburtsjahrgänge in den Schulen zu verzeichnen. Daher nehmen die Schülerzahlen ganz gewaltig zu. Frau Abgeordnete Dobesberger sagte, bei den 2700 abgewiesenen Schülern handle es sich ja um keinen besonderen Prozentsatz. Das ist auch kein besonderer Prozentsatz. Aber als 1700 abgewiesen wurden, hat die Sozialistische Partei dies als nationale Katastrophe hingestellt. Heute dürfen wir nicht sagen, daß die 2700 Schüler kein hoher Prozentsatz sind. Für die 2700 Betroffenen ist es eine sehr harte Angelegenheit, denn sie versäumen den letzten Umsteigbahnhof in unserem Schulwesen, dieser ist nämlich beim Alter von 14 Jahren! *(Lebhaft Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich bin der Gesamtschule gegenüber weitgehend positiv eingestellt. Allerdings hat Herr Präsident Schnell gesagt, das bedeute eine gemeinsame Erziehung aller Zehn- bis Vierzehnjährigen. Hier, glaube ich, müssen wir doch ehrlich sein und einsehen, daß die Gesamtschule eben leider keine gemeinsame Erziehung der Zehn- bis Vierzehnjährigen bedeutet, zumal wir wissen, daß da eine sehr starke Aufspaltung in Leistungsgruppen erfolgt, und zwar stärker als heute, daß hier eine sehr starke Aufspaltung der gesamten Schuleinheit erfolgt. Das hat sicher negative Auswirkungen auf die Psyche der Kinder, und das hat im ländlichen Bereich, Frau Abgeordnete Dobesberger, die negative Auswirkung, daß es sehr großer Schulen bedarf. Wenn man

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

einen Weg findet, der diese Nachteile vermeidet, werden wir sicher zu einem Ergebnis kommen.

In der Bildungspolitik und in der Bildungsplanung müssen vier Bereiche berücksichtigt werden: einmal der Bedarf der Gesellschaft an qualifizierten Fachkräften, ein Punkt, der heute ja wieder stärker hervorkommt; dann die gleichen Bildungschancen der gesamten Bevölkerung in unserem Staate; das persönliche Recht auf Bildung und auch der Bereich, daß Bildung ein permanenter Vorgang ist. Diese vier Bereiche haben mit den finanziellen Möglichkeiten in Einklang gebracht zu werden, weil es doch keinen Sinn hat, nur große Projekte zu erstellen, dann langt die Finanzierung nicht und es bleibt irgendeine Gruppe oder ein Teil auf der Strecke.

Über den Bedarf der Gesellschaft an qualifizierten Fachkräften ist heute schon gesprochen worden, ich brauche mich damit, glaube ich, nicht zu beschäftigen. Dieser Aspekt tritt zwar heute wieder mehr in den Vordergrund, wo wir ständig hören, eine gewisse Überproduktion wäre vorhanden, Fehlinvestitionen am Bildungssektor erfolgen, die Maturantenschwemme gibt es. Auf der einen Seite haben wir aber Mangel an ausgebildeten Technikern und an Fachkräften. Es ist hier über die Bildungsberatung bereits gesprochen worden, über die Anpassung der Lehrpläne, über die Notwendigkeit der Curriculum-Forschung, wobei die Schule die Basis in der Ausbildung geben muß, das Lernen lehren muß, damit später ein selbständiger Erwerb des spezifischen Wissens und die Weiterbildung ermöglicht wird. Dieser Ruf der Bildungsanpassung infolge der Überproduktion, Herr Minister, könnte dazu führen, daß im ländlichen Bereich die Weiterentwicklung verlangsamt wird. Ich möchte hier nur anmelden: Eine solche Entwicklung darf nicht Platz greifen!

Ich komme damit zu meinem Hauptthema, das sind die gleichen Bildungschancen, gleiche Bildungschancen im regionalen und im sozialen Bereich, hier vor allem der Abbau des Bildungsgefälles zwischen der Stadt und dem Land.

Über das Recht auf Bildung, glaube ich, brauchen wir hier nicht reden. Man hat das von allen Seiten auch anerkennt. Wir brauchen gleiche Startbedingungen. Das heißt nicht, daß jeder gleich schnell laufen wird. Aber am Startplatz soll er die gleichen Bedingungen haben so wie im Sport; da wird der eine dann schneller laufen und der zweite langsamer sein. Aber am Start sollen sie die gleichen Voraussetzungen vorfinden. Das ist ungefähr so, wie wenn bei einem Wettlauf

der eine Spikes hätte und der zweite geht barfuß in das Rennen. Dann wird der, der barfuß ist, auch bei der gleichen Kondition auf der Strecke bleiben. Es geht also um die gleichen Startbedingungen, und diese müßten wenigstens in der Summe annähernd gleich sein.

Eine solche Startbedingung, Herr Minister, ist doch einmal die Erreichbarkeit der Bildungsstätte, der Schule. Die Länge des Schulweges ist von ganz enormer Bedeutung. Das ist nicht nur eine Kostenfrage. Mit der Novelle zum Familienlastenausgleich ist ja bezüglich der Abgeltung der Transportkosten ein echter Erfolg erreicht worden. Das erste Gesetz war sehr mangelhaft. Ein Jahr später konnte es nach einem langen Kampf repariert werden, sodaß es jetzt brauchbar ist. Aber, Herr Minister, die „imponierenden“ Zahlen sind, wenn man sie genau anschaut, nicht so imponierend. Das beginnt bereits in der fünften bis achten Schulstufe.

In Österreich haben wir ein Verhältnis AHS zu Hauptschulen von 1 zu 3,8. In Wien ist dieses Verhältnis 1 zu 1,35; es kommt also fast auf jeden AHS-Schüler ein Hauptschüler. In Tirol ist das Verhältnis 1 zu 4,5.

Nun könnte man sagen, gar so groß seien die Unterschiede nicht. Wenn wir aber in dem interessanten Bericht über das ländliche Bildungswesen, den wir von Ihrem Hause bekommen haben, genau nachschauen und zu lesen verstehen, dann ist in der Stadt Innsbruck — das ist ein isolierter Bezirk, die Statistik weist das bezirksweise aus — ein Verhältnis von 1 zu 1,59, aber im Bezirk Innsbruck-Land — da ist das Zentrum herausgelöst — haben wir ein Verhältnis von 1 zu 25. Ähnliches haben wir auch in Niederösterreich. In Wiener Neustadt haben wir das Verhältnis 1 zu 1 und in Wiener Neustadt-Land haben wir das Verhältnis 1 zu 36.

Die Übertrittsrate in die allgemeinbildende höhere Schule in Vorarlberg zum Beispiel bildet an sich mit 16 Prozent der Knaben und 10,2 Prozent der Mädchen ein ganz brauchbares Verhältnis. Aber dann ist in dieser Schullaufbahnstatistik ausgewiesen, daß aus 37 Gemeinden kein einziger Volksschüler und aus 51 Gemeinden keine einzige weibliche Volksschülerin auf eine höhere Schule gegangen ist. Und das ist das Problem. Wir verlangen also gleiche Bildungschancen. Wir sind davon noch weit weg.

Es steht dann in diesem Bericht, daß die Vorarlberger Spitzenwerte bei 30 und 50 Prozent eines Jahrganges liegen und daß diese Spitzenwerte in den Fremdenverkehrsgemein-

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

den, in Wirtschafts- und Verwaltungszentren erreicht werden, wo ein großer Anteil gutbezahlter Arbeitsplätze und hochwertiger Posten angeboten wird und wo auch das Bildungsniveau der Eltern sehr hoch ist.

Das hat weiter sehr große Bedeutung auch in der Steiermark, Herr Bundesminister. Wir haben jetzt eine Schullaufbahnstatistik, und hier findet man so ähnliche Verhältnisse. Diese Statistik ist aufgegliedert nach Gemeindegrößen, und da muß man sagen, es gibt noch lange keine Chancengleichheit, wenn aus Gemeinden mit unter 10.000 Einwohnern nur 9,3 Prozent der Schüler in eine erste AHS-Klasse übertreten, es aus Gemeinden mit über 10.000 Einwohner aber 34,6 Prozent sind. Wenn man jetzt noch den Ersten Klassenzug der Hauptschule dazurechnet — man könnte sich heute sagen, er ist etwa gleichwertig —, dann gibt es noch einmal einen großen Unterschied, denn in den großen Gemeinden sind es dann 66,6 Prozent und in den kleinen 48,9 Prozent. *(Abg. Wielandner: Das sind die Versäumnisse der ÖVP-Unterrichtsminister!)* Bitte, wer ist da schuld, der ÖVP-Unterrichtsminister? *(Abg. Wielandner: Sicher!)*

Herr Kollege! Wir waren heute in einer sachlichen Debatte. Sie widersprechen jetzt genau Ihrer Kollegin, der Frau Abgeordneten Dohesberger, die gesagt hat, man brauche 20 Jahre. *(Ruf bei der SPÖ: Sie haben 25 Jahre gebraucht und nichts zusammengebracht!)* Das war erstens einmal eine Koalitionsregierung. Alle Beschlüsse in der Koalitionsregierung waren gemeinsam zu fassen. Das ist, glaube ich, auch Ihnen bekannt, Herr Abgeordneter. Und ich kann mich noch erinnern, wenn der Unterrichtsminister Geld gefordert hat, hat es geheißen: Ja, aber dann braucht der Sozialminister oder der Eisenbahnminister auch Geld. So, glaube ich, kann man nicht Bildungspolitik betreiben in diesem Land. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Blecha: So wie Sie nicht!)*

Herr Minister! Die Erreichbarkeit der Bildungsstätte ist aber nicht nur eine Frage des Schulweges, sondern auch eine Frage der Zeit. Auch diese Frage ist nicht befriedigend gelöst. Ich predige schon sehr lange, daß wir uns in Österreich in der Schulorganisation endlich an das Schulbussystem anzupassen haben. Wir fangen heute in den Schulen zu gleichen Zeiten an, aber das Schulende ist sehr differenziert. Die Schüler, die über weitere Entfernungen zurückfahren müssen, haben dann eine Stunde, drei Stunden, fünf Stunden zu warten, bis der Schulbus sie wieder zurückführt. Und das, glaube ich, ist nicht

notwendig. Es gibt Länder, wo das anders geregelt und anders gelöst ist. Hier ist eine Anpassung notwendig. *(Abg. Lukas: Das ist eine Gemeindeangelegenheit!)*

Sie machen es sich zu einfach. Das ist keine Gemeindeangelegenheit, weil die Gemeinde — Herr Schulinspektor, Sie müßten das wissen — kein Recht hat zu sagen: Wir haben hier ein anderes Schulende! Man braucht mehr Flexibilität. Das kann nicht einmal der Bezirksschulrat, daher weder die Gemeinde noch die Direktion. Notwendig ist, daß diese Dinge im Ministerium Beachtung finden. Wir müssen der Direktion mehr Spielraum einräumen. Ich glaube, das ist eine echte Aufgabe für den neu zu schaffenden Zusammenarbeitsausschuß, wo Lehrer, Eltern und Schüler beisammen sind. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Wir haben in Tirol ein Bergland, und ich glaube, Sie werden doch den Berglandkindern die gleiche Bildungschance nicht absprechen wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Dann sind wir uns einig.

Ich habe einen Brief bekommen — da waren nicht Sie, Herr Unterrichtsminister, hier, sondern Ihr Vorgänger —, ich habe ihn hier verlesen. Es hat darin geheißen: Auf die 20 Prozent Zurückgebliebene können wir nicht warten. — Dagegen trete ich und treten wir von der ÖVP auf. Wir wollen auch die 20 Prozent mitnehmen. *(Rufe bei der SPÖ: Wir auch!)* Dann ist es in Ordnung, dann sind wir uns einig! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Es bleibt noch die Kostenfrage offen, wenn ein neuer Wohnort begründet werden muß oder wenn Kinder auch nur zu Mittag außer Haus essen müssen. Wir haben mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß jetzt eine Novelle zum Schul- und Heimbeihilfengesetz zur Begutachtung ausgesendet wurde. Die Österreichische Volkspartei hat zwar letztes Jahr bereits einen diesbezüglichen Entschließungsantrag gestellt, der abgelehnt wurde. Jetzt soll also diese Novelle die Anpassung an die Inflation und die Anpassung an die steigenden Einkommen bringen und die ständigen Verschlechterungen der letzten zwei Jahre ausgleichen.

Herr Minister! Es ergeben sich jedoch bei der Zuerkennung der Schulbeihilfe durch den geforderten Schulerfolg mit der Durchschnittsnote 2,8 große Schwierigkeiten und auch Ungerechtigkeiten. Ich gebe zu, die Durchschnittsnote ist an sich nicht sehr hoch angesetzt, aber trotzdem gibt es verhältnismäßig wenig Beihilfenbezieher.

Meine Herren! Ich weiß nicht, wer von Ihnen die Statistik studiert hat: „Schülerbeihilfe 1971/72, eine Bilanz“. Ich möchte den

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Herren im Unterrichtsministerium, die diese Statistiken in einmalig guter Form erstellen, für diese Arbeit herzlich danken, weil sie eine echte Unterlage für unsere Arbeit als Abgeordnete, als Politiker im Bereich des Schulwesens darstellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In dieser Statistik ist festgestellt, Herr Minister, daß die männlichen Beihilfenbezieher, also die Burschen, nur mit 10,6 Prozent bedacht werden können, die weiblichen mit 22,3 Prozent. Das kann doch nicht als Ursache haben, daß die Situation auf dem Einkommenssektor verschieden ist. Das kann nur die Ursache haben, daß die Situation beim Notendurchschnitt verschieden ist. Man hätte sich denken können, bei der berufsbildenden Schule müßten doch die Burschen im Vordergrund stehen. Auch das ist nicht der Fall. Bei der AHS ist das Verhältnis 13 Prozent Burschen zu 24 Prozent Mädchen. Bei den berufsbildenden Schulen ist es 13 Prozent zu 30 Prozent. Bei den Pädagogischen Akademien sind es 0,2 Prozent bei den Burschen und 25,6 Prozent bei den Mädchen!

Herr Minister! Da kann doch etwas nicht stimmen. Bei der Heimbeihilfe wenigstens müßte auf den Notendurchschnitt verzichtet werden. Ein positiver Schulabschluß müßte da genügen. Wir wissen ja und haben uns in diesem Haus darüber unterhalten, daß der Notendurchschnitt, die Notengebung sehr stark schwankt, daß die Gleichmäßigkeit nicht sehr groß ist, daß überhaupt die Notengebung sehr umstritten ist. Auf diese umstrittene Notengebung bauen wir aber die soziale Leistung auf. Wir kennen starke Differenzierungen zwischen den Bundesländern, zwischen Stadt und Land, zwischen den Schularten. Zum Beispiel gibt es in der Hauptschule Erster Klassenzug in Wien 1,2 und in Tirol 5,6 Repetenten. Obwohl in Wien 40 Prozent der Schüler die höhere Schule besuchen, also der Erste Klassenzug von diesen Kindern schon nicht mehr besucht wird, gibt es in Wien eine viel kleinere Repetentenzahl.

Wir haben also eine verschiedene Notengebung, wir haben den großen Unterschied zwischen Burschen und Mädchen. Ich glaube, daß das nicht so sehr auf die verschiedene Intelligenz zurückzuführen ist, sondern eher auf den Fleiß, vielleicht auch auf die Pubertät. Gerade der Landschüler kommt oft von einer nicht voll organisierten Landschule in eine ganz neue Umgebung. Er bewältigt im ersten Schuljahr diese Streßsituation schlecht, er hat am Anfang einen schwächeren Lernerfolg, und dann kommen seine Eltern in finanzielle Schwierigkeiten. Das erzeugt einen neuen Druck.

Herr Minister! Der Bund ist in Verzug mit dem Schulbauprogramm für seinen Bereich der weiterführenden Schulen, insbesondere der berufsbildenden höheren und mittleren Schulen. Wir wissen, daß die inflationäre Entwicklung, die starke Steigerung der Baukosten und die Kreditrestriktionen des vergangenen Jahres eine starke Bremse waren. Aber die Länder und Gemeinden haben hier beachtliche Beiträge versprochen und geleistet. So hat das Land Tirol bei einem Bauprogramm von insgesamt 705 Millionen Schilling einen Beitrag von 37 Prozent zugesagt, das sind immerhin 265 Millionen Schilling, die Land und Gemeinden aufbringen. Der Schulraummangel ist eben ein großer Nachteil für ländliche Gebiete und für das berufsbildende Schulwesen, insbesondere für den technisch-gewerblichen Bereich.

Die Frau Abgeordnete Dobesberger hat gemeint, man habe gesagt: jedem Bezirk seine AHS. Das wurde vom Kollegen Gruber berichtet: jedem Bezirk eine höhere Schule. Aber ich habe volles Verständnis für die Gemeinde, die sagt: Ich möchte eine AHS, eine Langform, denn dann bringe ich die Kosten vom Gemeindebereich zum Bund. Wenn ich eine berufsbildende Schule mache, dann muß ich die Kinder in der Gemeinde weiterhin bis zum Alter von 14 Jahren selber versorgen.

Damit, Herr Minister, bin ich schon bei der gerechten Aufteilung der Bildungslasten. Es ist das ein wichtiger Punkt der Chancengleichheit. Ich habe Ihnen schon vorgelesen, welche großen Unterschiede es in den einzelnen Bezirken bei den Zehnjährigen in bezug auf den Besuch der AHS gibt. Für den Aufwand der AHS kommt jedoch der Bund auf, für den Aufwand der Hauptschulen die Gemeinden. Wenn also eine Gemeinde viele Schüler dem Bund übergeben kann, wie es zum Beispiel in Wien der Fall ist, so erspart sie sich natürlich namhafte Mittel im Sach- und Gebäudeaufwand, während gerade die finanziell schwächeren Gemeinden hier enorme Leistungen zu erbringen haben.

Dieses Ungleichgewicht innerhalb der Gemeinden ist durch die Schulgesetze 1962 und durch die nachfolgende Entwicklung eher verstärkt worden. Es gibt eine Arbeit, die die Schulreformkommission angeregt hat — ich habe einmal ein Manuskript bekommen, die endgültige Fassung oder das Buch ist mir noch nicht in die Hand gekommen —, sie stammt von Herrn Professor Klement und behandelt die finanzwirtschaftlichen Probleme des öffentlichen Bildungswesens in Österreich. Diese Arbeit muß von uns hohe Beachtung finden. Der Bildungsauftrag ist nämlich unbe-

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

grenzt, er muß aber mit den engbegrenzten personellen, finanziellen und räumlichen Mitteln erfüllt werden.

Hier, glaube ich, ergibt sich eine echte Aufgabe für den Finanzausgleich. Sonst könnte es leicht so werden, wie der Spruch — etwas abgewandelt für den Bereich der Bildung — lautet: Die Reichen werden immer reicher, die Armen werden immer ärmer. Das darf im Bereich der Bildung in unserem Vaterland **nicht geschehen! Die Landbevölkerung will** und darf nicht die verlorene Nachhut unserer Bildungsgesellschaft sein oder werden.

Es ist heute schon über die vorschulische Ausbildung, über den Kindergarten gesprochen worden. Ich glaube, der Herr Finanzminister kann es sich nicht einfach so leicht machen, daß er sagt: Kindergartenwesen ist Landessache, das geht mich nichts an.

Das Tiroler Kindergartengesetz, im letzten Jahr beschlossen, hat in einem Dreivierteljahr 28 neue Kindergärten bewirkt — also in einem nicht einmal vollen Jahr 28 neue Kindergärten —, weil sich das Land bereit erklärt hat, für die erste und für die vierte Kindergärtnerin die Kosten zu übernehmen. Wenn nun eine kleine Gemeinde nur eine Kindergärtnerin braucht, dann zahlt das Land die Arbeitskraft allein.

Zur Chancengleichheit, Herr Minister, gehören auch die Beistellung guter Lehrer, die Beseitigung großer Klassen und des Wechselunterrichtes. Ich habe echte Sorge um den guten Volksschullehrer. Die Psychologen sagen uns ja, daß die ersten Schuljahre für die Bildungssituation des Menschen von ganz entscheidender Bedeutung sind. Wir brauchen daher für die ersten Schuljahre hervorragende Lehrkräfte, die dem Kind das mitgeben können, was das Kind dann für seine weitere Schullaufbahn benötigt. Denn die Aufstiegschancen können durch wenig qualifizierte Lehrer auf die Dauer gemindert werden. Dazu ist auch die gleiche Bezahlung notwendig. Die Qualität der Volksschule steht und fällt mit dem guten Lehrer. Wir brauchen eine qualitativ hochstehende und leistungsfähige Volksschule. Ich habe hier schon öfters erklärt, daß diese leistungsfähige Volksschule dem Land, dem Dorf erhalten werden muß. Ich bin der Meinung der Frau Abgeordneten Dobesberger, daß die Schulwege nicht zu groß werden dürfen. Eben deshalb ist die leistungsfähige Volksschule dem Dorf zu erhalten als Bildungsfaktor, als Träger dieses Bereiches. Das ist keine Angelegenheit für die Landwirtschaft, sondern für alle Menschen, die in diesem Dorf leben, arbeiten und wohnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Noch ein paar Worte zum landwirtschaftlichen Schulwesen. Mit 1. Jänner 1974 gibt es die Schulkompetenz für das landwirtschaftliche Schulwesen beim Unterrichtsminister. Das Landwirtschaftsministerium ist weiterhin zuständig für den finanziellen Aufwand der Bundesschulen, also für das Dach, für die Klosettüren und für die Kreide, wenn Sie wollen. Aber für das, was in der Schule geschieht, Herr Minister, sind Sie zuständig.

Der Landwirtschaftsminister ist weiterhin zuständig für das Dienstrecht aller Lehrer an landwirtschaftlichen Schulen, und zwar deshalb, weil es ein Dienstrechtskompetenzgesetz aus dem Jahre 1948 gibt, in dem der Landwirtschaftsminister als Vollzugsorgan genannt ist. Dieses Gesetz bedarf Gott sei Dank der Zweidrittelqualifikation, sonst hätten wir wahrscheinlich auch diese Kompetenz vom Landwirtschaftsministerium in das Unterrichtsministerium transferieren müssen. Die sozialistische Regierung hat die Einheit des landwirtschaftlichen Schul- und Bildungswesens zerschlagen. Von diesem Bildungsbereich kann man heute sagen: „Der Zerrissene“ — ein Drama.

Hier hat der Landwirtschaftsminister echt versagt. Denn die Einheit: schulische Ausbildung, Berufsausbildung, Weiterbildung, Einheitsschule und Internat, war im landwirtschaftlichen Bereich voll gegeben. Ich möchte jetzt fragen: Herr Unterrichtsminister, können Sie mir sagen, was die Kompetenz Berufsausbildung für den Land- und Forstarbeiter beim Sozialminister zu suchen hat. Ich habe viele Leute gefragt. Ich bin immer nur ausgelacht worden: Das kann es doch nicht geben. Aber es ist eine Tatsache, das Ministeriengesetz hat das eben so festgelegt.

Herr Bundesminister, Sie sind also ab 1. Jänner zuständig. Es geht auch um die Verabschiedung der landwirtschaftlichen Schulgesetze, denn zehn Jahre Blockade der Sozialistischen Partei im Bereich der landwirtschaftlichen Schulgesetze sind genug. Es wird, das wurde von hier aus einige Male erklärt, keine Schulgesetze mit Zweidrittelmehrheit geben, wenn nicht endlich die Sozialistische Partei ihre Blockade aufgibt und ihre Versprechen einlöst, die sie gegeben hat. Vielleicht will der Herr Bundeskanzler Kreisky endlich einmal seine Regierungserklärung in diesen Punkten erfüllen. *(Zwischenruf des Abg. Wielandner.)* Sie sind, Herr Abgeordneter Wielandner, anscheinend nicht ganz im Bilde, wenn ich das sagen darf. Denn 1962 hat man bei der Beschlußfassung der allgemeinen Schulgesetze erklärt: Das neue Parla-

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

ment wird sofort an die Verabschiedung der landwirtschaftlichen Schulgesetze herangehen. Alle Parteien haben das erklärt. Wenn Sie wollen, können Sie das in einem Ministerprotokoll nachlesen, es ist dort protokolliert, daß man das also machen wird. 1964 wurde in einem Koalitionsausschuß verhandelt. Herr Bundesminister Weihs — er war damals Abgeordneter — war dabei, ich war auch dabei. Und als wir fertig waren mit dem Verhandeln und als man gemeinsam festgestellt hatte, es gibt überhaupt keine sachlichen Differenzen, hat die SPÖ gesagt: Aber wir werden dennoch nicht zustimmen wegen der bösen Niederösterreicher. Diese haben ein Landesgesetz erlassen bezüglich der Direktorenbesetzung, und solange Niederösterreich dieses Landesgesetz nicht ändert, wird man von der SPÖ keine Zustimmung bekommen! Das war die erste Blockade, 1965 in der Koalition, 1966 bis 1970 bei der ÖVP-Alleinregierung.

Aber siehe da, 1970 finden wir in der Regierungserklärung Kreisky den Satz, daß die landwirtschaftlichen Schulgesetze auf Grund der vorliegenden Entwürfe — der vorliegenden Entwürfe — zu verabschieden sind. Wir haben gemeint, das Eis sei gebrochen, die Bundesregierung Kreisky werde also jetzt den Gesetzen zustimmen. Bis jetzt war dies nicht der Fall. Der Unterausschuß ist zweimal zusammengekommen, es gab keine Zustimmung der SPÖ, es wird also die Regierungserklärung Kreisky von der Sozialistischen Partei desavouiert. Vielleicht ändern Sie doch Ihre Haltung.

Daß die ÖVP jetzt, nach zehn Jahren Blockade, der Aufhebung des Dienstrechtskompetenzgesetzes zustimmt und damit die Möglichkeit gibt, auch das Dienstrecht dem Landwirtschaftsminister zu entziehen, können Sie von uns heute mit Fug und Recht nicht verlangen. Wenn Sie das Gesetz vor zwei Jahren beschlossen hätten, hätten wir vielleicht noch danke dafür gesagt.

Vom 8. bis 10. November hat die Österreichische Gesellschaft für Land- und Forstwirtschaft ein Symposium im Burgenland über neue Berufsstrukturen und Bildungswege im ländlichen Raum abgehalten. Hier waren Teilnehmer aus allen Bundesländern, Wissenschaftler verschiedener Sparten und Politiker, dabei. Es ist festgestellt worden, daß der Wille und der Wunsch der bäuerlichen Bevölkerung, sich weiterzubilden, sehr stark ist, ja intensiver ist als im städtischen Bereich. Es wurde aber auch festgestellt, daß es ein starkes Spannungsfeld gibt zwischen der zentralen Schulbürokratie und den für die Bildung in diesen Räumen initiativen Kräften.

Bis jetzt, Herr Bundesminister, war es keine besondere Prioritätenfrage, was zur Ausbildung, was zur Weiterbildung, was zur Berufsbildung, was zur allgemeinen Bildung gehört, denn das war alles in einer Einheit im Landwirtschaftsministerium beisammen. Jetzt ist das nicht mehr so. Die Einheit Schule, Berufsausbildung und Weiterbildung wurde kompetenzmäßig zerrissen. Wir müssen sie aber, Herr Bundesminister, in der Praxis erhalten. Es gibt neue Erfordernisse im ländlichen Bereich, die berufliche Ausbildung des Nebenerwerbsbauern! Der braucht ja zwei Berufe. 59 Prozent unserer landwirtschaftlichen Betriebsinhaber sind Nebenerwerbslandwirte. Sie müssen also von der Landwirtschaft etwas verstehen, müssen aber auch einen zweiten Beruf haben. Herr Minister! Hier müssen wir neue Wege gehen. Die Einheit, welche hundert Jahre gewachsen ist, darf nicht verlorengehen. Die modernen Erfordernisse der Schule und die notwendige Mobilität der Anpassung an die modernen Erfordernisse dürfen nicht verlorengehen oder von einer falsch verstandenen Schulbürokratie im Dschungel der Kompetenzen zum Scheitern verurteilt werden. Im landwirtschaftlichen Schul- und Bildungswesen sind gute Kräfte am Werk, Herr Minister. In Zukunft haben Sie die Aufgabe, diese Kräfte zu fördern und sie nicht einzubremsen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im ländlichen Bereich hat das Schul- und Bildungswesen große Aufgaben zu erfüllen. Ich habe schon einmal gesagt und damit möchte ich schließen: Die Landbevölkerung aller Berufsgruppen darf nicht zu einer verlorenen Nachhut im Bildungswesen werden. Und wenn wir uns dazu bekennen, haben wir auch die notwendigen Maßnahmen dafür zu setzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Lona Murowatz. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Lona Murowatz (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte heute noch einmal zur Schulbuchaktion sprechen, und zwar deshalb, weil diese Aktion von Anbeginn an so viel Kritik bei der Opposition ausgelöst hat, und zum Teil recht unberechtigte Kritik. Ich freue mich, daß heute der Herr Abgeordnete Leitner von der Chancengleichheit spricht — wir gehen diesbezüglich ja konform —, und ich freue mich auch, daß der Herr Abgeordnete Leitner heute die Schulfahrtbeihilfe als etwas Positives ansieht. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Erst nach der Novelle!)* Aber trotzdem! Ich weiß auch, wie heftig die Schulfahrtbeihilfe auch von Ihrer Seite angegriffen wurde.

Lona Murowatz

Es war auch für uns immer unbestritten, daß wir uns in Österreich den bedeutenden Verlust von begabten jungen Menschen, die aus sozialen oder aus geographischen Gründen bisher von den herkömmlichen Bildungswegen ausgeschlossen waren, nicht mehr leisten können.

Ebenso unbestritten ist, daß das Berufsleben in Hinkunft eine vermehrte Anpassungsfähigkeit an ständig sich ändernde Verhältnisse erfordert. Niemand kann mehr damit rechnen, daß er einen erlernten Beruf sein ganzes Leben unter nahezu gleichen Umständen wird ausüben können. Es wird der am besten bestehen, der eine höhere Ausbildung hat und daher auch leichter weiterzulernen beziehungsweise umzulernen imstande ist.

Die Chancengleichheit durch kostenlose Schulfahrt, Schul- und Heimbeihilfen, Studienförderung und nicht zuletzt durch das von der Opposition so heftig kritisierte kostenlose Schulbuch bietet den Kindern aus Arbeiter- und Bauernfamilien die Möglichkeit zu besserer und höherer Bildung und damit bessere Chancen für das Leben.

Die Polemik, die gegen die Schulbuchaktion von Anfang an geführt wurde, trug der Opposition keine Früchte, und ich bin sicher: Wenn man die Eltern draußen heute fragen würde, ob sie mit dieser Hilfe zufrieden und einverstanden sind, würden sie sehr wohl diese Frage bejahen.

Wir geben zu, daß bei einer Aktion, für die weder die Verlage und der Buchhandel noch die Schule bisher Erfahrungen sammeln konnten, am Anfang Engpässe bei der Ausgabe entstanden sind. Sie waren nur nicht ganz so dramatisch, wie das im vergangenen Jahr hier im Hause dargestellt wurde. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Nach vier bis sechs Wochen hatten 80 Prozent der Schüler ihre Bücher. (*Ruf bei der ÖVP: Es war noch viel ärger!*) Nein, das stimmt nicht!

Ich möchte Ihnen sagen: Ich war 20 Jahre im Buchhandel tätig, und es gab in jedem Schuljahr einige Buchtitel, die vergriffen waren, die oft erst zu Weihnachten erschienen, ja es gab Buchtitel, die sogar erst vor dem Schulschluß erschienen sind. Das hat es immer gegeben. Das ist nicht erst durch die Schulbuchaktion ausgelöst worden.

Die Schwierigkeiten am Anfang waren allerdings, gemessen am finanziellen Vorteil, den die Eltern durch die Aktion hatten, gering. Die Behauptung, daß die Schulbuchaktion ein Millionen-Geschäft für den sozialistischen „Vorwärts“-Verlag werde, war nur eine von vielen Unwahrheiten, mit denen man die Regierung in der Öffentlichkeit bloßstellen wollte.

Ich erinnere mich genau, wie der Herr Abgeordnete Mussil zum ersten Mal von dieser Stelle aus darüber gesprochen hat, daß es ein gutes Geschäft für den sozialistischen Verlag werde. Ich habe ihm damals schon geantwortet, daß das nicht stimmt, aber es wurde dann auch noch von anderen Abgeordneten wiederholt. (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner. — Abg. Wodica: Beweise, Herr Dr. Leitner! Nicht so etwas in die Zukunft murmeln! — Abg. Dipl.-Ing. Doktor Leitner: Verkauf!*) Das stimmt ja gar nicht.

Jeder Abgeordnete hätte nur den Katalog der österreichischen Schulbuchverleger zur Hand nehmen müssen, um daraus zu entnehmen, wer die Verleger sind. Die größten Schulbuchverleger in Österreich sind nach wie vor der Österreichische Bundesverlag, Holder-Pichler-Tempsky, der Österreichische Gewerbeverlag, Verlag für Jugend und Volk, Leykam, Otto Müller-Verlag Salzburg und andere mehr. Der „Vorwärts“-Verlag ist jedenfalls nicht darunter. Die Aktion ist also kein Millionen-Geschäft für die Sozialistische Partei, sondern ein echter Lastenausgleich für die Eltern! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Auch das Argument, daß die Lehrfreiheit nicht gewahrt sei, daß der Minister bestimmt, welches Buch in welcher Schule verwendet werden sollte, ist völlig falsch. Die Lehrfreiheit ist durch das System der kostenlosen Abgabe der Schulbücher gesichert, denn jedes Kind hat das vom Lehrer gewünschte Buch, die Rücksichtnahme auf die soziale Lage der Schüler fällt weg.

Ich darf das vielleicht auch wieder an einem konkreten Beispiel erläutern: Ich erinnere mich, daß man früher an der HTL den Schülern empfohlen hat, sich den Dubbel, das Handbuch für den Ingenieur, ein zweibändiges Werk, das damals, also vor sechs Jahren, ungefähr 400 S kostete, zu besorgen. Es waren nur wenige Schüler, die sich das leisten konnten. Heute bekommt jeder Schüler der Höheren Technischen Lehranstalt den Dubbel kostenlos.

Nach der Bestandaufnahme über die Schulbuchaktion 1972/73 wurde im September 1972 eine Kommission eingesetzt, die einen Organisationsplan für das heurige Schuljahr ausgearbeitet hat. Trotz politischer Schwierigkeiten — es gab zum Teil keine Mitarbeit der Lehrer in der Kommission, eine Begleitmaßnahme zum Lehrstreik, wie Sie wissen — haben heuer alle Schüler die Bücher rechtzeitig bekommen.

Schon im Vorjahr hat sich gezeigt, daß seit Beginn der Schulbuchaktion wesentlich mehr Bücher gebraucht wurden und daß bisher viele Schüler ohne Bücher auskommen mußten.

Lona Murowatz

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben in dieser Frage immer eine zwiespältige Haltung eingenommen: Einmal wurde die Aktion strikte abgelehnt, dann wieder hieß es, Sie seien dafür, nur sollten die Mittel dafür nicht aus dem Familienlastenausgleich genommen werden. Und heuer hören wir die gleichen negativen Argumente — wir haben sie auch wieder beim Kapitel Bundeskanzleramt gehört — von der Verschwendung und vom Wegwerfbuch.

Ich möchte zum Argument „Wegwerfbuch“ sagen: Es ist interessant, man vergißt, daß ja auch früher die Eltern neue Schulbücher gekauft haben, und zwar gab es doch immer die Klage, daß von Jahr zu Jahr jede Auflage der Schulbücher geändert wurde. Es war ja nur ein geringer Teil der Schüler, die die Bücher aus der Schülerlade oder aus der Gemeindebücherei erhielten. Der Großteil der Bücher wurde also neu gekauft, vor allem für die Grundschulen, schon aus hygienischen Gründen. Damals hat niemand davon gesprochen, daß die Schulbücher zur Umweltverschmutzung beitragen, weil sie in die Mülltonne wandern.

Niemand spricht auch davon, daß die Schulbuchkommissionen in knapp einem Jahr die äußerst komplizierte Organisation der Aktion bewältigt hat: 1500 approbierte Lehrbücher, Fachbücher für berufsbildende Schulen, Bücher aus den Schülerladen und Gemeindebüchereien standen zur Auswahl. 80 Schulbuchverlage, einige tausend Buchhandlungen und Buchbindereien mußten in diese Aktion einbezogen werden, um die nötige Anzahl von Büchern für 6800 Schulen mit 18 verschiedenen Schulgruppentypen und Zehntausenden Klassen an 1,4 Millionen Schüler zu verteilen.

Nun zu den Kosten der Aktion. Da wurden ja auch immer gigantische Summen von 1 Milliarde bis 1½ Milliarden Schilling genannt. Tatsächlich betrug die Ausgabe im Schuljahr 1972/73 folgende Posten: Es wurden 13 Millionen Bücher ausgegeben, 11,1 Millionen Gutscheine eingelöst, 0,5 Millionen Fachbücher ausgefolgt; für die Fachbücher ist eine andere Art der Bücherbeschaffung vorgesehen, weil sie vielfach aus ausländischen Verlagen bestellt wurden.

Die Schule muß bei Fachbüchern nach Einholung einer Ermächtigung bei der zuständigen Finanzlandesdirektion zum Ankauf der Bücher diese selbst anschaffen und sie den Schülern übergeben; selbstverständlich gehen auch diese Bücher in das Eigentum der Schüler über. Nur 10 Prozent, also 1,3 Millionen Bücher, konnten im Vorjahr aus den Schülerladen und Gemeindeaktionen übernommen werden, davon mehr als 50 Prozent allein von der Gemeinde Wien.

Die Gesamtkosten betrugen für das Schuljahr 1972/73 568 Millionen Schilling. 1973/74 betragen die Kosten 786 Millionen, sie sind höher als im Vorjahr, doch nicht durch eine Verteuerung, sondern bedingt durch höhere Bestellungen. Immerhin liegt der Gesamtkostenrahmen weit unter den Kosten, die die Realisierung des ÖVP-Vorschlages mit sich gebracht hätte: Eine Abgeltung in Barleistung 300 S für Kinder bis zu 10 Jahren und 1000 S für alle Kinder über 10 Jahre. Dieser Vorschlag würde rund 1,1 Milliarden Schilling kosten. (Abg. Dr. Leitner: Es gibt doch noch andere Schulausgaben!)

Wenn von hohen Verwaltungskosten die Rede ist — hier wurden 40 Millionen Schilling angeführt, tatsächlich betragen sie 2,5 Millionen Schilling —, muß zunächst festgestellt werden, daß dem Familienlastenausgleichsfonds durch die Schulbuchaktion keinerlei Nebenkosten erwachsen. Die Verwaltungskosten werden vom Schulrechenzentrum getragen, und die Kosten für die Gutscheine tragen die Verleger. Wir sollten uns daher im Interesse einer fortschrittlichen Bildungspolitik um eine baldmöglichste Versachlichung des Problemkreises bemühen.

Das Unterrichtsministerium hat vor Einführung der Schulbuchaktion alle diesbezüglichen Maßnahmen in den Nachbarländern, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, geprüft. So ergab eine Repräsentativumfrage bei 200 Grundschul- und Hauptschullehrern, 100 Realschullehrern, 200 Gymnasiallehrern und 100 Berufsschullehrern, daß sich die Mehrheit dieser Lehrer gegen ein Leihsystem aussprach und die Ubereignung der Schulbücher befürwortete. Die häufigsten Begründungen waren: Die Schüler sollten auch später nachlesen können, was sie früher gelernt haben oder: Man kann nur richtig mit Büchern arbeiten, wenn man sich Notizen und Bemerkungen hineinschreiben kann. Es kam deutlich zum Ausdruck, ein Leihsystem berge die Gefahr, daß die Anschaffung von Büchern nach dem neuesten pädagogischen Stand gebremst und hinausgezögert wird.

Auch hier möchte ich auf das Dilemma hinweisen, in dem die Lehrpersonen in der Vergangenheit gestanden sind. Da gab es Schüler, die die Bücher aus der Schülerlade hatten; das waren die alten Auflagen. Und dann gab es die Schüler, die die neuen Bücher hatten, die geändert waren, das war die Mehrzahl. Und nun war das Dilemma: Sollte der Lehrer nach dem alten Buch vorgehen, um auf die soziale Lage jener bedürftigen Schüler Rücksicht zu nehmen, oder sollte er nach dem moderneren neuen Buch vorgehen? Dieses Dilemma gibt es heute nicht mehr.

Lona Murowatz

Die bildungspolitische Zielsetzung geht leider in den parteipolitischen Auseinandersetzungen in dieser Frage völlig unter. Es beginnen zum Beispiel einige Lehrkanzeln in Wien und in Innsbruck mit dem verstärkten Einbau von Schulbüchern in die Ausbildungsgänge für künftige Lehrer an höheren Schulen. Dann wird es verstärkte Impulse für die Entwicklung von Büchern für spezifische Schularten, etwa Sonderschulen, geben. So wurde eine Aktion eingeleitet, die die total veralteten Lehrbücher für blinde Kinder durch Schulbücher aus den modernsten Produktionen der Aktion ersetzt. Die Übersetzung in die Blindenschrift wird zum Teil durch eine besondere Maßnahme im Rahmen der Auswertung des EDV, zum anderen Teil auch durch Aktivierung der Blindendruckerei am Wiener Institut erfolgen. Nicht zuletzt wird die Aktion zu einer weitreichenden Modernisierung der Lehrbücher hinsichtlich inhaltlicher, methodischer und didaktischer Gestaltung führen. In Zukunft wird das Arbeitsbuch dominieren; ich kann mir ersparen, auf die Vorteile nochmals einzugehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir die Arbeitsbücher aus einem Verlag besorgt. Der Vergleich mit den herkömmlichen Schulbüchern ist natürlich großartig, denn die neuen Bücher geben wirklich dem Schüler die Möglichkeit, selbst Eintragungen zu machen. Es wird somit die Selbsttätigkeit des Schülers und damit auch die moderne Unterrichtsmethode gefördert.

Außerdem wird es auch jene Bücher geben, die der Schüler mehrere Jahre verwenden kann: Atlanten, Wörterbücher, Sachbücher. Es ist mir unerklärlich, daß dies Verschwendung sein sollte. Durch den Besitz dieser Nachschlagwerke soll doch der junge Mensch angeregt werden, Bücher zu sammeln.

Wenn eine Frage vom bildungspolitischen Standpunkt so bedeutend ist, wenn so viele negative Einwände kommen, dann dürfen wir uns nicht wundern, daß die Lesesituation in Österreich nachgerade katastrophal ist. 1971 veranstaltete das Institut für Kinder-, Jugend- und Volksliteratur gemeinsam mit dem Österreichischen Buchklub der Jugend eine Enquete über die Lesesituation und ihre Verbesserung. Anlaß zu dieser Enquete war der alarmierende Bericht des Fessel-Institutes, der behauptete, nur 21 Prozent der Österreicher seien dauernde Bücherleser. Die genaue Überprüfung des Berichtes ergab ein wesentlich schlechteres Ergebnis, er rechnet aus der Zahl der verkauften Bücher und der Zahl der aus Büchereien entliehenen Bücher. Demnach sind nur 5 Prozent als ständige Buchleser anzusehen.

Bei dieser Enquete wies der Vertreter des Unterrichtsministeriums auf die Notwendigkeit der Förderung auf dem Schulbuchsektor hin, weil dadurch eine Verbesserung der Lesesituation in qualitativer und quantitativer Hinsicht erreicht werden kann.

Im Frühjahr 1972 begann das IFES mit einer großangelegten Studie über das Leseverhalten der Österreicher. Die Studie ist eine neuerliche Bestätigung der Krisensituation. Nur 8 Prozent haben im letzten Jahr täglich ein Buch zur Hand genommen. Den Intensivlesern steht eine Mehrheit an Nichtlesern gegenüber.

Im Durchschnitt haben knapp 0,6 der Österreicher im letzten Jahr zumindest ein Buch gelesen, wobei aber, wie die Ergebnisse des Mikrozensus zeigen, relativ wenig Zeit fürs Lesen aufgewendet wird, nämlich im Durchschnitt 2,2 Stunden pro Woche, berufsbedingtes Lesen ausgenommen.

Die Studie des IFES zeigt auch, wie sehr Lesefrequenzen und -intensität von der Schulbildung abhängen. Vielleiter sind zumeist Personen, die eine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung erhalten haben. Je höher die Schulbildung, desto eher und desto mehr werden Bücher gelesen.

Für die persönliche Entwicklung ist das Lesen von großer, ja zuweilen ausschlaggebender Bedeutung. Wer nur Zeitungen und Illustrierte Zeitschriften liest, kann es zwar, wenn er Glück und kräftige Ellbogen hat, weit bringen. Jene inneren Reserven, die sich im Umgang mit Büchern bilden, bleiben dem, der nicht liest, versagt. Es fehlt ihm die feinste menschliche Essenz, das, was wir Bildung nennen. Hat ein junger Mensch erst einmal erfahren, daß es jenseits der Pflicht- und Schullektüre viele Bücher gibt, die ihn angehen, ihn über das Schulwissen hinausführen, seinen Gesichtskreis erweitern, dann wird aus dem Lesenden ein echter Leser werden.

Das kostenlose Schulbuch ist daher nicht nur eine finanzielle Entlastung der Eltern, es ist — und das erscheint mir ebenso wichtig — ein unerläßlicher Bestandteil einer modernen Bildungspolitik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Harwalik. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Harwalik** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn ich auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Peter replizieren wollte, so mit einem einzigen Satz beziehungsweise mit einer einzigen sicher mehr rhetorischen Frage: Wer wollte heute von den schärfsten Kritikern, zu denen ich den Herrn Abgeordneten Peter — sachlich — zähle, noch auf die bildungspolitische Datums-

8750

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 6. Dezember 1973

Harwalik

grenze vor 1962 zurück? Wir sind dankbar für die notwendige Kritik, für die Wachsamkeit, aber wenn auch unsere Kritiker diese Frage beantworten sollten, würden sie selbstverständlich zurückweichen vor einem Ja. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Präsident Dr. Schnell! Keine großen Dissonanzen, bis auf das Finale, in dem Sie auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Mock replizierten: Eine gesellschaftspolitische Sache. — Ich will weiter nicht darauf eingehen, aber das ist noch möglich im Laufe der Diskussion. Ich unterstreiche die kritischen Anmerkungen unseres Hauptredners, des Kollegen Dr. Gruber. Ich bin auch seiner Meinung in der Frage der Gesamtschule, Herr Präsident Dr. Schnell, daß die soziale Integration nicht das Agens und Movens der Gesamtschulthematik ist. Hier waren wir immer bestrebt, mit dem Schulgesetzwerk 1962 und mit vielen Maßnahmen vorher soziale Barrieren zu überwinden. Für mich ist die Gesamtschule einfach eine pädagogische Frage: Ist es möglich, daß wir mit den horizontalen Strukturen die Begabungsförderung spezifischer gestalten und entwickeln können? Das ist für mich die Frage. Es ist keine gesellschaftspolitische Frage. Wir tun der Frage, die wir ja kritisch prüfen und die wir zu beantworten versuchen müssen, nichts Gutes, wenn wir immer wieder Mißtrauen säen, und ich verstehe das Mißtrauen etwa in den Reihen unserer Kollegen an den höheren Schulen, wenn Schriften erscheinen wie jetzt von der Kommunistischen Partei: Die Gesamtschule ist eine Forderung der Kommunistischen Partei. Ich glaube, wir alle sollten uns bemühen, rein pädagogisch zu agieren.

Wir würden uns natürlich gegen jede Entartung des Gesamtschulgedankens stellen. Der Herr Abgeordnete Hanreich — ich möchte nicht eine große Spannweite der Replik eröffnen — hat ein sehr wesentliches Thema angeschnitten: den freien Samstag — er hat zur Vorsicht gemahnt —, die Fünf-Tage-Woche.

Meine Damen und Herren! In aller Kürze als Replik: Welche gesellschaftspolitische Berechtigung einzig und allein hat die Fünf-Tage-Woche? Doch nur die, daß sie die Familie über das verlängerte Wochenende zusammenführt. Dann aber natürlich bis auf jene notwendig auszunehmenden Dienstleistungsbetriebe, wie Verkehr, Ärzte und so weiter, natürlich auch die Fünf-Tage-Woche in der Schule.

Nur eines: Wir dürfen nicht zu eilfertig sein. Wir, die Schule und die Gesellschaft müssen die Vorbedingungen schaffen. Das kostet Zeit, das kostet Geld. Eines geht aber

nicht: daß die Schule etwa zur nationalen Kinderbewahranstalt wird, weil die einen mit den Kindern wegfahren wollen und sich gebremst in ihren familiären Bestrebungen fühlen, und die anderen die Kinder in der Schule haben möchten, damit sie am Samstag die Kinder nicht etwa als lästige Störfaktoren empfinden. So sind die Dinge also nicht. Es gibt nur eine Fünf-Tage-Gesellschaft mit Ausnahme jener Dienstleistungsbetriebe, die notwendigerweise in der Gesellschaft auch samstags agieren müssen.

Wir haben den Lehrern — glauben Sie es mir, meine Damen und Herren — für die einseitige Haltung in dieser Frage sehr zu danken. Auch sie könnten den gewerkschaftlichen Druck wie jeder andere Berufsstand hinter diese Frage setzen. Wir tun es nicht in der Gewerkschaft, weil wir die Brisanz dieses Themas sehr genau kennen. Aber die Gesellschaft möge in der Vorbereitung auf eine ungeteilte Fünf-Tage-Gesellschaft nichts versäumen, wenn das ganze nicht eine gesellschaftspolitische Lüge oder Fassade sein soll. Ich sage das mit allem gebotenen Ernst.

Die Frau Abgeordnete Dobesberger freut sich, daß heute hier die Harmonien rauschen. Ich teile ihre Freude. Es kommt allerdings ein etwas ernsterer Ton in die Debatte — Frau Abgeordnete, ich will nichts eskalieren; ich hoffe, wenn er nicht in Ihrer linken Herzkammer ist, sollte er im rechten Ohr so klingen wie in meinem, weil wir hier eine gewisse Solidarität beanspruchen dürfen —: Es ist die Frage der Verwaltungsdienstzulage, die ich noch immer ganz sachlich und kurz heraussstelle.

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede zur Bildungspolitik wörtlich ausgeführt: „Gute und hochwertige Ausbildung ist eine Frage guter und hochqualifizierter Lehrer.“ Jawohl, Herr Finanzminister, das unterstreichen wir!

Die besoldungsrechtliche Behandlung der Lehrer durch diese Regierung aber steht in einem eklatanten Widerspruch zu den eben zitierten Ausführungen. Ich stelle die Frage der Verwaltungsdienstzulage für die Lehrer und für die Schulaufsicht noch einmal kurz heraus, und zwar aus grundsätzlichen Erwägungen. Die Lesart, daß zwischen Bundesregierung und der Sektion Pflichtschullehrer Friede geschlossen wurde, ist falsch. Es handelt sich nur um einen Waffenstillstand. Die Lehrgewerkschaft nimmt die Erhöhung der Anfangsbezüge auch der Lehrer als eine Vorauszustimmung zu ihrer ebenfalls wieder von allen Gewerkschaftsfractionen gemeinsam erhobenen Forderung, bei der Ausformung des

Harwallk

Gehaltsgesetzes die Relationsgerechtigkeit innerhalb des Besoldungssystems für den öffentlichen Dienst wieder herzustellen.

Ich möchte noch etwas sagen, ohne etwas aufrühren zu wollen: Die Tage der gewerkschaftlichen Uneinigkeit sind vorüber. Sie waren unsere größte Belastung in der Lehrer-gewerkschaft. Wir waren immer solidarisch: Zu allen Zeiten, in allen Regierungsformen, wir haben uns immer solidarisch zu den gemeinsam erhobenen Forderungen bekannt. Auch diesmal waren die Forderungen gemeinsam gestellt. Wir haben vor wenigen Tagen in der Bundessektion erklärt — nach sehr harten, kritischen und kollegialen Ausführungen —: Wir begraben das Kriegsbeil, aber es soll nie wieder so sein und es darf nie wieder so sein — das haben wir zur Bedingung gestellt —, daß gemeinsam erhobene Forderungen nicht auch gemeinsam durchgeführt werden.

Bei der Bezahlung der administrativen Mehrarbeit kann es sich nicht um eine Belohnung, sondern nur um eine Abgeltung handeln. Die Verordnung ist also zu korrigieren.

Nun zu einem Thema, das besonders aktuell ist, und zwar auch in den Landesgesetzgebungen: der Kindergarten, die notwendige Verdichtung des Kindergarten-netzes. Die Bundesländer sind zu größten finanziellen Anstrengungen bereit. Aber sie kommen ohne die entscheidende Hilfe des Bundes nicht durch. Der Bund muß seinen Beitrag zu den Aufgaben an der Basis unseres Bildungswesens leisten. Für vieles kann im Kindergarten der Grund gelegt werden, was später in der Schulorganisation und in der Unterrichtsführung nur schwer und mit großen Nachteilen aufgeholt werden kann. Wir dürfen uns hier keiner Versäumnispolitik schuldig machen. Wir freuen uns, daß der Herr Minister selbst die Bundeshilfe in Aussicht gestellt hat. Wir fragen Sie, Herr Minister, ob die Gespräche im Hinblick auf die erforderliche Änderung des Finanzausgleichs bereits stattgefunden und welche ersten Ergebnisse sie gezeitigt haben.

Ich darf noch einmal, so wie im Finanz- und Budgetausschuß, darauf hinweisen, daß das Ausbildungskonzept für die Arbeits-lehrerinnen und die Kindergärtnerinnen auszuweiten ist. In die Ausbildung der Kindergärtnerin ist die Vorschulpädagogik aufzunehmen. Der Herr Minister hat auch hier eine positive Erledigung in Aussicht gestellt. Wir dürfen dann die Detailantwort erwarten.

Herr Minister! Sie haben sich in der jüngsten Pressekonferenz — das ist heute schon mehrfach angeklungen — auch gegen das Wort von der Maturantenschwemme gestellt.

Ich darf eine Anregung zur Maturantenberatung geben. Die Frage eines Überhanges an Akademikern ist sicher auch eine Frage der schulorganisatorischen und der fachlichen Kanalisierung. Es steht die Befürchtung heute den ganzen Tag schon im Raum: Ein einzig Volk von Hochschulabsolventen! Auf diese Kanalisierung von der Matura weg ist zu achten. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Beispielsweise warnt die Ärztekammer vor dem Medizinstudium. Hier bin ich skeptisch. Sie weist auf die überfüllten Hörsäle hin. Diese Warnung ist schon einmal vor vielen Jahren mit den gleichen Argumenten ausgesprochen worden. Und trotzdem fehlen uns in den Dörfern und in den Märkten die Ärzte. Ich weiß schon, daß in dieses für unsere Volksgesundheit so wichtige Problem andere Dinge mit hereinspielen, die wir besser beachten sollten. Doch bleibt für diese Betrachtung primär die Zahl der Ärzte, der ausgebildeten Ärzte. In Österreich gibt es heute schon zu wenig Zahnärzte. Das ist ein sehr ernstes Faktum. Darauf hat eine überzeugende Maturantenberatung Rücksicht zu nehmen und hat auch dort anzusetzen.

Ein anderes Beispiel: Ein Lehrkanzelinhaber an der Technischen Hochschule in Graz er-härtet, daß die Hörerzahlen für das Studium des Bauingenieurwesens gegenüber dem errechenbaren Bedarf zurückbleiben. Zum Teil gilt das auch für das Maschinenbauwesen. Auch darauf hat eine aktuelle Maturantenberatung Bedacht zu nehmen.

Zur Umgestaltung der Lehrbücher zu Arbeitsbüchern! Ich habe bereits im Ausschuß darüber gesprochen und wollte es mir heute eigentlich ersparen, darüber zu reden. Die Frau Abgeordnete Murowatz ist nochmals auf dieses Thema eingegangen, in sehr sachlicher Form. Es gibt sehr ernste Stimmen jüngsten Datums, Leserzuschriften von Lehrern aller Verbände, die davor warnen, daß die Arbeitsbücher zu eilfertig verfaßt werden, daß wir etwa das Lückensystem oder das System von Einsetzwörtern, das oft eine fatale Verwandtschaft mit einem Kreuzworträtsel aufweist, als Arbeitsprinzip deklarieren. Das Arbeitsbuch muß natürlich Impulse geben, die zwingenden Arbeitscharakter haben.

Ich stelle mit Genugtuung fest und möchte es auch hier erklären, daß die Methoden-Kommission der Schulreformkommission dieser pädagogisch so bedeutungsvollen Aufgabe sehr ernst nachkommt. Ich habe mich im Vor-jahr sehr kritisch zu einem Arbeitspapier des Ministeriums zu Wort gemeldet, das etwa den Inhalt hatte: Nach Fertigstellung der Arbeits-bücher werden keine Schulbücher mehr appro-

Harwalik

biert. Ich befürchtete das geistig uniformierte Arbeitsbuch. Wir legten Protest ein. Ich stehe heute nicht an, hier zu erklären, daß diese Arbeitsunterlage nicht mehr determinat und daß die Vielfalt der Bücher auf der Schulbuchliste gewahrt ist. Ich kann die Worte der Frau Abgeordneten Murowatz nur bestätigen. Das wird auch die Öffentlichkeit sehr beruhigen.

Daß der Herr Abgeordnete Hanreich das Thema des Schulärztekongresses aufgegriffen hat, freut mich, denn ich habe es auch in meinem Konzept. Er bestätigt das große Interesse der Öffentlichkeit an dieser Materie. Einen Schulärztekongreß kann man nicht unbeantwortet lassen. Er ist eine Instanz erster Ordnung.

Im konkreten Fall handelte es sich um einen Fortbildungstag der österreichischen Schulärzte. Auf diesem Kongreß hat der deutsche Professor Hellbrügge nicht mehr und nicht weniger erklärt — es wurde schon zitiert —, daß unsere Kinder in der Schule vergiftet würden, und zwar mit der harmlos scheinenden Mengenlehre, die die Schüler ebenso krank mache wie die Ganzheitsmethode.

Dazu muß ich feststellen: Hier stehen Aussagen bedeutender Ärzte gegen Aussagen ebenso bedeutender Wissenschaftspädagogen und Schulpraktiker. Diese wieder sagen und erhärten, daß die Ganzheitsmethode eine kindesgemäßere Methode als die synthetische Schreiblesemethode sei. Tausende Lehrer bekennen sich von Theorie und Praxis her zu dieser Überzeugung. Und ich bekenne mich ebenfalls dazu. Ich möchte das mit aller Klarheit sagen. Aber das hat für die Öffentlichkeit natürlich noch nicht den überzeugenden Charakter, den diese Antwort braucht.

Ich knüpfe gleich daran, ohne in eine pädagogische Vorlesung übersiedeln zu wollen, daß kein Lehrer nur allein der Methode wegen modern ist. Seine pädagogische Überzeugung muß sich ja auch über den Weg der Methode umsetzen in jenen Vermittlungsprozeß, den zu bewältigen er die Schüler so umkompliziert und so lustbetont als möglich befähigen muß. Wenn der Lehrer mit seiner Methode, die eine Dimension der Didaktik ist, diese Aufgabe optimal erfüllt, ist er sicher ein guter Lehrer. Primär dabei ist seine fördernde Gesinnung. Herr Minister! Auch über unserer neuen Lehrerausbildung — das ist keine Kritik — muß der Imperativ stehen: Die fördernde Gesinnung ist das Ethos des Lehrers, so wie die helfende Gesinnung das Ethos des Arztes ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und auf diese kommt es an! Ich möchte auch sagen, daß lustbetont hier nicht mühelos heißt. Wir werden so oft kritisiert, daß wir allzu mühelos den Unter-

richt führen. Nein, diese Gesinnung heißt Interesse, und dieses Interesse weckt und stärkt den Leistungswillen.

Kann nun ein Lehrer — das ist die Frage auf diesem Schulärztekongreß — mit einer solchen Grundhaltung seine Schüler über den Weg einer Methode wirklich krank machen? Ich muß annehmen, daß sich Herr Professor Hellbrügge der Bedeutung dieses Wortes, das er in die Öffentlichkeit gesprochen hat, bewußt war. Hunderttausende Väter und Mütter fragen über den Weg der Elternvereine: Ja wie ist das jetzt? Ein berühmter Arzt erklärt, die Kinder werden über den Weg von Methoden in der Schule krank gemacht! — Ich betone das deshalb, weil die Antwort erfolgen muß, und zwar durch Ärzte und Lehrer, durch die medizinische und die pädagogische Wissenschaft. Eine gemeinsame Antwort!

Das gilt auch für die Mengenlehre. Die moderne Mathematik führt sehr gewichtige Momente für die Mengenlehre ins Treffen. Mit einem einzigen Satz versuche ich die Motivation: die möglichst frühe Heranführung der Schüler an den mathematischen Funktionsbegriff; nicht an die Zahlenvorstellung wie früher einmal, sondern an den mathematischen Funktionsbegriff.

Aber nun, Herr Minister, bitte ich Sie darum, ein Gremium von Ärzten und Pädagogen, von Beamten Ihres Hauses zusammenzustellen, zu nominieren und der Öffentlichkeit die Antwort, eine klärende Antwort zu geben. Wir dürfen einerseits unsere Lehrer nicht in ihrem besten Bemühen verunsichern und andererseits unsere Eltern nicht beruhigen.

In diesem Zusammenhang möchte ich abschließend für alle Bemühungen der Schulreformkommission einen Hauptakzent setzen: Unsere Schule ist immer mehr und mehr zu einem gesellschaftlichen Kommunikationssystem zu entwickeln. Noch gibt es Isolierschichten zwischen Schule und Gesellschaft, die zu durchdringen sind. Das kommende Schulunterrichtsgesetz wird unsere Eltern näher an die Schule heranzuführen. Das halte ich für vordringlich. Noch ein anderes Beispiel: Auch ein nicht adaptierter Lehrplan, ein wirtschaftsferner Lehrplan, der allzu traditionell eingestellt ist, ist eine Isolierschicht zwischen Schule und Gesellschaft.

Ich glaube nicht mit meiner pädagogischen Maxime rückständig zu sein, wenn ich postuliere: Die Schule hat die Seele zu lösen, den Geist zu schärfen und das Gewissen zu binden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Lukas. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Lukas (SPÖ)**: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Rede des Abgeordneten Leitner hat mich überaus interessiert, als er über die Chancengleichheit sprach, ich war regelrecht begeistert, denn er sagte mit Recht: Noch haben wir eine Chancengleichheit nicht erreicht!, und ich gab ihm für seine Worte Applaus. Wir haben sie echt noch nicht erreicht!

Aber es ist auch ein Gesinnungswandel, wenn ich das von ÖVP-Mandataren höre, denn zur Wahlzeit im Jahre 1970 erzählte mir meine Tochter, die von einer ÖVP-Versammlung kam, der ÖVP-Redner hatte dort erklärt: Chancengleichheit ist nur ein Wahltrick der SPÖ, sie ist niemals zu erreichen.

Im Jahre 1971 stellten dann die sozialistischen Abgeordneten den Antrag auf kostenlose Schulfahrt, denn alle Chancengleichheit endet primär doch im Finanziellen. Das wissen wir. Irgendwie spielen die Finanzen dabei eine Rolle. Und diese kostenlose Schulfahrt sollte natürlich, wie wir damals erklärten, aus den Mitteln des Familienlastenausgleiches bestritten werden. Nach langen Beratungen im Unterausschuß stellte der Abgeordnete Broesigke den Antrag, die freie Schulfahrt nur für ein Jahr als Versuch zu genehmigen, da man noch keinerlei Erfahrungen habe. Dieser Antrag wurde damals mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ angenommen.

Die freie Schulfahrt wurde dann schon im ersten Jahr von den österreichischen Eltern sehr begrüßt, und zugleich wurde auch festgestellt — das erkannte man damals —, daß die ÖVP kein besonderes Verständnis für die österreichischen Schulkinder hat. So war es aber doch der erste Schritt zur Chancengleichheit für den österreichischen Schüler. Der Erfolg zeichnete sich auch in dem darauffolgenden Schuljahr ab, da vor allem die Schülerzahl an Hauptschulen zunahm und im gleichen Ausmaß eine Senkung der Schülerzahl an der Oberstufe der Volksschulen eintrat.

Von nun an können die Kinder der finanziell schwächeren Bevölkerungskreise in eine entferntere Hauptschule fahren. Aber auch der Schulbesuch der Volksschüler in ländlichen Gebieten hat sich dadurch besonders in den Wintermonaten gebessert.

Natürlich gab es anfangs Verkehrsschwierigkeiten, und die Kritik, die daraufhin hier im Hause zu hören war, fand ich für ganz selbstverständlich, ja für richtig. Wir haben es auch dann in der Zusammenarbeit mit der Bahn, der Post und den Gemeinden erreicht, viele Schwierigkeiten zu beheben. Wenn heute wiederum Schwierigkeiten aufgezeigt, kriti-

siert wurden, so muß ich sagen: Nicht den Unterrichtsminister kann man dafür verantwortlich machen, sondern die Ortsbehörden, die Bezirksbehörden haben es in der Hand, diese Schwierigkeiten zu regeln.

Wir Sozialisten erkannten aber auch, daß ein gezielter Familienlastenausgleich den Familien echt die Lasten, die durch Schulfahrten entstanden sind, abnimmt und der Chancengleichheit dienlich ist. Auch breite Bevölkerungskreise haben diese Tat der Sozialisten dankbar zur Kenntnis genommen und gerne das Vertrauen für die Sozialisten bei den darauffolgenden Nationalratswahlen verstärkt.

Im darauffolgenden Jahr wurden die Schülerfreifahrt und verbesserte Schulfahrtbeihilfen zum Gesetz erhoben. Die Schülerfreifahrt wurde im Schuljahr 1972/73 von rund 800.000 Schülern und Studenten in Anspruch genommen. Im Jahre 1971 wurde auch das Schülerbeihilfengesetz beschlossen. Es war ein einstimmiger Beschluß des Hohen Hauses und sollte talentierten Schülern, deren Eltern finanziell schwach gestellt sind, die Möglichkeit bieten, durch Schülerbeihilfen und Heimbeihilfen höhere Schulen zu besuchen. Dieser Gesetzesbeschluß wurde von Arbeitern, Angestellten und Bauern besonders begrüßt, da in diesen Kreisen finanzielle Entscheidungen ausschlaggebend waren, ob ihre Kinder die höhere Schule besuchen können.

Mit diesem Gesetz wurde ihnen eine schwere Entscheidung abgenommen, sodaß nur mehr das Talent, der Lerneifer und die Schulleistung über den Besuch der höheren Schule entscheidet. Die Preissteigerungen wirken sich auch für unsere Schüler aus, und so wird eine Novellierung des Schülerbeihilfengesetzes erwartet, was natürlich höhere Beihilfensätze bringen muß.

Auch dieses Gesetz dient der Chancengleichheit und im besonderen Schülern, die in ländlichen Gebieten wohnen, weil sie von einer höheren Schule sehr weit entfernt wohnen.

Als man nun erfuhr, daß die Sozialisten die Einführung eines Gratisschulbuches planen, entstand in den Reihen der Oppositionsparteien Unruhe. Die ÖVP-Abgeordneten bereiteten sofort einen nach ihrer Ansicht sehr verlockenden Antrag für die Elternschaft vor, der katholische Familienverband wurde zur kräftigen Mithilfe aufgerufen, um eine Gegenwelle in der Elternschaft zu erreichen.

Frau Abgeordnete Dr. Hubinek stellte im Hohen Haus den Antrag, für jeden Volks-

Lukas

schüler jährlich im September 500 S und für jeden Schüler ab dem 10. Lebensjahr ebenfalls im September 1000 S als Ausbildungszulage aus dem Familienlastenausgleichsfonds den Erziehungsberechtigten zu gewähren.

Dem gegenüber stand der Antrag der Sozialisten in diesem Hause, jedem Schüler, der eine öffentliche Schule oder eine Schule mit Öffentlichkeitsrecht besucht, Gratisschulbücher zu gewähren. Dazu hatte die ÖVP die groteske Ansicht, daß der Antrag für die Ausbildungszulage vom Familienlastenausgleichsfonds gespeist werden sollte. Den sozialistischen Antrag für Gratisschulbücher soll aber der Herr Finanzminister aus dem Budget bestreiten. Das sieht fast so aus, als hätte die ÖVP sich ein Verfügungsrecht über die Verwendung der Fondsmittel angeeignet, obwohl sie genau weiß, wie ungebührlich ÖVP-Finanzminister diesen Fonds verwendeten.

Frau Abgeordnete Dr. Hubinek stellte fest, daß ein Gesetz, das im Juli beschlossen wird, keine Erfüllung im Herbst bringen kann, zeternte aber dagegen, daß der Minister schon in den Monaten Mai und Juni Informationen und Erlässe an die Schulen ergehen ließ, obwohl das zuständige Gesetz noch nicht beschlossen war.

Wir wußten, daß zu dieser Zeit Störaktionen der ÖVP im Gange waren. Der österreichische Lehrerbund hat seine Mitglieder zur passiven Resistenz aufgerufen, und ÖVP-Schuldirektoren gaben die Erlässe den Lehrern nicht bekannt. So haben die Lehrkräfte auch dann, wenn sie es gerne getan hätten, keine Möglichkeit gehabt, den Erlässen zu entsprechen.

Man muß der Frau Dr. Hubinek sagen, sie war keine Hellseherin, als sie darauf hinwies, es werde im September zu einem Schulbuchchaos kommen, sondern sie war nur bestens informiert von den Störversuchen, die die ÖVP vorhatte.

Welches frivole Spiel trieben Sie damals? Den ÖVP-Lehrern gaben Sie die Weisung, die Schulbuchaktion zu stören, und im Hohen Hause stimmten Sie dem Antrag der Sozialisten in der dritten Lesung zu. Das war natürlich ein taktischer Zug, doch Ihre Lehrer konnten es nicht verstehen und schüttelten über diese Haltung den Kopf.

Die Schulbuchversorgung war im September 1972 sicherlich nicht zufriedenstellend. Aber daran war nicht die Organisation des Unterrichtsministeriums schuld, sondern Ihr organisierter Störversuch. Nicht umsonst haben sehr viele Elternvereinigungen erklärt,

mitzuarbeiten und mitzuhelfen, wenn die Lehrer die Schulbuchaktion nicht durchführen wollen. Ihre Störaktion wurde von der Elternschaft bald klar erkannt, und sie war darüber mit Recht aufgebracht. Sie haben in Elternkreisen das Gegenteil erreicht. Man kann in diesem Fall wirklich das Sprichwort verwenden: Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Wieviel Schaden Sie bei der Lehrerschaft angerichtet haben, wie sehr Sie den Idealismus angeknabbert haben, wie sehr Sie gegen das Empfinden der Pflichterfüllung gewirkt haben, ist Ihnen anscheinend bis heute noch nicht klar geworden.

Nach Beschlußfassung des Gesetzes wurde es aber nicht ruhiger. Da wurden die Fragen gestellt: Wieviel bekommen die Lehrer für die Mehrbelastung? Wann kommen die neuen Arbeitsbücher heraus? Als diese Fragen geregelt und beantwortet wurden, konnte man lesen und hören, daß auch die Verwaltungskosten der Schulbuchaktion vom Familienlastenausgleichsfonds bezahlt werden. Hiezu wurden den Interessierten aber bereits gar bald durch die Presse kundgegeben, daß die gesamten Verwaltungskosten in der Höhe von zirka 2½ Millionen Schilling, die die Bezahlung für die Mehrbelastung der Lehrerschaft einschließen, vom Finanzminister übernommen wird.

Die Arbeitsbücher für die Volksschulen sind bereits im September 1973 zu beziehen gewesen. Die Arbeitsbücher für Hauptschulen sind bereits im Druck, und an den Arbeitsbüchern der verschiedenen höheren Schulen wird gearbeitet, und sie werden zum Teil schon im nächsten Herbst zum Bezug bereit sein. Dieses erfreuliche Arbeitstempo ist zu begrüßen, und ich darf als ehemaliger Lehrer mit über 40 Dienstjahren feststellen, daß eine so umfassende Arbeit mit so viel Arbeitseinsatz, mit so hohem Pflichtempfinden in meiner langjährigen Dienstzeit nur in den Jahren vor 1962, als das große Unterrichtswerk geschaffen wurde, und in der Zeit der Chancengleichheit von 1970 bis heute geleistet wurde. Ich fühle mich daher verpflichtet, allen Beamten des Unterrichtsministeriums, die sich mit diesen Arbeiten befaßt haben, den vielen Pädagogen in den Schulreformkommissionen für ihre pflichtbewußte und umfassende Arbeit herzlichst zu danken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Heute propagieren die ÖVP und auch schlecht informierte Abgeordnete der FPÖ die Schulbuchaktion als eine unverantwortliche Verschwendung von Fondsmittel. *(Abg. Dipl.-Ing. Hanreich: Das ist sie auch!)* Nun hören Sie nur: Als ich dem Abgeordneten Dr. Leitner den Zwischenruf im Ausschuß machte: Warum hat man zur Zeit der ÖVP-

Lukas

Alleinregierung nicht die Ausbildungszulage beschlossen?, antwortete er kurz und trocken: Wir haben damals nicht so viel Geld gehabt. Wir wissen, warum damals die Mittel nicht vorhanden waren; weil sie für das Budget verwendet wurden; aber außerdem war diese Antwort eine Anerkennung für die Regierung Kreisky, weil die Politik der Arbeitsbeschaffung so erfolgreich ist und dadurch mehr Mittel in den Fonds fließen.

Um die „Verschwendung“ der Sozialisten zu unterstreichen, war der OVP eine Bankdirektorsgattin in Innsbruck dienlich. Sie sandte dem Herrn Unterrichtsminister die Bücher — es waren aber keine neuen Bücher, sondern alte — und wollte anscheinend damit bekunden, daß sie ohne solche Bücher auch auskommt. Was sie mit den Gutscheinen machte, die ihre Kinder in der Schule erhielten, das wissen wir bis heute noch nicht, doch die Überstellung der Bücher an das Ministerium wurde in großen Lettern in der OVP-Presse bekanntgemacht. Ich stelle aber fest: Wenn jemand die Schulbücher für seine Kinder nicht durch die Schulbuchaktion beziehen will, dann müssen die Gutscheine eben nicht eingelöst werden. Es wird niemand verpflichtet, daß er Bücher mit diesen Gutscheinen nimmt, er kann sie auch selbst kaufen, dann käme es etwas billiger, Herr Kollege Hanreich, und die „Verschwendung“ nach Ihrer Meinung wäre vielleicht dann geringer. Die Schulbuchaktion hat aber dafür vorgesorgt, daß jedes Volksschulkind schon heuer und in den nächsten Jahren alle Schüler Österreichs Bücher für die Schule erhalten.

Der Herr Abgeordnete Schleizer hat in der Rede zu Kapitel 1 auch über die „Verschwendung“ dieser Aktion gesprochen und erklärt, daß man mit der Verschwendungssumme fünf größere Schulen bauen könnte. Nun, das reizte mich dann zum Nachrechnen. Der OVP-Antrag würde den Fonds rund 1,2 Milliarden kosten. Der SPÖ-Antrag wird kaum 600 Millionen übersteigen. Der Unterschied beträgt somit 600 Millionen Schilling. Mit diesen 600 Millionen Schilling können wir wahrlich 10 Schulen mehr bauen, und wir sind glücklich, daß der Antrag der OVP keine Mehrheit hatte. Nun ist es wirklich nicht schwer zu erraten, wen man als Verschwender bezeichnen kann.

Aber nun hören Sie auch die Meinung einer Zeitung, die keine sozialistische Zeitung ist, sie schreibt in einem Absatz folgendes: „Zum Vorwurf, die Regierung verschwende mit der ‚Aktion kostenloses Schulbuch‘ Gelder, wäre zu sagen, daß es besser ist, für diesen Zweck die Mittel aus dem Familienförderungsfonds zu nehmen, als Löcher im Budget zu stopfen,

wie es die große Koalitions- und die OVP-Alleinregierung getan haben. Dem anderen Vorwurf aber, der Schüler werde durch das kostenlose Schulbuch zur Verschwendungssucht verleitet, ist entgegenzusetzen, daß zur Verschwendung wahrlich andere Dinge verleiten. Das kostenlose Schulbuch hebt wenigstens in der Schule den Gegensatz von arm und reich teilweise auf.“

Alle Ihre Einwände, meine sehr Verehrten, ob sie von der OVP oder von der FPÖ kommen, riechen nach politischer Taktik. Das österreichische Volk bewertet auch Ihre Einwände darnach, begrüßt die Schulfreifahrt, begrüßt die Schülerbeihilfe und begrüßt auch das Gratisschulbuch und gibt somit den Auftrag, für die Chancengleichheit weiter zu wirken. Und wenn die Worte des Kollegen Doktor Leitner ehrlich und echt zu nehmen sind, glaube ich sogar, werden wir in Zukunft Gefolgschaft haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Frauscher. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Frauscher (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! In seiner Rede im Finanz- und Budgetausschuß hat der Herr Unterrichtsminister erklärt, er sehe im Unterrichtsbudget einen Schwerpunkt des Gesamtbudgets; allerdings hat er noch die Einschränkung gemacht, man dürfe die Schwerpunktbildung nicht allein nach den Globalziffern beurteilen. Tatsächlich ist es so, daß die Steigerung der Ausgaben des ordentlichen und des außerordentlichen Haushaltes mit zusammen 14,6 Prozent wohl niedriger liegt, wenn auch nur ganz geringfügig, als die Steigerung des Unterrichtsbudgets; im Gesamtbudget inklusive Konjunkturbelebungsprogramm und Stabilisierungsquote liegt jedoch die Steigerung der Ausgaben bei 18 Prozent und somit weit höher als im Unterrichtsbudget. Man sieht also, daß die Verschleiertechnik des Herrn Finanzministers auch hier das Bild verzerrt. Eine echte Schwerpunktbildung wäre aber höchst notwendig, denn noch immer geben die Zustände im österreichischen Schulwesen in vielen Punkten Anlaß zu Besorgnis und Kritik. Auf die unzureichende Dotierung des Sachaufwandes wird einer meiner Kollegen noch im Detail eingehen.

Die ärgsten Rückstände können wohl jetzt auf Grund des 2. Budgetüberschreitungs-gesetzes aufgeholt werden. Die Dotierung für das nächste Jahr ist jedoch jetzt schon wieder als gering zu erkennen. Auf die nachteiligen Folgen für den Unterricht und auch für das Ansehen der Schule möchte ich nicht näher eingehen.

Dr. Frauscher

Ein weiterer Punkt ist der Lehrermangel. Dieser hat noch immer zur Folge, daß an verschiedenen Schulen sogar Pflichtgegenstände nicht unterrichtet werden können, und daß an fast allen Schulen der Unterricht überhaupt nur dadurch ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, daß von den Lehrern beträchtliche Mehrleistungen erbracht werden. Dafür ist allein im Bereich der allgemeinbildenden höheren Schulen ein Betrag von 270 Millionen Schilling für Mehrleistungsvergütungen im Budget vorgesehen. Im Bereich der technischen und gewerblichen Lehranstalten sind es 130 Millionen Schilling. Daß das kein gesunder Zustand ist, braucht wohl keine nähere Erörterung.

Das wohl gravierendste Problem ist jedoch nach wie vor der Schulraummangel. Noch immer gibt es überfüllte und überbelegte Klassen, Wechselunterricht mit allen seinen negativen Folgen, Unterbringung in völlig unzulänglichen Ausweichquartieren, für die aber teures Geld ausgegeben werden muß. Gewiß, einige Erfolge sind erzielt worden. Das will ich nicht bestreiten. Sehr stark ist jedoch daran wohl das Leasing-Verfahren beteiligt, mit dem bereits ein Schulbauvolumen in Milliardenhöhe verwirklicht wurde. Keineswegs ist aber die Ursache ein massiver Einsatz von Budgetmitteln, wie man ihn eigentlich hätte erwarten müssen nach Ihren Ankündigungen vor der Wahl 1971, Sie würden mehr Schulen, mehr Straßen, mehr Spitäler und so weiter bauen. Durch das Versagen der Bundesregierung in der Wirtschaftspolitik und die dadurch bewirkte fortschreitende Geldentwertung wird der Finanzminister nun selbst immer mehr auch zum Opfer der Inflation, und wenn man die Entwicklung der Baukosten betrachtet, wird ersichtlich, wie schwierig die Finanzierung des Schulbaues nun geworden ist. Man kann ja bereits feststellen, daß aus dem Zehnjahres-Schulbauprogramm nun bereits ein Zwanzigjahresprogramm geworden ist.

Wenn wir das so massiv kritisieren, so tun wir dies nicht deshalb, weil wir noch ein paar Milliarden im Budget dafür ausgeben und das Defizit erhöhen wollen, sondern weil es uns notwendig erscheint, daß Sie Ihre seinerzeitigen Versprechungen mit dem konfrontieren, was Sie nun tatsächlich verwirklichen.

Eine bedauerliche Folge der Schulraumnot ist die Tatsache, daß immer wieder zahlreiche Bewerber an berufsbildenden höheren Schulen trotz bestandener Aufnahmeprüfung abgewiesen werden müssen. In den Jahren 1970 bis 1972 waren es rund 10.000 junge Menschen,

die dadurch in der Erreichung ihres Berufszieles schwer beeinträchtigt wurden. 1973 beliefen sich die Abweisungen bei den berufsbildenden Schulen noch immer auf 2200 Schüler. Der Herr Bundesminister erklärte dazu im Finanzausschuß bei der Behandlung des Kapitels Unterricht, auf dem Sektor des berufsbildenden Schulwesens sei ein großer Schritt nach vorn getan worden. Wenn da und dort Abweisungen von Schülern erfolgt seien, so sei dies durch die unterschiedliche regionale Ausstattung bedingt. Sowohl an Handelsakademien, an Handelsschulen wie auch an Lehranstalten für wirtschaftliche Frauenberufe seien die Abweisungen nur geringfügig gewesen.

Wenn aber an diesen Schultypen die Abweisungen gering waren, so heißt es doch, daß sie an höheren technischen Lehranstalten noch immer beträchtlich gewesen sind, denn die Gesamtzahl betrug ja immerhin noch 2200.

Es zeigt sich hier auch wieder einmal, daß Handelsakademien eben leichter zu bauen sind als höhere technische Lehranstalten, die den doppelten finanziellen Aufwand erfordern.

Daß der Herr Bundesminister aber bei einer Gesamtzahl von 2200 Abweisungen davon spricht, daß ein großer Schritt nach vorn getan wurde, das finde ich bedauerlich. Man muß sich doch immer vor Augen halten, was es für die jungen Leute bedeutet, nicht oder nur mit Verlust eines Jahres die gewünschte Berufslaufbahn einschlagen zu können. Der Ausbau der höheren technischen Lehranstalten sollte daher mit mehr Nachdruck betrieben werden; denn Absichtserklärungen allein, ohne entsprechende Taten, nützen nichts.

Ganz allgemein möchte ich nun zum berufsbildenden Schulwesen einige Bemerkungen machen. Es war sehr erfreulich und beruhigend, bei den Verhandlungen über die neue Gewerbeordnung in der vergangenen Woche zu hören, daß alle Parteien das System der dualen Lehrlingsausbildung anerkennen und eine Weiterentwicklung im Sinne einer Integration der Berufsausbildung in das gesamte Bildungssystem wünschen. Es wird ja auch kaum jemand ernstlich bestreiten können, daß gerade dieses System der Berufsausbildung wesentlich zum Leistungsstand unserer Wirtschaft beigetragen hat und noch immer beiträgt. Dieses System bewirkt durch seine enge Verbindung mit der Wirtschaft, durch das Engagement der Unternehmer, der Ausbilder in den Betrieben und der mitarbeitenden Dienstnehmer sowie der Berufsschullehrer eine praxisnahe Ausbildung und bietet dadurch seinen Absolventen echte Berufschancen und Möglichkeiten beruflichen Aufstiegs. Des-

Dr. Frauscher

halb ist die Wirtschaft daran interessiert, dieses System bestmöglich zu gestalten und weiter zu entwickeln, um auch in Zukunft einen den Erfordernissen der Wirtschaft und Gesellschaft entsprechenden Ausbildungsstand zu gewährleisten. Daher ist die betrieblich-berufsschulische Berufsausbildung dem wirtschaftlichen und technischen Wandel anzupassen und weiter zu entwickeln, erforderlichenfalls auszubauen. Geeignete Maßnahmen für die Integration in das Gesamtbildungssystem sollten rasch verwirklicht werden. Vor allem sollte geeigneten Absolventen der Lehrabschlußprüfung die Möglichkeit geschaffen werden, die mit dem erlernten Beruf korrespondierende berufliche Matura ablegen zu können. Schließlich sollte eine konsequente Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden, um den Jugendlichen und den Eltern die Vorteile der dualen Berufsausbildung stärker bewußt zu machen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, daß eine vermehrte und intensivierte Berufskunde, wie sie in der 4. Schulorganisationsgesetz-Novelle vorgesehen ist, in der achten Schulstufe aller Schulen unerlässlich ist. Nur durch verbesserte Informationen können wir ja die Vierzehnjährigen zur Berufswahlreife führen, die unser Bildungssystem nun einmal von ihnen fordert. Mit 14 Jahren muß sich nämlich der Schüler beziehungsweise müssen seine Eltern entscheiden, ob er eine weiterführende Schule besuchen will oder den — übrigens überaus reformbedürftigen — Polytechnischen Lehrgang, um dann später in eine betriebliche Lehre einzutreten.

Berufskunde und Berufsinformationen im Polytechnischen Lehrgang allein genügen daher nicht. Sie sind nur eine zweite Stufe für diejenigen, die bereits eine prinzipielle Entscheidung zugunsten eines Berufsweges in der Wirtschaft als Facharbeiter oder kaufmännischer Mitarbeiter getroffen haben.

Im Polytechnischen Lehrgang kann es daher nur mehr darum gehen, die prinzipielle Berufsentscheidung zu überprüfen und zu spezifizieren. Die heute noch sträflich vernachlässigte Aufgabe der Schule ist es aber, allen Schülern der siebenten oder achten Schulstufe ausreichende Informationen über das Berufs- und Wirtschaftsleben zu geben und hierfür die zu treffende Entscheidung vorzubereiten.

Die Unterrichtsverwaltung sollte endlich darangehen, im Rahmen der siebenten und achten Schulstufe umfassende Berufsinformation und Berufskunde im Lehrplan vorzusehen, die, ebenso wie die Unterrichtung

über das Wirtschaftsleben, zusammen mit entsprechenden Eignungstests Hilfen für die Berufsentscheidung des Schülers bieten.

Gerade die Ausarbeitung entsprechender Tests wäre unerlässlich, damit Anhaltspunkte für Begabungsschwerpunkte des einzelnen Schülers gegeben werden können, auf denen aufbauend dann eine individuelle Bildungs- und Berufsberatung tatsächlich erfolgen kann.

Noch ein paar Worte zum berufsbildenden mittleren und höheren Schulwesen. Dieses hat sich nach Meinung der Wirtschaft bestens bewährt; das wurde auch hier heute bereits ausgesprochen. Man sollte weiterhin die Eigenständigkeit dieses Schulwesens bewahren. Alle Versuche, die diese Eigenständigkeit nicht vollinhaltlich berücksichtigen, sind daher abzulehnen. Seiner Bedeutung gemäß muß das berufsbildende Schulwesen besondere Förderung erhalten. Durch ein entsprechendes Schulbau- und Schulentwicklungsprogramm ist sicherzustellen, daß jeder Absolvent der achten Schulstufe bei entsprechender Eignung, was durch Test zu überprüfen wäre, die von ihm gewählte berufsbildende Schule besuchen kann.

Im Rahmen des Schulbauprogrammes ist dabei jenen Formen der berufsbildenden Schulen Vorrang einzuräumen, nach deren Absolventen am Arbeitsmarkt Bedarf besteht.

Abweisungen von Vierzehnjährigen von berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sind meist endgültig und ein überaus tiefgreifender und nicht verantwortbarer Eingriff in die Chancengleichheit, die für Gleichbegabte sichergestellt werden muß.

Um wirklich einen großen Schritt nach vorn zu tun, müßte dem Ausbau der höheren technischen Lehranstalten ein echter Vorrang eingeräumt werden, wobei darauf zu achten wäre, daß in jedem Bundesland entsprechende Ausbildungsplätze geschaffen werden. Für Schüler aus abgelegenen Gebieten sollten auch Internatsplätze geschaffen werden, um eine Benachteiligung zu vermeiden. Schulen und Werkstätten sind dann aber auch mit den erforderlichen modernen Lehr- und Lernmitteln auszustatten, damit ein effizienter Unterricht möglich ist. Um genügend Lehrkräfte zur Verfügung zu haben, müßte der Übertritt von Praktikern in den Lehrkörper ermöglicht und für deren pädagogische und didaktische Schulung Vorsorge getroffen werden.

In ständiger enger Zusammenarbeit zwischen den berufsbildenden Schulen und der Wirtschaft auf regionaler wie auch auf Bundesebene müßte alles getan werden, um die laufende Anpassung des Lehrstoffes und

Dr. Frauscher

neue Entwicklungen sicherzustellen und um Wirtschaftspraktiker für die Lehraufgaben zu gewinnen.

Außerdem sollten Untersuchungen durchgeführt werden über den Bedarf und die allfällige Konzeption von berufsbildenden Schulen neuer Fachrichtungen. Allerdings sollte dabei von einer extremen Spezialisierung im Interesse einer möglichst breiten und mobilitätsfördernden Ausbildung abgesehen werden.

Abschließend zu diesem Thema möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Wünsche und Anregungen der Wirtschaft schon in naher Zukunft verwirklicht werden.

In der gebotenen Kürze möchte ich noch zu einem anderen Thema etwas sagen, zu dem mir ebenfalls aus der Sicht der Wirtschaft einige Feststellungen angebracht erscheinen, und das ist die Sportförderung. Der Herr Minister hat sich in seiner Antwortrede auf die Fragen der Abgeordneten im Finanz- und Budgetausschuß auch ausführlich mit Problemen des Sportes befaßt und dabei festgestellt, daß noch nie soviel für die Förderung des Spitzensportes getan wurde wie in den letzten Jahren. Es erscheint mir deshalb angebracht, von dieser Stelle aus auch einmal über die Leistungen der Wirtschaft und insbesondere über die Initiativen der Bundeskammer und deren Präsidenten Sallinger für die Sportförderung ein paar Worte zu sagen, wobei ich betonen möchte, daß die Zusammenarbeit zwischen Bundeskammer und Ministerium immer eine sehr gute gewesen ist.

Breitensport und Spitzensport sind nicht mehr nur eine Angelegenheit der Vereine und der Sportfunktionäre, sondern vielmehr ein Anliegen der gesamten Bevölkerung und sollen deshalb von allen gefördert werden. Es wird immer wieder gesagt, daß vor allen Dingen auf dem Gebiet des Skisports die einschlägigen Wirtschaftssparten die Nutznießer der sportlichen Erfolge sind. Ich will das gar nicht bestreiten. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß in diesen Betrieben und darüber hinaus in der gesamten Fremdenverkehrswirtschaft tausende, ja zehntausende Beschäftigte sind, die unmittelbar Nutzen aus dem Sport ziehen.

Die Bundeskammer und damit die österreichische Wirtschaft haben deshalb insbesondere auch für den Wintersport beträchtliche finanzielle Leistungen erbracht. Es wurden Beiträge an den Skiverband und an den Skibobverband geleistet. In den Jahren 1966/67 bis 1973/74 betragen allein die Subventionen für den österreichischen Skiverband 17 Mil-

lionen Schilling. Bei Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften werden seit Jahren die Kosten für die komplette Einkleidung unserer Mannschaften übernommen. Ein besonderer Erfolg, der noch allgemein in Erinnerung sein dürfte, war die Errichtung von Österreichhäusern an den Kampfstätten in Grenoble, Gröden und Sapporo. Die Kosten dafür betrugen über 10 Millionen Schilling. Auch in St. Moritz bei der Weltmeisterschaft 1974 wird es wieder ein Österreichhaus geben.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Erfolge unserer Skiläufer war die Gründung des Austria-Ski-Pools und des Austria-Racing-Teams auf Initiative des Präsidenten Sallinger. Maßgebliche Mithilfe wurde auch bei der Gründung der österreichischen Sporthilfe geleistet.

Die Wirtschaft hat also seit Jahren aktiv an der Förderung des österreichischen Sportes mitgearbeitet und ist auch weiterhin bereit, dies zu tun, und ich hoffe, daß diese Leistungen auch anerkannt werden.

Die Bereitschaft, den Sport finanziell zu unterstützen, wäre auch bei vielen Unternehmungen grundsätzlich gegeben, wenn es möglich wäre, die hierfür zur Verfügung gestellten Beträge abzuschreiben. Es sollte daher dieser Fragenkomplex vom Bundesministerium für Finanzen im Hinblick auf die Bedeutung des Sportes für die Bevölkerung noch einmal überprüft werden.

Weiters wäre die Frage zu überprüfen, ob Sportveranstaltungen nicht von der Vergünstigungssteuer befreit werden könnten, damit ein Teil der Einnahmen direkt widmungsgebunden von den Vereinen für die Nachwuchsförderung verwendet werden könnte.

Aufgabe des Staates bleibt es aber auf jeden Fall, für die Ausübung sportlicher Tätigkeit die Wettkampfstätten zur Verfügung zu stellen und für den Breitensport genügend Sportplätze und Sporthallen zu errichten.

Den Vereinen sollten die Sportstätten kostenlos zur Verfügung gestellt, aber auch ein Zuschuß zu den meist sehr erheblichen Betriebs- und Instandhaltungskosten geleistet werden. Es ergeben sich also auf dem Gebiet der Sportförderung für den Bund noch enorme Aufgaben, und ich hoffe, daß auf diesem Gebiet nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten etwas geleistet werden wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Luptowits. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Luptowits** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wir diskutieren heute das Budgetkapitel Unterricht und Kunst. Ich möchte mich mit dem zweiten Teil dieses Kapitels, mit der Kunst, befassen und einige Probleme, von denen ich glaube, daß sie so wichtig und so bedeutungsvoll sind, daß wir uns, auch wenn es später Abend im Parlament geworden ist, auseinandersetzen müssen, zur Sprache bringen.

Die Debatte zum Kapitel Kunst kann doch nicht vorübergehen beziehungsweise kann nur so fruchtbar sein, wenn man sich immer wieder die Frage nach der Rolle des Künstlers in der Gesellschaft stellt und weiter fragt, wie die breite Masse unserer Bevölkerung an einer echten kulturellen Demokratie Anteil nehmen kann.

Meine Damen und Herren! Wenn ich Ihnen sage, daß nur 7 Prozent der Bevölkerung — das ist eine geschätzte Zahl —, an den klassischen Kulturgütern teilnimmt, dann ist dies sehr betrüblich. Und wenn ich Ihnen jetzt dazusage, daß sich bei diesem lautlosen Klassenkampf zwischen der privilegierten Kulturgesellschaft und der benachteiligten Überzahl, diese Überzahl ihrer wahren Bedürfnisse gar nicht bewußt wird, dann, glaube ich, sollten wir uns hier Gedanken darüber machen, wie wir dieses Mißverhältnis verbessern, ja vielleicht entscheidend ändern könnten. Die Frage lautet also: Wie kommen wir aus diesem Getto heraus?

Meine Damen und Herren! Für uns Sozialisten ist die Kulturpolitik, sind die Kultur und die Kunst im besonderen kein ästhetisches, sondern ein sehr eminentes gesellschaftspolitisches Problem. Es geht also um die sozio-kulturelle Entwicklung, das heißt, der Emanzipation im politischen und rechtlichen Bereich soll die Emanzipation auch im Bereich der Kunst folgen. Und ich glaube, wie der Mensch sein persönliches und soziales Schicksal eigenständig nach eigenem Lebensstil gestaltet, sollte er über den eigenen Kreis der Erfahrung, über den eigenen Kreis der Ausdrucksmöglichkeiten neue Gebiete der Selbsterfüllung und Bereicherung erschließen. Diese sozio-kulturelle Animation, wie ich sie bezeichnen möchte, sollte eben aus dem Konsum- und Leistungsdenken unserer Zeit herausführen und die Entfaltung des persönlichen Lebens im Auge haben.

Dies, meine Damen und Herren, sollte das Ziel aller unserer kulturpolitischen Bemühungen sein. Ich plädiere deshalb für freisetzende Aktivitäten auf diesem Gebiet. Was verstehe ich darunter? Wie kann man sie realisieren?

Ich meine, man kann nicht früh genug damit beginnen. Ich werde das nur aufzählen, was ich mir darunter vorstelle. Ich verstehe darunter das Kinderspiel, ich verstehe darunter das Kindertheater, ich verstehe darunter das Schulspiel, ich verstehe darunter das Jugendtheater, und alle diese Dinge zusammen sollten bereits dem jungen Menschen die Möglichkeit bieten, seine kreativen Fähigkeiten darzustellen, um dann später Anteil zu haben an dem, was uns an künstlerischer Potenz geboten wird. Man sollte das nicht unterschätzen.

Ich habe im Ausschuß den Herrn Bundesminister auch gefragt, ob es nicht möglich wäre, Erzieher, die also die Kinder in der Schule unterrichten, im Deutschunterricht lehren, ob es nicht möglich wäre, im Rahmen der Pädagogischen Akademien hauptberufliche, vielleicht auch nebenberufliche Lehrer einzusetzen, die sich dieser Aufgabe besonders widmen sollten. Meine Damen und Herren! Wenn uns das nicht gelingt, die jungen Menschen bereits zur Kunst hinzuführen, im Alter wird es uns nicht mehr möglich sein, diesen Schritt zu machen. Ich setze deshalb eine große Bereitschaft voraus, daß hier alle diese Dinge versucht werden.

Ich habe erst vor wenigen Tagen ein Gespräch mit einem Schauspieler geführt, der im Jugendtheater arbeitet. Er hat mir von der Sicht des Schauspielers her die Problematik des Schauspiels dargestellt und hat mir gesagt: Kindertheater ist möglich, aber für Kinder zwischen dem zehnten und vierzehnten Lebensjahr gibt es einfach zuwenig Stücke. — Da müßte man auch unsere Künstler, unsere Schriftsteller, unsere Dichter anregen, eben für dieses Lebensalter Stücke zu schreiben, um die jungen Menschen gerade in diesem kritischen Alter vom zehnten bis zum vierzehnten, bis zum fünfzehnten Lebensjahr —, denn auch hier ist im Besuch des Jugendtheaters manchmal ein wesentlicher Abfall feststellbar — im Deutschunterricht zu fesseln und ihnen neue Wege zu weisen.

Aber das gilt nicht nur für die jungen Menschen, und warum sollte das nicht auch für die ältere Generation möglich sein. Warum sollte es nicht möglich sein, was die Neuberin zur Zeit Lessings getan hat? Warum sollte es nicht möglich sein, eine moderne Neuberin, einen modernen Neuber sozusagen in Bewegung zu setzen, „Kunst auf Rädern“? (Abg. Dr. Gruber: Luptowits!) Muß nicht der Luptowits sein, es könnte ja ohne weiteres der Dr. Gruber sein. Vielleicht könnten wir es gemeinsam machen, das wäre sicher ein realisierbarer Weg.

8760

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 6. Dezember 1973

Luptowits

Man lächelt vielleicht darüber, aber das ist für mich eine sehr ernste Angelegenheit. Denn wie sollen wir die Kunst, die für mich eine hochpolitische Angelegenheit ist, an den Menschen anders heranbringen, wenn er nicht selbst kommen will?

Ich glaube, wenn wir auf diese Art und Weise mobil geworden sind — man kann das sicherlich mit Hilfe eines Zeltens; man läßt Theatergruppen, Musiker und bildende Künstler gleichzeitig im Rahmen dieser Veranstaltungen auftreten —, wird es möglich sein, hier die Dinge zu einem Besseren zu bringen. Ich denke an das Einrichten von Klubs, wo die Kreativität gefördert wird. Ich denke an offene Künstlerwerkstätten, wo man Kunst erfahren und üben kann, und ich denke an eigene Kulturarbeiter, Kulturhelfer, wenn Sie wollen Animatoren, die die Menschen anregen, Kunst zu üben und zu erfahren.

Meine Damen und Herren! Die Politik der Öffnung der Kunst kann sich nicht nur auf Freikarten und auf billige Karten beschränken, denn wir wollen das Publikum auf eine neue künstlerische Verantwortung hinführen. Und das ist für uns Sozialisten eine sehr ernste und entscheidende Aufgabe. (*Abg. Dr. Mussil: Für wen nicht?*)

Für den Dr. Mussil bestimmt nicht, wie ich ihn kenne, denn bis jetzt hat sich noch immer gezeigt, daß er wenig dafür übrig hat. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich schätze seine intellektuelle Präsenz, er ist immer da, aber bis jetzt habe ich noch nie gehört, daß er sich für Fragen der Kunst besonders aktiviert hätte. (*Abg. Dr. Mussil: Da haben Sie von meinen künstlerischen Interessen wirklich keine Ahnung!*) Bitte kommen Sie zum Rednerpult her und äußern Sie sich dazu. Es würde mich sehr freuen, wenn ich von Ihnen etwas auf diesem Gebiet hören könnte.

Meine Damen und Herren! Für uns ist die Frage der Kunst ... (*Abg. Dr. Mussil: Ich bin imstande und gehe wirklich hin!*) Herr Kollege Mussil, wir wollen hier keinen geträumten Sozialismus, sondern wir wollen einen praktizierten Sozialismus auf diesem Gebiet haben. (*Abg. Dr. Mussil: Wir wollen überhaupt keinen Sozialismus haben! — Heiterkeit.*) Herr Kollege Mussil, ich weiß, Ihnen ist die Sache zu wenig ernst! Man kann die Dinge natürlich auch so darstellen oder so diskutieren, wie Sie es versuchen. Aber ob das zielführend ist? Ich glaube nicht. (*Abg. Doktor Mussil: Daß wir keinen Sozialismus haben wollen, ist mir bitter ernst!*) Ja, das kann ich mir vorstellen, sonst würden Sie ja nicht bei der ÖVP sein, sonst müßten Sie ja Ihre Partei verleugnen.

Ich glaube, daß auf diesem Gebiet — für uns zumindestens — Kunst und Gesellschaft untrennbar miteinander verbunden sind. Natürlich gibt es hier nicht die Ideallösung, wie sie sich manche vielleicht vorstellen, wie es ja überhaupt keine vollkommene Lösung geben kann. Die gibt es bekanntlich nur auf dem Reißbrett. Aber die Medien im allgemeinen erwarten von uns immer wieder Wunder auf diesem Gebiet, und die kann es einfach nicht geben. Die Dinge, die ich hier skizziert habe, brauchen lange Zeit, man braucht Zeit zur Erneuerung, man braucht Zeit, um diese Dinge wirklich gezielt in die Wege zu leiten.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß sowohl Literatur als auch Musik und das Theater — und ich bin hier sehr optimistisch —, daß alle diese Künste, die Künste der Vergangenheit, aber auch die Künste der Gegenwart, eine große Zukunft haben. Wir sollten gezielt Gruppen ansprechen, um die Ziele, die wir uns in der Kunstpolitik gesetzt haben, zu erreichen.

Um welche Zielgruppen geht es mir? Im wesentlichen sehe ich drei. Es geht mir um den Arbeiter, es geht mir um die kritische Intelligenz, und es geht mir um die Kinder und die Jugendlichen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir all das, was wir an künstlerischer Potenz und Organisationsgabe aufzubringen haben, einsetzen, dann müßte es möglich sein, diese Zielgruppen in vermehrtem Maße zur Kunst zu führen und an die Kunst heranzubringen. Denn auch der Künstler ist ja ein Teil unserer Gesellschaft. Man sollte ihn nicht bloß sozusagen als Abhängigen von der Kulturindustrie betrachten, er fühlt sich ja zum Teil in einem Abhängigkeitsverhältnis, und sicherlich war der Künstler lange Zeit in einem Ghetto beheimatet. Aber diese Klischeevorstellung gilt nicht mehr. Vielleicht hat sie nie gegolten, und wenn Sie an Daumier, an Spitzweg, an Gerhart Hauptmann und andere denken, die zu sozialen Problemen ihrer Zeit Stellung genommen haben, was sich ja in ihren Werken widerspiegelt, dann glaube ich sagen zu können, daß dieses politische Abseits, in das sich manche Künstler begeben haben, heute nicht mehr vorhanden ist. Denn sie haben sich in diesem Abseits nicht wohl gefühlt, sie waren nicht glücklich.

Das Heraustreten des Künstlers heute aus der Vereinzelung und daß er sich seiner gesellschaftlichen Verpflichtung bewußt wird, hat wohl niemand besser als Günther Grass beim Europasymposium in Florenz am 29. Juli 1973 gesagt. Ich darf zitieren:

Luptowitz

„Der Künstler als Bürger? Ein Widerspruch in sich? Ist die Rolle des Künstlers, antibürgerlich zu sein, ideologisch fixiert? Oder kann eine gesellschaftspolitische Zielsetzung, die den Bürger als mündig erklärt — und die auch meine Zielsetzung ist —, den Künstler ausschließen, ihm also aus Gründen herablassender Toleranz ein Freigehege einräumen, in dem das Geniegehege des 19. Jahrhunderts — damit der Bürger auf seinen Schreck nicht verzichten muß — zur Schau gestellt wird?“

Und er sagt weiter: „Deshalb sei einleitend gesagt: die Freiheit der Künste ist nur dort möglich, wo die sozialen und individuellen Menschenrechte geachtet werden; überall dort, wo eine relative Freiheit der Kunst oder ein privilegierter Status der Künstler erkaufte werden, indem sich die Künstler den gesellschaftlichen Zuständen, die in der Regel latente Mißstände sind, entziehen, isolieren sie sich als Elite, begnügen sie sich mit einer Spielwiesenfreiheit, schmückt ihre Kunst, blendend und kaschierend, unfrei machende Verhältnisse ...“

Damit hat Günther Grass einige der Probleme in wenigen Sätzen klar dargestellt, zu denen ich mich auch bekenne und die ich versucht habe, in den einleitenden Sätzen bereits darzustellen.

Ich meine, daß wir den Künstlern den Weg zur Solidarisierung mit der Gesellschaft erleichtern sollten, und es ist ja schon feststellbar, daß eine große Zahl von Künstlern diesen Weg geht. Wir müssen eben damit rechnen, daß emanzipatorisches Denken und politisches Denken eine Selbstverständlichkeit werden, was wir sowohl vom Ziel als auch vom Inhalt ihrer ästhetischen Produktion ja nur wünschen können.

Meine Damen und Herren! Wir sollten über Kunst weniger theoretisieren. Ich habe Verständnis, wenn vielfach in Zirkeln über das Wesen der Kunst und über alle diese Probleme diskutiert wird. Ich sage halt immer: Die Kunst und ihre Probleme sollten wir den Kunstwissenschaftlern überlassen, aber selbst denen ist es in den letzten zweihundert Jahren bis heute nicht gelungen, das Wesen ihrer Disziplin klar und überzeugend zu definieren.

Ich darf nur einige Worte noch zur Arbeit des Ministeriums auf dem Gebiet der Kunst sagen. Der Minister hat neue Wege beschritten, er hat für die bildenden Künste, hat für den Film eine Jury berufen; er hat damit den ersten Schritt zur Demokratisierung der Künste getan. Die Frage ist, ob wir es damit bewenden lassen sollen, ob wir auch hier neue Wege, neue Absichten erkennen oder neue Wege einleiten sollten.

Es wurde und wird soviel über die Künstler-selbstverwaltung gesprochen. Ich weiß nicht, ob das der Weg ist, ob die Künstler in der Lage sein werden, sich diese kulturpolitischen Zielsetzungen selbst zu geben. Aber wir sollten über diese Frage diskutieren.

Ich glaube, wir sollten auch über das Gebiet des Theaters reden. Aber darüber werde ich heute nicht sprechen, weil wir ein Bundestheatergesetz bekommen, und dann wird die Möglichkeit sein, die gesamte breite Palette und die Problematik der Theater hier zu diskutieren.

Ich möchte abschließend nur folgendes sagen: Vielleicht könnten wir eine ständige Kommission einrichten, so wie ich es gestern auch für die Auslandskulturpolitik vorgeschlagen habe. Vielleicht könnten wir auch hier auf parlamentarischer Ebene eine ständige Kommission ins Leben rufen, besetzt aus interessierten Parlamentariern und aus fachkundigen Beamten, die die Schwerpunkte der Kunst und ihre Förderung immer wieder aufs neue überprüfen könnte. Vielleicht könnte man auch darüber diskutieren.

Meine Damen und Herren! Kultur spielt sich für mich nicht nur im Musiksaal, nicht nur im Foyer des Theaters ab, sondern in der Entscheidung, Menschlichkeit zu fordern und zu praktizieren. Und dies, meine Damen und Herren, kennt keine Abstriche.

Kultur ist die Sensibilität für Menschenwürde, Menschenrecht und Menschenrecht! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Probst: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Ing. Schmitzer.

Abgeordneter Ing. Schmitzer (OVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zuerst dem Herrn Kollegen Lukas etwas entgegenen. Er hat uns vorgeworfen, wir seien gegen die Chancengleichheit. Ich glaube, da hat er die Ausführungen des Kollegen Leitner völlig mißverstanden. Leitner hat mit einem Beispiel sehr schön und sehr klar erklärt: Wir sind für die Chancengleichheit, wir wollen gleiche Startbedingungen für alle Jugendlichen haben.

Ein zweiter Punkt, der, glaube ich, auch mißverstanden wurde, betrifft die Zunahme der Zahl der Hauptschüler in den letzten zehn Jahren, die er dem Unterrichtsministerium zugeschrieben hat. Auch das bedarf einer Richtigstellung, denn die Länder, die Gebietskörperschaften, die Gemeinden waren doch wesentlich daran beteiligt, daß diese Zunahme überhaupt möglich gewesen ist. Das möchte ich zur Richtigstellung sagen.

Ing. Schmitzer

Nun zu meinem eigentlichen Thema, Herr Minister, ich spreche auch zu einem Kapitel, für das Sie noch nicht zuständig sind. Ich kann daher nur pro futuro sprechen und auf einige Dinge hinweisen beziehungsweise einige Fragen an Sie stellen.

Sie bekommen ab 1. Jänner 1974 auf Grund des Ministeriengesetzes den Bereich des landwirtschaftlichen Schulwesens teilweise in Ihre Ressortzuständigkeit übertragen. Bisher war der Bereich des landwirtschaftlichen Schulwesens — alle Angelegenheiten des Schulwesens, des Bildungswesens, des Beratungswesens, der Forschung in diesem Bereich — als geschlossene Einheit beim Landwirtschaftsministerium. Nun wird dieser Bereich auf drei Ministerien aufgeteilt. Sie als Unterrichtsminister bekommen die pädagogischen Belange, die Fragen der Schulorganisation, zugeteilt, im Landwirtschaftsministerium verbleiben die finanziellen Belange, also im wesentlichen die Schulerhaltung, die Frage der notwendigen Schulerrichtung und die Frage von eventuellen Auflösungen. Hier taucht die Frage nach dem Warum auf: Warum die pädagogischen Belange ins Unterrichtsministerium, warum bleiben die finanziellen Fragen im Landwirtschaftsministerium?

Das dritte Ministerium, das beteiligt wird, ist das Sozialministerium. Die Berufsausbildung, die bisher in der Zusammenarbeit zwischen den Ländern und dem Landwirtschaftsministerium durch Einrichtung der landwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstellen, nach unserer Meinung als geschlossene Einheit sehr günstig gelöst war, wird nun ab 1. Jänner 1974 dem Sozialministerium zugeordnet.

Ich möchte dazu einige Bemerkungen machen. Im Ministeriengesetz heißt es in den Erläuternden Bemerkungen, diese Kompetenzänderung sei notwendig, um eine Doppelkompetenz aufzuheben beziehungsweise zu verhindern, um also eine Vereinheitlichung durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Diese Kompetenzänderung ist unserer Meinung nach sachlich völlig falsch; Leitner hat das schon betont. Es wird die Einheit des landwirtschaftlichen Schul- und Bildungswesens zerrissen und dadurch zerschlagen. Es bringt auch keine Vereinheitlichung, es bringt keine Verwaltungsvereinfachung, sondern ich möchte sagen, es bringt — ein unschönes Wort jetzt — eine Verkomplizierung der Dinge. Es bringt mehr Verwaltungsaufwand als bisher, abgesehen von den schulisch und pädagogisch negativen Auswirkungen. Ich möchte das mit einigen Beispielen untermauern und erläutern.

Beispiel 1: Herr Minister, Sie bekommen die pädagogischen Fragen, die Organisation zugewiesen. Beim Herrn Landwirtschaftsminister bleiben die finanziellen Fragen. Das Landwirtschaftsministerium hat auf die Organisation aber überhaupt keinen Einfluß. Es ist daher von uns aus die Gefahr zu sehen, daß es dadurch zu Schwierigkeiten kommt, daß es zwischen dem Unterrichtsministerium, zwischen den pädagogischen und organisatorischen Belangen, und der Bereitstellung der finanziellen Mittel zu Schwierigkeiten kommt.

In personeller Hinsicht: Die pädagogischen Fachleute werden wahrscheinlich ins Unterrichtsministerium hinüberwandern, die Schulaufsicht zum Beispiel. Dagegen werden die agrarischen Fachleute, die bisher im Unterrichtswesen tätig waren, wahrscheinlich bei Ihnen, Herr Minister Dr. Weihs, im Landwirtschaftsministerium verbleiben. Hier haben wir Angst, und wir sehen eine Gefahr: Was ist, wenn einmal zwei Beamte nicht immer einer Meinung sind? Ich will nicht sagen: die sich bekriegen, aber so etwas soll es auch schon gegeben haben, ich habe das in meiner schulischen Tätigkeit im Bauwesen schon einmal erlebt. Wir glauben, daß das dann zu Lasten des landwirtschaftlichen Schulwesens geht.

Ein zweites Beispiel, das meiner Meinung nach noch gravierender ist: Das Unterrichtsministerium ist in Zukunft für die Schulaufsicht zuständig. Das Landwirtschaftsministerium behält aber auf Grund des Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetzes die Kompetenz für die Lehrer, auch für die Lehrer an höheren Schulen. Im Kompetenzgesetz heißt es zwar: für niedere und mittlere Schulen, damals waren aber mit den mittleren Schulen die heutigen höheren Schulen gemeint, somit auch die Lehrer an den höheren landwirtschaftlichen Schulen.

Und jetzt konstruiere ich ein praktisches Beispiel. Die Schulaufsicht des Unterrichtsministeriums stellt fest, daß ein Lehrer zum Beispiel disziplinar bestraft werden würde. Die Bestrafung kann aber nur das Landwirtschaftsministerium durchführen, weil es für die Lehrer diese Zuständigkeit hat.

Ich glaube, daß aus diesen zwei Beispielen schon ersichtlich ist, daß diese Zerreißung des landwirtschaftlichen Schulwesens eine sicherlich nicht sehr sinnvolle Lösung ist.

Vielleicht noch ein drittes Beispiel — man könnte ja viele Beispiele aufzählen —, und zwar die Frage der Lehrerausbildung, die mir auch sehr wesentlich erscheint. Bisher war die Lehrerausbildung in einem Bundesseminar in Ober St. Veit als geschlossene Einheit von pädagogischen, methodischen und didaktischen

Ing. Schmitzer

Fragen und den fachlichen Fragen in einer Hand. Ich frage, Herr Minister: Wie wird das in Zukunft sein? Wer wird die Lehrerausbildung durchführen? Wer wird sie methodisch-didaktisch durchführen, wer wird sie agrarisch-fachlich durchführen? Das scheint mir eine wesentliche Frage zu sein, weil heute die Lehrerausbildung sehr praxisbezogen durchgeführt wird. Wir befürchten, daß diese Praxisnähe in der Zukunft verloren geht, daß die Lehrerausbildung eher praxisisoliert durchgeführt werden wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Es gibt keine sachliche fachliche Begründung für die Zerreißung des landwirtschaftlichen Schul-, Bildungs- und Beratungswesens. Durch das Ministeriengesetz wurde eine Bildungseinheit, wie sie in Österreich, ich glaube, einmalig war, daß nämlich Schule, Berufsausbildung, Erwachsenenbildung, Forschung und Beratung in einer Hand waren, mutwillig, möchte ich sagen, zerschlagen.

Herr Unterrichtsminister! Damit ist eine Unsicherheit in den Schulabteilungen der Länder, aber auch in den Schulen entstanden. Denn niemand weiß: Wie geht es weiter, wer macht was? Wer ist für was zuständig? Ich frage Sie daher, Herr Minister: Wie geht es weiter? Welche Vorstellungen haben Sie als Unterrichtsminister, als neu zuständiger Minister für diese Fragen? Wie wird die landwirtschaftliche Schulabteilung in Ihrem Ministerium aufgebaut und zusammengesetzt sein? Niemand weiß bis jetzt etwas davon. Ich möchte fast sagen: Nicht einmal die betroffenen Beamten wissen etwas Genaues.

Zweite Frage: Wie wird in Zukunft bei Fragen der Organisation, der Lehrplangestaltung, der Festlegung von Lehrinhalten vorgegangen? Wer bestimmt das, das Unterrichtsministerium oder das Landwirtschaftsministerium? Kann das Landwirtschaftsministerium dann überhaupt noch mitreden?

Herr Minister! Eine dritte Frage: Welche Entwicklung ist auf dem Personalsektor zu erwarten? Wir haben in unserem Kollegenkreis bei den Landwirtschaftslehrern eine enorme Unsicherheit, weil niemand weiß, wie es weiter geht. Wird das Lehrerdienstrechtsgesetz, das nach 1966 mit einfacher Mehrheit beschlossen wurde und das natürlich wieder mit einfacher Mehrheit geändert werden kann, beibehalten? Wir sind an einem eigenen Dienstrecht interessiert, weil eben unsere Schulen gewisse Sonderheiten aufweisen und sich daraus gewisse Notwendigkeiten ergeben. Unsere Anstalten sind Ganztagschulen, Internatsschulen. Bei uns gibt es die Frage der

Schulbetriebe. Wir können keine Ferien nach der normalen Ferienordnung brauchen, sondern wir haben Urlaub nach unserem Schulgesetz, dem Lehrerdienstrechtsgesetz. Damit wollte ich nur einige Probleme aufzeigen.

Eine weitere Frage: Kann der Lehrer auch in Zukunft in der Beratung, in der Jugendarbeit, in der Erwachsenenbildung, tätig sein? Das resultiert nach wie vor zum Landwirtschaftsministerium. Sind hier Absprachen getroffen worden? Können wir auch hier noch tätig sein?

Eine weitere Frage: Wie steht es mit der Tätigkeit in den Schulbetrieben? Die Schulbetriebe sind Ländersache, gehören den Ländern, sind aber für uns, für die praktische Tätigkeit des Lehrers, für die Verbindung zwischen Theorie und Praxis äußerst wichtig. Dadurch konnten wir eben einen sehr praxisbezogenen Unterricht gestalten. Dürfen wir das noch? Wird das der Lehrverpflichtung angerechnet werden?

Das sind durchwegs Fragen, die bis heute noch nicht gelöst sind.

Wie ist es mit der Mitarbeit im Rahmen der Berufsausbildung, einer Sache, die jetzt zum Sozialministerium ressortiert? Werden wir auch hier mitarbeiten können? Ich habe selbst an meiner Schule so einen Fall. In unserer Schule in Pyhra wird für ganz Niederösterreich die Berufsvorbereitung für alle Fachprüfungen, egal ob Facharbeiter- oder Meisterprüfungen, durchgeführt. Dürfen die Lehrer, können sie dort noch unterrichten? Können sie da noch mitarbeiten?

Ist über alle diese Fragen, meine sehr verehrten Minister — es betrifft ja beide im Zuge der „Verwaltungsvereinfachung“! —, schon eine Absprache getroffen worden?

Und noch eine Frage, Herr Unterrichtsminister, eine sehr wichtige Frage: Wie geht es mit dem landwirtschaftlichen Schulgesetz weiter? Welche Vorstellung haben Sie davon als zuständiger oder als teilzuständiger Ressortminister? Welche Organisationsform stellen Sie sich vor? Sind Sie noch der Meinung, die der Herr Bundeskanzler eben bei der Regierungserklärung 1970 verkündet hat, nämlich daß die landwirtschaftlichen Schulgesetze in der Form, wie sie vorliegen, beschlossen werden, oder sind Sie anderer Meinung?

Es ist doch klar, Herr Unterrichtsminister — ich glaube, als Fachleute können wir das offen sagen —: In der Form, wie der Zustand ab 1. Jänner 1974 vorgesehen ist, kann es nicht lange gehen. Jeder Einsichtige muß erkennen, daß diese Doppelkompetenz auf lange Sicht nicht funktionieren kann.

Ing. Schmitzer

Wir wissen auch, daß Sie ein Hinübergeben des gesamten Schulwesens in das Unterrichtsministerium anstreben. Ich frage Sie daher, Herr Unterrichtsminister: Wie wollen Sie das gestalten? Wollen Sie wieder eine Rückführung der pädagogischen Belange in das Landwirtschaftsministerium oder wollen Sie auch die Lehrerkompetenz, die Schulerhaltung in Ihr Ministerium bekommen?

Herr Minister! Über alle diese Fragen — ich sagte es schon — ist bisher nichts gesagt worden. Man hat, ohne groß darüber nachzudenken, zu mitternächtlicher Stunde oder nachmittags die Einheit im landwirtschaftlichen Schul- und Bildungswesen zerschlagen.

Meine Damen und Herren! Das ist nicht so einfach. Man kann Kompetenzen von Abteilungen verschieben. Schwieriger ist es schon beim Schulwesen; wir haben dabei mit menschlichem Material — ich darf dieses Wort verwenden —, mit Menschen, zu tun. Fehler, die im Schulwesen geschehen, sind in vielen Fällen nicht mehr reparabel, sind, ich möchte fast sagen, irreparabel!

Noch eine Frage, die letzte: Wie schaut es mit den paktierten Gesetzen aus, meine Herren Minister? Ich weiß ja nicht, an welchen der beiden Minister ich mich wenden soll. Die Steiermark und Niederösterreich haben ein paktiertes landwirtschaftliches Schulgesetz, in dessen Vollzugsklausel das Landwirtschaftsministerium genannt ist. Ich habe in dieser Sache mit Verfassungsrechtlern gesprochen. Sie sind sich auch nicht klar darüber, wer bei uns in Niederösterreich jetzt zuständig ist: Ist nach wie vor das Landwirtschaftsministerium zuständig, oder ist auch für Niederösterreich und für die Steiermark das Unterrichtsministerium zuständig? Wir wissen das bisher noch nicht.

Dies sind durchwegs Fragen, die eben noch offen sind, offen sind in einer Regierung, die sich — das wurde heute schon einige Male gesagt — als „bestvorbereitete Regierung“ bezeichnet hat.

Herr Unterrichtsminister! Ich habe noch eine Sorge — ich möchte nicht sagen: Frage —, und zwar im Bereich des höheren Schulwesens. Herr Minister! Sie übernehmen hier im höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulwesen nicht nur pädagogisch einmalig geführte Schulen, sondern auch baulich, einrichtungsmäßig — Herr Präsident Schnell hat uns das auch im Unterausschuß bestätigt — bestens ausgestattete Schulen. Wir haben hier Angst, effektiv Angst, daß diese Schulen in Ihrem Ministerium als kleinste Gruppe untergehen,

zumal die sozialistische Regierung, wie sich ja in letzter Zeit immer mehr zeigt, keine allzu große Liebe zur Landwirtschaft besitzt. Wir haben Angst, daß diese Schulen finanziell an den Rand gedrängt werden.

Ich möchte hier noch einmal auf Herrn Präsidenten Schnell verweisen. Herr Präsident! Sie haben uns, wie ich glaube, im Unterausschuß gar nicht im unklaren darüber gelassen, daß diese Schulen wahrscheinlich in Zukunft kaum mit allzu großen finanziellen Mitteln (*Abg. Dr. Schnell: Davon war keine Rede!*) — darf ich diesen Satz zu Ende sprechen — rechnen könnten, weil eben in anderen Schulbereichen — sagen wir: im gewerblichen, im technischen Schulwesen — noch ein Nachholbedarf vorhanden ist.

Wir haben auch deswegen Angst, weil wir ja schon eine vierjährige Erfahrung besitzen. Vier Jahre sozialistische Regierung, die mit großen Schulbaukonzepten angetreten ist, genügen uns doch.

Da möchte ich jetzt ein Beispiel aus St. Pölten bringen, das zeigt, warum wir Angst haben. Ich bin froh, daß Kollege Pichler, ein Abgeordneter aus St. Pölten, jetzt hier ist.

Herr Minister! In St. Pölten werden eine HTL und eine Handelsakademie gebaut. Sie wurde 1969 begonnen, und zwar mit einem Präliminare von 205 Millionen; heute sind es infolge der Preissteigerungen 220 Millionen.

Die Planung war so, daß etwa bis 1972 100 Millionen verbaut werden sollten, 1973 und 1974 je 50 Millionen. Das haben mir nicht unsere Minister gesagt, sondern das hat mir der damalige Unterrichtsminister Gratz auf eine Anfrage im Herbst 1970 mitgeteilt.

Wie schaut es wirklich aus? Bis jetzt wurden — ich runde auf — 90 Millionen Schilling verbaut. Für das Jahr 1973 waren — mit Ach und Krach, möchte ich sagen — 25 Millionen Schilling bewilligt worden, für 1974 ebenfalls 25. Das Versprechen, das mir Unterrichtsminister Gratz gegeben hat, daß 1974 diese Schule fertig sein werde, wird 1976 eingelöst, denn im Voranschlag steht, daß 1975 40 Millionen und 1976 die restlichen 41 Millionen Schilling bereitgestellt werden.

Herr Minister! Dazu noch etwas: Ich habe dem Herrn Bautenminister und Ihnen die gleichen Fragen vorgelegt. Genaugenommen war es eigentlich so: Vor der Sitzung des Unterrichtsausschusses bin ich früher weggefahren — ich war krank —, aber Kollege Ofenböck hat es für mich getan. So wurde gefragt: Wann wird die Handelsakademie in St. Pölten fertiggestellt? Ihre Antwort war: Noch 1973.

Ing. Schmitzer

Herr Minister! Da hoffe ich, Kollege Pichler wird Sie einmal einladen. Wir haben ja Landtagswahlen in Niederösterreich vor der Tür; ein Betriebsbesuch wäre in dieser Situation gar nicht schlecht. Sie haben gesagt: Noch 1973. Herr Minister! Mit dem Theorietrakt ist jetzt, zum Schulbeginn, begonnen worden. Der Sonderklassentrakt steht im Rohbau da. Da ist sicherlich noch ein halbes, wenn nicht ein Jahr notwendig, damit die Handelsakademie fertiggestellt werden kann.

Die zweite Frage war: Wann ist die HTL bezugsfertig? Ihre Antwort war: zu Beginn des Schuljahres 1974/75. Herr Minister! Es wäre wirklich gut, sich das anzusehen. Der Theorieklassentrakt und auch der Sonderklassentrakt stehen im Rohbau. Wenn es gut geht — sagte mir der zuständige Architekt —, wird er mit 25 Millionen Schilling den Theorieklassentrakt fertigstellen können. Von der Fertigstellung der beiden Sonderklassentrakte ist überhaupt keine Rede. Die Werkstätten können nicht einmal begonnen werden. So ist die Situation! Deswegen haben wir Angst, Herr Minister, daß es dem landwirtschaftlichen Schulwesen genauso, wenn nicht schlechter, geht.

Darf ich vielleicht dazu noch als St. Pöltener etwas sagen. Herr Minister! Wenn dieser Plan nicht durchgeführt wird, kommt es in St. Pölten im Herbst 1974 zu einer großen Schulmisere. Dann kann die HTL aus den Notklassen nicht herausgehen, dann kann in der Stadt St. Pölten mit dem Bau der Sozialberufsschulen — ob es nun mittlere, höhere Schulen oder die Akademie sind — nicht begonnen werden. Nur 50 Prozent der Schüler können in die ersten Klassen aufgenommen werden. Es kann nur mit dem Bau von höchstens vier Klassen begonnen werden, aber zehn bis elf Klassen sind zu erwarten. Herr Minister! Deswegen sind wir um die höheren landwirtschaftlichen Schulen besorgt.

Ich könnte auch ein Beispiel aus dem heurigen Voranschlag hernehmen, und zwar eines, das sehr typisch ist.

Das Bundesseminar in Ober St. Veit soll einen Zubau erhalten. Es ist interessant: Im Jahr 1972 waren 135.000 S, im Jahr 1973 500.000 S veranschlagt; für das Jahr 1974 sind ebenfalls 500.000 S, für 1975 eine Million, für 1976 und später 17 Millionen Schilling veranschlagt.

Herr Minister! Was machen Sie in der Zwischenzeit? Die Planung einer derartigen Schule dauert im besten Fall zwei Jahre. Was geschieht in der Zwischenzeit?

Betrachten wir einmal die höhere Mädchenschule in Pitzelstetten! Hier gibt es ein Präliminare von 65 Millionen Schilling. Für 1973 sind 500.000 S und für 1974 1000 S vorgesehen. Damit können Sie ja nicht einmal die Planungskosten zahlen! Für 1975 sind 15 Millionen Schilling und für das Jahr 1976 49 Millionen Schilling veranschlagt. 1976 ist ja die nächste Nationalratswahl schon vorbei! Da fragt kein Mensch mehr, wann das gemacht wird!

Herr Minister! Deswegen möchte ich jetzt zum Abschluß folgendes sagen: Wir werden uns im nächsten Jahr, in dem schon Ansätze zu begutachten sind, länger darüber unterhalten. Ich möchte Ihnen nur einen Rat, und zwar nicht im negativen Sinne — verstehen Sie mich nicht falsch — geben: Ich möchte Sie bitten, daß Sie, wenn Sie an das Schulunterrichtsgesetz, an die 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle denken, dabei niemals die landwirtschaftlichen Schulgesetze vergessen! Denn diese bedeuten für unsere Fraktion eine Einheit. Beachten Sie meinen Rat, wenn Sie im Schulwesen überhaupt einen Erfolg vor der nächsten Nationalratswahl haben wollen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Dr. Sinowatz.

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Sinowatz: Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist für mich heute gar nicht leicht zu antworten, weil im Grunde genommen wenig Einwendungen gegen die aktuelle Bildungspolitik in diesem Lande gemacht wurden. Die Einwände, die gemacht wurden, sind zum großen Teil richtig. Ich stehe nicht an zu erklären, daß wir in diesem Bereich mit großen Sorgen zu ringen haben und daß wir natürlich nicht imstande sind, in kurzer Zeit mit diesen Problemen gänzlich zu Rande zu kommen.

Ich bin sehr froh darüber, daß diese Diskussion so sachlich geführt wurde, nicht, weil ich die Auseinandersetzung scheuen würde, sondern weil dies doch sehr klar zeigt, wie komplex das Problem der Bildungspolitik ist und daß es sich dabei wohl um sehr wesentliche gesellschaftspolitische Probleme handelt. Dies sind aber Probleme, die über den politischen Alltag hinausgehen und die im Grunde genommen doch nur längerfristig bewältigt werden können.

Ich bin auch deswegen sehr froh darüber, daß so sachlich diskutiert wurde, weil ich darin eine Anerkennung für die Schulverwaltung, für die Schulaufsicht und ganz besonders für unsere Lehrer, die in einer sehr schweren Zeit ihrem Beruf nachzugehen haben, und auch für die Schüler sehe.

8766

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 6. Dezember 1973

Bundesminister Dr. Sinowatz

Wenn heute hier gemeint wurde, daß weniger Anforderungen an jene gestellt werden, die die Matura ablegen, dann kann ich nur dem Präsidenten Schnell recht geben und sagen: Ich würde es wünschen, daß Sie an diesen Prüfungen teilnehmen.

Sie alle wissen, daß unsere Schüler heute sehr wohl herausgefordert werden und daß sie sehr wohl große Leistungen zu vollbringen haben. Ich bin überhaupt der Meinung — ich wiederhole es, es ist heute schon gesagt worden —, daß die österreichische Schule sicherlich besser ist, als man den Eindruck haben könnte, wenn man in den Massenmedien die Diskussion verfolgt.

Dazu kommt noch, daß diese Schule und alle, die mit dieser Schule zu tun haben, einer großen Belastung ausgesetzt waren und noch immer ausgesetzt sind. Wenn wir bedenken, daß die Schulgesetze 1962 beschlossen wurden, daß seither an der Realisierung dieser großen Schulgesetze gearbeitet wurde, daß diese Zeit durch die Bildungsexplosion und durch materielle Sorgen für alle, die daran beteiligt gewesen sind, immer mehr belastet wurde, und daß nunmehr auch die Schulreform neue Aufgaben mit sich bringt, dann kann man er-messen, was in diesen Jahren geleistet werden mußte.

Ich warne vor der Illusion, daß die Schule das bewältigen könnte, was die Gesellschaft nicht zu bewältigen imstande ist. Das ist nicht möglich. Die Schule ist eine Funktion der Gesellschaft. Das zu erkennen, glaube ich, ist in unserer Zeit sehr notwendig. Wir haben uns zu dieser Schulreform auch nicht deswegen entschlossen, weil wir das, was bisher gewesen ist, beseitigen wollen, oder weil wir etwa der Meinung sind, daß das sich entwickelnde Schulsystem Österreichs prinzipiell schlecht ist, sondern weil wir glauben, daß die Zeit und der rasche Wandel in technischer, sozialer, kultureller Hinsicht diese permanente Schulreform erfordern.

Wenn Herr Abgeordneter Peter fragt, ob die Strukturen unseres Schulsystems richtig sind, dann meine ich, daß die Fragestellung nicht richtig ist. Unsere Meinungen stimmen aber durchaus überein, wenn wir sagen, daß diese Strukturen immer wieder neu überdacht und gerade in unserer Zeit immer wieder neu überprüft werden müssen.

Der Kern dieser permanenten Schulreform sind die Schulversuche. Ich bin wirklich sehr dankbar, daß diese Schulversuche heute von allen Seiten mit großer Objektivität beurteilt wurden und daß wir uns alle darüber einig sind, daß das Ergebnis dieser Schulversuche

— wir wollen nichts vorwegnehmen — doch eine gute Entscheidungsgrundlage für die politische Entscheidung, die in diesem Haus letztlich zu fallen hat, sein wird.

Ich bin sehr froh darüber, daß diese Schulversuche auch in der Öffentlichkeit Anerkennung finden, weil es letzten Endes auch notwendig ist, daß unsere Eltern, die Bevölkerung überhaupt, Vertrauen in die Bemühungen um die Schulreform gewinnen.

Ich darf Ihnen, Herr Abgeordneter Gruber, versichern, daß wir gerade im letzten Jahr bemüht gewesen sind, auch den Schulversuch „Additive Gesamtschule“ unterzubringen. Es waren Zusagen in Niederösterreich, in Tirol vorhanden. Sie wurden leider zurückgezogen. Wir bemühen uns, auch diesen Schulversuch unterzubringen.

Nun zur Arbeit der Schulreformkommission. Ich glaube, man muß die Arbeit der Schulreformkommission jetzt anders betrachten als zu der Zeit ihrer Begründung. Seither haben etwa 17 Sitzungen der Gesamtkommission und an die 80 Sitzungen der fünf Unterkommissionen der Schulreformkommission stattgefunden. Es ist verständlich, daß in der Zwischenzeit durch die Arbeit der Schulreformkommission viele Arbeitsvorhaben gekommen sind, die nun in der Realität der Schule bewältigt werden müssen.

Es ist heute einige Male gesagt worden, daß gerade im Bereich der Schule dem Faktor Zeit ganz besonders Rechnung getragen werden muß. Es nützt nichts, wenn wir uns in der Schulreformkommission immer wieder neue Vorhaben vornehmen, aber nicht die nötige Zeit haben, um diese Vorhaben auch realisieren zu können. Wenn man sich die Themen der Sitzungen unserer Schulreformkommission ansieht, von der Bildungsberatung über die Ausbildung der Lehrer für die allgemeinbildenden höheren Schulen und an der Pädagogischen Akademie, die Schulbuchausstattung, die Leistungsbeurteilung, Ganztagschule, vorschulische Erziehung, so zeigt das doch alles, daß wir im Grunde genommen sehr, sehr aktuelle Themen vorfinden und uns bemühen, diesen Aufgaben gerecht zu werden.

Ich glaube, daß es noch nie so viel Transparenz in der schulischen Entwicklung gegeben hat wie jetzt. Ich verwende dieses Wort deswegen so gerne, weil es wirklich ein gutes Wort ist, und sehr treffend aufzeigt, worum es geht.

Tatsache ist, daß durch diese Kommissionen auch eine enorme Breite der Entscheidung gefunden wird und daß vor allem auch die

Bundesminister Dr. Sinowatz

Schulpraktiker mehr als je zuvor die Möglichkeit haben, an diesen Entscheidungen teilzunehmen.

Ich bin davon überzeugt, daß in modifizierter Form und den Notwendigkeiten der Zeit immer angepaßt die Schulreformkommission eine überaus wichtige Aufgabe auch in Zukunft zu erfüllen haben wird.

Beim Schulbau möchte ich — ich habe es immer so gehalten — nicht das Spiel spielen, wer nun schuld ist, daß die Schulen noch nicht errichtet sind. Ich glaube, das Aufgabengebiet ist zu groß und zu schwierig, um sich damit zu begnügen. Tatsache ist, daß wir gerade in diesem Jahr Schulen bauen, die einen Gesamtwert von 6½ Milliarden Schilling repräsentieren. Es sind noch nie so viele Schulen gebaut worden wie heute. Das 10jährige Schulentwicklungsprogramm gibt uns auch die Voraussetzung dafür, daß objektive Kriterien für die Planung dieser Schulbauten verwendet werden.

Aus der Liste der Städte, in denen nunmehr Bundesschulen errichtet werden, kann man am besten ermesen, was auf diesem Gebiet heute geschieht:

Schulen und Bundesschulen werden errichtet in Wien, in Baden, Bad Ischl, Linz, Kirchdorf, Salzburg, Judenburg, Köflach, Murau, Graz, Klagenfurt, St. Pölten, Wiener Neustadt, Innsbruck, Bregenz, Oberschützen, Jennersdorf, Völkermarkt, Spittal, Feldkirchen, Wolfsberg, Mistelbach, Hollabrunn, Horn, Baden, Traun, Grieskirchen, Rohrbach, Braunau, Ried, Radkersburg, Weiz, Deutschlandsberg, Zeltweg, Schwaz, Telfs, Jenbach, Lienz, Kitzbühel, Rankweil und Bludenz — Schulbauten in 42 Städten, Schulbauten, die 44.000 Ausbildungsplätze bringen werden.

Darunter befinden sich 14 Höhere Technische Lehranstalten. Es ist heute einige Male gesagt worden, wie teuer gerade diese Schulen sind. Aber gerade auf diesem Gebiet ist in den letzten Jahren unerhört viel geschehen, und das ist auch das Hauptziel, das wir auf dem Gebiet des Schulbaues die Zukunft vor uns sehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das berufsbildende Schulwesen hat in Österreich in den letzten Jahren überhaupt einen großen Aufschwung genommen, nicht etwa deswegen, weil nun eine andere Regierung tätig ist, sondern vor allem deswegen, weil im Bewußtsein aller, die mit der Schule zu tun haben, und auch allmählich im Bewußtsein der Menschen eine ganz andere Adaption für das berufsbildende Schulwesen entstanden ist.

Ich bin sehr froh darüber, daß auf diesem Gebiet mit einer großen Nüchternheit und Sachlichkeit vorgegangen wird. Ich möchte hier feststellen — das wird interessanterweise in den letzten Monaten immer wieder übersehen —, daß wir heute schon mehr Schüler an den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen haben als an den Oberstufen der allgemeinbildenden höheren Schule. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, daß dadurch sehr deutlich unserer Intention, das berufsbildende Schulwesen zu forcieren, Rechnung getragen wurde. Ich kann versichern, daß wir uns sehr bemühen werden, auf diesem Gebiet auch in den nächsten Jahren die Voraussetzungen zu schaffen, daß auch die Wünsche der Wirtschaft erfüllt werden. Gerade in diesem Bereich des berufsbildenden Schulwesens kann ich auf eine wirklich ausgezeichnete Zusammenarbeit hinweisen. Es ist so, daß wir zum Beispiel im Jahre 1972/73 erstmals mehr öffentliche Handelsschulen und Handelsakademien in Österreich haben als Handelsakademien und Handelsschulen, die von privaten oder konfessionellen Trägern unterhalten werden. Auch das ist etwas, das anzeigt, daß sich doch Gewaltiges ändert.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht anstehen zu sagen, daß wir diesen Schulerhaltern, die auf diesem Gebiet bisher tätig gewesen sind, zu großem Dank verpflichtet sind, vor allem unseren Gemeinden, die hier übergroße Leistungen vollbracht haben und noch vollbringen *(Beifall bei der SPÖ)*, aber auch allen anderen, den Interessenvertretungen, den Arbeiterkammern und ganz besonders auch dem Fonds der Wiener Kaufmannschaft.

Nun komme ich zur regionalen Bildungspolitik. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Leitner rechtgeben. Auch ich bin voll und ganz der Meinung, daß wir die regionale Chancengleichheit noch lange nicht erreicht haben, daß wir hier noch sehr, sehr viel tun werden müssen.

Eines kann ich mir jedoch nicht versagen mitzuteilen: daß in den letzten Jahren auf diesem Gebiet unerhört viel geschehen ist. Das Schulentwicklungsprogramm hat — ich habe vorhin die Orte genannt — ganz besonders in den kleineren Städten den Schulbau ermöglicht. Wir haben die Schüler- und Heimbeihilfe eingeführt, die freien Schulfahrten, die Schulbuchaktion, die deswegen für die ländlichen Gebiete so wesentlich gewesen ist, weil die Städte eigene Schulbuchaktionen schon früher hatten. Auch hier muß wieder auf die Leistungen der Gemeinden hingewiesen wer-

Bundesminister Dr. Sinowatz

den, die auf dem Pflichtschul-Bausektor in den letzten Jahren überaus viel geleistet haben. Aber eine große pädagogische Aufgabe wird es sein, die sozio-kulturellen Schranken zu beseitigen, die wir vor allem im ländlichen Bereich vorfinden. Diese Aufgabe wird zweifellos von uns sehr, sehr viel verlangen.

Ich kann heute nicht auf die vielen Fragen eingehen, die zu den landwirtschaftlichen Schulen gestellt wurden. Ich möchte nur eines sagen: Ich glaube, daß der 1. Jänner 1974 ein für die österreichische Schule historischer Tag ist dadurch, weil auch das landwirtschaftliche Schulwesen in das gesamte Schulwesen Österreichs eingeordnet wird. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich versichere Ihnen aber eines: daß wir dabei Achtung haben werden vor der großen Tradition des landwirtschaftlichen Schulwesens, daß wir dieses Überführen in das Gesamtschulwesen Österreichs und im besonderen in das berufsbildende Schulwesen Österreichs mit großer Sorgfalt und behutsam vornehmen werden. Die bisherigen Schritte, die wir hier gesetzt haben, die bisherigen Versuche, die wir unternommen haben, gehen in diese Richtung.

Es wird auch für die landwirtschaftlichen Schulen sehr wesentlich sein, in einer Zeit der beruflichen Mobilität unserer Menschen nicht in einem Getto zu verharren, sondern in das gesamte Schulwesen Österreichs eingegliedert zu sein. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Leitner: In einem Getto waren wir nie, weil wir ganz offen waren für alle Bildungsbereiche!)* Herr Abgeordneter! Sicherlich ist es so, und vieles, was wir heute gehört haben, weist in die Richtung, daß wir vom berufsbildenden Schulwesen in Österreich her den landwirtschaftlichen Schulen wertvolle Impulse in Zukunft geben werden können.

Damit hängt letztlich auch die Bildungsberatung zusammen, von der heute erstmals so viel bei der Budgetberatung gesprochen wurde. Das ist deswegen verständlich, weil wir uns alle Sorgen machen über die Entwicklung der Schülerzahlen, über die Frage, wer maturieren wird und wie viele Studenten unsere Universitäten besuchen sollen.

Auch hier haben wir den Auftrag des Gesetzgebers, der in der 4. Schulorganisationsgesetz-Novelle ausgedrückt wurde, sehr ernst genommen und haben jetzt in wenigen Jahren schon ein sehr umfangreiches Konzept der Bildungsberatung realisiert: Wir haben 56 Schulpsychologen in 30 Bildungsberatungsstellen tätig. An jeder allgemeinbildenden Schule ist heute ein Lehrer, der in Grundseminaren, Informationstagungen und in Fortsetzungsseminaren für die Studienwahlvor-

bereitung und für die Schulbahnberatung vorgebildet ist. Wir sind jetzt dabei, in den nächsten Jahren auch für die Hauptschulen das gleiche System aufzubauen, und wir haben für die berufsbildenden Schulen dieses System bereits in den letzten Jahren sehr weit vorangetrieben. Ich glaube, daß gerade auf diesem Gebiet sehr viel geschehen ist, aber auch noch sehr viel geschehen muß.

Herr Abgeordneter Peter! Dieses Buch, das Sie uns vorgeführt haben, ist an sich ein sehr wertvolles und, wie ich glaube, sehr gutes Buch. *(Abg. Peter: Herr Minister! Ich empfinde es als Diffamierung!)* Herr Abgeordneter Peter, Sie müssen mich ausreden lassen. Man darf ein Buch nicht allein nach einem Satz beurteilen. Aber ich möchte gleich feststellen, daß es ein Irrtum ist zu glauben, daß das Buch im Unterrichtsministerium approbiert wurde. Wir haben keine Approbationskommission im Unterrichtsministerium, sondern wir lassen diese Approbation von Einzelbegutachtern vornehmen, die alle dieses Buch gut beurteilt haben. *(Abg. Peter: Einer der Herren hat keine sorgfältige Arbeit geleistet!)* Herr Abgeordneter Peter! Ich gebe zu, daß der von Ihnen beanstandete Satz nicht in Ordnung ist und daß er eine unzulässige Verallgemeinerung darstellt. Ich werde nicht anstehen, dies auch mit den Autoren dieses Schulbuches zu besprechen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zur Schulbuchaktion kann ich mir heute — und ich bin sehr froh darüber, Sie werden es verstehen — ersparen, auf das, was gesagt wurde, einzugehen, weil es durchaus positiv gewesen ist. Ja ich kann sogar sagen, daß die Kosten, die heute genannt wurden, für die Schulbuchaktion 1973/74 noch geringer sein werden. Ich bin überzeugt davon, daß sie nicht viel mehr als 600 Millionen Schilling ausmachen werden. Wenn ich denke, was diese Schulbuchaktion an pädagogischen Vorteilen für die Zukunft bringt, dann muß ich sagen, daß wir hier einen sehr wichtigen Schritt gesetzt haben. Jeder, der an der Sitzung der Methoden-Kommission — der Herr Abgeordnete Harwalik hat davon heute schon berichtet — gestern hier im Parlament teilgenommen hat, konnte erahnen, welche Chancen sich für das gesamte Bildungssystem über diese Schulbuchaktion für die Zukunft ergeben werden.

Was die Kunstförderung betrifft, so bin ich durchaus der Meinung, daß die Produktionen, die wir nicht nur in den Bundestheatern, sondern auch in den Landestheatern herstellen, im Grunde genommen einem breiteren Publikum zugeführt werden müßten. Ich glaube, daß es hier viele Kooperationsmöglichkeiten

Bundesminister Dr. Sinowatz

gibt, die wir noch lange nicht ausgeschöpft haben. Wir sind jetzt dabei, erstmals in Österreich eine Spielstättenaufnahme vorzunehmen, die es uns ermöglichen wird, diese Gedankengänge außerhalb des Fernsehens und des Rundfunks in Erwägung zu ziehen.

Das, was der Herr Abgeordnete Luptowits gesagt hat, möchte ich gerne aufgreifen. Ich bin überzeugt davon, daß eine solche ständige Kommission, die sich mit den Kunstfragen in Österreich befaßt, eine wirklich lohnende Aufgabe hätte, und ich möchte sehr bald an die Bildung einer solchen Kommission gehen.

Herr Abgeordneter Gruber! Ich möchte, was das Institut für politische Bildung betrifft, das wiederholen, was ich schon immer gesagt habe: Für mich ist das eine Servicestelle für die einzelnen Träger der Erwachsenenbildung in Österreich. Wir alle denken noch viel zu stark in Kategorien, wonach politische Bildung unbedingt mit parteipolitischer Bildung gleichgesetzt werden mußte. Sie als Erwachsenenbildner wissen aber sehr wohl, welche große Bedeutung die politische Bildung, so wie wir sie heute verstehen, hat. Ich bin überzeugt davon, daß gerade ein solches Institut für alle Einrichtungen der Erwachsenenbildung von großem Vorteil sein wird.

Ein Wort ganz zum Schluß zur Bildungspolitik. Meine Damen und Herren! Wir haben auf dem Kultursektor eine Grundlagenforschung über das Kulturverhalten der Österreicher in Auftrag gegeben. Die ersten Ergebnisse zeigen uns das, was wir an sich gewußt haben, aber es wird sehr deutlich vor Augen geführt: Die Anteilnahme der Menschen am kulturellen Geschehen steigt mit der Länge und der Qualität des Schulbesuches; das heißt, daß wir daraus nicht nur für die Kulturpolitik, sondern auch für die Bildungspolitik einen wesentlichen Auftrag erhalten.

Ich habe vorhin geschildert, was wir tun, um unseren jungen Menschen eine gute Ausbildung zu geben. Aber ich bin fest davon überzeugt, daß Bildungspolitik an sich heute nicht zu trennen ist von jener Politik, die die Qualität des Lebens vor Augen hat, oder einer Politik, die die Humanisierung einer Gesellschaft zum Ziele hat. Ich glaube, daß wir von diesem Standpunkt die Bildungspolitik zu sehen haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch ein Wort dazu sagen. Heute ist auf sehr hohem Niveau gesprochen worden über Freiheit und Lenkung in der Schule, in der Bildungspolitik. Es ist beides zu diskutieren und beides zu besprechen. Aber die Freiheit gestern wurde zur Kenntnis genommen auf

schulischem Gebiet, solange es die Freiheit für die Privilegierten gewesen ist. Die Lenkung heute wird in den Vordergrund gestellt deswegen, weil vielleicht heute schon von der Freiheit der Emanzipierten in der Schule gesprochen werden kann. So gesehen glaube ich, daß das, was sich in den letzten Jahren ergeben hat, das, was zum Beispiel vom Unterrichtsminister Piffl-Perčević sehr vehement vertreten wurde, auch uns in dieser Zeit erkennen lassen soll: Von der Maturantenschwemme zu reden ist etwas, das unter Umständen wirklich motiviert sein kann von der Sorge um unsere Wirtschaft, von der Sorge um die Entwicklung der Gesellschaft. Aber richtig ist es, daß wir von der Bildungsplanung her hier eingreifen müssen, daß wir von der Bildungsberatung alles tun müssen. Aber darüber hinaus steht die Notwendigkeit der Bildung für alle Menschen als eine humane Aufgabe in der Gegenwart, der wir uns alle, wie ich glaube, zutiefst unterziehen sollen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Ofenböck.

Abgeordneter Ofenböck (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es ist ein tragisches Schicksal, das ich anscheinend zu tragen habe, zu der Zeit, von der ich weiß, daß niemand mehr bereit ist zuzuhören, noch zum Pult zu gehen. Aber meine Fraktion hat noch einige Redner zum Kapitel Unterricht, und es muß eben dann jemand sein. Bitte, ich selber habe den Herrn Präsidenten gefragt, ob er nicht unterbrechen kann, ohne mich aufzurufen, aber er hat sich das nicht zu tun getraut. Pardon, Herr Präsident, ich möchte das nur gut gemeint sagen. Man sollte nicht das Gefühl haben, daß er mich protegirt, und deshalb muß ich doch hier beginnen.

Präsident Probst: Herr Abgeordneter, ich habe Ihnen gesagt: Wenn der Herr Minister kurz vor 9 Uhr aufhört, dann werde ich unterbrechen. Aber ich bin gebunden an den Präsidialbeschuß: um 21 Uhr.

Abgeordneter Ofenböck (fortsetzend): Das gibt mir schon eine Möglichkeit. Danke vielmals, Herr Präsident. Wir hören auf wie die Maurer. Ich meine, um 9 Uhr ist beschlossen, um 9 Uhr muß geendet werden. Nicht wahr? *(Zwischenrufe.)* Darüber kann man doch reden, darüber muß man doch reden. Ich habe ja Verständnis für Vereinbarungen, die getroffen werden und die eingehalten werden müssen, aber so ist es doch, glaube ich, nicht ganz vernünftig und verständlich, daß das so sein muß nur deshalb, weil es eine Parteienvereinbarung gibt.

Präsident **Probst**: Aber Herr Abgeordneter **Ofenböck**, Sie können ja vor 9 Uhr aufhören; dann ist die Sache geregelt.

Abgeordneter **Ofenböck** (*fortsetzend*): Das möchte ich nicht, weil ich ja wirklich etwas sagen will. Aber vielleicht, Herr Präsident, darf ich mich doch zu Beginn mit den Präsidenten beschäftigen, aber im guten Sinn.

Ich hätte es nett gefunden, wenn einer der Präsidenten, die gerade mit dieser Nachricht konfrontiert wurden, dem Parlament, weil es ja eine gesamtösterreichische Freude war und die Würde des Hauses dabei sicherlich nicht gelitten hätte, davon Mitteilung gemacht hätte, daß die Ski-Nationalmannschaft der Damen in Val d'Isère ...

Präsident **Probst**: Wir haben schon so viel Moser im Haus, ein vierter war nicht tragbar! (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter **Ofenböck** (*fortsetzend*): ... sehr gut begonnen hat. Das wäre ganz nett gewesen, wenn das der Präsident dem Haus mitgeteilt hätte. Ich glaube nicht, daß das so abwegig ist, denn es ist eine Freude, die ganz Österreich berührt, und warum hätten wir das nicht aus dem Munde des Präsidenten hören können? Ich glaube, die Nationalmannschaft, die Frauen haben das heute verdient, denn sie haben Österreich wieder einen guten Namen gemacht, und ich glaube, daß das sicherlich auch einer Würdigung bedarf. (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der beiden anderen Parteien. — Unruhe. — Präsident Probst gibt das Glockenzeichen.*) — Pardon, Herr Präsident, ich habe gemeint, Sie wollten mich unterbrechen.

Ich komme also zum Kapitel Sportförderung im vorliegenden Budget. Ich habe es schon im Ausschuß dem Herrn Minister gesagt: Wenn jemand dieses Budget oberflächlich betrachtet, dann müßte er meinen: Unwahrscheinlich, wie hoch dotiert jetzt die Sportförderung ist; denn gegenüber den Beträgen des Jahre 1973 von 38,4 Millionen sind Beträge der Sportförderung im Kapitel 1/1222 im Jahre 1974 von 56,6 Millionen immerhin ein Mehr um 18,2 Prozent. Das ist ein hervorragendes Resultat!

Ich sage aber: wenn man es oberflächlich betrachtet. Denn allein 10 Millionen von den 18 Millionen mehr gehen für die Vorbereitung der Olympischen Winterspiele 1976 nach Tirol, also nach Innsbruck. Diese 10 Millionen sind notwendig, weil wir dort die Anlagen zu verbessern haben und weil wir diese Spiele 1976 eben auch schon im Jahre 1974 vorbereiten müssen.

Trotz dieser Sonderpost Innsbruck beträgt die Steigerung der Sportförderung gegenüber 1973 nur um 15 Prozent mehr, während die

Ausgaben im Gesamtbudget 1974 um 16 Prozent gestiegen sind. Unter Berücksichtigung dieser Sonderpost für Innsbruck mit 10 Millionen gibt es also nicht nur kein Mehr gegenüber dem Gesamtbudget, sondern es ist ein Minus um 1 Prozent. Das muß unbestritten sein! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Nein, das ist jedenfalls so, an diesen Zahlen gibt es an sich nichts zu bestreiten!

Wenn man aber nun bedenkt, daß durch die immerhin von der Regierung doch weit, weit verursachte und eigentlich noch immer geförderte Inflation das Geld heute natürlich gar nicht mehr soviel wert ist wie vor kurzer Zeit noch, dann wird die ganze Vorstellung von schönen Zahlen überhaupt schon fragwürdig.

Bei einer Baukostensteigerung gegenüber 1973 von 20 Prozent bleibt von dem Mehr ja schon nichts mehr übrig. Wenn Sie die übrigen allgemeinen Preissteigerungen noch dazurechnen, dann, muß ich ehrlich sagen, ist es nicht nur nicht mehr, sondern etliches davon weniger. Das sind die Tatsachen, über die es sicherlich keine Ausflüchte geben kann. (*Anhaltende Unruhe und Zwischenrufe. — Zwischenruf des Abg. Dr. Fleischmann.*)

Herr Bundesminister! Sie haben mir lebenswürdigerweise im Ausschuß ein Verzeichnis jener Fachverbände zugesagt, die Ihr Angebot, ihnen Trainer zur Verfügung stellen zu wollen, angenommen haben. Ich danke Ihnen für diese Zusicherung. Ich erwarte diese Liste, weil ich gerne wissen möchte, welche Verbände dieses sehr gute, hervorragende Angebot nicht angenommen haben.

Aber es gibt auch einen alten Streit wegen der Trainer zwischen den Bundesländern untereinander und zwischen den Bundesländern und der Bundessportverwaltung, dem Unterrichtsressort. Es werden nicht alle in den Ländern herangebildeten Trainer in allen anderen Ländern anerkannt. Ein Schilehrer aus Oberösterreich oder aus Salzburg muß nicht unbedingt Schulberechtigung in Niederösterreich oder in Wien haben.

Diese Schwierigkeiten, glaube ich, sollten beseitigt werden. Ich glaube, das liegt auch im Interesse der Bundesländer allgemein, denn ich habe vor kurzem ein Gespräch mit dem Leiter bei der Verbindungsstelle der Bundesländervertretung in Wien geführt, und es hat mir der leitende Beamte dieser Vereinigung der Länder mitgeteilt, daß man dort daran arbeitet, jenen notwendigen kooperativen Akt zu setzen, der zu einer gleichmäßigen Behandlung der Trainer in allen Ländern und auch der Bundessportlehrer in den Ländern führen soll.

Ofenböck

Das entscheidendste Mittel zur Anhebung des Leistungsniveaus in allen Sportsparten sind eben qualifizierte Trainer. Es geht nicht an und ist den Sporttreibenden in Österreich auch völlig unverständlich, daß die Ausbildung, die in allen Bundesländern nach annähernd gleichen Richtlinien — es sind ja nicht sehr viel Unterschiede darin festzustellen — durchgeführt wird, derzeit noch nicht gegenseitig Anerkennung findet.

Werden Sie also bereit sein, Herr Bundesminister, diese notwendige Übereinstimmung mit den Bundesländern herbeiführen zu helfen? Sie haben mir schon angedeutet, daß Sie hier ... (*Zwischenruf des Bundesministers Dr. Sinowatz.*) Ah, das ist die Liste. Danke vielmals. Sie haben schon angedeutet, daß Sie hier tätig werden wollen. Ich bitte Sie, das doch auch noch zu verfolgen.

Folgende Ziele, glaube ich, sind über die Fachverbandstrainer hinaus noch anzustreben: Es hat kein kleiner Verein etwas davon, wenn nur die Spitzenleistungen durch gute Trainer gesteigert werden können, aber in kleineren Vereinen die Trainer meistens nicht jene Ausbildung genießen und daher auch nicht jene Talente rechtzeitig erkennen können, die sie aber erkennen müßten, um für den österreichischen Sport genügend Nachwuchs nach oben zu bringen.

Jedem Sportverein, meine ich, sollte ein lizenzierter Trainer zur Verfügung gestellt werden. Die Kostenteilung für diese lizenzierten Trainer könnte im Einvernehmen zwischen den Ländern und den Gemeinden, aber auch den Vereinen — denn auch die sollen dafür Leistungen erbringen — herbeigeführt werden, wobei die Förderung ja nur wirksam wird, wenn der Trainer eben jene Qualitäten nachweist und diese Schulung etwa bei der Bundesanstalt oder in den Landessportschulen hat. Und wenn hiefür, Herr Bundesminister, auch noch Bundesmittel im Wege der Länder mit Zweckbindung zur Verfügung gestellt werden könnten, würde dieses Problem wirklich gelöst werden, und es wäre dann nämlich so weit, daß wir über die verbesserte sportliche Ausbildung in den Hauptschulen auch in

den Vereinen eine verbesserte Weiterbildung von Talenten herbeiführen könnten.

Diese Talente aber auch in den Schulen zu forcieren, halte ich für notwendig, und ich bin Ihnen auch dankbar, daß Sie mir im Ausschuß mitteilen konnten, daß es zehn solcher Lehrversuche im Skilauf gibt: eine Volksschule, sieben Hauptschulen und zwei mittlere Lehranstalten.

Diese zehn Skisportzüge haben sich hervorragend bewährt, wie ich weiß. Auch die höhere Lehranstalt, die für Schwimmen in Wiener Neustadt besteht, hat sowohl sportlich als auch schulisch gute Erfolge mit sich gebracht.

Außerdem gibt es allgemeine sportliche Schwerpunktanstalten, die bei 13 Versuchsklassen erprobt werden. Ich würde glauben, daß es notwendig wäre, diese Lehrversuche zu legalisieren, sie also nicht nur auf einem Provisorium weiterbestehen zu lassen.

Und eine alte Forderung, Herr Minister: Werden Sie nicht doch auch, wie ich das auch in vergangenen Jahren immer wieder gefordert habe, dafür eintreten, daß Sportlehrer auch in Volksschulen eingesetzt werden können? Das alte Problem ist — das ist leider nicht überwindbar —, daß ältere Lehrpersonen, die zweifellos nicht jene sportliche Ausbildung in ihrer Jugend bekommen haben, heute körperlich oft gar nicht mehr imstande sind, den Kindern, wie das in Volksschulen notwendig ist, vorzumachen, was sie lernen sollen.

Der Herr Präsident hat mir angezeigt, daß ich beenden soll. Ich tue das, und ich hoffe, er erteilt mir am Montag wieder das Wort. (*Zwischenruf des Abg. Peter.*)

Präsident **Probst**: Já, Herr Abgeordneter Ofenböck, Sie bleiben am Wort.

Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis Montag, den 10. Dezember, 11 Uhr. Am Worte bleibt der Herr Abgeordnete Ofenböck.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 21 Uhr unterbrochen und am Montag, dem 10. Dezember 1973, um 11 Uhr wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 10. Dezember 1973

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Zur Verhandlung steht das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974. Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VI.

Am Wort ist der Herr Abgeordnete Ofenböck.

Abgeordneter **Ofenböck** (ÖVP) (*fortsetzend*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich am vergangenen Donners-

Ofenböck

tag noch am Wort war und mir Gedanken über die Möglichkeit einer besseren Förderung des Sports durch eine verbesserte Ausbildung für Trainer und Lehrwarte machte, ist mir klar geworden, daß bezüglich dieses Problems, um dessen Lösung sich nicht nur Österreich, sondern auch die Bundesrepublik sowie die westlichen Staaten, aber viel mehr auch noch die Oststaaten bemühen, noch vieles getan werden muß, damit wir jenen Standard erreichen, der in unserer Zeit einfach erforderlich ist.

Heute habe ich mir vorgenommen, zu einem Problem zu sprechen und es kritisch zu beleuchten; es ist das die seit etwa einem Jahr in Österreich wirksame Sporthilfe, „die österreichische Sporthilfe“.

Bevor ich zu diesem speziellen Problem komme, möchte ich — weil das damit in ganz engem Zusammenhang steht — auf eine Privatinitiative einer Sportlerfamilie aufmerksam machen.

Im Oktober dieses Jahres hat das Sportlerehepaar Janko aus der Südstadt in Bad Vöslau, und zwar mit Benützung des Kurmittelhauses, ein Gesundheitsservice für Spitzensportler eingerichtet, in dem sich österreichische Olympia-, Weltmeisterschafts- und Europameisterschaftsteilnehmer durch diese Privatinitiative Gesundheitstests und einer ärztlichen Betreuung unterziehen können. Dieses private Gesundheitsservice — so habe ich mir mitteilen lassen — wird von zirka 60 österreichischen Spitzenathleten aus allen Teilen unseres Staatsgebietes in Anspruch genommen. Es haben sich auch 14 Masseure aus dem Wiener Raum freiwillig und kostenlos bereit erklärt mitzuhelfen. An sich ist das eine sehr erfreuliche Entwicklung, weil es hier eine Aktion „Wir helfen uns selbst“ gegeben hat. Man muß wissen, daß es in Österreich Spitzensportler gibt, die anders leben müssen, als das etwa Spitzenschiläufer, Eishockeyspieler, Fußballprofis oder Basketballprofis tun können.

Die Spitzenathleten, die sich zu diesem Gesundheitsservice gerne angemeldet haben und dies seither auch alle Montage pro Woche tun, sind sozusagen die Ärmsten unter den Spitzenathleten Österreichs. Ich mußte nun annehmen, daß „die österreichische Sporthilfe“ diese Privatinitiative des Sportlerehepaares Janko auch tatkräftig unterstützen werde. Aber nicht nur das ist nicht der Fall, sondern man muß sogar sagen, daß die Sporthilfe diese Aktion „Hilf Dir selbst“ torpediert.

Die Sporthilfe gewährt auf Grund der von den Fachverbänden gemeldeten Leistungen, Spitzenränge in internationalen Bewerben und bestätigten Trainingsleistungen Aufwandsentschädigungen. Diese Aufwandsentschädi-

gungen sollen den Spitzenathleten einen Mindestbetrag für den Aufwand zur Verfügung stellen, den sie haben, damit sie ihr Niveau an der Spitze Österreichs oder auch Europas oder der Welt halten können.

Nach den derzeitigen Richtlinien für die Gewährung von Aufwandsentschädigungen muß der Spitzensportler detaillierte Nachweise etwa auch darüber erbringen, wieviel er neben der Anschaffung von Sportbekleidung, Hosen, Leibchen, Sportschuhen — das ist durchaus verständlich —, aber auch für Hirschtalg, Schuhbänder, Hansaplast, Vitamintabletten, Obst oder etwa gar Haferflocken ausgibt. Dafür werden sogar noch Rechnungsbelege gefordert, die der Spitzenathlet nachher vorlegen muß, damit man ihm glaubt, was er ausgegeben hat. Dazu sind langatmige Formulare auszufüllen, und die Rechnungsbelege müssen natürlich überprüft werden. Es muß kontrolliert werden, ob all diese Ausgaben auch notwendig waren.

Herr Bundesminister! Soviel Bürokratie ist nirgendwo gut, am wenigsten im Sport. Hier, glaube ich, könnte Parkinson seine Freude haben, wenn er miterleben könnte, unter welchen Voraussetzungen in Österreich Spitzenathleten „gefördert“ werden. Als das Wesentlichste erscheint mir, daß Belege vorgelegt werden müssen, daß geprüft wird und daß es Anfragen geben muß, warum diese Ausgabe gemacht wird, warum nicht etwa Haferflocken einer anderen Firma eingekauft werden. Das erfordert einen unnötigen Schriftverkehr, erfordert Zeitaufwand, Verwaltungs- und Personalkosten.

Diese Art der Verwaltung der Sporthilfegelder, Herr Bundesminister, führt zwangsläufig zu einer völlig unerwünschten Kürzung von Geldmitteln, die gar nicht leicht aufgebracht werden. Es sind ja nicht zuviel. Wir dürfen froh sein, daß diese Mittel jetzt einvernehmlich aufgebracht werden. Aber eine Folge dieser positiven Einrichtung ist jedenfalls keine erwartete.

Ich möchte aber jetzt noch einmal auf diese Aktion der Familie Janko in Bad Vöslau zurückkommen. Den zirka 60 Spitzensportlern, die diese Möglichkeit in Bad Vöslau — glücklich darüber, daß es sie endlich gibt — wahrnehmen, kürzt man die Aufwandsentschädigungen der Sporthilfe um die dort erbrachten Gesundheitsserviceleistungen.

Herr Bundesminister! Das ist unverständlich. Es leuchtet mir ein, daß eine gewisse Ordnung herrschen muß und daß man nicht zu großzügig vorgehen kann. Aber das, was hier gemacht wird, ist nicht nur nicht großzügig, es ist kleinkariert, Herr Bundesminister.

Ofenböck

So wird man österreichische Spitzenathleten eher ins Ausland vertreiben, als sie hier bei uns zu halten.

Frau Eva Janko etwa, Bronzemedailenträgerin im Speerwurf in Mexiko, im Spitzenfeld der Jahresbesten 1973, muß befürchten, daß ihr die monatliche Entschädigung trotz der nachträglichen Vorlage von 12 Rechnungsbelegen gekürzt wird. Seit Oktober hat sie jedenfalls keinen Schilling mehr bekommen. Halten Sie, Herr Bundesminister, diese Vorgangsweise für vernünftig und sportfördernd oder nicht doch eher für — wie ich das schon sagte — kleinkariert? Warum ringt man sich nicht durch, für die notwendigsten Anschaffungen, statt Rechnungsbelege zu fordern, ein Pauschale zu gewähren? Das müßte doch möglich sein und erfordert dann auch keine Rechnungsbelege mehr. Rechnungsbelege fordern ja förmlich dazu heraus, manches anzukaufen, was unter Umständen gar nicht notwendig ist!

Oder ein anderes Beispiel: Der Dritte der Weltmeisterschaft 1973 in Kuba, der Gewichtheber Kurt Pittner, mußte die Kürzung auf die Hälfte der mit zirka 3000 S monatlich angesprochenen Entschädigung hinnehmen. Auch bei ihm, der von seinem Verband der Sporthilfe zur Unterstützung vorgeschlagen wurde, dürfte doch kein Zweifel an seinem sportlichen internationalen Rang bestehen. Er ist eben der Dritte der Weltrangliste seiner Gewichtsklasse. Auch hier ein unverständlicher Zug der Sporthilfe, der zweifellos nicht sinnvoll sein kann.

Ich habe mich darüber hinaus auch noch informieren lassen müssen, daß eine Spitzensportlerin, die ihre Gott sei Dank noch durchaus normalen Vorstellungen über Familie und Kinder bewahrt hat und die ihre Familienbedürfnisse weit hinter die vorrangigen Bestrebungen der Leistungssteigerung zu stellen hat, damit rechnen muß, daß die Sporthilfe dann eingestellt wird, wenn sie meldet, daß sie ein Kind bekommt.

Herr Bundesminister! Halten Sie so eine Vorgangsweise in Österreich überhaupt für sinnvoll, abgesehen von der Sporthilfe, die jedem Spitzenathleten, der Österreich Rang und Namen im Ausland, in der Welt verschafft, gewährt werden soll? Wenn eine Spitzensportlerin meldet, daß sie ein Kind erwartet, wird sie bestraft, obwohl sie das aufrichtigerweise gemeldet hat. Man entzieht der Betreffenden sofort die Sporthilfe. Ich halte das für eine wirklich sehr bedenkliche Haltung, die, glaube ich, nicht hingenommen werden kann.

Nach einem Jahr des Bestehens dieser Sporthilfe — und ich habe Verständnis dafür, daß im ersten Jahr nicht alles reibungslos gehen

kann; es ist eine neue und seit einem Jahr Gott sei Dank bestehende Einrichtung — wäre es, glaube ich, jetzt notwendig, daß man überprüft, wo diese Richtlinien nicht nur mangelhaft, sondern für die Athleten vielfach beschämend sind.

Herr Bundesminister! Sind Sie bereit, die Richtlinien für die Vergabe überprüfen zu lassen, wobei eine Entbürokratisierung, die Vereinfachung des Antrags und des Gewährungsmodus im Sinne sportlich-menschlicher Bedingungen, die großzügiger als die bisherigen Richtlinien sein müßten, anzustreben wären? Vergleichen wir sie doch mit den Richtlinien nicht nur im östlichen, sondern auch im westlichen Ausland. Hier könnte Österreich zweifellos Vorbildern nacheifern, die geeignetere Vorgangsweisen ausgearbeitet haben; sie könnten zum Vergleich herangezogen werden.

Bei dieser Gelegenheit verweise ich auf die Erfolge, die die Deutsche Demokratische Republik im Sport in den letzten Jahren ganz, ganz hervorragend darzubieten vermochte. Es gibt kaum Sportzweige, in denen Ostdeutsche im letzten Jahr nicht gewonnen haben. Jahrzehntelange Arbeiten der Wissenschaft dieses Landes und eine hervorragende sporttheoretische Grundlagenforschung haben diese unerhört große Leistungssteigerung bewirkt. Nun gibt es westliche Staaten, wie etwa Holland und Frankreich — ich glaube, sogar auch Belgien —, die mit der Deutschen Demokratischen Republik deshalb in Sportfragen kooperieren.

Herr Bundesminister! Warum haben Sie bisher keine Initiativen hinsichtlich erwünschter staatlicher Vereinbarungen über eine sportliche Zusammenarbeit mit der DDR ergriffen? Hier böte sich eine der großen Möglichkeiten, das, was in Ostdeutschland seit Jahren wissenschaftlich erforscht und auch wissenschaftlich betreut worden ist, für uns wirksam werden zu lassen! Ich glaube, das wäre eine gute Möglichkeit, österreichischen Athleten mehr Unterlagen zu bieten, als wir sie selbst zu bieten vermögen, die sie dann auch zu einer größeren Leistungssteigerung in ihren Sportarten treiben könnten.

Im Zeitalter der Automation und Bewegungslosigkeit am Arbeitsplatz und bei überwiegend monotoner Beschäftigung großer Gruppen von Dienstnehmern ist es, glaube ich, notwendig, insbesondere wenn wir daran denken, daß in den achtziger Jahren eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit eintreten wird, daß wir uns darum kümmern, was die Österreicher mit ihrer Freizeit, die sie dann vermehrt zur Verfügung haben werden, unternehmen können.

Lebensqualität hängt vielfach davon ab, ob wir den Menschen das zu bieten vermögen,

8774

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 10. Dezember 1973

Ofenböck

was sie von sich aus allein nicht herzustellen imstande sind. Ich glaube, es ist Aufgabe des Staates, den Österreichern Freizeitanlagen zur Verfügung zu stellen, damit sie diese höhere Lebensqualität durch eine bessere Freizeitkonsumation anstreben können.

In der Schweiz etwa, aber auch in der Deutschen Demokratischen Republik, hat es hierüber einen Volksentscheid gegeben. Man hat ihn als ein Grundrecht — der Sport sei eine Verpflichtung des Staates; er ist jedem Staatsbürger zu gewähren — in die Verfassung hineingenommen. Ich weiß, daß das bei uns nach anderen Grundsätzen vor sich geht, weil die Bundesländer diese Sorgen haben müssen und der Bund selbst ja nur in überregionalen Sportbelangen etwas unternehmen kann. Ich glaube aber, Herr Bundesminister, daß es sinnvoll wäre, daß in jenen Bundesländern, wo diese sportgesetzlichen Regelungen in der Landesverfassung noch nicht berücksichtigt sind, eine solche Verankerung herbeigeführt wird.

Nicht nur der Bau von Stadien, die von nur wenigen vereinsgebundenen sportinteressierten Aktiven benützt werden, sondern Spiel- und Sportflächen in Erholungsgemeinden und Ferienorten für alle müßten das Ziel sein. Wir kümmern uns heute darum, ob alle Wohnanlagen Autoabstellplätze haben; für die in diesen riesigen Wohnblocks aber auch notwendige Bewegungsfreiheit der Menschen wurde in der Vergangenheit, ich möchte nicht sagen, nichts, aber fast nichts getan.

Die weiter anhaltende Automatisierung unseres Lebens wird zwangsläufig nach sich ziehen müssen, daß dort, wo bisher grobe Versäumnisse vorlagen, in Zukunft mehr getan werden muß. Es gilt, Spiel- und Sportanlagen für noch mehr Freizeit im Sommer und im Winter zu errichten und auf notwendige Freizeitflächen bei Wohnbauten für Kinder und für Erwachsene, aber auch für ältere Menschen Rücksicht zu nehmen.

Wir gaben im Jahr 1972 rund 17 Milliarden Schilling für die verlorengegangene Gesundheit aus. Ich wiederhole diesen Betrag noch einmal: 17.000 Millionen Schilling für die verlorengegangene Gesundheit! Für den Sport als beste Gesundheitsvorsorge zusammen mit den Sozialversicherungsausgaben für die Gesundheitsvorsorge sind im Budget 1974 aber lediglich rund 363 Millionen Schilling vorgesehen. Herr Bundesminister! Das sind 5 Prozent der Kosten für die verlorengegangene Gesundheit. Wie wenig nützen wir dem Menschen, der noch gesund ist, daß er diese Gesundheit auch erhält. Wir kümmern uns erst immer dann, wenn das Malheur bereits eingetreten ist. Das ist ebenfalls einer der Mängel, die ich, wie ich glaube, mit Recht kriti-

sieren muß. Dabei wissen wir aber, daß es in der jetzigen Zeit nichts Wichtigeres im Leben des Menschen als die Gesundheit gibt.

Dies ist das erstrebenswerteste Ziel, das ohne Spiel und Sport überhaupt nicht mehr erreichbar ist. Warum tun wir nicht mehr auf diesem Gebiet? Es ist hoch an der Zeit, daß wir in der Politik für die Zukunft neben dem Spitzensport auch dem Freizeit- und Gesundheitssport jene Wertung einräumen, die ihm zirka 3 Millionen Österreicher schon jetzt geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Kerstnig.

Abgeordneter Dr. Kerstnig (SPO): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie jedes Jahr ist beim Kapitel Unterricht sehr vieles und Bedeutendes zur Frage der Bildung gesagt worden. Eine Folge der Bildung und Ausbildung unserer Jugend, zusammen mit der rasanten technischen Entwicklung und einer erfolgreichen Sozialpolitik sind aber, wie schon zum Ausdruck gebracht wurde, ständige Verkürzung der Arbeitszeit, steigende Lebenshaltung und wachsende Freizeit.

Die Aufgabe, diese Freizeit sinnvoll und lebenswert zu gestalten, erscheint als eine zwingende Folge. Hier fällt dem Unterrichtsminister eine nicht weniger wichtige Aufgabe als auf dem Bildungssektor selbst zu, nämlich die Sportförderung. Es wurde schon gesagt, daß sie eigentlich in die Zuständigkeit der Länder und Gemeinden fällt, und zwar einfach, weil die Sportförderung im Katalog der Bundesaufgaben in unserer Verfassung nicht aufgeführt ist, und dies nur deswegen, weil noch in den zwanziger Jahren Sport mehr oder weniger nur ein Hobby für einige wenige war, die es sich leisten konnten, oder aber auch Sache von einigen Enthusiasten in Turnvereinen.

Ich möchte zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Ofenböck sagen, daß sehr wohl schon die Vorgänger des jetzigen Unterrichtsministers sehr bestrebt waren und vor allem er selbst sehr bestrebt ist, die Möglichkeiten, die dem Bund im Hinblick auf die verfassungsmäßige Situation gegeben sind, weiter auszuschöpfen und auszubauen.

Wenn heute bereits 1,5 Millionen Österreicher in über 6000 Sportvereinen erfaßt sind, die in den drei Dachverbänden und in 42 anerkannten Fachverbänden zusammengefaßt sind, so wissen wir alle, daß noch weit darüber hinaus viel mehr Menschen in irgendeiner Form Sport treiben und darin eine ideale Form der Freizeitgestaltung und den besten Ausgleich für Hektik und Streß in unserer heutigen Zeit sehen.

Dr. Kerstnig

Es ist klar, daß dies vor allem für den Breitensport und für den Gesundheitssport gilt. Aber wir müssen doch auch erkennen, daß ebenso der Hochleistungs- und Spitzensport im Sinne des olympischen Gedankens für die Weiterentwicklung des Breitensports sehr wichtig ist und daß er daher genauso Beachtung, Unterstützung und Förderung verdient. Ich werde mir erlauben, später zu einer besonderen Sparte des Spitzensports Näheres auszuführen, vor allem auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedeutung des Sports, die auch nicht unterschätzt werden soll.

Sport ist, wie ein bekannter Slogan sagt, zur wichtigsten Nebensache der Welt geworden und stellt das größte Massenphänomen unserer Zeit dar. Ich möchte eine Aussage unseres Unterrichtsministers zitieren, die er vor kurzem beim Festakt des OOC anlässlich der Verleihung der Coubertin-Medaillen machte und die zeigt, daß diese Bundesregierung jene Einstellung zum Sport hat, wie sie die Sportler erwarten, und in der zum Ausdruck kommt, daß dieses große Anliegen der Jugend und unserer ganzen Bevölkerung beim zuständigen Minister in guten Händen ist.

Er sagte in seiner Ansprache: „Österreich als kleines Land kann im sportlichen Bereich nicht aus dem Reservoir eines volkreichen Staates schöpfen und sich auch nicht auf die materiellen Möglichkeiten einer Großmacht stützen. Von diesem Standpunkt aus gesehen, sind die Erfolge unserer Sportler beachtlich. Sie wurden durch persönliche Leistungen erbracht, verbunden mit der Freude an der Leistung. Diese Freude an der Leistung sollte auch bestimmend sein, nicht der Leistungsdruck und der Leistungsfanatismus. So gesehen hat die offizielle Sportpolitik ihr Bekenntnis zum Leistungs- und Spitzensport abzulegen. Abzulehnen ist das Extreme, Radikale, das Spitzensportmanagement, das den Menschen als hochgezüchtete und programmierte Maschine betrachtet. Nicht zu akzeptieren ist ferner das aus chauvinistischer Zielsetzung erwachsende Feinddenken im Sport sowie die Herabwürdigung der Sportmedizin zum Handlanger von blindwütigen Rekordspezialisten.“

Hingegen ist die Spitzenleistung zu würdigen, die aus der Freiwilligkeit erwächst, aus der bewußten Anstrengung des Körpers ohne Dazutun von leistungsfördernden chemischen Präparaten.“

Meine Damen und Herren! Warum habe ich den Minister zitiert? — Aus diesen Aussagen können wir am besten ersehen, daß es sich hier um Worte eines nicht nur ressortmäßig zuständigen Ministers handelt, sondern auch um einen Menschen, der — und hier möchte

ich gleich einen anderen Namen nennen — so wie sein Partner auf der politischen Gegenseite, Herr Präsident Ing. Sallinger, auch innerlich die Beziehung zum Sport behalten hat, die Beziehung, die sie beide in jungen Jahren immer wieder durch sportliche Betätigung bewiesen haben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich als Sportfunktionär und als Vizepräsident eines der größten Fachverbände, nämlich des Österreichischen Schiverbandes, diesen beiden Männern von dieser Stelle aus namens der Sportler für ihre Sportgesinnung danken. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)*

Sie haben ihre Sportfreundlichkeit bekanntlich nicht nur in schönen Worten zum Ausdruck gebracht, sondern immer wieder durch Taten bewiesen. Eine der größten und für Österreich bedeutungsvollsten Einrichtungen der Sportförderung, nämlich der Austria-Skipool, der zuerst nur für die Finanzierung des alpinen Rennlaufes geschaffen wurde und in den nun auch die Stiefkinder des Wintersports, unsere „Nordischen“, einbezogen sind, findet an ihnen die stärksten Stützen und auch Verteidiger, wenn da und dort Angriffe gestartet werden.

Für den Österreichischen Schiverband als treuhändigem Wahrer der öffentlichen und der allgemeinen Interessen auf dem Gebiet des Schisports ist damit endlich die Zeit der jährlich wiederkehrenden, entwürdigenden und vielfach auch erfolglosen Betteleien vorüber, Betteleien, die die Funktionäre oft verzweifeln ließen und die Österreichs Schitteam bei internationalen Konkurrenzen immer wieder ins Hintertreffen brachte, vor allem gegenüber jenen Nationalmannschaften, bei denen die zuständigen Behörden und auch die Wirtschaft neben der sportlichen vor allem auch die wirtschaftliche Bedeutung dieses Sportzweiges voll erkannt haben. Gar nicht zu reden von den Oststaaten, die den Sportserfolgen auch große staatspolitische Bedeutung beimessen. Wenn Herr Kollege Ofenböck die DDR erwähnt hat, so ist dies gerade dort auch vielfach die Triebfeder für die Sportförderung.

Ich möchte bei der Gelegenheit auch gleich darauf hinweisen, daß wir zwischen Ost und West keinen Unterschied machen — ich darf nur für den Skisport sprechen —, sondern sehr wohl sehr gute Beziehungen auch zu den Sportlern der DDR haben. Dies gilt vor allem für unsere „Nordischen“, die bei uns die Voraussetzungen, zumindest bisher, nicht so fanden. Inzwischen ist manches geschaffen worden, ich erinnere nur an die Mattenschanze in Bad Aussee, die erst diesen Sommer eröffnet werden konnte. Wir haben sehr wohl die sport-

Dr. Kerstnig

lichen Einrichtungen der DDR mitbenützt und stehen in guten sportfreundschaftlichen Beziehungen.

Wenn wir jetzt erleben müssen, daß Frankreich, das auf diesem Gebiet auch sehr viel getan hat, nun ein Debakel gerade bei der Skinationalmannschaft erlebt, so soll uns das nicht mit Schadenfreude erfüllen, sondern soll uns eine Warnung sein! Zum Unterschied von uns, wo wir feststellen können, daß jetzt völlige Einigkeit zwischen Funktionären, Aktiven, Betreuern, Trainern und der Sportbehörde besteht, ist in Frankreich ein Kampf aller gegen alle ausgebrochen, aus dem man sicherlich sehr bald die Konsequenzen ziehen müssen.

Wir sind aber auch bei uns in Österreich — das muß ich als Sportfunktionär sagen, denn welcher Sportfunktionär darf mit dem, was erreicht wurde, zufrieden sein — noch nicht am Ziel. Daher will ich gleichzeitig ersuchen, auf diesem Weg weiterzugehen und sich sowohl seitens der öffentlichen Hand wie auch vor allem seitens der Wirtschaft die Sportförderung weiterhin angelegen sein zu lassen, damit wir — jetzt wieder für den Skisport gesprochen — die Leistungsbereitschaft unserer Skijugend noch besser ausschöpfen und Österreichs Ruf als Skination Nummer 1 wieder festigen können.

Meine Damen und Herren! Nicht nur im Interesse der Volksgesundheit, der Körperertüchtigung unserer heranwachsenden Jugend und einer sinnvollen Freizeitgestaltung der arbeitenden Menschen erscheint die Förderung dieses gesunden und wohl schönsten Sports durch die öffentliche Hand gerechtfertigt. Auch der volkswirtschaftliche Effekt ist gerade bei dieser Sportart sehr groß und weittragend. Was für viele Massensportzweige gilt, das gilt hier in ganz besonderem Maße. Denken wir etwa an die Profite, aber auch an die Steuereinnahmen aus der — man muß sagen — sündteuren Sportartikelindustrie, dem Handel mit Sportgeräten und Sportbekleidung, der Errichtung von Sportstätten, dem Transport der Sportler und der Zuschauermassen, dem Hotel- und Gastgewerbe, und denken wir überhaupt an die Auswirkungen des Sportgeschehens auf alle anderen Wirtschaftszweige.

Meine Damen und Herren! Unterschätzen wir aber vor allem auch die Werbewirkung des Wintersports für ein Fremdenverkehrsland nicht, das am Ausbau der zweiten Saison so brennend interessiert ist wie gerade Österreich. Die besten Propagandisten für ein Winterfremdenverkehrsland sind nun einmal die Skikanonen, die es selber hervorbringt. Denn diese tragen mit ihren Erfolgen und ihrem Namen, die durch alle Zeitungen der Erde

gehen, auch den Namen ihres Heimatortes und ihres Heimatlandes Österreich in alle Welt. Wenn wir bedenken, was auch nur die kleinste Annonce in all diesen Zeitungen der Erde kostete, dann wird uns auch die finanzielle Komponente dieser ungleich wirkungsvolleren Österreichwerbung auf den Sportseiten der Zeitungen und durch die sonstigen Massenmedien sofort klar. Denn durch diese Werbung erreichen wir ja gerade jene Menschen, die sich für den Wintersport interessieren und die daher für diese Werbung auch ansprechbar sind.

Ich möchte dies insbesondere allen jenen in Erinnerung rufen, die manchmal meinen, der Sport im allgemeinen und der Skisport im besonderen würden von der öffentlichen Hand schon genug gefördert und wären ein Faß ohne Boden. Jeder Schilling, der dafür eingesetzt wird, ist auch wirtschaftlich gut angelegt und fließt im Wege des Fremdenverkehrs, der Sportartikelindustrie und der anderen Wirtschaftszweige, die ich vorhin aufgezählt habe, sehr bald in klingender Münze zurück. Skisport und Winterverkehr hängen einfach untrennbar zusammen. Die weitere Aufwärtsentwicklung und Pflege des einen trägt auch für den anderen seine Früchte. Wer am Sportgeschehen nascht, der soll dieses Sportgeschehen auch fördern.

Meine Damen und Herren! Das Gesagte gilt auch für große internationale Sportveranstaltungen; sowohl hinsichtlich der wirtschaftlichen Belebung und des sportlichen Anreizes für unsere Jugend als auch vor allem in bezug auf die Werbewirkung für unser Land, eine Werbung, die heute durch Radio und Fernsehen die Menschen in allen Ländern der Erde erreicht und bis in jede einzelne Familie dringt, die vor dem Fernsehschirm versammelt ist und das Sportgeschehen verfolgt.

Daher ist der rasche Entschluß der Regierung Kreisky, die Olympiade zu übernehmen, außerordentlich zu begrüßen. Es ist erfreulich, daß es darüber auch über die Parteigrenzen hinweg völlige Einmütigkeit gab und auch zwischen dem Bund, dem Land Tirol und der Stadt Innsbruck das Einvernehmen rasch hergestellt werden konnte; im Gegensatz etwa zu der Frage der Veranstaltung der Sommerolympiade, um die sich seinerzeit Wien beworben hat und deren Bedeutung damals gerade von seiten der ÖVP meines Erachtens völlig falsch eingeschätzt worden ist und dann deswegen auch abgelehnt wurde.

Meine Damen und Herren! Olympiade, Skipool oder etwa die neugeschaffene Sporthilfe — von der Abgeordneter Ofenböck gesprochen hat, die aber sehr wohl ihre Früchte trägt und sehr wohl hilft, Spitzensportlern ihre Existenz

Dr. Kerstnig

zu sichern; sie gingen uns verloren, wenn wir diese Sporthilfe nicht hätten —, weiters die Traineraktion, die Bundessportstättenplanung, sportliche Schulversuche, Skihauptschulen und vieles andere sind markante Schwerpunkte, die vom Sportverständnis dieser Regierung und deren richtigen Einschätzung des Wertes des Sports beredtes Zeugnis ablegen. Das kommt meines Erachtens — es wurde von Vorrednern mehr oder weniger anerkannt — auch in diesem Budget wieder sichtbar zum Ausdruck.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich ganz kurz noch zu einem anderen Aufgabengebiet einige Worte der Anerkennung sagen, nämlich zu der Betreuung des Jugendrotkreuzes durch das Unterrichtsministerium.

Meine Damen und Herren! Wir sind immer sehr stolz und mit Recht stolz auf die Errungenschaften unseres sozialen Wohlfahrtsstaates. Es ist mehr oder weniger für alles vorgesorgt. Wenn aber der Mensch in Todesnot ist, wenn er vielleicht in seinem Blute auf der Straße liegt, wenn er infolge einer plötzlich ausbrechenden Krankheit dringend nach dem Arzt verlangt, dann wartet er auch in unserem sozialen Wohlfahrtsstaat auf die freiwilligen Helfer des Roten Kreuzes. In aller Stille, unbemerkt und ohne daß es laut gesagt wird, leisten hier viele Menschen freiwillig tätige Nächstenliebe.

Es muß einmal gesagt werden, daß von den freiwilligen Helfern des Roten Kreuzes jährlich — wenn ich nur 20 S pro Stunde rechne, wobei wir nicht bedenken, daß es vielfach Stunden der Nacht und Stunden an Feiertagen sind — eine Arbeit im Werte von über 120 Millionen Schilling vielfach unbedankt für ihre Nächsten geleistet wird.

Meine Damen und Herren! Nicht nur für ihre Nächsten. Denn die Aufgaben, die sie erfüllen, wären eigentlich Aufgaben der Gemeinden. Sie können sich vorstellen und ausrechnen, daß es, wenn diese Aufgaben durch beamtete Angestellte versehen werden müßten, ungleich mehr kosten würde.

Daher möchte ich dem Minister, dem zuständigen Sektionschef und den Herren, denen die Betreuung des Jugendrotkreuzes obliegt, danken, daß sie dieser Einrichtung sehr wohlwollend gegenüberstehen, daß sie die Tätigkeit des Jugendrotkreuzes unterstützen und damit helfen, daß sich immer wieder junge Menschen bereit finden, sich für andere Menschen zur Verfügung zu stellen (*Beifall bei der SPÖ*), und daß dadurch die Mittelaufbringung ermöglicht wird, um den großen Apparat des Roten Kreuzes in Gang zu halten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es gerade am heutigen Tage richtig ist, das anerkennend festzustellen, heute, am 25. Jahrestage der Deklaration der Menschenrechte. Freuen wir uns, daß in Österreich unter der Jugend die Bereitschaft besteht und daß diese Bereitschaft von den Lehrpersonen geweckt und gefördert wird, nicht nur immer wieder in schönen Worten, sondern auch im Leben durch die Tat Nächstenliebe, Brüderlichkeit und Menschlichkeit zu üben. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Kaufmann.

Abgeordneter Dr. **Kaufmann** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt vom Sport wieder zurückleiten zur Kulturpolitik. Der Herr Bundesminister hat vor kurzem den Kunstbericht 1972 vorgelegt. Da anzunehmen ist, daß dieser Bericht schon in nächster Zeit in diesem Haus und im Ausschuß entsprechend diskutiert werden wird, glaube ich, erübrigt es sich, heute im Rahmen einer ohnehin sehr anstrengenden und langen Budgetdebatte auf das Problem der Kunstförderung näher einzugehen. Dazu wird sich in dieser Debatte genug Gelegenheit bieten.

Heute nur soviel, ich habe das bei der Behandlung des Kapitels Wissenschaft und Forschung bereits angeschnitten: Es hilft der schönste Kunstbericht wenig, es hilft die beste Kulturerhebung zum Zweck der Koordinierung der Kunstförderung wenig, wenn so wichtige Kunstbereiche — ich wiederhole das jetzt —, wie etwa das Museum des 20. Jahrhunderts, die graphische Sammlung Albertina und das Museum für angewandte Kunst, aus diesem Bereich ausgeschlossen sind, wenn — man könnte es vielleicht auch so formulieren — die Frau Bundesminister Firnberg nicht weiß, was der Herr Bundesminister Sinowatz tut oder umgekehrt der Herr Dr. Sinowatz nicht weiß, was die Frau Dr. Firnberg tut.

Nur zu streifen, meine Damen und Herren, wären heute auch die Bundestheater. Leider ist auch im heurigen Jahr der Bundestheaterbericht zu knapp vor der Budgetdebatte eingetroffen, und außerdem liegt der Entwurf zu einem Bundestheatergesetz vor, zu dem die Begutachtungsfrist abgelaufen ist; zurzeit ist man damit beschäftigt, diese Gutachten zu sichten und zu einem endgültigen Entwurf zu kommen. Es wird also auch in diesem Zusammenhang genügend Gelegenheit geben, über das Problem der Bundestheater zu sprechen und den Problemkreis der Bundestheater in seinem ganzen Umfang aufzurollen.

8778

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 10. Dezember 1973

Dr. Kaufmann

Ich möchte hier heute nur deponieren, daß meine Fraktion zur Mitarbeit selbstverständlich gerne bereit ist. Schließlich haben die Minister meiner Partei über zwei Jahrzehnte die Verantwortung für diese Bundestheater getragen und schließlich ist die Reform von einem Minister der Volkspartei, von Herrn Dr. Mock, eingeleitet worden.

Allerdings muß in diesem Zusammenhang auch gesagt werden — ich glaube, das muß unterstrichen werden —, daß von einem Gesetz, so nötig es sein mag, nicht alles Heil und nicht die Lösung der gesamten Problematik erwartet werden kann. Man kann gutes Theater ohne Gesetz, und man kann schlechtes Theater mit Gesetz machen. Ich glaube, die Wurzeln dafür liegen tiefer. Dort anzusetzen, darauf kommt es an.

Merkwürdig ist in diesem Zusammenhang nur die Tatsache — sie soll nicht unerwähnt bleiben —, daß ausgerechnet das Finanzministerium, zumindest bis zur Ausschußdebatte, kein Gutachten beziehungsweise keine Stellungnahme zu diesem Bundestheatergesetz abgegeben hat. Ich muß mich jetzt wirklich fragen: Ist dem Finanzministerium eine Institution, die immerhin den Steuerzahler weit über eine halbe Milliarde im Jahr kostet, so unwichtig, oder klappt es mit der Koordination innerhalb der Regierung nicht?

Damit halten wir wieder einmal bei der Rolle der Kosten der Bundestheater. Der Zuschuß des Bundes wird 1974 bei Ausgaben von 838 Millionen und Einnahmen von 160 Millionen insgesamt 678 Millionen ausmachen; also 120 Millionen Schilling mehr als im vergangenen Jahr. Das, meine Damen und Herren, ist ein ganz horrender Betrag, den der Steuerzahler hier zuzuschießen hat.

Ich will es mir gar nicht leicht machen und mit einem Zahlenspiel beginnen — was im übrigen nicht unpopulär wäre, wenn man die Stimmen draußen in den Bundesländern hört, die angesichts solcher Summen laut werden; es ist das auch begreiflich, wenn man weiß, daß etwa im Vergleich dazu die Bundesländer im wahrsten Sinne des Wortes mit Wasser kochen müssen.

Ich will es mir aber nicht versagen, Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, daran zu erinnern, daß Sie, als Sie noch in der Opposition waren, diese Haltung nicht eingenommen haben; allen voran Ihr Parteivorsitzender, der heutige Bundeskanzler Kreisky, nicht, der sich heute im übrigen sehr gerne bei entsprechenden Anlässen in der Staatsoper zeigt. Sie waren es, die damals eine hemmungslose Kampagne gegen diese Bundestheater entfesselt und in aller Öffentlichkeit Zahlenspiele be-

trieben haben, die Sie heute mit Entrüstung zurückweisen würden.

Ich möchte hier nur einige dieser Aussprüche, weil sie mir sehr bemerkenswert erscheinen, in Erinnerung rufen.

Herr Kollege Luptowits! Ich finde im Stenographischen Protokoll von Ihnen einen Ausspruch vom 29. 11. 1967: „Sicherlich kann man auf dem Standpunkt stehen: 400 Millionen sind möglicherweise für ein gutes Theater zu wenig. Aber ebenso muß man sagen, 400 Millionen sind für ein weniger gutes Theater zu viel.“ (*Abg. Luptowits: Dazu stehe ich auch heute noch!*) Ich komme noch darauf zurück, aber wenn Sie heute die Kritiken vergleichen, die an den Bundestheatern geübt werden, dann sind sie zumindest genauso groß wie damals. Also wenn Sie dazu stehen, dann müssen Sie aber heute auch Kritik üben! (*Abg. Luptowits: Auch heute stehe ich dazu!*)

Sie haben weiter gesagt: „... ich bin nicht kleinlich, ich sage: Eine Oper braucht eine gewisse Opulenz. Sicherlich, aber es müssen nicht immer die hohen Töne mit den hohen Gagen konform gehen.“ (*Abg. Luptowits: Genau!*) Ja nur zur Erinnerung!

Oder etwa der Herr Bundeskanzler Kreisky laut Zitat der „Arbeiter-Zeitung“ vom 19. November 1967: „Man soll nicht den ausländischen Opernsängern unvernünftig hohe Gagen zahlen und auf der anderen Seite zusehen, wie immer mehr österreichische Wissenschaftler ins Ausland gehen, weil sie bei uns zu wenig bezahlt bekommen und keine günstigen Arbeitsmöglichkeiten finden.“ (*Abg. Wille: Was ist da denn falsch?*)

Ich würde mich nur freuen, wenn man heute auch diese Töne anschlagen würde, die man damals angeschlagen hat. Aber heute verstummt plötzlich diese Kritik, weil der Minister Ihrer Partei angehört. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist es ja gerade, und vielleicht könnten wir uns dort finden: Die Bundestheater können das nicht brauchen, daß immer die, die draußen sind, dagegen und die, die drinnen sind, dafür sind. Ich glaube, es muß darauf hinauslaufen, daß die Bundestheater niemals zum Spielball der Parteipolitik werden dürfen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was wir endlich brauchen, sind keine Fleckerlreformen, sondern ist eine Generalsanierung und damit die Garantie, daß mit den aufgewendeten Geldern der höchstmögliche künstlerische Effekt erzielt werden kann. (*Abg. Luptowits: Genau!*) Daran sollten wir alle gemeinsam mitarbeiten.

Dr. Kaufmann

Herr Kollege Luptowits! Gerade Sie haben vorhin von Qualität gesprochen; damit schaut es zurzeit wirklich nicht zum besten aus. Ich will gewiß diverse Pressestimmen nicht dramatisieren, ich will sie auch nicht überbewerten, aber immerhin, wenn man Kontakte mit den Kulturredakteuren der diversen Zeitungen hat, so werden Sie — Sie verfolgen das sicherlich sehr genau — feststellen können, daß die Kritik an den Bundestheatern im Wachsen begriffen ist. Ich habe auch hier nur ein Beispiel mitgenommen, ich will also nicht eine Flut von Pressestimmen zitieren, aber vielleicht nur eine, weil es mir scheint, daß diese Stimme für viele steht. Sie stammt von Paul Blaha und wurde im „Kurier“ vom 1. April 1973 veröffentlicht. Darin heißt es:

„Nun würde vermutlich niemand solche Rechnungen anstellen“ — nämlich das Zahlen-spiel mit den hohen Budgetsummen —, „wenn das in unserem Staatsmimenhaus und Staats-arienbahnhof Gebotene den Aufwand rechtfertigte. Denn nicht vom ‚Zuspirr‘ kann die Rede sein und keine Neidgenossenschaft soll geweckt werden; zur Besinnung auf die Effizienz der gigantischen Investitionen in die Musentempel müßte es jedoch endlich kommen: Zur Frage nach dem kulturellen Effekt der fetten Dotationen.“

Und nun, Herr Bundesminister, will ich Sie als verantwortlichen Ressortchef nur ganz kurz etwas fragen. Was sagen Sie dazu, wenn zum Beispiel Österreichs einziger Generalmusikdirektor, Böhm, sich von der Staatsoper übergangen fühlt? Was sagen Sie dazu, wenn zum Beispiel der Herr Staatsoperndirektor, dessen Verdienst übrigens um das Zustandekommen von „Moses und Aaron“ etwa bei dieser Gelegenheit unterstrichen werden soll, Karajan über Bernstein und Bernstein über Karajan stolpern läßt? Gleich drei Welt-dirigenten zu vergrämen finde ich, ist eine bemerkenswerte Leistung. Und ich frage mich, ob wir uns das leisten können und ob wir dafür diese 678 Millionen Schilling im Jahr ausgeben. Nun, über all das werden wir aber Gelegenheit haben, bei der Behandlung des Bundestheatergesetzes zu sprechen, und wir werden auch darüber sprechen müssen.

Ich möchte zu diesem Komplex abschließend nur folgendes sagen: daß leider die Länder-bühnen im Vergleich zu den Bundestheatern wieder weit ins Hintertreffen geraten sind, nachdem es endlich nach langen Mühen gelungen war, durch Aufstockung im Finanzausgleich eine bescheidene zehnpromzentige Relation herzustellen. Während aber die Beträge für die Bundestheater von Jahr zu Jahr steigen, sind diese Zuwendungen an die Länder-theater im Finanzausgleich auf sechs Jahre eingefroren, sodaß die Ländertheater auf diese

Weise langsam, aber sicher ausgehungert werden. Es erscheint mir daher dringend notwendig, daß die Zuschüsse des Bundes an die Länder und an die Gemeinden, die Theater und Orchester erhalten, dynamisiert werden.

Und nun noch zu einem Kapitel, unter das Ende dieses Jahres in Ihrem Ressort der Schlußstrich gezogen wird: die Auslandskulturpolitik. Wir nehmen zur Kenntnis, daß die Auslandskulturpolitik mit 1. Jänner 1974 in das Außenministerium wandert. Ob es da besser wird oder nicht, wird man abzuwarten haben. Wir möchten aber Sie, Herr Bundesminister, doch nicht aus der Verantwortung entlassen, ohne Ihnen noch einmal vorzuhalten, was in diesen zwei Jahren geschehen beziehungsweise nicht geschehen ist. Vielleicht kann ich das in Form von einigen Fragen machen.

Ich möchte Sie etwa fragen, welche neuen Verträge und Kulturabkommen in diesen Jahren geschlossen und nicht nur verlängert wurden; oder: Wie viele neue Kulturräte und Kulturattachés hat es bei unseren Botschaften gegeben; welche große Ausstellung, etwa als Visitenkarte Österreichs, ist in diesen letzten Jahren in das Ausland gegangen? Und ist es richtig, daß unsere Kulturinstitute mit einem Existenzminimum auskommen müssen, sodaß man sich wirklich fragen muß, ob man nicht dieses oder jenes überhaupt zusperren sollte, weil die laufenden Kosten in keinem Verhältnis zu dem stehen, was für die operative Kulturpolitik zur Verfügung steht.

Wenn Sie diese Fragen beantworten, Herr Bundesminister, werden Sie dann sagen können, daß es eine gute Bilanz war?

Und nun komme ich zur Filmförderung. Ich glaube, auch dieses Thema ist es wert, daß man sich einmal damit beschäftigt. Ich habe bereits im Ausschuß einige Fragen an Sie gerichtet, die Sie mir aber leider nur zum geringsten Teil beantwortet haben. Sie werden verstehen, daß ich jetzt noch einmal darauf zurückkomme. Nicht nur in Österreich, in der ganzen Welt ist es durch das Fernsehen auf Grund der sinkenden Besucherzahl zu einer Filmkrise gekommen. In den letzten Jahren haben auch alle anderen europäischen und außereuropäischen Staaten Filmförderungsmaßnahmen ins Leben gerufen, nicht zuletzt die Vereinigten Staaten, die ja immerhin den größten Teil des internationalen Filmmarktes beherrschen. Aber dadurch hat der österreichische Film, der schon immer stark exportorientiert war — 90 Prozent der Einspielergebnisse müssen ja aus dem Ausland kommen —, seine Wettbewerbsfähigkeit verloren. Während früher jährlich ungefähr 35 Spielfilme hergestellt wurden, sind es derzeit nur mehr drei bis

8780

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 10. Dezember 1973

Dr. Kaufmann

vier. Deshalb hat im Jahr 1971 der Fachverband der Filmindustrie dem Handelsministerium den Entwurf zu einem Filmförderungsgesetz vorgelegt. Trotzdem, meine Damen und Herren, ist es bis zum heutigen Tag nicht gelungen, in Österreich zu einem Filmförderungsgesetz zu kommen, nicht einmal für den kulturell wertvollen Film. Der Grund liegt darin, daß sich das Handelsministerium, zu dem der Spielfilm ressortiert, und das Unterrichtsministerium, zu dem der Kunstfilm ressortiert, nicht einigen konnten. Wir haben daher angeregt, Herr Bundesminister, daß wir, wenn schon eine Generalförderung nicht möglich ist, zumindest zu einem Förderungsgesetz für den kulturellen Film kommen, und Sie haben sich im Mai des heurigen Jahres zu dieser Anregung noch bekannt. Im Ausschuß haben Sie dann zugegeben, daß Sie sich das ganze leichter vorgestellt hätten, daß es also Schwierigkeiten gibt, daß es also praktisch mit einem solchen Filmförderungsgesetz nichts ist.

Nun, jeder kann sich irren und eine Lage falsch einschätzen und in Schwierigkeiten kommen. Aber in einem, Herr Bundesminister, kann ich Ihre Haltung nicht verstehen, das heißt, ich kann sie umso weniger verstehen, als Sie ja eigentlich den Rückenwind von Ihrem Regierungschef haben müßten.

Herr Bundeskanzler Kreisky hat noch in seiner Regierungserklärung im Jahr 1970 wörtlich gesagt: „Dem sich neu formierenden österreichischen Film wird ein Filmförderungsgesetz die notwendige Basis geben müssen.“ Der Oppositionsführer Kreisky hat im Dezember 1969 anlässlich einer Aussprache mit Filmleuten, die 50 Millionen von ihm forderten, entgegnet: „Ach, 50 Millionen sind ja viel zuwenig, ihr braucht 100 Millionen, und die müßt ihr auch bekommen!“ Ich frage mich, wo sind heute diese 100 Millionen? Und bei einer Ministerratsklausur im Jahr 1970 hat Bundeskanzler Kreisky in Vöslau ausdrücklich gewünscht, daß in der allernächsten Zeit konkrete Arbeit auf diesem Gebiet geleistet wird. Ich frage mich: Wo ist sie?

Und nun, Ende 1973, da also Ihre Partei drei Jahre die Regierung bildet, ist der österreichische Film auf dem Nullpunkt angelangt, auch der kulturelle Film. Sie haben für 1973 20 Millionen in Aussicht gestellt, Sie haben meine Frage nach diesen 20 Millionen im Ausschuß nicht beantwortet, Herr Bundesminister, weil selbst diese 20 Millionen, wie ich nun herausfinden konnte, nicht flüssiggemacht werden konnten.

70 Projekte sind im vergangenen Jahr zurückgestellt worden, und wie wird es im nächsten Jahr sein? Es werden wahrscheinlich wie-

der so viele Projekte beziehungsweise alle Projekte zurückgestellt werden müssen, denn für das kommende Jahr sind — ich weiß nicht, ob ich recht informiert bin, ich bitte hier um Aufklärung — überhaupt nur mehr zweckgebundene Mittel vorhanden, gedacht für Annuitätenzuschüsse für einen Wien-Film-Kredit.

Sie haben zwar eine Film-Jury ins Leben gerufen, aber nun muß ich Sie wirklich fragen, Herr Bundesminister: Was soll eine Jury, wenn kein Geld mehr da ist, irgendwelche Filme zu fördern? Und damit ist die Filmförderung zu einem weiteren Minuspunkt in der Kulturpolitik dieser Regierung geworden, obwohl, wie auf anderen Gebieten, auch hier vor drei Jahren die größten Hoffnungen geweckt worden sind. Der österreichische Film, man kann das leider sagen, hat praktisch aufgehört zu bestehen.

Ich möchte Sie daher fragen, Herr Bundesminister, ob Sie bereit sind, gewissermaßen in letzter Minute, zumindest in Ihrem engeren Bereich für den kulturellen Film zwar weniger Kommissionen und Jurys einzuberufen, dafür aber wirklich konkrete Taten zu setzen. Und sind Sie bereit, dem Parlament in allernächster Zeit Ihre diesbezüglichen Absichten und Pläne zu unterbreiten und damit jene Transparenz zu dokumentieren, die diese Regierung immer wieder propagiert?

Und nun zum Abschluß, ganz kurz, möchte ich Ihnen, Herr Bundesminister, einen Vorschlag unterbreiten, von dessen Realisierung ich mir sehr viel für die Kulturförderung in diesem Land erwarte. Kollege Luptowits hat sich in seiner Wortmeldung zu diesem Kapitel mit dem Bereich Kunst befaßt und dabei eine Reihe von Gedanken entwickelt, denen ich mich gerne anschließen und die ich auch unterstreichen möchte. So etwa, wenn er sagt, daß nur ein ganz, leider nur ein ganz geringer Prozentsatz von Menschen Zugang zur Kunst hat und daß man daher alles daransetzen sollte, diesen Prozentsatz zu vergrößern. Sie, Herr Bundesminister, haben diesen Gedanken aufgegriffen, vor allem was die Weckung der Kreativität schon im jugendlichen Alter betrifft.

Ich möchte darüber hinausgehen und anregen: Proklamieren Sie als Bundesminister für Unterricht und Kunst einmal eine „Woche der Kunst“ oder einen „Monat der Kunst“ für Österreich. Wenden Sie sich an die Landes-kulturreferenten, an die Kulturreferenten der Städte und Gemeinden und fordern Sie diese zur Mitarbeit auf. Es mag ja manchmal ganz nützlich sein, Kommissionen einzuberufen, Jurys zu bilden, Kongresse und Enqueten abzuhalten, also über Kunst zu reden. Aber noch

Dr. Kaufmann

wichtiger und entscheidender scheint es mir heute, für diese Kunst etwas zu tun. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese „Woche der Kunst“ oder dieser Monat der Kunst“ sollen dazu da sein, daß alle Städte und Gemeinden, daß möglichst viele Institutionen und Staatsbürger etwas für die Kunst tun, etwas Konkretes tun, eine kulturelle Tat setzen, einen kulturellen Beitrag liefern. Das könnte etwa geschehen, indem man ein Konzert veranstaltet oder ein Konzert besucht, daß man eine Ausstellung arrangiert oder in eine Ausstellung geht, daß man ein Buch kauft, eine Schallplatte kauft oder auch nur einen Bildstock renoviert oder etwas besonderes für seine Wohn- oder Lebenskultur tut; irgend etwas, je nach dem Geschmack des einzelnen, je nach dem Geschmack der Institution oder der Körperschaft, die sich an dieser Woche oder an diesem Monat beteiligen.

Ich könnte mir weiters vorstellen — und damit greife ich eine Anregung auf, die der Abgeordnete Dr. Mock heuer beim Eisenstädter Kulturgespräch gemacht hat —, daß das Parlament mit gutem Beispiel vorangeht und einen „Tag der Kunst“ veranstaltet, etwa durch eine Ausstellung in der Säulenhalle oder in den Gängen des Hohen Hauses.

Ich glaube, Herr Bundesminister, Sie könnten auf diese Weise eine Initialzündung geben, die beispielgebend wäre. Das wäre mehr als Kommissionen und Jurys, es wäre ein Stück lebendige Kulturpolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Zeillinger.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Die Fortsetzung der Unterrichtsdebatte auch noch in dieser Woche veranlaßt mich, nochmals die ablehnende Haltung der Freiheitlichen zum Unterrichtsbudget zu begründen.

Ich beabsichtige das nicht in großangelegten Reden oder großen Theorien zu tun, sondern ich möchte das, was wir jetzt tagelang von den Vertretern einerseits der Regierungsfraktion, andererseits der großen Oppositionspartei gehört haben, an Hand einiger praktischer Beispiele darstellen, wobei ich Beispiele anführe, die ich schon in früheren Jahren gebracht habe.

Die Schwierigkeit, wenn ich beginne, ein Beispiel zu erzählen, ist immer nur die: Bis das Beispiel sich dann vollendet hat, sitzt immer schon ein neuer Unterrichtsminister auf der Bank. Es gibt wenig Posten in Österreich, die so sehr dem harten Wechsel der Politik unterworfen sind wie der des Unterrichtsministers. Sie, Herr Minister, sind bereits der

sechste Unterrichtsminister, seit ich hier als Abgeordneter bin, nämlich nach Kolb, Drimmel, Piffel-Perčević, Mock und Gratz; ich habe also bereits sechs Unterrichtsminister erlebt. Immer, wenn ich namens meiner Fraktion irgendeine Behauptung aufstelle, wenn ich sage: Es ist genau das eingetreten!, dann sagt der Unterrichtsminister: Ja warum erzählen Sie das mir, ich bin ja ein anderer, das hat mein Vorgänger oder mein Vorvorgänger verursacht. Das wird leider auch bei einigen Beispielen heute hier der Fall sein.

Der Kollege Kerstnig hat heute hier gerühmt, der Unterrichtsminister baue die Möglichkeiten des Bundes auf dem Gebiet des Sportes aus, er hat sich bemüht, ihn geradezu als sportfreundlich hinzustellen. Sport ist die wichtigste Nebensache der Welt, hat, glaube ich, Kollege Kerstnig gesagt. Und sein Fraktionskollege Schnell von der Sozialistischen Partei hat erklärt, daß auf dem Schulbausektor enorme Leistungen der sozialistischen Regierung zu registrieren sind.

Ich habe diese Leistungen registriert, und ich muß Ihnen sagen: Die Leistungen, die ich in der Praxis festgestellt habe, sind genau das Gegenteil von dem, was Sie hier erzählen. Sie reden doch beim Fenster hinaus!

Herr Unterrichtsminister! Ich habe schon vor Jahren das Beispiel meiner ehemaligen Schule gebracht; ich bin Maturant des Amerling-Gymnasiums in Wien. Das Amerling-Gymnasium ist von Ihnen umgebaut worden. *(Abg. Dr. Schnell: Neu gebaut worden!)* Neu gebaut, das ist ja noch schöner. Sie konnten also tun, was Sie wollten, Herr Minister. Wissen Sie, was — nicht Sie, sondern ich weiß schon — Ihre Vorgänger getan haben? Aber Sie sind ja als Schulreformer zum Teil vereint, außerdem vertreten Sie das als Sozialisten allein. Wissen Sie, was Sie erreicht haben? Sie haben einen Neubau mit 24 wunderbaren Klassen geschaffen. Nur sind Sie so sportbegeistert, daß Sie keinen Turnsaal mehr gebaut haben. Wozu brauchen denn die Maturanten heute noch turnen?

Ich gehöre zur Zwischenkriegszeitgeneration und habe in diesem Gymnasium maturiert. Wir haben damals auch um einen Turnsaal gekämpft und haben ihn in einer Zeit, wo kein Geld vorhanden war, bekommen. Dafür haben wir Schüler uns gemeinsam mit den Professoren eingesetzt, und die damaligen Unterrichtsminister haben dafür sogar Verständnis gehabt. Später ist sogar erreicht worden, daß man im Esterhazypark turnen konnte. Vor 40 Jahren haben die Leute eben nicht viel über den Sport geredet, sondern wirklich Sport betrieben. Aber heute hindern Sie, meine Herren von der Sozialistischen Partei, die Ju-

Zeillinger

gend doch daran, Sport zu betreiben. Sie bauen Schulen, und der Kollege Schnell ruft noch herunter: Neubau!

Entschuldigen Sie, wenn ich so schnell rede, aber ich muß schnell reden, denn über Wunsch der Regierungsfraktion dürfen wir nur mehr 20 Minuten reden. Das ist die neue Methode hier, damit die Öffentlichkeit weniger informiert wird. Ich muß auch die Stenographen deswegen um Entschuldigung bitten. Aber ich möchte doch einiges erzählen.

Also einen Neubau haben Sie gebaut, Herr Kollege Schnell. Niemand hat Ihnen dreinreden können. Stolz sagen Sie: ein sozialistischer Neubau, das Amerling-Gymnasium in Wien, 24 Klassen, sportbegeisterte Regierung — aber einen Turnsaal haben wir nicht gebaut. Wozu brauchen denn Mittelschüler und Maturanten noch Sport betreiben? Das, Herr Minister, sind die Reden der Sozialisten, und das ist die Wirklichkeit, die Sie schaffen. Nun geben Sie eine Antwort, Herr Kollege Schnell!

Wissen Sie, was die Schüler machen? Sie gehen von Schule zu Schule hausieren, die einen turnen da, die anderen turnen dort, bis in die Stadthalle gehen sie hinaus, damit sie turnen können. Vor 40 Jahren waren wir in Österreich weiter als heute, meine Herren, unter Ihrer Regierung. Das ist die Wahrheit!

Ich bin übrigens darauf aufmerksam gemacht worden, daß dieser Schulbau, den Sie so rühmen, bereits Thema einer „Watschenmann“-Sendung am 18. November gewesen ist, wo man es mit Recht als Schildbürgerstreich bezeichnet hat, im Jahre 1973 einen Neubau mit 24 Klassen aufzuführen und keinen Turnsaal zu bauen. Das ist die Wahrheit, und ich könnte Ihnen Dutzende solcher Beispiele bringen. Ich werde noch einige bringen, Sie brauchen nicht nervös zu werden. Das ist die Schulpolitik, die Sie machen.

Ich weiß, die Folge davon ist, daß Sie jetzt den ORF reformieren wollen, damit der „Watschenmann“ auch abgeschafft wird. Es gibt zwei Möglichkeiten: Schulen mit Turnsaal zu bauen oder den „Watschenmann“ zu verbieten. Sie entscheiden sich für die Rundfunkreform und sagen: Lieber den „Watschenmann“ verbieten, aber Schulen mit Turnsaal — wozu brauchen wir das? Es genügt doch, wenn der Schnell und der Kerstnig im Parlament sagen: Die sozialistische Regierung ist eine sportfreundige Regierung, sie tut etwas für die Jugend, sie tut etwas für den Sport! — Ja, Schulen ohne Turnsaal bauen, das ist die Wirklichkeit!

Aber ich bringe gleich ein anderes Beispiel, das ich schon wiederholt hier gebracht habe, und ich darf dabei nach Salzburg überblenden.

Vor etwa vier Jahren ist dort eine Schule gebaut worden. Meinem Buben kann nicht mehr viel passieren, er wird nächstes Jahr, wenn nichts Besonderes mehr geschieht, maturieren. Ich habe selbst das alles erlebt, die großen Reden, mit denen Sie diese Schule eingeweiht haben: so viel Licht, so viel Luft, so viel Sonne!

Jedes Jahr habe ich nicht nur Ihnen, Herr Minister, sondern auch Ihren Vorgängern erzählt, wie die Wirklichkeit aussieht. Ihren Vorgängern habe ich nämlich hier gesagt: Sie haben um sieben Klassen zu wenig gebaut. Und Ihre Vorgänger haben immer gesagt: Das stimmt nicht, die Beamten sagen mir, es sind genügend Klassen gebaut worden. Lehrer und Politiker in Salzburg haben gesagt, es sind zu wenig Klassen. Wir werden eines Tages dastehen und werden die Schüler nicht unterbringen können. Das kann man ja vorausberechnen, das ist kein Zufall, man weiß doch, wieviel Kinder nächstes Jahr 10 Jahre alt sein werden. Das ist nicht so wie bei der Industrieproduktion; die Zahl der Kinder, etwa der 10- bis 18jährigen, kann man einigermaßen vorausberechnen.

Sie und Ihre Vorgänger haben immer bestritten, daß es zuwenig Klassen sind. Fragen Sie Ihre Beamten, die links und rechts sitzen. Und was ist geschehen? Jedes Jahr haben Sie wieder ein Stück Gang weggebaut, immer mehr wurden die Kinder eingeeengt. Es war ein schöner, lichter Neubau, Herr Kollege Schnell! Aber wo ist dieser Neubau? Weg sind die Gänge, weg sind die lichten Räume. Das Fernsehen ist ja auch nicht mehr dort, die Eröffnungsreden sind verklungen, der Unterrichtsminister ist weg. Und jetzt kommt die nüchterne Wirklichkeit. Jetzt verbauen Sie den freien Raum, den Sie geschaffen haben, es wird immer weniger Platz.

Sie haben jetzt auch Rauchsalons in den Schulen eingeführt. Ich habe nichts dagegen, ich bin selbst Raucher. Aber ob es in der Schule unbedingt notwendig ist? Aber Sie als Sozialisten haben eine andere Gesellschaftspolitik als wir Freiheitlichen. Sie glauben auch, daß es richtig ist, rechtzeitig mit der Werbung fürs Rauchen zu beginnen. Aber ich erinnere mich, da gab es doch früher die Sozialdemokraten, die waren gegen den Alkohol und gegen das Rauchen. Heute aber fördert man das Rauchen auch in der Schule. Es gibt ja bereits die Rauchsalons. Durch die Einengung der Klassen in Salzburg — der Rauchsalon dort hat keinen Abzug, er ist ja nicht als Rauchsalon gebaut worden, den haben ja erst die Sozialisten eingeführt — geht die schmutzige Luft vom Rauchsalon dann in die Klassen-

Zeillinger

zimmer hinein, und die Kinder müssen dann in der verpesteten Luft sitzen. Das ist auch eine sozialistische Errungenschaft.

Sie werden auch wieder sagen: Fehlgeplant hat der Vorgänger. — Ich weiß, nächstes Jahr wird vielleicht wieder jemand anderer da-sitzen; aber irgendwo müssen wir uns ja immer an den jeweiligen Unterrichtsminister halten.

Weiters hieß es: Für jede Klasse eine eigene Garderobe! — Das ist eine gute Idee. Da haben sie schöne Räume, da hängt jedes Kind seine Garderobe auf einen eigenen Haken. Die Garderobe wird zugesperrt und die Klasse hat den Schlüssel dazu. Es kann auch nichts gestohlen werden. Das alles, muß ich sagen, hat mir gefallen. Das ist aber alles schon Märchen. Sie haben schon wieder reformiert. Sie haben die Garderoben von drei Klassen in eine Garderobe zusammengelegt, weil Sie aus zwei Garderoben schon wieder eine Klasse haben machen müssen. *(Heiterkeit auf der Galerie.)*

Zufälligerweise haben jene recht gehabt, die gesagt haben, daß zuwenig Klassen sind. Nur war das die Opposition, und Sie waren die Regierung, Sie und Ihre Vorgänger!

Meine Herren! Das haben Sie noch gemeinsam zu vertreten, das geht ja bis in die Zeit der ÖVP-Unterrichtsminister zurück. Die Schule ist im Jahre 1969 eröffnet worden, die falsche Planung ist also schon vorher, in der Koalitionszeit begonnen worden. Jetzt haben wir oben in den Gängen die Klassenzimmer, die Garderoben haben wir auch schon zum Teil weg, drei Garderoben nur mehr in einer. Aber Reform: Alles für die Schulen, alles für die Jugend, alles für den Sport. Nur keine Sportplätze, kein Licht, keine Luft, keine Sonne. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Herr Kollege! Richtig, ja, verteidigen Sie: Das ist das sozialistische Konzept, so wollen Sie es ja. Ja, das weiß ich, ich will es nur der Öffentlichkeit sagen. Sie als Sozialisten wollen es so: Wozu brauchen wir Turnsäle, wozu brauchen wir das? Das haben wir schon vor 40 Jahren gehabt, und was vor 40 Jahren war, war schlecht. Jetzt geht er hinaus, wenn ich ihm antworten will, schade darum.

Herr Minister! Darf ich noch etwas sagen: Dann haben Sie also eine Klasse in die Garderoben hineingebaut, und jetzt hängen nämlich drei Mäntel auf einem Haken. Das ist auch eine sozialistische Errungenschaft. Jetzt hängen die Kleider von drei Klassen in einer Garderobe, und in zwei Garderoben ist eine Klasse. Dann sind die Schüler hineingegangen, aber Möbel haben sie keine gehabt, denn auf

die Idee ist man nicht gekommen: wenn man Klassenzimmer braucht, braucht man auch Möbel. Wochenlang haben sie keine Schulmöbel gehabt, und da haben sie ohne Möbel Unterricht gemacht. Keine Garderobe haben sie gehabt, in der Garderobe sind sie gesessen, Schulmöbel haben sie keine gehabt; sehen Sie, das ist Ihre Schulpolitik. *(Abg. Pay: Haben die Häuser eine Mauer gehabt?)*

Ja, die Mauer ist noch da, das ist das einzige, was sie noch gehabt haben. *(Heiterkeit.)* Sehen Sie, meine Herren, jetzt kommt endlich einmal ein ehrliches Geständnis von der sozialistischen Seite: Eine Mauer haben Sie noch gelassen, denn sonst haben Sie bei Gott doch alles getan.

Ich werde Ihnen noch etwas erzählen. Sehen Sie, ich komme am Samstag nach Hause. Es begrüßt mich mein Bub und sagt: Vater! Jetzt gibt es eine neue Schulordnung! Daß die Sozialisten alles ändern, alles reformieren, das ist mir ja klar. Aber diese neue Schulordnung bringt einige Änderungen, die nicht ganz bedeutungslos sind. Es wäre eigentlich nett gewesen, Herr Unterrichtsminister, wenn Sie das uns Eltern auch gesagt hätten, was Sie alles geändert haben. Das ist nämlich jetzt sozialistische Gesellschaftspolitik.

Sie wissen, das Großjährigkeitsalter ist von 21 Jahren auf 19 Jahre herabgesetzt worden. Ich darf gleich sagen, Herr Minister, das hat früher keine Rolle gespielt, ich habe schon vor 40 Jahren in meiner Klasse auch Großjährige gehabt, denn man konnte ja schon mit 18 Jahren großjährig erklärt werden, und ich habe sogar einen 23jährigen in meiner Maturaklasse gehabt. Nur ist der als Schüler genauso behandelt worden wie wir.

Nun, über die Frage, wie kann man denn die Familie auflösen, wie kann man denn die Eltern und die Kinder auseinanderbringen, darüber kann man nachdenken, und da ist Ihnen einiges eingefallen.

Also Sie sagen zum Beispiel, der 18jährige Schüler kann sich jetzt die Entschuldigungen selbst schreiben. Bitte schön, darüber kann man reden. Ich muß sagen, ich hätte gar nichts dagegen. Aber Sie müssen nur den Schülern sagen, daß das sehr gefährlich ist für sie, denn jetzt hat die Mutter hie und da ein Auge zuge-drückt und hat, wenn sie am Samstag mit dem Kind weggefahren ist, ein bißchen an der Wahrheit vorbei entschuldigt. Da waren die Professoren machtlos. Wenn aber der Schüler jetzt selbst etwas Unwahres auf das Dokument schreibt, meine Herren, Sie wissen, was das heißt, dann ist es ein Disziplinarverfahren. Und was das bedeutet, wissen Sie. Sie haben den

8784

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 10. Dezember 1973

Zeillinger

Schüler in eine viel schlechtere Situation gebracht. Aber bitte, Sie wollen den 18jährigen die notwendige Handlungsfreiheit geben.

Sie haben darüber hinaus gesagt, der Schüler kann sich selbst vom Schulunterricht abmelden. Bitte, mein Bub ist jetzt knapp vor 18 Jahren, aber es würde mich eigentlich schon interessieren, wenn er sich in der Schule selbst abmeldet. Aber gut, wenn man die Familien umändern will — die Familie soll ja in Zukunft nicht mehr den Namen des Mannes, sondern der Frau tragen, das soll ja alles geändert werden —, da muß man bei den Kindern anfangen, und da kann jetzt der Bub in die Schule gehen und kann sagen: Ätschibetsch, mein Vater weiß nichts, meine Mutter weiß nichts, der Herr Minister Sinowatz hat gesagt, ich kann mich selber abmelden, ich brauche niemanden fragen! Ich kenne den Erlaß noch gar nicht, darüber haben mir zwei Klassenvorstände berichtet. Zwei Professoren haben gesagt, sie haben ihn vorgelesen, und das Erfreuliche dabei — nicht für Sie, sondern für mich — war, daß die Schüler der oberen Klassen herzlich gelacht haben. Aber nicht über die Rechte, die sie bekommen haben, sondern über das Ministerium, das einen solchen Erlaß herausgegeben hat. Aber bitte, der Schüler kann sich jetzt nach dem Willen der sozialistischen Regierung selbst in der Schule abmelden, ohne die Eltern zu fragen.

Aber es geht noch viel weiter, wenn Sie das hören wollen, was da alles vorgelesen worden ist. Der Schüler geht auch selbst in die Sprechstunde. *(Heiterkeit auf der Galerie.)* Es gibt einen Elternsprechtag. Bisher sind der Vater oder die Mutter hingegangen und haben gefragt: Was macht mein Bub in Latein oder Mathematik? Das ist vorbei, denn der Schüler geht jetzt selbst. Eigentlich könnte man die Eltern abschaffen. Ich weiß nicht, aber das wird wahrscheinlich die nächste Verordnung sein: wir schaffen die Eltern überhaupt ab.

Also der Schüler geht jetzt selbst in die Sprechstunden. Heißt das, die Eltern haben jetzt gar nichts mehr zu reden? Sagt er: O ja, im Rahmen der Schulgemeinde können sie noch mitwirken. Das heißt, wenn Schulversammlung ist, dann darf ich noch hingehen, da darf ich noch mitreden. Aber am Elternsprechtag darf ich nicht mehr fragen.

Sehen Sie, Herr Minister, und jetzt geht es noch weiter, das geht noch viel weiter. Der Schüler kann verbieten, daß die Professoren den Eltern Auskunft geben. Das haben Sie verordnet, vor 14 Tagen ist es verlesen worden. Wenn Sie es abstreiten, die Professoren von zwei Schulen in Salzburg haben mir

erklärt, sie sind bereit, mir telephonisch den Erlaß durchzugeben. Das ist durchgegeben worden. Die Schüler können den Professoren erklären: Meinen Eltern ist keine Auskunft zu geben, und ich kriege sie nicht mehr. Herr Minister! Da bitte ich Sie jetzt: Dann verlesen Sie den Erlaß, oder ich bin bereit, mir den Erlaß jetzt noch von Salzburg durchgeben zu lassen, wo er übrigens in allen Schulen am vergangenen Wochenende bekanntgegeben worden ist.

Meine Damen und Herren! Das ist ja die neue Schulpolitik. Nur haben wir im Parlament nie darüber geredet. Falls da ein Irrtum von Nichtjuristen entstehen sollte, daß dies eine Folge der Herabsetzung der Großjährigkeit wäre, da darf ich gleich sagen, dies ist nicht der Fall. Denn bisher war es ja auch so, daß der großjährige Schüler natürlich auch der elterlichen Gewalt unterlegen ist, soweit er eben noch im Haushalt gelebt hat und von den Eltern erhalten wurde. Da muß ich eines fragen: Dürfen die Eltern der Schüler in Zukunft die Kinder noch erziehen und erhalten? Dürfen sie das noch? Oder wird ihnen das auch demnächst von Ihnen verboten.

Herr Minister! Den Erlaß haben Sie niemandem hier im Haus gezeigt. Da ging eine lange Debatte im Ausschuß. Sie haben geschwiegen darüber, obwohl der Erlaß mittlerweile hinausgegangen ist und draußen verlesen wurde. Bitte, ich bin deswegen sehr gespannt, weil mir drei Professoren, mit denen ich gestern gesprochen habe, gesagt haben: Sie, wenn Sie diesen Wortlaut lesen, dann werden Ihnen die Augen übergehen.

Meine Frage ist klipp und klar: Ist es richtig, daß in Zukunft Schüler sich selbst ohne Wissen der Eltern, wenn sie im Haushalt leben, von der Schule abmelden können? Ist es richtig, daß Schüler verbieten können, daß über ihren Schulfortgang den Eltern Auskunft gegeben wird? Das ist die klare Frage, die ich an Sie richte, denn das ist eine Frage der Gesellschaftspolitik. Hier gehen unsere Meinungen, das sage ich Ihnen gleich, Herr Minister, sehr weit auseinander. Entweder stellen Sie uns diesen Erlaß zur Verfügung, dann werden wir noch heute darüber debattieren, oder wir werden uns das eben telephonisch durchgeben lassen.

Und nun komme ich zum zweiten Teil, Herr Minister, mit einigen weiteren Fragen. — Da muß man immer aufpassen. Das ist ja so ein rascher Wechsel in diesem Ministerium, daß man immer aufpassen muß. *(Heiterkeit auf der Galerie.) — Abg. Lukas: Man lacht auf der Galerie!)*

Zeillinger

Herr Kollege! Ob das lächerlich ist, ob man lacht oder nicht — ich sage Ihnen, Herr Kollege Lukas, ganz offen und ehrlich: In meinen Augen sind Tatsachen wie, daß die Sozialisten Schulen bauen ohne Turnsäle, daß die Sozialisten nicht mehr gestatten, daß die Eltern Auskunft über die Schüler bekommen, wenn der Schüler nicht einverstanden ist, sehr ernste Sachen. Ich finde das keineswegs lächerlich. Mögen Sie darüber lachen, aber ich finde es nicht lächerlich. Bitte, aber der Herr Minister wird uns ja, hoffe ich, antworten.

Und nun darf ich noch einige Routinefragen an Sie, Herr Minister, richten. Der Energie-notstand hat in den verschiedenen Staaten Maßnahmen hervorgerufen. Ich habe festgestellt, daß man dem in unserem Nachbarland Deutschland dadurch begegnet, daß man die Weihnachtsferien um eine Woche verlängert. Ich kann nicht beurteilen, ob das gut oder nicht gut, zweckmäßig oder nicht zweckmäßig ist, ich habe nur festgestellt, daß auch bei uns der Gedanke überlegt wird, ob man nicht eine Winterferienzeit einführen soll. Wenn Ihrerseits solche Überlegungen angestellt werden, eine Frage: Wäre es nicht zweckmäßig, heuer diese Ferien an die Weihnachtswoche anzuhängen zum Zwecke des Einsparens von Energie? Denn eines wäre auf jeden Fall eine Katastrophe, eines würde auf jeden Fall wieder einen parlamentarischen Sturm auslösen, nämlich wenn sich dann drei oder vier Wochen später herausstellt: Jetzt geht es nicht mehr weiter, jetzt müssen wir sparen! Wenn es notwendig ist, dann, glaube ich, wäre es zweckmäßig und würde dem Rhythmus des beruflichen und familiären Lebens besser entsprechen, wenn man so wie in Deutschland eine Woche Schulferien anhängen würde.

Nächste Frage: Seinerzeit war es in der Schule gestattet, rechtshändig und linkshändig zu schreiben. Ich höre immer wieder von verschiedenen Seiten, daß darauf gedrungen wird, Rechtshänder zu erziehen. Meine Frage ist — ich kann es mir nicht vorstellen, aber ich muß wissen, wo die Ursache liegt, damit man allenfalls eine Fehlerquelle abstellen kann —: Ist irgendeine Tendenz vorhanden, Linkshänder in der Schule auf Rechtshänder umzuschulen? Wir wissen alle — ich möchte mich gar nicht weiter darüber auslassen —, daß dies Ursache von Neurosen sein kann und zu schweren Störungen führt. Tatsache ist, daß Kinder, die als Linkshänder in die Schule kommen, dort angehalten werden, zuerst einmal rechtshändig schreiben zu lernen. Dies führt dazu, daß sie das Lineal nehmen und auf dem Lineal die Buchstaben schreiben, weil sie einfach von ihrer ganzen Entwicklung her Linkshänder sind.

Nächste Frage: Es soll das Semester wieder eingeführt werden. Ich habe jetzt irgendwo gelesen, daß solche Tendenzen vorhanden sind. Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Ich weiß nie genau, ob es Semester oder Trimester gibt, denn seit ich in die Schule gegangen bin, ist das ein ewiges Spiel: Trimester, Semester, Trimester, Semester. Jetzt, glaube ich, haben wir Trimester. Das habe ich daran erkannt, daß die Kinder jetzt ein Zeugnis bekommen haben. Jetzt haben wir Trimester, nun sollen also Semester kommen. Darf ich Sie aufmerksam machen, daß man auf der Hochschule derzeit die Einführung von Trimestern diskutiert? Es wäre nämlich möglich, daß innerhalb einer Regierung in den Mittelschulen dann von Trimestern auf Semester übergegangen wird, in den Hochschulen wieder von Semestern auf Trimester. Mich würde nur die Tendenz interessieren, damit wir als Abgeordnete in der Lage sind, dazu in irgendeiner Weise Stellung zu nehmen.

Nächste Frage, und zwar nur eine Frage, weil ich offen gestehen darf, Herr Minister, daß ich davon nichts verstehe. Ich habe nur Zeitungsberichte und auch jene Schulärzterfortbildungstagung in Wien verfolgt, die Ende Oktober hier stattgefunden hat; sie hat sich unter anderem sehr stark mit der Frage der Legasthenie beschäftigt, und es wurde festgestellt, daß wir etwa 10 bis 20 Prozent Legastheniker haben; das sind Kinder, die Lese- und Schreibschwächen haben, das heißt, sie können schlecht lesen und können nicht recht schreiben. Das ist, wenn es ein kleines Kind ist, unbedenklich. Wenn es natürlich dann größere Kinder sind und sie es einfach nicht lernen können, wird es bedenklich. Die Entwicklung in Westeuropa ist überaus bedenklich. Ich habe vor wenigen Tagen beim Nachforschen über dieses Thema einen Erlaß aus Hamburg gelesen. Dort hat man bereits kapituliert und einen Erlaß herausgegeben, daß Maturanten mit einer schulärztlichen Bestätigung, daß sie an Legasthenie leiden, Lese- oder Rechtschreibfehler nicht vorgeworfen werden können. Das heißt, der Schüler kann bei der Matura Rechtschreibfehler machen, ohne daß es ihm irgendwie angekreidet wird, weil es eben eine neue Krankheit ist, die man nicht in den Griff bekommt.

Auch in Österreich schreitet sie in bedenklichem Ausmaße fort, auch hier ist die 10-Prozent-Grenze längst überschritten. Ich will gar nicht darauf eingehen: Die einen sagen, es sei die Ganzheitsmethode schuld, die anderen sagen, es sei die Mengenlehre schuld; ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß ich die Mengenlehre bis zum heutigen Tage nicht begriffen

Zeillinger

habe, ich weiß nur, daß die Eltern deswegen darüber klagen, weil sie von dem Moment an den eigenen Kindern nicht mehr Nachhilfe geben können. Das Schulsystem nach der Reform 1962 ist ja im wesentlichen darauf aufgebaut, daß 50 Prozent des Unterrichtes jetzt die Eltern geben müssen. Es wird auch in den Schulen ganz offen gesagt: Meine Herren, wir können einfach nicht mehr; das, was man vom Ministerium her verlangt, ist undurchführbar, wir müssen die Mitarbeit der Eltern verlangen. Soweit sehr schön. Aber das Ende ist natürlich dort, wo den Kindern Dinge beigebracht werden sollen, die die Eltern nicht mehr gelernt haben. Es gibt zwar einige Eltern, die in Abendkurse gehen, damit sie das lernen, was sie dann am nächsten Tag den Kindern bei der Nachhilfe beibringen sollen. Aber ich glaube, das ist doch kein Zustand, der allgemein angestrebt werden kann.

Nun ist die Legasthenie eine überaus ernste Erscheinung, ein ernster Entwicklungsschaden. Dieses Thema wird uns sicher noch beschäftigen; in Deutschland ist es ein großes Problem. In dem Moment, wo ein Fünftel der Schüler davon befallen ist und man feststellt, daß fast 20 Prozent der Maturanten Leseschwierigkeiten haben und nicht mehr rechtschreiben können, wird es ein Problem, wenn man sozusagen amtlicherseits bei der Matura auf Grund einer ärztlichen Bestätigung davon befreien muß, lesen und rechtschreiben können zu müssen. Darf ich also fragen: Wie ist der Stand der Forschung und der Untersuchung in dieser Hinsicht in Österreich?

Nun darf ich als letztes, Herr Kollege Lukas, zum Thema des Gratisschulbuches kommen, wo Sie gesagt haben — ich muß es wiederholen, damit in der Öffentlichkeit kein Irrtum entsteht —, daß minderbemittelte Kinder die Schulbücher gratis bekommen sollen. Aber darüber waren alle Parteien stets einig. Die Frage war nur, wie es geschehen soll. Und ich erinnere mich: Als ich in die Schule gegangen bin — ich habe nicht zu den Wohlhabenden gezählt — habe ich die Schulbücher schon von der Schülerlade bekommen. Das war schon vor 40 Jahren, und bei meinen Kindern dann später habe ich in der Klasse gesehen, daß es die Minderbemittelten auch bekommen haben. Die Armen haben immer Schulbücher bekommen. Die Frage ist eine andere, Herr Kollege: ob es den Reichen jetzt auch von staatlicher Seite bezahlt wird oder nicht. Da sind unsere Meinungen auseinandergegangen. Sie haben ein System eingeführt, daß es nicht nur der Arme, sondern jetzt auch der Mautner-Markhof gratis bekommt. Ministerkinder und Söhne und Töchter von uns

Abgeordneten kriegen sie jetzt auch gratis. Das haben Sie eingeführt: Nicht die Armen, sondern die Reichen kriegen es jetzt gratis. Die Armen haben es immer gekriegt. Aber daß die Reichen es jetzt auch gratis bekommen, das ist die Neueinführung, die man begrüßen kann oder nicht begrüßen kann. Ich wäre durchaus bereit, Herr Minister — ich bin heute in einer glücklicheren Lage, als es meine Eltern waren —, meinen Kindern die Schulbücher zu bezahlen. Sie wollten aber, daß wir sie alle gratis bekommen; also kriegt sie der Mautner-Markhof auch gratis.

Aber die Schwierigkeit, die immer wieder auftaucht, ist eine andere: Es geht auf Kosten der kleinen Verlage. Ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern, aber ich habe hier schon einmal darauf hingewiesen: Das wird doch das große Geschäft, meine Herren, auch das große politische Geschäft. Das ist ja der Zweck der Gratisschulbuchaktion: nicht daß die Armen Schulbücher kriegen — die haben sie immer gekriegt —, sondern daß man von der Regierung her — so wie beim Rundfunk — Einfluß nehmen will, wie man auf alles Einfluß nehmen will. Wie auf die Redezeit der Abgeordneten, so will man natürlich auch auf den Inhalt der Schulbücher und auf die Verlage Einfluß nehmen.

Herr Minister! Mit der Methode, mit der es jetzt geschieht, werden die kleinen Verlage sehr bald verhungern. Die Schwierigkeiten der kleinen Verlage sind bekannt. Nur die großen, einige sozialistische Verlage werden es sicher überstehen und einige aus dem konservativen Lager auch. Aber die kleinen werden umgebracht, denn die Antwort, die etwa der Herr Finanzminister Androsch meinem Fraktionskollegen Peter gegeben hat, ist unrichtig, und ich darf Sie bitten, dazu Stellung zu nehmen. Der Finanzminister hat in der Fragestunde erklärt: Eindeutig steht fest, daß das Mengenproblem der Schulbücher sowohl die Verlage wie die Buchhändler abzuschätzen haben, wie sie das auch früher abzuschätzen hatten.

Ja, früher war das ein ganz anderes System. Jetzt wird ja bestellt auf Grund der Bons. Nun richten sich die Verlage ein, und nun bleibt ihnen plötzlich eine ungeheure Menge liegen. Das hält ein großer Verlag unter Umständen aus, wobei die großen Verlage interessanterweise viel weniger Verlustquote haben, weil sie immer besser informiert waren als die kleinen Verlage. Sie kennen genauso wie ich die Briefe der kleinen Verlage, die Hilferufe.

Ich habe hier vor zwei Jahren gesagt: Meine Herren, Sie führen das ganze System ein, um die kleinen Verlage umzubringen und mit den

Zeillinger

sozialistischen Verlagen den Schulbüchermarkt zu beherrschen, und zweitens um Einfluß zu nehmen auf die Schulbücher. Denn wenn ich heute in den Schulbüchern etwa lese, daß meine Partei im Jahre 1949 gegründet worden ist als eine Sammlung ehemaliger Nationalsozialisten —: Das erzählen Sie, Herr Minister Sinowatz, und das ist unter Ihnen geschehen, approbiert von Minister Sinowatz. (*Bundesminister Dr. Sinowatz: Von mir nicht!*)

Nein, nicht von Ihnen, von der Approbationskommission. Aber, Herr Minister, wir haben hier im Parlament gesagt, wir werden sehr genau darauf achten, welche Bücher den Kindern in Zukunft vorgesetzt werden. Ich erkläre Ihnen, Herr Minister: Das ist eine Lüge, und Sie wissen genauso wie ich, daß es eine Lüge ist. Aber man will die Kinder heute anlügen. Es hat sicher auch Nationalsozialisten gegeben. Wir wollten das Problem ruhen lassen. Aber, meine Herren, soll ich Ihnen aufzählen, wer von den Ehemaligen in Ihren Reihen sitzt, in höchsten Stellen, auf Ministerposten? Hut ab vor ihnen. Aber in den Schulbüchern den kleinen Kindern zu sagen: Die Freiheitlichen, das sind die bösen Teufel, diese Partei ist gegründet worden als Sammlung der ehemaligen Nationalsozialisten ...

Genau das ist eingetreten: Die kleinen Verlage werden umgebracht, die sozialistischen Verlage dominieren, und die Kinder werden angelogen, wie es die sozialistische Regierung will. Herr Minister! Diese Stelle in dem Buch — sie ist im Ausschuß schon genannt und gezeigt worden — ist eine historische und eine geschichtliche Lüge, und ich hoffe, daß das Unterrichtsministerium den Mut hat, sich zur Wahrheit zu bekennen, dieses Buch entweder aus dem Verkehr zu ziehen oder in den Schulen nicht zuzulassen. Oder ist das Ihre Absicht? (*Abg. Dr. Fischer: Bitte um Erteilung des Ordnungsrufes für das Wort „anlügen“!*) Die Schulkinder anlügen in einem Schulbuch! Jawohl, Herr Kollege.

Herr Präsident! Ich bin durchaus bereit, hier einen Ordnungsruf einzustecken. Ich erkläre noch einmal: Das Schulbuch lügt die Kinder an. Herr Minister ... Herr Kollege Fischer — Minister wollen Sie erst werden —: Ich weiß, daß Sie uns das ankreiden wollen. Sie sind ja der größte Hasser von uns Freiheitlichen. Sie gehen ja von Haus zu Haus und verbreiten solche Gerüchte. Daher möchten Sie auch, daß man uns als eine Ansammlung „Ehemaliger“ hingestellt. Aber soll ich Ihnen aufzählen, wer an „Ehemaligen“ auf der Regierungsbank oben sitzt? Der eine ist jetzt, glaube ich, sogar Bürgermeister geworden, der Innenminister — Hut ab vor ihnen, warum denn

nicht? Ziehen wir doch den Trennungsstrich. Aber Sie, Herr Kollege Fischer, wollen ja den Trennungsstrich nur so ziehen: Wer als „Ehemaliger“ zur SPÖ gegangen ist, ist als gleichwertiger Staatsbürger aufgenommen worden. Aber wenn er bei den Freiheitlichen ist, dann ist er ewig bis zum Tod der Nazi. Dann sagen wir den Schulkindern: Die Freiheitlichen, die sie da hinten sehen, das ist die Ansammlung von ehemaligen Nationalsozialisten.

Herr Kollege! Sie wollen deswegen einen Ordnungsruf für mich. Ich erkläre Ihnen noch einmal: Das Buch enthält eine historische Lüge! Und es ist von Minister Sinowatz approbiert worden. Das stelle ich fest, das ist im Ausschuß gesagt worden. Herr Minister! Seit der Sitzung des Ausschusses bis heute hätten Sie Zeit gehabt, es zu korrigieren. Bedauerlicherweise ist das nicht geschehen. Meine Fraktion hat erwartet, daß irgend etwas von seiten des Ministeriums geschieht. Aber es so weitergehen zu lassen, weiter diese historische Lüge aufrechtzuerhalten, das kann sich eine politische Partei, eine Fraktion, die seit 25 Jahren hier im Parlament sitzt und, wie ich glaube, genauso gut das Volk und die demokratische Freiheit in diesem Staate vertritt wie jede andere Fraktion, nicht bieten lassen.

Ich bin einer der Mitbegründer dieser Partei, ich bin seit 1949 dabei und kenne die Leute. Ich kann Ihnen sagen: Es ist eine bewußte historische Lüge und eine Irreführung der Jugend durch Sie, die Sozialisten! Herr Kollege Fischer! Sie wollen die Jugend hier irreführen. Jetzt tratscht er mit einem anderen Kollegen! Da hat es keinen Zweck, wenn ich deswegen noch weiterspreche.

Herr Minister! Das sind sehr ernste Probleme, dieses und viele andere. Sie nennen sich Reformer, Sie sagen, Sie seien die Partei der Zukunft. In Wirklichkeit sind Sie die Partei der Vorgestrigen, mit Schulen ohne Turnsäle, ein Schulsystem, wo die Kinder überhaupt nur mehr mit Nachhilfeunterricht durchkommen können und mit Schulbüchern, die historische Lügen verbreiten. Das sind Gründe genug, daß wir Freiheitlichen einem solchen Unterrichtskapitel nicht unsere Zustimmung geben können. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Zeillinger für die mehrmalige Verwendung, wenn auch zu verschiedenen Dingen, des Wortes „Lüge“ einen Ordnungsruf.

Als nächster Redner ist gemeldet der Abgeordnete Regensburger.

Abgeordneter **Regensburger** (OVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Man kann sicher den Ausführungen des Herrn Kol-

8788

Nationalrat XIII. GP — 89. Sitzung — 10. Dezember 1973

Regensburger

legen Zeillinger, was das kostenlose Schulbuch anbelangt, in einer Reihe von Passagen zustimmen. Gerade derzeit, wo von der Regierung her die gesamte österreichische Bevölkerung immer wieder aufgerufen und aufgefordert wird, zu sparen, ist das kostenlose Schulbuch eine Aufforderung zur Verschwendung.

Es wurde von dieser Stelle aus gesagt, daß die Schulbücher, die von Innsbruck in das Unterrichtsministerium geschickt wurden, bereits gebrauchte Bücher waren. Diese Bücher waren noch gut erhaltene gebrauchte Bücher, die man früher auf jeden Fall noch in Verwendung genommen hätte.

Was ich zeit meines Lebens nie verstehen werde, ist, daß man die Bevölkerung auffordert zu sparen, Strom zu sparen, Benzin zu sparen, Öl zu sparen, Brennstoffe zu sparen, daß man es sich überlegt, ein Sonntagsfahrverbot einzuführen oder an einem Tag die Autos mit geraden, am nächsten die mit ungeraden Zulassungsnummern fahren zu lassen, daß man über Rationierungen diskutiert und auf der anderen Seite das Geld mit vollen Händen hinauswirft.

Wie soll man da der Jugend als Lehrer, als Vater, als Mutter dieses Sparen, das nun in der Öffentlichkeit gepredigt wird, beibringen? Schon von Kind auf soll man sparen lernen.

Der Antrag der Österreichischen Volkspartei, daß man den Eltern oder den Erziehungsberechtigten anstelle des kostenlosen Schulbuches das Geld geben soll, damit die sparen können, einteilen können, wurde mit der Argumentation vom Tisch weggewischt, es könnte widmungswidrig verwendet werden. Das würde in der Endkonsequenz bedeuten — wenn es in Österreich allgemein so sein sollte —, daß wir nächstes Jahr keinem Gehalts- und keinem Lohnempfänger mehr das Geld geben dürfen, daß er keine Lohntüte mehr in die Hand bekommt, sondern ein Kuvert mit Bezugscheinen.

Herr Bundesminister für Unterricht! Ich habe mir vorgenommen, zu den Schulversuchen Stellung zu beziehen. Wir wissen alle, daß auf Grund der Bestimmungen der 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle die gesetzliche Deckung für die Schulversuche gebildet wird und dort festgehalten ist, daß eben diese Schulversuche neue organisatorische Modelle bieten und diese gebotenen Modelle dann erprobt werden sollen.

Im heurigen Schuljahr 1973/74 besucht in Österreich fast jedes zehnte Pflichtschulkind, das sind rund 100.000, eine Versuchsschulklasse. In einer schriftlichen parlamentarischen

Beantwortung — sie ist datiert vom 31. Juli 1973 — steht, was Schulversuche anbelangt, der bemerkenswerte und erwähnenswerte Satz: Dabei möchte ich feststellen — Sie schreiben das, Herr Bundesminister für Unterricht —, daß ich nicht davon abgehen will, „daß hinsichtlich Zahl und Standort der Versuche die Anträge seitens der Landesschulräte die entscheidende Grundlage darstellen“. Sie wiesen auch darauf hin, daß dieses Problem in der Schulreformkommission am 15. Juni 1973 diskutiert wurde und daß Sie auch dort diese Ihre Einstellung kundgetan haben. Ich identifiziere mich mit dieser Aussage, und ich glaube, daß sich auch die Auffassung der katholischen Lehrerschaft Österreichs, die in der „Pädagogischen Warte“ schreibt, daß die Neuerungen evolutionär zu erfolgen haben, mit dieser Aussage hier nicht wörtlich, aber immerhin sinngemäß deckt.

Da nun doch bei den Schulversuchen ein gewisser Erfahrungszeitraum hinter uns liegt, wäre es nach meiner Ansicht an der Zeit, daß man über die Ergebnisse die ersten Aussagen macht. Dies ist schon am vergangenen Donnerstag gefordert worden. Die Aussagen wären ja für die Lehrer, die Schüler und auch für die Eltern nicht uninteressant. Diese Frage zu stellen, erscheint mir auch deswegen irgendwie interessant, weil ich kürzlich bei einer Tagung von Fachleuten doch den Satz hörte — er wurde dort geprägt —, daß jeder Schulversuch schon den Keim des Gelingens in sich trage. Es ist verständlich, daß jeder, der einen Schulversuch startet, einen Schulversuch vollzieht, sich mit dem Versuch identifiziert. Ein Scheitern eines solchen Schulversuches aus diesen und aus anderen Gründen will er wahrscheinlich nicht zugeben.

Von meiner Warte aus gesehen sind solche Erfahrungstatsachen da, zum Beispiel, daß die bisherigen Versuche und Maßnahmen fast vollständig auf den Leistungsaspekt beschränkt sind, obwohl der § 2 des Schulorganisationsgesetzes auch andere Ziele — und speziell andere Ziele — in den Vordergrund stellt.

Neuere Überlegungen zum Bildungsziel, wie sie auch von der Schulreformkommission diskutiert wurden — es sind dort Überlegungen diesbezüglich angestellt worden —, gehen ebenfalls in diese Richtung. Selbstverständlich gebe ich zu, daß die Bildungsziele, die im § 2 aufscheinen, die von der Schulreformkommission diskutiert wurden, schwieriger zu erfassen sind. Ich glaube, daß diese Erfassung kaum in umfangreichen oder, wie einer meinte, einmalig umfangreichen, sondern in sehr gründlichen und, wenn ich den Ausdruck wiederholen darf, in einmalig gründlichen Schulversuchen erfolgen muß.

Regensburger

Solche intensiv-gründliche Untersuchungen sind sicher nur in gewissen Räumen möglich. Ich glaube, Professor Weiß von der Universität in Innsbruck war es, der sagte, es sollen sogenannte Versuchinseln gebildet werden. Eine typische Versuchinsel, in der sich besonders auch bestimmte ökonomische, soziologische und kulturelle Bereiche in Österreich als Grundlage anbieten, ist wohl das Modell Imst in Tirol, das vom Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Innsbruck kontrolliert und auch initiiert wurde.

Weiters weise ich in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es in den letzten Jahren in der internationalen Meinung über die wissenschaftliche Begleitung von Schulversuchen zu einem Wandel gekommen ist. Es wurde hier — ich glaube, es war Kollege Harwalik — schon von diesem Wandel gesprochen. Er hat aber gemahnt, man möge nicht in ein anderes Extrem abgleiten. Doch ich glaube, es zeigt sich, daß die österreichischen Schulversuche, die zwischen Versuchsgruppen und Kontrollgruppen liegen, nicht ganz zielführend sind, weil es einerseits nahezu unmöglich ist, alle wesentlichen Variablen unter Kontrolle zu bringen, und andererseits diese Modelle der Schulversuche — und das erscheint mir besonders wichtig — weitgehend auf die Anregungen und auf die Kreativität der Lehrer verzichten.

Es wurde schon gesagt — das ist eine Zwischenbemerkung und irgendwie auch eine Klage —, daß die Eltern heute vielleicht auf Grund der Versuche oder auch der Lehrpläne und -methoden weitgehend nicht mehr in der Lage sind, den Kindern Nachhilfe zu geben, ihnen eben bei der Erstellung der Aufgaben beizustehen.

Daß die Aufnahmeprüfungen weitgehend abgeschafft wurden, ist zu begrüßen. Für Donnerstag, den 6., hatte ich da noch den Ausdruck „Krampuseffekt“ in meinem Konzept.

Aber was mich irgendwie berührt, ist die Tatsache — ich glaube, das bedarf noch eingehender Untersuchungen und Überlegungen, warum und weil —, daß wir an den Hauptschulen 23 Prozent, an den AHS 40 Prozent Repetenten feststellen müssen.

Wie schon auch vom Kollegen Zeillinger gesagt wurde, erreichen nur 50 Prozent der Mittelschüler, also der Schüler der AHS, die Matura. In einer Broschüre, sie nennt sich „Anstoß“, steht wörtlich, daß die „Matura heutzutage die Nahkampfspange für besondere Verdienste im Partisanenkrieg des Schülers um Noten und Zeugnisse“ sei. Das ist sicher etwas scharf und spitz formuliert, regt aber doch zur Überlegung an.

Was ich weiterhin zu überlegen bitte, ist der mir schwerwiegend erscheinende Umstand, daß es von rund 100.000 Hauptschülern nur 1,2 Prozent gelungen ist, die sogenannte Schallmauer zu durchbrechen, das heißt vom zweiten in den ersten Klassenzug aufzusteigen.

Man sagte, daß die Eltern heute nicht mehr oder nur mehr teilweise in der Lage seien, ihren Kindern selbst Nachhilfe zu erteilen, daß sie sich in Abendschulen et cetera fortbilden müssen. Ich muß mich als Lehrer ebenfalls in diesen Kreis einbeziehen: Meiner eigenen Tochter, die in die zweite Klasse Volksschule geht, konnte ich in der Mengenlehre nicht ad hoc Nachhilfe erteilen. Ich habe einem Kollegen, der ein anerkannter Mathematiker ist, die Frage gestellt, ob er dazu in der Lage sei. Er meinte, er müsse sich auch erst in diese neue Methode hineinknien, derzeit wäre er dazu noch nicht in der Lage.

Das ist irgendwie deprimierend für Eltern und noch mehr deprimierend, wenn ein Eltern selbst den Beruf eines Lehrers ausübt.

Nun einige Gedanken zur Bildungsexplosion. Es wäre hier eine Reihe von Problemen aufzuzeigen. Ich hätte gern einige Zitate aus dem letzten Artikel einer Lehrerzeitschrift gebracht. Ich zitierte sie schon; es ist die „Pädagogische Warte“. Dr. Helmut Steinacker meint dort am Schluß seiner Ausführungen aber, daß man die heutige Ausbildung unbedingt auch den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anpassen müsse, beziehungsweise der Arbeitsmarkt wäre in diesem Zusammenhang einer Prüfung zu unterziehen.

Ich glaube, nicht nur die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes sind einer Prüfung zu unterziehen, sondern es ist auch notwendig, eine Analyse des Berufsbedarfes, aber auch im besonderen eine Analyse des Wissensbedarfes zu erstellen. Ich meine, daß es hoch an der Zeit ist, gerade was den Wissensbedarf anbelangt, wissenschaftliche Analysen vorzunehmen.

Ich kann hier mit einem Beispiel aufwarten, Herr Bundesminister für Unterricht! In Tirol sind einige Industriebetriebe untersucht worden. Dort hat sich gezeigt, daß HTL-Maturanten viel leichter in Führungspositionen gelangen als Absolventen von allgemeinbildenden höheren Schulen, aber auch von kaufmännisch orientierten Mittelschulen. Speziell hat man dort festgestellt, daß gerade AHS-Maturanten in der Privatwirtschaft und in der Privatindustrie eine eng begrenzte Sachbearbeiterposition vorfinden.

Wenn wir dann den Faden weiterspinnen, so darf man doch sagen, daß weder die Ausbildung der Mittelschulingenieure noch das Technikstudium im besonderen alles berück-

Regensburger

sichtigt, was man heute in einer Führungsposition benötigt. Infolgedessen liegt der Schluß irgendwie nahe, daß kaufmännisches oder betriebswirtschaftliches Wissen leichter nachgelernt oder durch Erfahrung gewonnen werden kann oder gewonnen werden muß. Ich darf hier einfügen, daß dieses Gewinnen sicherlich nicht von selbst gekommen ist, denn in diesen untersuchten Betrieben hat man herausgefunden, daß zwei Drittel der Angestellten mehr oder weniger regelmäßig Fach- beziehungsweise Spezialkurse besuchen.

Andererseits werden technische Kenntnisse heute in einem Maße verlangt, das nur durch entsprechendes Studium und nicht erst nachher durch Kurse erworben werden kann. Anders ist die völlige Absenz von Wirtschaftlern in technischen Abteilungen kaum zu erklären.

Wie wichtig es wäre, eine Analyse des Wissensbedarfes auf eine gesamtösterreichische Basis zu stellen, beweist doch dieses Experiment Tirol. Gerade dort konnte ein ganzes Bündel von Kenntnissen festgestellt werden, das praktisch für alle Personen eines Betriebes in führender Stelle außerordentlich wichtig ist. Unabhängig davon, ob und was der Betreffende studiert hat, werden in fast allen Positionen eines Betriebes gebraucht: Kenntnisse im Arbeits- und Sozialrecht, Produktionskenntnisse, organisationstechnische Kenntnisse, Menschenführung, Verhandlungstechnik, Mathematik, Statik und Fremdsprachen.

Obwohl heute noch keine intensive Lehrplananalyse vorliegt, darf ich doch behaupten, daß diese Kenntniskombination, wie man sie in diesem Modell Tirol gefunden hat, bisher nicht existiert.

Wenn man neben der Bildungsplanung das vielzitierte „Bürgerrecht auf Bildung“ akzeptiert und meint, daß dies auch ein Grundrecht auf Arbeit bedeute, kann man eben an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes, die diese Wissensanalyse beinhalten soll, nicht vorbeigehen. Diese Erfordernisse sind in quantitativer und in qualitativer Natur zu sehen. Auf der einen Seite geht es um die Absolventenzahlen im Zusammenhang mit der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes, auf der anderen Seite um die qualitative Übereinstimmung zwischen Berufsanforderung und Berufsausbildung. Infolgedessen möchte ich meinen, daß diese Probleme so drängend und dringend sind, daß schon längst genauere Untersuchungen darüber vorliegen müßten, im besonderen was welche Ausbildung vermitteln sollte.

Ich hätte dann noch gerne die Wünsche dienst- und besoldungsrechtlicher Natur wiederholt, die ich im Ausschuß vorgebracht habe: Diskrepanz des Einkommens: Neulehrer, also

Abgänger von Pädagogischen Akademien — LBA-Lehrer. Also ein Abgänger der Pädagogischen Akademie bekommt heute mehr Gehalt, als ein Lehrer mit LBA-Ausbildung und acht Dienstjahren hatte.

Es wäre sicher auch notwendig und von den Lehrerkollegen her gesehen wünschenswert, auf die Arbeitszeitverkürzung einzugehen, weil die Arbeitszeit und die Lehrverpflichtungszeit der Lehrer noch auf dem Stand vom 25. Juli 1962 basieren. Im Ausschuß hat der Herr Kollege Peter gemeint, man möge diese Frage nicht berühren, sondern eher für den Wunsch nach höherer Gehaltsregelung eintreten. Mir ist jedoch bekannt, daß die gewerkschaftlichen Instanzen eher zu einer Regelung der Arbeitszeit, also der Lehrpflichtzeit, tendieren.

Ich wollte das nur noch im Stenogrammstil gesagt haben, um meine Redezeit den Vereinbarungen gemäß ungefähr einzuhalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Sinowatz. Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. **Sinowatz:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Ofenböck hat gemeint, daß das Sportbudget des Jahres 1974 geringer sei als jenes der vorhergehenden Jahre.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß das deswegen nicht stimmt, weil das Budget, allein was die Sportförderung betrifft, eine Steigerungsrate von 22 Prozent gegenüber dem Jahr 1973 aufweist. Dabei sind aber die Ausgaben, die für das Organisationskomitee zur Vorbereitung der Olympischen Spiele 1976 aufscheinen, nicht berücksichtigt.

Wenn wir überhaupt alle Maßnahmen des Bundes zur Sportförderung zusammenrechnen — und das ist notwendig, daß wir das tun —, dann erreichen wir im Jahre 1974 eine Summe von 244 Millionen Schilling, ein Betrag, der weitaus höher ist, als was bisher in der Vergangenheit je zur Verfügung stand.

Ich war enttäuscht darüber, daß der Herr Abgeordnete Ofenböck, der ein sehr genauer Kenner der sportlichen Szene in Österreich ist, die Sporthilfe so negativ beurteilte. Die Sporthilfe wurde als Verein begründet. Hier haben sich wirklich alle, die um den Spitzensport in Österreich besorgt sind, zusammengetan, um eine Möglichkeit zu finden, daß außerhalb der Mittel für den Breitensport und unter Beachtung der Regeln des Amateurstatus geholfen werden kann. Es ist aber so, daß die Aufgabe, die wir, die Politiker — faktisch der Herr Präsident Sallinger und ich — in dieser Sporthilfe haben, darin liegt, die nötigen Mit-

Bundesminister Dr. Sinowatz

tel zu besorgen, daß aber die Ausgabe dieser Mittel allein einem Vergabeausschuß obliegt, der ausschließlich aus Spitzensportlern Österreichs besteht. Aber auch diese Spitzensportler Österreichs haben dabei sehr genau darauf Bedacht zu nehmen, daß die Mittel sinnvoll eingesetzt werden, daß sie wirklich nur Spitzensportlern zugute kommen und daß — wie ich schon sagte — die Regeln hinsichtlich des Amateurstatus peinlichst genau eingehalten werden. Ich glaube, das sollten wir uns doch zur Richtschnur machen, denn ansonsten würden wir ganz gegen unsere Intention hinsichtlich des Spitzensports handeln. *(Abg. Ofenböck: Herr Minister! Rechnungen für Haferflocken!)*

Das ist eine Verallgemeinerung, Herr Abgeordneter, die Sie nun heranziehen, ohne zu kennen, wie überhaupt die Gestion der Sporthilfe vor sich geht. Glauben Sie es mir, es ist notwendig, daß hier sehr genau vorgegangen wird, es ist notwendig, daß alles getan wird, um nur ja nicht die Regeln des Amateurstatus zu beeinträchtigen.

Grundsätzlich eines dazu, was ich immer gesagt habe: Spitzensportförderung ist eine Aufgabe der Öffentlichkeit, zu der wir uns bekennen, solange die Leistung aus der Freiwilligkeit und aus der Freude heraus erfließt. Der Vergleich mit der DDR, Herr Abgeordneter Ofenböck, ist, glaube ich, deswegen nicht richtig, weil es sich dort mehr um eine Pflicht handelt, während es bei uns um die Freude am Sport geht, um die Freude an der Leistung und nicht um die Verpflichtung zur Leistung. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Ofenböck: Doch nichts dagegen! Aber nur die Vorteile könnten wir uns doch einkaufen damit!)*

Herr Abgeordneter Ofenböck! Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß wir in Österreich sehr wohl die Fortschritte der Sportmedizin nicht nur in der DDR, sondern in allen anderen Staaten studieren und daß viele Maßnahmen, die wir in der Zwischenzeit gesetzt haben, darauf zurückzuführen sind, daß wir sehr gute Beziehungen zu anderen Staaten auf dem Gebiete des Sports pflegen. Es ist kein Zufall, daß ausgerechnet Österreich beauftragt wurde, im Jahre 1973 den europäischen Sportkongreß durchzuführen, einen Kongreß, der nunmehr jedes Jahr in einem anderen Staat in Europa durchgeführt werden wird. Es wurde gerade dort festgestellt, daß sich Österreich um die Verbindung auf sportlichem Gebiet unter den verschiedenen Ländern Europas sehr verdient gemacht hat.

Ich glaube, daß wir mit der Vorbereitung der Olympischen Winterspiele, mit der Traineraktion, die wir gestartet haben, mit der Gründung des Skipools und mit der Sport-

hilfe auf einem guten Weg sind und daß in den letzten Jahren so für den Spitzensport in Österreich ungeheuer viel geschehen ist. Sie werden zugeben, wenn ich sage, daß mehr geschehen ist, als je zuvor; allerdings in einer sehr sinnvollen, guten Zusammenarbeit mit den einzelnen Dachverbänden und mit den einzelnen Fachverbänden im Rahmen der Bundessportorganisation.

Notwendig auf sportlichem Gebiet ist, daß wir uns in den nächsten Monaten überlegen, wie wir eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Schulsport und Sport im allgemeinen finden. Hier gibt es sehr wertvolle Ansätze, und wir haben auch vor, daß wir auf einer Enquete zur Talentfindung, die wir noch heuer veranstalten wollen, alles überlegen werden, was schon in der Schule getan werden kann, um es für den österreichischen Sport im allgemeinen nutzbar zu machen. Ich glaube ja überhaupt, daß wir in einer sehr guten Zeit leben, was den Sport betrifft. Das Interesse der Öffentlichkeit am Sport steigt — das ist sehr erfreulich —, und zwar nicht nur, was die Sensation im Sport betrifft, sondern für uns geht es ja darum, den eigentlichen Gedanken des Sports zu pflegen, alles zu tun, daß möglichst viele Menschen daran Anteil nehmen. Denn hier haben Sie recht: Genauso wie auf dem Gebiete der Kultur geht es um ein Leben in Qualität, und dabei kann der Sport nicht außer acht gelassen werden.

Zur Frage der Kulturpolitik: Ich bin sehr froh, daß der Abgeordnete Kaufmann einiges festgestellt hat, was ich für sehr bedeutsam halte, nämlich den Umstand, daß wir uns gerade hinsichtlich der Bundestheater vor einseitigen Stellungnahmen hüten sollen, daß die Kritik letzten Endes nur einem Zweck dienen soll, nämlich die Situation zu verbessern, die Strukturen zu überdenken, Maßnahmen zu setzen, um den Anforderungen der Zukunft Rechnung tragen zu können.

Bei unseren Bundestheatern war dies möglich. Die Kritik, die Jahre hindurch an den Bundestheatern vorgenommen wurde, hat dazu geführt, daß wir uns alle über die Zukunft der Bundestheater Gedanken gemacht haben. Ich stehe nicht an, hier zu bestätigen, daß die ersten Ansätze für eine Reform unserer Bundestheater unter der Ministerschaft Dr. Mocks erfolgten und daß diese Ansätze seither sehr vehement vergrößert, ausgedehnt worden sind.

Nur warne ich vor einem: Reformen, meine Damen und Herren, sind meistens Vorhaben, die von den Betroffenen gar nicht so gern zur Kenntnis genommen werden. Reformen sind sehr oft unangenehm, unbequem; man unterwirft sich nicht gern den Notwendigkeiten, wenn Reformen durchgeführt werden müs-

Bundesminister Dr. Sinowatz

sen. Der Weg der Reform ist meistens ein sehr langer, ein Weg, der nicht immer die Zustimmung aller findet. Daher glaube ich, daß wir auch da eine gewisse Geduld an den Tag legen müssen, daß wir alles sehr vehement anpacken müssen, daß wir aber auch gleichzeitig immer wieder bedenken sollen, daß wir die Kontinuität der Entwicklung nicht aus den Augen lassen dürfen.

Sicherlich: das Bundestheatergesetz wird an sich die künstlerischen Probleme, die mit den Bundestheatern verbunden sind, nicht bewältigen, aber das Bundestheatergesetz und die Bundestheaterreform werden die Grundlage für eine, wie ich glaube, ökonomischere Behandlung aller Fragen abgeben, die mit unseren Bundestheatern in Verbindung stehen, unter Wahrung der künstlerischen Autonomie, unter Beachtung der kulturpolitischen Zielsetzung unserer Bundestheater, über die wir uns ja weithin einig sind.

Nur eines muß doch gesagt werden: Nicht nur die Bundestheater erfordern in den letzten Jahren immer mehr Geld, sondern auch die Theater, die von unseren Bundesländern oder von den Städten geführt werden, oder die Privattheater. Wer die Budgetzahlen des Bundes verfolgt, wird sehen, daß auch bei den Privattheatern eine ständige Steigerung des Subventionsbedarfes festzustellen ist, und die Erhöhung für die Länderbühnen, die im Finanzausgleichsgesetz vorgesehen ist, war doch sehr, sehr bedeutsam und entsprach einer jahrelangen Forderung der Kulturreferenten, die immer wieder gesagt haben, daß etwa 10 Prozent der Differenz: Kosten — Einnahmen bei den Bundestheatern eine Richtschnur für die Länderbühnen sein sollten.

Mir ist aber völlig klar, daß in der Zwischenzeit diese Differenz höher geworden ist und daß damit wieder der Wunsch kommen wird, beim nächsten Finanzausgleich stärker als bisher die Länderbühnen und die Städtebühnen zu berücksichtigen.

Die Auslandskulturpolitik hatte in den letzten Jahren zweifellos einen großen Nachteil zu tragen, nämlich den der Zersplitterung. Es ist sehr viel geschehen auf diesem Gebiet, nicht etwa allein nur in den Abteilungen, die im Wissenschaftsministerium oder im Unterrichtsministerium für die Auslandskultur zuständig waren, sondern auch in den anderen Abteilungen wurde sehr viel gemacht, was letzten Endes der Auslandskulturpolitik Österreichs zugute gekommen ist. Aber die Vereinheitlichung der Auslandskulturpolitik ist etwas, was ich für richtig halte, was einen guten Ansatzpunkt für die Zukunft gibt, wobei mir völlig klar ist, daß die innerstaatliche

Vorbereitung dieser Kulturpolitik weiterhin in den hierfür zuständigen Ressorts vorgenommen werden wird müssen.

Zur Filmförderung. Ich habe schon im Ausschuß, aber auch sonst gesagt: Man muß in der Politik auch den Mut haben zu sagen, daß das, was man bisher versucht hat, was man bisher für richtig gehalten hat, nicht einer genauen Prüfung standgehalten hat. Was ein Filmförderungsgesetz betrifft, das wirklich spezifisch für Österreich Voraussetzungen schaffen soll, die wir für richtig erachten, ist das eine Aufgabe, die gar nicht so leicht bewältigt werden kann.

Ich bin der Meinung: Ehe wir uns hier zu etwas entschließen, soll alles getan werden, daß dieses Filmförderungsgesetz wirklich gut ist. Und es liegt weitaus weniger etwa am Handelsministerium oder am Unterrichtsministerium, daß es noch nicht ein Filmförderungsgesetz gibt, sondern es liegt vor allem an den Betroffenen, die bisher für das überhaupt noch keinen Konsens gefunden haben, was den österreichischen Film und die Förderung dieses österreichischen Films betrifft!

Wir werden nun weitere 15 Millionen Schilling für die Förderung des kulturell wertvollen Films zur Verfügung haben, und zwar auf derselben Basis wie bisher über einen Wien-Film-Kredit, und die Filmjury soll nun eine objektive Art der Vergabe dieser Mittel ermöglichen, wie ich überhaupt der Meinung bin, daß die Einschaltung von Kommissionen auf diesem Gebiet nicht nur eine Entscheidungshilfe für die Ressortleitung darstellt, sondern zweifellos auch eine Demokratisierung insofern, als erstmals auch die Künstler, auch die Kunstfachleute die Möglichkeit haben, im Bereich der Kunstförderung mitzureden.

Ich greife Ihre Anregungen, einen „Monat der Kunst“ oder eine „Woche der Kunst“ in Österreich zu veranstalten, gern auf. Ich möchte nur vor einer Illusion warnen: Das wird sicherlich unter Umständen die Massenmedien für eine kurze Zeit mobilisieren, aber das Problem liegt weitaus tiefer, wie Sie ja selbst wissen. Es ist letzten Endes das Problem einer integrierten Bildungs- und Kulturpolitik. Nur beide Probleme gemeinsam aufgegriffen wird dasjenige bringen, was wir uns alle vorstellen, nämlich Schritt für Schritt eine größere Beteiligung von mehr Menschen in Österreich am kulturellen Geschehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das soll das Wesentliche sein, und deswegen unsere Bemühungen, zuerst die Diskussion über die Kunstberichte, über die Berichte über unsere Bundestheater zu eröffnen, die Dokumentation, die ja überhaupt fehlt, herzustellen und auf Grund der Grundlagenfor-

Bundesminister Dr. Sinowatz

schung zu trachten, gemeinsam mit den Bereichen unserer Bildungspolitik die Voraussetzungen für eine solche Politik zu schaffen. Alles andere ist nur Stückwerk, alles andere ist nur für den Alltag gemacht.

Nur ein paar Worte zu mancher Verallgemeinerung, die vom Abgeordneten Zeillinger gemacht wurde.

Es stimmt, daß ein neues Gymnasium noch ohne Turnsaal ist, und zwar deswegen ohne Turnsaal, weil wir den Lehrtrakt vorgezogen haben, um die Kinder möglichst rasch aus der Westbahnstraße in eine neue Schule wegzubekommen. Es werden zwei neue Turnsäle gebaut. Sie werden im nächsten Jahr errichtet werden.

Aber eines kann gesagt werden: In den letzten zwei Jahren haben wir bei den Bundes-schulen in Österreich 50 neue Turnsäle gebaut, 55 neue Turnsäle sind im Bau. Wir haben mit einer Reihe von österreichischen Städten Verträge abgeschlossen, um Sporthallen gemeinsam zu errichten, und ich kann wohl sagen: Noch nie ist auf diesem Gebiet in Österreich so viel geschehen wie jetzt! *(Beifall bei der SPÖ.)* Daß es da und dort noch nicht so weit ist, das kann freilich passieren.

Was Sie sehr wortgewandt über eine Schulordnung gesagt haben, kann jedenfalls keine Maßnahmen aus dem Schulunterrichtsgesetz betreffen, weil das erst behandelt wird und noch nicht in Kraft gesetzt ist, sondern es kann nur die Herabsetzung der Volljährigkeit betreffen. Aber Sie waren selbst im Justizausschuß Vorsitzender. Das ist ja mit den Stimmen aller Parteien im Haus beschlossen worden. *(Zwischenrufe des Abg. Zeillinger.)*

Winterferien wollen wir nach der Semester-einteilung *(Abg. Zeillinger: ... unrichtig!)* im Schulunterrichtsgesetz durchführen, und zwar sollen die Winterferien als Semesterferien stattfinden.

Das Problem der Legastheniker ist für uns sehr, sehr aktuell und sehr akut. Auch diesbezüglich haben wir eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, wie zum Beispiel, daß die Legasthenikerbetreuung ein Schwerpunkt-fach in den Pädagogischen Akademien ist, daß wir Kurse für Legastheniker in den Schulen durchführen, daß wir den Schulpsychologischen Dienst eingeschaltet haben, daß auch die Lehrerfortbildung stark in den Dienst dieses Problems gestellt worden ist.

Über das Schulbuch möchte ich nicht mehr reden. Ich habe schon am Freitag einige Sätze dazu gesagt. Jeder, der in der Methoden-Kommission der Schulreformkommission vorige

Woche gewesen ist, kann nur eines sagen: Die bildungspolitische Geschichte Österreichs ist über die Kritik an der Schulbuchaktion hinweggegangen! *(Beifall bei der SPÖ.)* Das ist die Realität. Hier eröffnen sich Chancen ungeahnten Ausmaßes für die gesamte Schulreform, und alle Fachleute sind einer Meinung, daß wir in Österreich das optimale System gefunden haben, das auch vom Timing her gerade in die Zeit der Schulreform Eingang gefunden hat, und dazu bekenne ich mich, und ich glaube, daß dies mit anderen Maßnahmen, die wir gesetzt haben, ein wesentlicher Beitrag dazu gewesen ist, daß wir für die ökonomische Chancengleichheit in diesem Staat sehr viel getan haben, für die regionale Chancengleichheit, daß wir aber auch eine Voraussetzung dafür geschaffen haben, daß wir im Hinblick auf das große Ziel, das weit vor uns liegt und das noch lange nicht bewältigt worden ist, nämlich die soziokulturellen Schranken abzubauen, eine sehr wesentliche Tat gesetzt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Eduard Moser.

Abgeordneter Dr. Eduard Moser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundesminister war im Vorjahr die Zielscheibe heftiger Kritik beim Kapitel Jugendförderung. Es muß anerkannt werden, daß der Herr Bundesminister seine Ankündigung nicht vergessen hat, daß in einem Nachziehverfahren die Posten der Jugendförderung sichtbar erhöht worden sind. Aber deshalb gleich von 1974 als einem „Jahr der Jugend“ zu sprechen, erscheint mir doch stark übertrieben. Vergleicht man nämlich die Gesamtsumme der Jugendförderung und der Ausgaben für die außerschulische Jugenderziehung im Jahr 1972 mit 53 Millionen Schilling mit 61 Millionen Schilling des Jahres 1974, so sind das 14 Prozent Erhöhung in zwei Jahren, und damit ist gerade die Inflationsrate abgedeckt. Ich glaube, Herr Bundesminister, daß daher der angekündigte Schwerpunkt nach wie vor nicht gesetzt wurde und noch zu setzen ist.

Bei seiner ersten Wortmeldung am Donnerstag hat der Herr Bundesminister Sinowatz zum Ausdruck gebracht, daß es eine Illusion sei zu glauben, die Schule könne die Schwächen der Gesellschaft beseitigen; die Schule sei vielmehr eine Funktion dieser Gesellschaft. — Ich glaube, ich habe richtig zitiert.

Nur befindet sich der Herr Bundesminister damit in einem erfreulichen Gegensatz zu manchen sozialistischen Bildungspolitikern, die zwar verschleiern, aber doch merkbar be-

Dr. Eduard Moser

absichtigen, über die Schule Gesellschaftsreform zu machen. Sie würden die Schulversuche gern als Exerzierfeld gesellschaftspolitischer Experimente sehen.

Was soll man etwa dazu sagen, daß in der „Freien Lehrerstimme“, dem Organ der sozialistischen Lehrer Österreichs, folgendes zu lesen ist — ich zitiere wörtlich —: „Eine Schulreform beginnt mit einer unabdingbaren bildungspolitischen Grundsatzentscheidung. Wer allen Ernstes Schulversuchen die Priorität gegenüber der politischen Entscheidung zuspricht und diese von jenen abhängig macht, stellt die Dinge auf den Kopf.“

Das würde heißen: Zuerst die politische Bildungsgentscheidung und dann die Bestätigung dieser Entscheidung durch Schulversuche. Meine Damen und Herren! Das wäre eine arge Manipulation der Schulversuche, der wir schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Selbstverständlich muß die politische Entscheidung letzten Endes gefällt werden, aber doch am Schluß und auf Grund der Ergebnisse der Schulversuche und ihrer wissenschaftlichen Auswertung.

Aber es gibt auch noch andere Äußerungen des Organs „Freie Lehrerstimme“, die erhebliche Unruhe in der Lehrerschaft erzeugen. Der bekannte Bildungspolitiker Direktor Norbert Kutalek schreibt in der Aprilnummer wörtlich: „Der Katholizismus verfügt über ein System von Aussagen, von denen nicht jede intersubjektiv überprüfbar ist (Dogmen), und über Erkenntnisquellen, die den wissenschaftlichen Methodenschatz übersteigen (Offenbarung).“ Und nun kommt es: „Beides ist für den Sozialismus unannehmbar. Menschen, die sich an religiös-dogmatischen oder geoffenbarten Inhalten orientieren, stehen im Widerspruch zu einem sozialistischen Leitbild.“

Ich weiß, daß das nicht die Auffassung des derzeitigen Bundesministers für Unterricht ist. Aber sollten nicht solche Äußerungen doch zu ernster Besorgnis Anlaß geben? Will man gerade in einer Zeit, in der die Welt voller Probleme ist, in der die Zukunft das Zusammenwirken aller positiven Kräfte erfordert wird, einen neuen Kulturkampf entfachen?

Ich möchte dieser Äußerung des Herrn Direktor Kutalek das klare Bekenntnis unseres Bundesparteiobermannes Dr. Schleinzner entgegenstellen. Er postuliert: „Wir sehen im christlichen Menschenbild ein entscheidendes Element gesellschaftlicher Entwicklung.“ Das heißt, meine Damen und Herren, angesichts der ideologischen Entwicklung in der Welt hat ein besonders wichtiges Erziehungsziel zu sein die Hinführung zu einem Menschen, der aus

der christlich-abendländischen Kultur heraus gebildet wird, sich an ihr orientiert und sie wieder weitergibt.

Herr Bundesminister Sinowatz hat auch eine zweite Feststellung getroffen. Er hat gesagt, die österreichischen Schulen seien eigentlich gar nicht so schlecht, und vor allem im Ausland finde man unsere höheren Schulen, die allgemeinbildenden und vor allem die berufsbildenden, doch in einem hohen Maße der neuen Zeit entsprechend, und sie stehen in großem Ansehen.

Sicher ist vieles zu verbessern, vieles zu erneuern und der Entwicklung anzupassen. Aber es wäre ja völlig unverständlich, wenn man aus einer Reformwut heraus, aus ideologischen Motiven das österreichische Gymnasium zerstören wollte. Man soll nicht mit solchen Tendenzen Unruhe in die Lehrerschaft bringen.

Der Abgeordnete Präsident Schnell hat hier eine Untersuchung des Herrn Dr. Petri über den Vergleich der Schulversuchsklassen mit den Gymnasien zitiert. Er hat eine Stelle zitiert, die lautet: „Die oberen Leistungsgruppen der Gesamtschule erzielten in Mathematik, Englisch und Deutsch gleichhohe Leistungen, wie sie von gleichbefähigten AHS-Klassen zu erwarten sind.“

Nun hat der Abgeordnete Präsident Schnell aber versäumt, weiter zu zitieren. Auf Seite 31 dieser Untersuchung Petris steht: „Nur Schüler, die in allen drei leistungsdifferenzierten Fächern der oberen Leistungsgruppe angehören, sind mit AHS-Schülern voll vergleichbar.“ Und das sind, Herr Präsident Schnell, doch nur ganz, ganz wenige, die Hochbegabten. Es wären daher nur einige für das Niveau der höheren Schule geeignet. Und da ergibt sich mit Recht die Befürchtung (*Abg. Doktor Schnell: Ich habe das ganz anders gemeint!*), daß die Gesamtschule, Herr Präsident, doch zu einer Nivellierung nach unten führen könnte. Ich habe wörtlich zitiert.

Übrigens, wenn man sich nicht dem Vorwurf der Manipulation aussetzen will, dann muß für die Schulversuche der Zehn- bis Vierzehnjährigen gefordert werden: Gleiche Arbeitsbedingungen — es geht nicht, daß man eine Klasse eines Gesamtschulversuches mit einer engagierten Lehrerschaft vergleicht mit einer überfüllten Klasse einer allgemeinbildenden höheren Schule zu schlechtesten Arbeitsbedingungen und mit einem erheblichen Prozentsatz ungeprüfter Lehrer. Ich erwähne als Beispiel das Gymnasium Wieselburg, das ist so eine Vergleichsschule, die hat 60 Prozent ungeprüfte Lehrer. Oder wenn die modernen Unter-

Dr. Eduard Moser

richtsmittel in dem Gymnasium fehlen, dann muß ein solcher Schulversuch ja zum Nachteil der höheren Schule ausschlagen. Es gäbe noch vieles andere, was man bei den echten Vergleichen berücksichtigen müßte.

Aber eine Erfahrung, meine Damen und Herren, ist hier in diesem Haus noch nicht geäußert worden, die möchte ich hier also deponieren. Weltweit sind die Bedenken gegen die Differenzierung der Klasse nach Leistungsgruppen. Man hat festgestellt, daß bei allen Vorteilen doch eine frühe Festlegung des Schülers auf einem niederen Niveau möglich ist. Und hier sind zweifellos gerade die schwächeren Schüler, die Zweitzügler und Drittzügler, für ihre ganze Laufbahn abgestempelt. Ihnen fehlt in den niederen Zügen der zündende Impuls des Besseren, ihnen fehlt die Intelligenzentwicklung, die eben durch bessere Leistungen angeregt wird, und dazu kommt der sogenannte Pygmalioneffekt: ein Schüler, von dem man weniger erwartet, der leistet auch weniger, und ein Lehrer, der in niederen Leistungsgruppen unterrichtet, leistet unbewußt nicht das, was er bei höheren Leistungsgruppen zu leisten bereit ist. Es wäre daher verhängnisvoll, wenn man aus schulpolitischem Prestige hier Veränderungen einsetzen lassen würde, bevor man klare Ergebnisse der Schulversuche hat.

Noch eine dritte Äußerung des Herrn Bundesministers: Sie haben gesagt, ohne Mitwirken der Lehrer geht es nicht. Richtig! Aber das hätte man doch im Frühjahr bedenken sollen. Da hat man nämlich die Lehrer gezwungen, für ihre heute allseits als berechtigt geltenden Forderungen Kampfmaßnahmen zu ergreifen.

Der Herr Abgeordnete Lukas, den ich als Lehrerpersönlichkeit schätze, hat gesagt, die ÖVP habe sich an diesen Kampfmaßnahmen — ich zitiere wörtlich — „ihr Süppchen gewärmt“. Herr Abgeordneter Lukas hat sichtlich übersehen, daß da ja Beschlüsse der Gewerkschaft zugrunde gelegen sind. Ich meine, man muß in diesem Haus einmal sagen: Gewerkschaftsbeschlüsse, Herr Abgeordneter Lukas, sollten auch dann für Sie relevant sein, wenn sie nicht mit sozialistischer Mehrheit beschlossen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man nun den Druck der Kärntner Schulverwaltung auf die Elternvereine nachträglich feststellt, dann wäre dort, Herr Abgeordneter Lukas, ein breites Betätigungsfeld für die Demokratisierung des Schulwesens. Nicht alle Mißstände kann man dem Herrn Landeshauptmann Sima in die Schuhe schieben; dafür sind auch noch andere zuständig.

Der Bundesverband der Elternvereine und die anderen Elternverbände haben sich daher mit der Gewerkschaft der Lehrer an den höheren Schulen am 17. September zusammengesetzt und haben festgelegt, daß sie nie mehr gegeneinander ausgespielt werden wollen. Sie haben gemeinsam die Forderung nach einem besseren Sachaufwand erhoben.

Meine Damen und Herren! Was an den höheren Schulen an Sachaufwand fehlt, ist abenteuerlich. Wenn man im Budgetüberschreitungsgesetz 20 Millionen Schilling zur Abdeckung der Schulden beschlossen hat und wenn man weiß, daß in der Steiermark allein 5 Millionen Schulden vorliegen, in Vorarlberg 3,3 Millionen, dann kommt man leicht auf 40 Millionen alte Schulden, sodaß sie im neuen Jahr wieder mit alten Schulden beginnen müssen.

Bürgermeister Hillinger von Linz hat vor dem Bundesverband der Elternvereine einige bemerkenswerte Erklärungen abgegeben. Er hat den völlig unzulänglichen Sachaufwand für die höheren Schulen angeprangert und gesagt, man könne nicht vor den Wahlen Dinge versprechen und sie nach den Wahlen nicht einhalten. Meine Damen und Herren! Wenn der sozialistische Bürgermeister Hillinger das sagen darf, dann kann ich als Oppositionspolitiker auch hier von dieser Stelle sagen: Der Bildungsnotstand an den höheren Schulen erfordert Sofortmaßnahmen, die vom Herrn Minister zu treffen sind!

Ich will nicht auf das Problem der ungeprüften Lehrer eingehen. Auf dem Gebiet der bildnerischen Erziehung haben wir nur 20 Prozent geprüfte.

Die überfüllten Klassen: 15 Prozent der AHS-Klassen überschreiten das gesetzliche Höchstmaß von 36 Schülern.

Vom Schulbau ist schon gesprochen worden. Wenn man das Zehnjahres-Schulbauprogramm nimmt, Herr Bundesminister, und das, was jetzt verwirklicht werden kann, so klafft eine arge Lücke. Sie haben im Finanzausschuß gesagt, man kann nicht alle Wünsche der Länderrabgeordneten erfüllen; das ist richtig. Aber die Zusagen, Herr Bundesminister, die Sie selbst gegeben haben, die müßten Sie eigentlich erfüllen!

Ich darf aus der Steiermark zwei herausgreifen, das zweite Bundesgymnasium in Leoben und das Schulzentrum in Hartberg. Für beide liegen schriftliche und mündliche Zusagen vor, beide Zusagen sind für 1974 in Frage gestellt.

Dr. Eduard Moser

Noch ein Zitat des Herrn Direktors Kutalek aus der „Freien Lehrerstimme“. Er schreibt dort: „Der Katholizismus schreibt konkrete moralische Verhaltensweisen vor, die für natürlich gehalten werden. Diese Normvorstellungen werden vom Sozialismus nicht anerkannt.“

Ich weiß, daß der Herr Bundesminister mit dem nicht übereinstimmt. Aber trotzdem muß man dazu etwas sagen, wenn man diesen Satz etwa auf die Sexwelle anwendet: Es ist zu begrüßen, daß die sexuellen Tabus, soweit sie nicht notwendig sind, gefallen sind, daß eine moderne Sexualpädagogik zu einer natürlichen Unbefangenheit im Umgang mit sexuellen Fragen findet und finden wird. Aber dagegen — das möchte ich doch zum Abschluß noch sagen — entwickelt sich in Österreich ungehindert eine übermächtige pornographische Industrie, die mit ihrem widerlichen Konsumzwang bis in die privaten Bezirke des Lebens eindringt.

Die Massenproduktion dieser Pornowelle braucht auch den jugendlichen Konsumenten, der immer rücksichtsloser in die Werbung einbezogen wird. Auf die daraus entstehende Gefährdung der Jugend hat Herr Präsident Dr. Schnell — damit ich ihn auch einmal positiv zitiere — hier bei der Strafrechtsdebatte mit Recht hingewiesen.

Die sogenannten Sexualrevolutionäre der neuen Linken wollten uns einreden, daß durch ungehemmtes Ausleben der sexuellen Triebe die Ursachen von Aggression und Unfreiheit aus der Welt geschafft werden. Sie sind längst als falsche Propheten entlarvt worden. Das Gegenteil tritt ein: Die Pornowelle führt dazu, daß die Reize ihrer Produkte laufend gesteigert werden müssen. Ihre Angebote werden daher immer obszöner, immer ordinärer, immer sadistischer, immer unmenschlicher.

Die Sozialschädlichkeit der Pornographie wirkt sich immer deutlicher aus und stellt Eltern, Lehrer und Erzieher vor schwierigste Probleme. Wozu, meine Damen und Herren, bemühen wir uns eigentlich beim Kapitel Unterricht und Kunst nach besseren Möglichkeiten für die Erziehung, nach einer Reform der Schule, nach Erwachsenenbildung, nach Erhaltung und Förderung kultureller Werte zu streben, wenn auf der anderen Seite mit minderwertigsten Produkten fast unbehindert hemmungslos die niedersten Instinkte der Menschen angesprochen werden und ein Teil unserer Bemühungen damit zunichte gemacht wird?

Wir haben doch ein Schmutz- und Schundgesetz. Die Bestimmungen würden völlig ausreichen, um die ärgsten Auswüchse zu beseiti-

gen und der Jugend einen wirksamen Schutz zu geben. Aber sie werden nicht oder kaum angewendet.

Herrn Bundesminister Sinowatz mache ich daraus keinen Vorwurf, er ist für die Anwendung des Gesetzes nicht zuständig. Es ist sogar anzuerkennen, daß von seinem Ministerium immer wieder Anträge auf Verbreitungsbeschränkungen gestellt werden.

So wurden zum Beispiel am 5. Dezember, an einem einzigen Tag, auf Grund der Anträge des Ministeriums für Unterricht und Kunst fünf Fernschreiben des Bundesministeriums für Inneres hinausgegeben, mit dem fünf solcher Produkte in Österreich verbreitungsbeschränkt wurden. An einem Tag gleich fünf Anträge! Darunter ist natürlich wieder einmal die „Praline“, die wohl zu den übelsten Produkten im deutschen Illustriertendschungel gehört.

In diesen Fernschreiben ist auch das Gesetz zitiert, wonach das Ausstellen, Aushängen und Anschlagen solcher Produkte untersagt ist. Man kann sich leicht überzeugen, daß die „Praline“ heute überall noch hängt und daß man ungehindert in den Kaffeehäusern, in den Espressi und überall dort, wo ein Lesezirkel aufliegt, die „Praline“ lesen kann.

Meine Damen und Herren! Da beginnen ein Gesetz und die Behörde zur Farce zu werden. Mit einer solchen Augenauswischerei ist niemandem gedient. Seit drei Jahren können Film- und Pornoproduzenten und sonstige Leute ungehindert ihr Werk vollführen, weil sie wissen, daß sie unter der Regierung Kreisky nichts zu befürchten haben. Das wird langsam unerträglich.

Meine Damen und Herren! Man setzt sich ja nicht nur über ein Gesetz hinweg, man setzt sich auch über den Gesetzgeber hinweg. Was ist eigentlich das höhere Rechtsgut, die fragwürdige Freiheit angeblich mündiger Bürger, die auf einen völlig freien Zugang zur Pornographie nicht verzichten wollen, oder der Schutz der Jugend vor materieller und seelischer Ausbeutung durch eiskalt berechnete Geschäftsgier?

Um nicht mißverstanden zu werden: Niemand ruft nach Zensur — noch nicht! Aber der Ruf zur Einhaltung und Anwendung des Gesetzes wird immer stärker. Es ist Zeit für eine gemeinsame Initiative der Eltern-, Familien- und Lehrerverbände, um auch einen geistigen und sittlichen Umweltschutz zu sichern, damit unsere Jugend in ihrer Entwicklung nicht weiter gefährdet wird.

Vom österreichischen Unterrichtsminister kann man erwarten, daß er seine Bemühungen fortsetzt, die Pornowelle zurückzudrängen, die

Dr. Eduard Moser

Schwemme minderwertigster Produkte in Film und Schrift einzudämmen. Sie werden damit, Herr Bundesminister, bessere Voraussetzungen schaffen, daß Kultur und Bildung die obersten Werte unserer Gesellschaft bestimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe VI beendet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die den Kapiteln 12 und 13 mit dem dazugehörigen Konjunkturausgleich-Voranschlag sowie dem

Kapitel 71 in der Fassung der Regierungsvorlage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, Montag, den 10. Dezember 1973, um 13 Uhr 35 Minuten mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (880 und Zu 880 der Beilagen). Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XIII.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 13 Uhr 30 Minuten